

Informationen

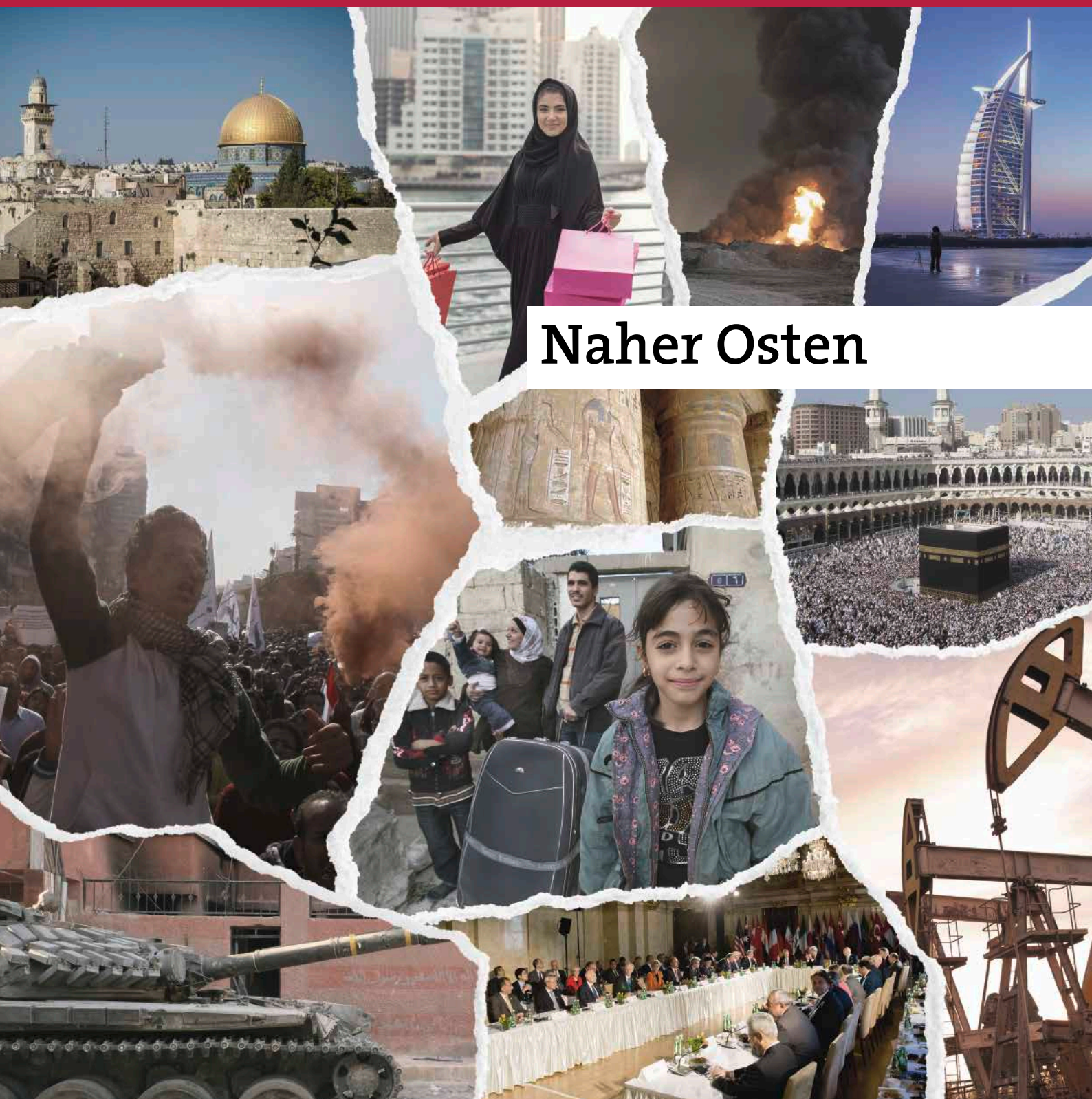
zur politischen Bildung / izpb

bpb:

331

3-4/2016

B6897F



Naher Osten

Inhalt



15



31



51



47

Außensicht und Selbstverständnis einer Region in der Krise

4

Kulturen und Religionen

8

Kulturgeschichte des Vorderen Orients

9

Zwischen Kolonialismus und Nationenbildung

20

Arabische Staatsbildung im Schatten des Verrats

22

Islamismus oder Nationalismus

23

Antizionismus als Identitätsstifter

23

Der Zweite Weltkrieg als Wegscheide

25

Von der formalen zur realen Unabhängigkeit

26

Erdöl als historischer „Wirkstoff“

28

Die Epoche der Autokraten

30

Die Republiken

30

Die konservativen Monarchien

35

Entwicklung und Struktur der Wirtschaft

38

Beginnende Industrialisierung

38

Importsubstitution und Strukturreform

39

Abhängigkeit vom Erdöl und boomende Golfregion

40

Tourismus und neue Technologien

43

Einfluss der Entwicklungszusammenarbeit

44

Gesellschaftliche Herausforderungen

46

Alters- und Bevölkerungsstruktur

46

Zustand des Bildungssystems

47

Jugendarbeitslosigkeit

48

Urbanisierung

50

Wasserversorgung und Umweltpolitik

50

Die Rolle der Frau

52

Regionales System und Machtbalance

54

Der Arabische Kalte Krieg 1945 bis 1967

54

Vom Sechstagekrieg bis zum Ende des Kalten Krieges 1989/90

55

Zweiter Golfkrieg 1990/91 und Nahost-Friedensprozess

58

Der 11. September 2001 und folgende nahöstliche Kriege

60

Regionale Dynamik

63

Die Entwicklungen nach dem Arabischen Frühling

65



65



81

Der Arabische Frühling und seine Folgen	68
Ein epochaler Einschnitt	70
Proteste und ihre Folgen	70
Warum ist der Arabische Frühling gescheitert?	75
Perspektiven nach dem Arabischen Frühling	81
Literaturhinweise	82
Internetadressen	83
Die Autorinnen und Autoren	83
Impressum	83

Leser, die des Arabischen mächtig sind, werden feststellen, dass für arabische Namen und Begriffe eine vereinfachte Umschrift gewählt wurde und zwar möglichst eine, die in den in Deutschland verbreiteten Medien gebräuchlich ist. Leitprinzipien waren dabei Lesbarkeit und Erkennbarkeit. Bei der Wiedergabe der Lautung speziell in den Fremdtexen aus unterschiedlichen Quellen, die wir unverändert übernehmen, können dennoch leichte Abweichungen in der Schreibweise ein und desselben Begriffs vorkommen.

Editorial

2012 erschien die Vorgängerausgabe zu diesem Thema – ein Jahr nach Beginn der Protestbewegungen, die als „Arabischer Frühling“ große Hoffnungen hervorgerufen hatten.

Die Menschen in der Nahostregion wünschten sich positive Veränderungen ihrer Lebenssituation, das Aufbrechen autoritärer, repressiver Machtstrukturen, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Achtung ihrer Menschenwürde. Vor allem junge Menschen begehrten auf gegen die Perspektivlosigkeit, die ihnen die starren Verhältnisse aufrötigten.

Viele Hoffnungen im Westen richteten sich zugleich auf eine Demokratisierung der politischen Systeme.

Doch schon 2012 war die Euphorie zunehmender Ernüchterung gewichen. Denn die Schwächung der alten Herrschaftssysteme ging mit gewalttätigen Machtkämpfen einher und offenbarte innergesellschaftliche Konfliktlinien sowie strukturelle Probleme, die lange unter dem Deckel staatlicher Repression geschwelt hatten. Nun fehlten zumeist demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen, um diese Konflikte friedlich auszuhandeln.

So kam es teilweise zur Rückkehr oder Aufrechterhaltung der alten Machtverhältnisse, zu verstärkter Unterdrückung, teilweise aber auch zu Bürgerkriegen und Staatszerfall, der Gewaltakteure begünstigt. In einigen Staaten der Region wie in Syrien, im Irak, in Libyen und im Jemen ist der Kampf um eine neue Machtbalance in der Region entbrannt, an dem lokale, regionale, aber vor allem auch wichtige internationale Akteure beteiligt sind – und unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet.

Die Folgen dieser Entwicklungen bekommen auch die westlichen Gesellschaften zu spüren, in erster Linie die EU als Nachbarregion. Sie müssen sich fragen, welche Rolle sie bisher gespielt haben, welche Verantwortlichkeiten ihnen erwachsen und welche Möglichkeiten sie haben, um den aktuellen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

Die Brisanz der Konfliktlagen im Nahen Osten und in den Staaten Nordafrikas ist Anlass dafür, der Region eine Neuausgabe der „Informationen zur politischen Bildung“ zu widmen. Mit ihr soll ein Grundverständnis für die Besonderheiten der Region geschaffen und die Entwicklung fortgeschrieben werden.

Einzelkapitel geben Einblicke in die Kultur- und Religionsgeschichte der arabisch-islamischen Welt und schildern, unter welchen Bedingungen sich die arabischen Staaten entwickelt haben. Vor diesem Hintergrund sowie in der Auseinandersetzung mit und um Israel bildeten sie ihre politisch-ideologischen Orientierungen heraus.

Eine Analyse ihrer Regierungssysteme beleuchtet die Legitimationsprobleme, der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung unterstreicht die Bedeutung des Erdöls, während das Gesellschaftskapitel sozioökonomische Herausforderungen aufführt, die allen Ländern der Region gemeinsam sind.

Die konfliktreichen Verschiebungen der regionalpolitischen Machtkonstellation bis heute und eine Bilanz des Arabischen Frühlings bilden Ansatzpunkte zum Verständnis der aktuellen Krisensituation, die auch die europäischen Nachbarn vor neue Anforderungen stellt.

Christine Hesse



Wolfgang Kaehler/Light Rocker via Getty Images

Annäherung an Europas Nachbarregion: Die Wasserstraße von Gibraltar ist mit nur 14 Kilometern Distanz an ihrer schmalsten Stelle die kürzeste Verbindung nach Afrika. Blick vom Atlantik auf die marokkanische Stadt Tanger 2015

HENNER FÜRTIG

Außensicht und Selbstverständnis einer Region in der Krise

Der Arabische Frühling 2011 weckte unter den mehrheitlich jungen Bevölkerungen des Nahen Ostens große Hoffnungen auf Veränderung. Ein vom Westen und der Europäischen Union erhoffter Demokratisierungseffekt blieb jedoch aus, stattdessen kam es zu gegenläufigen Umstürzen, die mit verstärkter Repression einhergingen. Heute präsentiert sich die Region zerrissen – und auch die EU sucht ihre Rolle.

Schnittstelle der Kontinente Asien, Afrika und Europa, Geburtsstätte der drei großen monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam, Wiege der menschlichen Zivilisation in Ägypten und Mesopotamien – für die Kulturgeschichte der Menschheit hat der Nahe Osten seit jeher einen besonderen Stellenwert. Spätestens als das Erdöl vor mehr als 100 Jahren zum wichtigsten Einzelrohstoff der globalen Wirtschaft wurde, gelangte die Region auch in eine strategische Schlüsselposition. Sie birgt etwa zwei Drittel der weltweit bekannten Erdölreserven und knapp 44 Prozent der Erdgasreserven. Mehr als ein Drittel der globalen Erdölfördermenge und etwa 20 Prozent des geförderten Erdgases stammen von dort. Deshalb ist der Nahe Osten für die gegenwärtige und künftige Versorgung der Welt mit diesen Rohstoffen von zentraler Bedeutung.

Die natürlichen Ressourcenvorkommen, die strategische Lage der Region und die Hoffnung auf neue Absatzmärkte weckten seit dem 19. Jahrhundert das Interesse der europäischen Kolonialmächte. Aus den gleichen Gründen wurde der Nahe Osten in

der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum heftig umkämpften Zankapfel des Kalten Krieges zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion. Der Widerstand der Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft und die strategische Bedeutung im Kalten Krieg waren die wesentlichen Ursachen für die außerordentliche Häufung der Konflikte, welche die Region im 20. Jahrhundert erlebte. Allein seit 1945 fanden hier knapp ein Dutzend zwischenstaatliche Kriege statt. Umstürze und Revolutionen trugen zur regionalen Instabilität bei.

Mit dem Islamismus entstand – insbesondere seit dem Sieg der „Islamischen Revolution“ in Iran 1979 – zudem eine politische Bewegung und Ideologie, die sich als Gegenentwurf zu den aus dem Westen importierten Gesellschaftsmodellen versteht. Instabilität und Fremdbestimmung hemmten trotz des Ressourcenreichtums die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Herrschaft hat im Nahen Osten in der Regel autokratischen Charakter.

Vor diesem Hintergrund weckten die als „Arabischer Frühling“ bezeichneten Umwälzungen, die Ende 2010 zunächst Tunesien und dann nahezu die gesamte arabische Welt erfassten, große Hoffnungen. Erstmals seit Jahrzehnten hatten die Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und ihren autokratischen Herrschern Einhalt geboten. Bis zum Februar 2011 waren der tunesische Gewaltherrscher Zine el-Abidine Ben Ali und der ägyptische Despot Hosni Mubarak gestürzt, ihre Amtskollegen in den anderen arabischen Hauptstädten fürchteten nahezu stündlich ein ähnliches Schicksal. In Europa und in den USA erschienen erste Prognosen, die bis

Ende des Jahres 2011 den Sieg der Demokratie in der Region voraussagten. Modell für diesen Optimismus standen die osteuropäischen Staaten, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion binnen kurzer Zeit zu relativ gut funktionierenden Demokratien entwickelt hatten.

Die Europäische Union sah sich in der Verantwortung, die demokratische Transformation in der Nachbarschaftsregion zu unterstützen. Damit wollte sie zugleich Vorwürfe entkräften, dass sie sich aus pragmatischen Gründen in der Vergangenheit immer wieder auf die arabischen Autokraten eingelassen hatte. Im Mai 2011 stellte die damalige EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton die „Neue Europäische Nachbarschaftspolitik“ vor. Die wirtschaftsstärksten Mitgliedstaaten der EU, namentlich Deutschland, legten eigene Programme zur Unterstützung des Transformationsprozesses in der arabischen Welt auf.

In ihrer Mischung aus schlechtem Gewissen und der Einsicht, dass den Interessen Europas langfristig am besten mit einer demokratischen Nachbarschaft gedient wäre, waren die europäischen Initiativen durchaus ernst gemeint. Sie trafen allerdings auf eine Region, in der ein demokratischer Dominoeffekt schwerlich zu erwarten war. Zu unterschiedlich zeigten sich die Voraussetzungen von Marokko im Westen bis Irak im Osten. Monarchien standen neben Republiken, kleine neben großen Staaten, reiche neben „bettelarmen“, bevölkerungsreiche neben dünn besiedelten Ländern, künstliche Kolonialgründungen wie Irak, Jordanien und Libyen neben teilweise jahrtausendealten Staaten mit eigener nationaler Identität wie Ägypten. So blieb zwar letztlich kein arabisches Land von den Erschütterungen des Arabischen Frühlings verschont, aber die Folgen erwiesen sich als extrem unterschiedlich.

In sechs arabischen Staaten – Ägypten, Tunesien, Libyen, Syrien, Jemen und Bahrain – hatten sich im Frühjahr 2011 starke Protestbewegungen gegen die jeweiligen Herrscher herausgebildet. In vier von ihnen – Tunesien, Ägypten, Libyen und Jemen – mussten die Machthaber am Ende weichen. Damit endeten aber auch schon die Gemeinsamkeiten. Während in Tunesien die demokratische Transformation voranschritt, etablierte sich in Ägypten 2013 eine Militärdiktatur, die seit-

her in wesentlichen Merkmalen repressivere Züge aufweist als die 2011 gestürzte. In Libyen und Jemen mussten zwar die Gewaltherrscher Muammar al-Gaddafi und Ali Abdullah Saleh abdanken, aber beide Länder versanken danach in blutige Bürgerkriege, die ihren staatlichen Bestand gefährden.

Ähnliche Unterschiede kennzeichnen auch jene Länder, in denen die Autokraten die Proteste überstanden. In Bahrain marschierten von Saudi-Arabien geführte Truppen ein, die im Namen des Golfkooperationsrates, einer Institution, in der sechs arabische Länder ihre Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren, den Repressionskurs der Herrscher verstärkten. In Syrien hält sich zwar Präsident Baschar al-Assad an der Macht, aber das Land löst sich auf. Ein von exzessiver Gewalt begleiteter Bürgerkrieg führte zu hunderttausenden Todesopfern und Millionen Flüchtlingen im In- und Ausland. Große Teile des Landes sind verlassen und/oder verwüstet.

Auf dem Nährboden des syrischen Bürgerkrieges entstand 2014 der sogenannte Islamische Staat (IS), der islamistischem Terrorismus erstmals in der neueren Geschichte eine staatenähnliche Form geben wollte und die Labilität der Region enorm erhöhte. Seine Krakenarme reichen bis in den Irak, wo seine Vorgängerorganisationen nach der US-Intervention von 2003 entstanden waren.

Die Monarchen Jordaniens und Marokkos haben den Protesten mit rechtzeitigen Reformen die Spitze genommen, und die reichen Golfmonarchen haben den Unmut ihrer Untertanen – einmal mehr – mit viel Geld besänftigt. Insgesamt aber steht die arabische Welt gegenwärtig weitaus schwächer und zerrissener da als vor dem Arabischen Frühling. Die wesentlichen Faktoren, die 2010 und 2011 zu den Protesten geführt hatten, sind im Nachgang eher noch wirkmächtiger geworden.

60 Prozent der arabischen Bevölkerung sind heute unter 25 Jahre alt. Gleichzeitig stieg die Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent 2011 auf gegenwärtig 30 Prozent. Damit liegt sie doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt. Das Wirtschaftswachstum ist niedrig oder sogar rückläufig. Der Bildungssektor ist unterfinanziert, Rechtssicherheit ist kaum vorhanden. Sicherheitsapparate überwachen die Gesellschaft nahezu



Im tunesischen Sidi Bouzid begannen Entwicklungen, die bis heute die arabische Welt erschüttern: Dort erinnert ein Denkmal an den Gemüseverkäufer Mohammed Bouazizi, der sich im Dezember 2010 aus Protest gegen staatliche Willkür selbst verbrannte und damit den Arabischen Frühling auslöste.

Was ist der Nahe Osten?

Bei aller Faszination fiel es den Europäern seit jeher schwer, ihre südliche und südöstliche Nachbarregion geografisch einzugrenzen und exakt zu benennen. „Orient“, „Morgenland“, „Nahe Osten“, „Mittlerer Osten“ und viele andere Bezeichnungen stehen häufig nebeneinander oder werden synonym verwendet, ohne dass klar wäre, was sie jeweils bedeuten.

Die älteste dieser Namensgebungen aus der römischen Antike begriff den „Orient“ als eine von vier von Rom aus definierten Weltgegenden und zwar als „Osten“, in dem die Sonne aufgeht (lat.: *sol oriens*). Dem Orient gegenüber stand der „Okzident“, der „Westen“, in dem die Sonne untergeht (lat.: *sol occidens*). Mit dem Mittelmeer als Zentrum hat auch die arabische Sprache diese Zuordnung übernommen: *Maschrek* bezeichnet den Osten des Mittelmeers, *Maghreb* dessen Westen. Deutsche Quellen übersetzten Orient und Okzident erstmals im 17. Jahrhundert als Morgen- bzw. Abendland, wobei das antike Griechenland die Trennungslinie, quasi den „Nullmeridian“, markierte.

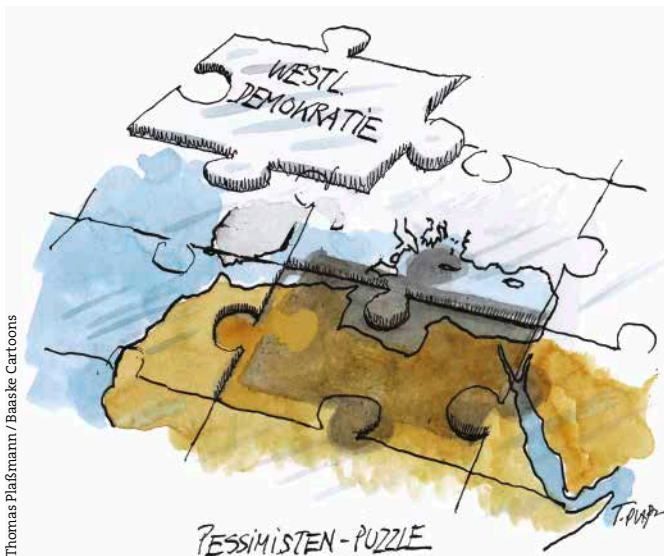
Mit der europäischen kolonialen Expansion im 19. Jahrhundert bürgerte sich endgültig eine ursprünglich nur auf die Welt des Mittelmeers gemünzte Begriffsbestimmung auf den gesamten Globus ein. Der „Nullmeridian“ wanderte von Griechenland nach Westeuropa. Von hier aus gesehen war der östliche Mittelmeerraum nun „nah“, während Ostasien, namentlich China und Japan, in der „Ferne“ lagen. So fanden die Begriffe „Nahe“ und „Ferner Osten“ Eingang in die Alltagssprache der Europäer. Sie hatten nun nicht nur eine geografische und kulturelle, sondern auch eine poli-

tische Bedeutung: Im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert wurde unter „Nahe Osten“ oder „Vorderer Orient“ nicht mehr nur der östliche Mittelmeerraum verstanden, sondern die gesamten außereuropäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches.

In Großbritannien, dessen Kolonialreich einen besonderen Schwerpunkt in Indien hatte, setzte sich für die Landverbindung zwischen dem Mittelmeer und Indien dagegen der Begriff „Mittlerer Osten“ durch. Die Bewohner der Region haben die Übersetzung des Begriffs (*asch-scharq al-ausat*) in ihre Sprache übernommen. In Europa sind seit dem Ende des Osmanischen Reiches die Bezeichnungen „Nahe“ und „Mittlerer“ Osten bedeutungsgleich gebräuchlich geworden.

Während der Begriff „Orient“ in Europa seitdem vor allem in religiös-kulturellen Erörterungen Verwendung fand und dabei meist Andersartigkeit ausdrücken wollte, wurden „Nahe“, „Mittlerer“ und „Ferner Osten“ in der Regel gebraucht, wenn es um soziale, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge ging. Den Begriff „Nahe Osten“, wie er heute gebräuchlich ist, gibt es demnach erst seit der europäischen Kolonialherrschaft und der dabei vorgenommenen, künstlichen geografischen Zuordnung. Trotzdem hält sich der Begriff hartnäckig, vor allem auch mangels Alternative. Er bezeichnet einen Raum, der sich von Marokko im Westen über die arabische Halbinsel bis nach Iran im Osten erstreckt und im Norden auch die Türkei einschließt. Unstrittig ist der „Nahe Osten“ damit ein unmittelbarer Nachbar Europas.

Henner Fürtig



lückenlos, Widerstand wird in der Regel gewaltsam gebrochen. Ethnische und konfessionelle Unterschiede werden bestärkt und instrumentalisiert; sie führen aber den Werbem des IS immer wieder neue Rekruten zu.

Europa musste nach den Jahren des Zweckoptimismus erkennen, dass die Hoffnungen auf eine baldige Demokratisierung Nordafrikas und des Nahen Ostens voreilig waren. Gegenwärtig ist die EU zum Verhalten zurückgekehrt, das sie schon vor dem Arabischen Frühling gezeigt hat: Geschäfte werden

mit den etablierten Regimen abgewickelt, gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen überlagern zaghafte Aufrufe zur Demokratisierung. Kritik gegen die neuerliche Repression und die fortgesetzte autokratische Herrschaft erhebt sich aus den Reihen der EU jedenfalls nur spärlich. Meistens behilft man sich mit dem bekannten Lehrsatz, wonach wirtschaftliche Modernisierung auf lange Sicht auch zu gesellschaftlicher Modernisierung führen werde und Wirtschaftshilfe gut angelegt sei, weil wirtschaftlich prosperierende Staaten mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Demokratien würden.

Derartige Argumente klingen aber vor allem nach Ausflüchten und können kaum kaschieren, woran der EU gegenwärtig vor allem gelegen ist: an der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Diese Problematik beschäftigt die europäischen Hauptstädte weitaus intensiver als es der Arabische Frühling je getan hat. Die EU zeigt gegenwärtig wesentlich größeres Interesse daran, die nahöstlichen und nordafrikanischen Machthaber zur Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu bewegen als sie etwa durch Demokratisierungsaufrufe zu „provozieren“. Das mag kurzfristig sogar Entlastung versprechen, ist langfristig aber europäischen Interessen abträglich. Denn eines dürfte zutreffen: Der „Geist ist aus der Flasche“. Die Erfahrungen, die Millionen Menschen während des Arabischen Frühlings gemacht haben, lassen sich nicht mehr tilgen. Vielen wurde bewusst, dass das Schicksal in die eigenen Hände genommen werden kann und der Einzelne nicht unabwendbar nur Objekt der Geschichte ist. Und nicht zu vergessen: das zarte Pflänzchen der Demokratie, das bislang unbeirrt in Tunesien wächst. 2015 bewertete *Freedom House* mit Tunesien erstmals ein arabisches Land als „frei“.

Nordafrika und Naher Osten in Zahlen I

Daten (geschätzt) von 2015, wenn nicht anders angegeben

Land Hauptstadt/Regierungssitz	Unabhängigkeit	Politisches System	Fläche (in km²)	Einwohner (2016 in Mio.)	Bevölk.- wachstum (2016 in %)	Altersstruktur (in %)		Urbani- sierung (in %)	Religion M(uslime) / C(hristen) / J(uden) / A(ndere) / (in %)			HDI** (2014)
Ägypten Kairo	1922	Republik	1 001 450	94,7	2,51	0–14: 31,9 25–54: 38,5	15–24: 17,6 ≥55: 12,0	43,1	M: 90 C: 10 (2012)			0,690
Algerien Algier	1962	Republik	2 381 741	40,3	1,77	0–14: 28,8 25–54: 42,8	15–24: 16,6 ≥55: 11,8	70,7	M: 99 A: <1 (2012)			0,736
Bahrain Manama	1971	Monarchie	760	1,4*	2,33	0–14: 19,5 25–54: 56,1	15–24: 15,8 ≥55: 8,6	88,8	M: 70,3 A: ca. 14,6 C: 14,5 J: 0,6 (2010)			0,824
Gazastreifen Gaza-Stadt	–	Republik	360	1,8	2,39	0–14: 42,8 25–54: 30,7	15–24: 20,3 ≥55: 6,3	75,3	M: 98–99 A: <1 C: <1 (2012)			–
Irak Bagdad	1932	Republik	438 317	38,1	2,87	0–14: 40,3 25–54: 33,5	15–24: 19 ≥55: 7,3	69,5	M: 99 A: <0,1 C: 0,8 J: <0,1 (2010)			0,654
Iran Teheran	–	Republik	1 648 195	82,8	1,18	0–14: 23,7 25–54: 46,9	15–24: 17,6 ≥55: 11,9	73,4	M: 99,4 A: 0,7 C: 0,7 (2011)			0,766
Israel Jerusalem	1948	Republik	20 770	8,2	1,53	0–14: 28 25–54: 37,1	15–24: 15,5 ≥55: 19,4	92,1	M: 17,5 A: 5,5 C: 2 J: 75 (2013)			0,894
Jemen Sanaa	Nord: 1918 Süd: 1967 Vereinigung: 1990	Republik	527 968	27,4	2,37	0–14: 41,1 25–54: 31,3	15–24: 21,1 ≥55: 6,5	34,6	M: 99,1 A: 0,9 C: 0,9 (2010)			0,498
Jordanien Amman	1946	Monarchie	89 342	8,2	0,83	0–14: 35,4 25–54: 36,1	15–24: 20,3 ≥55: 8,2	83,7	M: 97,2 A: 0,6 C: 2,2 J: <0,1 (2010)			0,748
Katar Doha	1971	Monarchie	11 586	2,3	2,64	0–14: 12,5 25–54: 70,2	15–24: 13 ≥55: 4,3	99,2	M: 77,5 A: 14 C: 8,5 (2004)			0,850
Kuwait Kuwait-City	1961	Monarchie	17 818	2,8*	1,53	0–14: 25,3 25–54: 52,3	15–24: 15,2 ≥55: 7,2	98,3	M: 76,7 A: 5,9 C: 17,3 (2013)			0,816
Libanon Beirut	1943	Republik	10 400	6,2	0,85	0–14: 25,1 25–54: 44,1	15–24: 17 ≥55: 13,8	87,8	M: 54 A: 5,6 C: 40,5 (2012)			0,769
Libyen Tripolis	1951	Republik	1 759 540	6,5	1,8	0–14: 26,5 25–54: 46,6	15–24: 17,8 ≥55: 9,1	78,6	M: 96,6 A: ca. 0,7 C: 2,7 (2010)			0,724
Marokko Rabat	1956	Monarchie	446 550	33,7	0,99	0–14: 26,4 25–54: 42,1	15–24: 17,4 ≥55: 14	60,2	M: 99 A: 1 C: 1 (2010)			0,628
Oman Maskat	1971	Monarchie	309 500	3,4*	2,05	0–14: 30,2 25–54: 43	15–24: 19,5 ≥55: 7,3	77,6	M: 85,9 A: 7,5 C: 6,5 J: <0,1 (2010)			0,793
Saudi-Arabien Riad	1932	Monarchie	2 149 690	28,2*	1,46	0–14: 27,1 25–54: 45,9	15–24: 19,1 ≥55: 7,9	83,1	M: 100 C: 1 (2012)			0,837
Syrien Damaskus	1946	Republik	185 180	17,2	1,56	0–14: 32,5 25–54: 38,6	15–24: 19,9 ≥55: 9,1	57,7	M: 87 C: 10 A: 3 (2010)			0,594
Tunesien Tunis	1956	Republik	163 610	11,1	0,86	0–14: 23 25–54: 44,6	15–24: 15,5 ≥55: 16,9	66,8	M: 99,1 A: 1 C: 1 (2010)			0,721
Türkei Ankara	1923	Republik	783 562	80,3	0,9	0–14: 25,5 25–54: 43,1	15–24: 16,3 ≥55: 15,2	73,4	M: 99,8 A: 0,2 C: 0,2 (2010)			0,761
Vereinigte Arabi- sche Emirate (VAE) Abu Dhabi	1971	Monarchien	83 600	5,9*	2,47	0–14: 20,9 25–54: 61,4	15–24: 13,6 ≥55: 4,2	85,5	M: 76 A: 15 C: 9 (2005)			0,835
Westjordanland Ramallah	–	Republik	5 860	2,7	1,86	0–14: 33,1 25–54: 37	15–24: 21,5 ≥55: 8,4	75,3	M: 80–85 J: 12–14 A: <0,1 C: 1–2,5 (2012)			0,677

* Migrantenanteil von 30 % oder höher an der Gesamtbevölkerung

**Der Human Development Index (HDI) setzt sich zusammen aus durchschnittlicher Lebenserwartung, durchschnittlicher und erwarteter Schulbesuchsdauer sowie aus dem Pro-Kopf-Brutto-nationaleinkommen eines Landes. Der Maximalwert beträgt 1. Quelle: Vereinte Nationen: <http://hdr.undp.org/en/indicators/137506>

Quelle, wenn nicht anders angegeben: CIA Factbook: <https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/>

Stand: Oktober 20:



Jerusalem ist eine heilige Stätte für die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam. Der Tempelberg in der Altstadt mit der Klagemauer, der al-Aqsa-Moschee und dem Felsendom ist unter Juden und Muslimen politisch umstritten.

STEPHAN ROSINY

Kulturen und Religionen

Der Nahe Osten ist geprägt von kultureller und religiöser Vielfalt. Der Islam, die Mehrheitsreligion, bestimmt in unterschiedlicher Weise den Alltag, aber auch gesellschaftliche und politische Verhältnisse. Besondere Aufmerksamkeit erwecken heute Islamisten als politische Akteure.

Wenn vom „Nahen Osten“ oder kulturgeografisch vom „Vorderen Orient“ die Rede ist, denkt man hierzulande meist an Länder, in denen Arabisch gesprochen wird und der Islam die kulturprägende Mehrheitsreligion ist. Doch gehören zum Nahen Osten im weiteren Sinne auch die nicht arabischen Staaten Iran, Israel und die Türkei sowie viele andere Ethnien wie etwa Kurden, Berber und Tscherkessen. Neben den Muslimen gibt es größere christliche und jüdische Gemeinden sowie Anhänger kleinerer Religionsgemeinschaften wie Zoroastrier,

Jesiden und Bahai. Die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam entstanden im Gebiet des heutigen Nahen Ostens und beziehen sich auf Abraham als ihren gemeinsamen Stammvater. Sie sind bis in die Gegenwart mit zahlreichen Konfessionen, Rechtsschulen, Kirchengemeinschaften und Sekten anzutreffen.

Diese Ethnien, Kulturen und Religionen weisen weiterhin regionale und lokale Besonderheiten auf. Bewohner von Städten und Dörfern, sesshafte Bauern oder nomadische Beduinen haben besondere, an ihre Umwelt angepasste Lebensweisen entwickelt und teils seit Jahrhunderten bewahrt. All dies macht den Nahen Osten zu einem bunten Mosaik unterschiedlicher religiöser und kultureller Lebensformen. Die Kenntnis seiner Geschichte ist unerlässlich, um die heutigen Kulturen und Religionen, aber auch die Politik der Region zu verstehen.

Religiöse Vielfalt

Im Westen wird der Nahe und Mittlere Osten als weitestgehend islamisch wahrgenommen. Das trifft auch zu, wenn man die demografische Verteilung der Konfessionen betrachtet. Aber auch wenn der Islam heute dominierend sein mag: Die Region ist ein religiöses Mosaik. Neben etwa zwei Dutzend christlichen Denominationen, die sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet haben, leben dort unter anderem Juden, Jesiden, Drusen, Bahai, Zoroastrier und Mandäer (Sabier) – ganz zu schweigen von am Rande des islamischen Spektrums befindlichen Gruppen wie den arabischen Alawiten (zur Unterscheidung von den Aleviten manchmal auch Nusairier genannt), den türkischen Aleviten oder den kurdischen Schabak.

Das Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen ist von vielerlei Regeln geprägt, manche ausgesprochen, andere unausgesprochen. In den meisten Ländern etwa gilt – Ausnahmen sind etwa der Libanon und Teile Palästinas –, dass Nichtmuslime sich in der öffentlichen Zurschaustellung ihrer Religion zurückhalten. Interreligiöse Beziehungen sind zumeist verpönt. Und oft können Nichtmuslime nicht bis in die obersten Ränge von Politik und Verwaltung aufsteigen – hier greift wie in manchen anderen Lebensbereichen eine religiöse Diskriminierung.

Dessen ungeachtet war die Situation derjenigen religiösen Minderheiten, die von islamischer Seite akzeptiert werden – nach gängiger Meinung mindestens Juden, Christen, Mandäer, Zoroastrier und Hindus –, über weite Strecken der Geschichte nicht schlecht. Im Osmanischen Reich konnten größere Religionsgemeinschaften ihre Familienstandsangelegenheiten selbst regeln, dies setzt sich im Recht mancher Staaten bis heute fort [...]. Nicht anerkannte Gruppen wie die iranischen Bahai hingegen leiden oft unter Verfolgung. [...]

Gerät das System aus dem Gleichgewicht, sind es in der Regel die Minderheiten, die dies als Erste zu spüren bekommen. Politische, wirtschaftliche oder religiöse Umwälzungen stellen für sie grundsätzlich Bedrohungen dar, da sie leichter als andere zu Sündenböcken gemacht werden können. [...]

Obwohl der Arabische Frühling – die größte nahöstliche Umwälzung der letzten Dekaden – religiösen Minderheiten daher nicht nur Positives verhieß, unterstützte eine große Anzahl Nichtmuslime den Wunsch nach Veränderung. Angesichts der

Wahlerfolge islamistischer Parteien in manchen und der Militarisierung der Aufstände in anderen Ländern wurden jedoch auch die Stimmen derjenigen laut, die vor negativen Folgen für Minderheiten warnten oder die Vorzüge der alten Regime priesen: Traditionell gehört es zu den Überlebensstrategien von Minderheiten, die Nähe zu den Herrschenden zu suchen; und die eher säkular orientierte Ideologie des arabischen Nationalismus – aus der die meisten dieser Regime hervorgegangen waren –, besaß für Nichtmuslime besondere Attraktivität.

Zugleich hat sich ihre Emigration seit 2011 noch einmal verstärkt. Vielen fällt die Auswanderung leichter als Muslimen: Im Durchschnitt zählen Christen in der Region zu den wirtschaftlich erfolgreicher Schichten; darüber hinaus haben Missionschulen und christliche Universitäten ihnen einen Bildungsvorsprung verschafft sowie Kontakte in westliche Länder etabliert. Manche glauben deshalb, dass der endgültige Exodus der Nichtmuslime aus dem Nahen und Mittleren Osten – der Wiege dreier Weltreligionen – unabwendbar sei.

Christian Meier, Religiöse Minderheiten, Zurückhaltung empfohlen. in: Atlas des Arabischen Frühlings. Eine Weltregion im Umbruch, Bonn 2016, S. 28



Am Grab ihres Heiligen, Scheich Adi, im nordirakischen Lalisch-Tal feiern Jesiden im April 2015 den Beginn des neuen Jahres.

Kulturgeschichte des Vorderen Orients

Der Vordere Orient gehört mit China, Indien und Mittelamerika (Azteken, Maya) zu den Wiegen der menschlichen Zivilisation. In der heutigen Südtürkei und in Mesopotamien reichen ihre Spuren bis ins neolithische Altertum vor 12 000 Jahren zurück. Die altorientalischen Reiche der Sumerer, Ägypter, Babylonier, Assyrer, Hethiter und Perser formten die Region zu einem Kulturraum, der durch Handelswege wie die Seidenstraße oder das Mittelmeer verbunden wurde und einen Austausch von Wissen und Technik ermöglichte. Wechselseitige Beeinflussungen in Religion, Philosophie, Architektur und Kunst prägten die Region. Einige ihrer frühen Kulturen sind bis in die Gegenwart in der kollektiven Erinnerung der Völker lebendig und Bestandteile der modernen nationalen Geschichtsschreibungen.

Manche zeitgenössische Diktatoren versuchten, dies für die Legitimierung ihrer Herrschaft zu nutzen, und inszenierten sich als Erben antiker Herrscher.

Auf dem Gebiet des heutigen Irak entwickelten sich einst die Zivilisationen Mesopotamiens, des um die Flüsse Euphrat und Tigris gelegenen Zweistromlandes. Hier entstanden im siebten vorchristlichen Jahrtausend die ersten Siedlungen und städtischen Kulturen der Menschheit, die bedeutenden Erfindungen wie Keramik, Werkzeuge und Waffen sowie gesellschaftspolitische Neuerungen der staatlichen Verwaltung hervorbrachten. So schuf der babylonische König Hammurabi (1792–1750 v. Chr.) eines der ersten Gesetzbücher. In ihm schrieb er das Strafprinzip der gleichmäßigen Vergeltung (*Talio*) fest, das an die Stelle ungezügelter Rache trat und das uns im Alten Testament in dem Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ wiederbegegnet.



Die Tempelanlage von Karnak am Ostufer des Nils in Ägypten gehört seit 1979 zum Weltkulturerbe der UNESCO.

Die syrische Geschichtsschreibung bezieht sich auf die namensgebenden Assyrer (1500–626 v. Chr.), die im heutigen Nordirak und in Nordsyrien herrschten. In Ägypten sind die pharaonischen Reiche nicht nur architektonisch mit den Pyramiden und anderen Monumentalbauten gegenwärtig. Ihre Spuren finden sich in Bräuchen wie etwa dem volkstümlichen Zar-Kult, einem Ritual der Geisteraustreibung, sowie in der Liturgie des koptischen Christentums. Diese altorientalische Kirche führt sich auf den Evangelisten Markus zurück, in dessen Nachfolge ihr eigener Papst steht. Schließlich leiten Ägypter – wie auch Iraker – ihren Anspruch auf eine arabische Führungsrolle unter anderem aus dem Glanz ihrer antiken Kulturen ab.

Nicht minder stolz auf ihre Frühgeschichte sind die Libanesen, von deren Küstenstädten Tyros, Sidon und Byblos einst die Phönizier, ein Seefahrervolk (~1200–146 v. Chr.), als Erste Afrika umsegelten. Das Mittelmeer war ihr Handelsraum, an dessen Küsten sie Kolonien gründeten wie die Stadt Karthago nahe dem heutigen Tunis. Anders als für die Großreiche dieser Zeit üblich dehnten die Phönizier ihren Einflussbereich vorwiegend als Handelsmacht und über Verträge und nur nachrangig durch kriegерische Eroberung und Besatzung aus. Sie erfanden eine aus 22 Konsonanten bestehende Buchstabenschrift, die zur Grundlage für das hebräische, das griechische, das lateinische und das arabische Alphabet wurde. Später eroberten die Griechen (~750–146 v. Chr.) und das Römische Reich (509 v. Chr.–395 n. Chr.) große Teile des Nahen Ostens und nutzten das Mittelmeer ebenfalls als Handels- und Kulturraum.

Iran sieht sich in Kontinuität zum Reich der Perser (550 v. Chr.–651 n. Chr.), dessen straff organisierte Bürokratie von den islamischen Kalifaten übernommen wurde. Viele kulturelle Besonderheiten sind trotz der arabischen Eroberung und Islamisierung des Landes erhalten geblieben. So gilt in Iran eine Mischung aus dem vorislamischen Sonnenkalender (mit dem Neujahr zur Sonnenwende am 20. oder 21. März) und dem islamischen *Hidschra*-Kalender. Dieser beginnt mit der Auswanderung des Propheten Mohammed und seiner muslimischen Gemeinde von Mekka nach Medina im Jahre 622 n. Chr. Er orientiert sich am Mondverlauf, weshalb seine zwölf Monate und somit auch das Jahr kürzer sind als das dem Sonnenlauf folgende Jahr unserer Zeitrechnung.

Nach der Teilung des Römischen Reiches 395 n. Chr. kontrollierte das oströmische Byzantinische Reich (395–1453) den

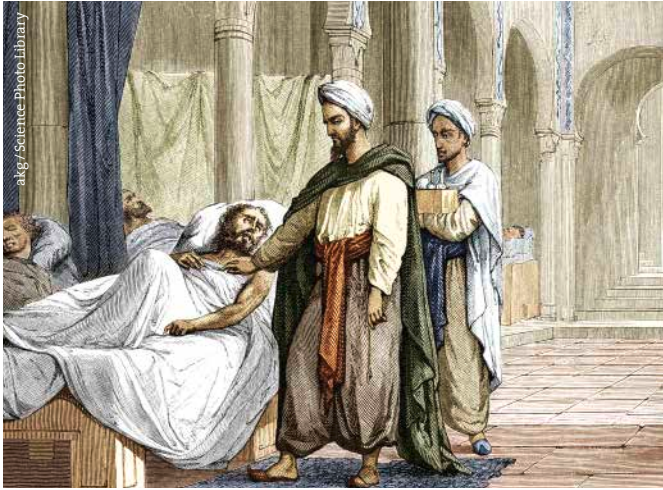
östlichen Bereich des Mittelmeers. In ihm war das orthodoxe Christentum Staatsreligion, aus dem verschiedene, im Nahen Osten bestehende Kirchen wie die Griechisch-, die Syrisch- und die Armenisch-Orthodoxe Kirche hervorgingen. Byzanz grenzte an das arabisch-islamische Reich, das sich seit der Religionsstiftung durch Mohammed (570–632) stetig ausweitete und schließlich 1453 das gesamte Territorium des Byzantinischen Reiches eroberte. Die Islamisierung und Arabisierung des Nahen Ostens wurde auch von den christlichen Kreuzrittern nicht aufgehoben, die zwischen 1095 und 1270 zeitweise die den drei abrahamitischen Religionen heilige Stadt Jerusalem und angrenzende Territorien kontrollierten.

Nach der türkisch-islamischen Eroberung Konstantinopels benannten die muslimischen Sieger 1453 die Stadt in Istanbul um und machten sie zur Hauptstadt des Osmanischen Reiches (~1300–1922/23). Der osmanische *Sultan* (arab.; dt.: Herrscher) übernahm 1517 zusätzlich den islamischen Herrschertitel des Kalifen und brachte damit seinen Anspruch als Oberhaupt aller Muslime zum Ausdruck. Sein Herrschaftsbereich verkleinerte sich besonders im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts im Zuge des Ersten Weltkrieges, als Nationalitäten wie die Griechen und verschiedene Völker des Balkans die staatliche Unabhängigkeit erlangten und europäische Kolonialmächte fast alle arabischen Staaten als Kolonien oder Mandatsgebiete unter ihre Kontrolle brachten. Aus dem verbliebenen Rumpfstaat ging 1923 die Türkei hervor. Frankreich und Großbritannien sowie ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusätzlich die USA und die Sowjetunion bzw. Russland üben seitdem bedeutenden Einfluss auf die Region aus.

Im Mittelalter übernahm Europa kulturelle und wissenschaftliche Errungenschaften des Vorderen Orients, beispielsweise medizinische Erkenntnisse wie die Entdeckung des Blutkreislaufs oder Navigationsinstrumente der Seefahrt. In dieser Epoche gelangten auch viele arabische Lehnwörter wie Algebra, Alkohol, Matratze, Ziffer und Zucker nach Europa. Der Islam war in dieser Zeit in vielem fortschrittlicher und offener als das Christentum, etwa im Bereich medizinischer Forschung oder in der Verrechtlichung diplomatischer Beziehungen zu Andersgläubigen. Arabische Philosophen wie Avicenna (980–1037) und Averroes (1126–1198) beeinflussten mit ihren Kommentaren des Aristoteles nachhaltig die Philosophiegeschichte Europas, die christliche Scholastik, den Humanismus und die Aufklärung.



Die Eroberung Konstantinopels 1453 durch die Türken ist eine bedeutende Wegmarke zur Islamisierung und Arabisierung des Nahen Ostens. Miniatur, Ende 15. Jh.



Abu al-Qasim (936–1013), Hofarzt des Kalifen von Cordoba, verfasste eine 30-bändige Enzyklopädie, die die europäische Medizin bis in die Zeit der Renaissance prägte.

Doch kehrte sich dieses Verhältnis zunehmend um. Schon im 15. Jahrhundert wechselte Europa vom Importeur zum Exporteur von Fertigprodukten wie Papier, Nägeln, Textilien und Glas. Mit dem europäischen Kolonialismus und der sich ausweitenden Vernetzung der Welt durch Handel und Kommunikation, Wirtschaft und Kultur unterlagen lokale, traditionelle Gemeinschaften im Nahen Osten zunehmend den Einflüssen des Weltmarkts sowie der kulturellen und ideologischen Dominanz des Westens. Diese beeinflusste Stadtplanung und Architektur, die Infrastruktur und die Medien, das Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung, die Staatsverwaltung und die Konsumgewohnheiten. Westliche Dominanz trat nicht zuletzt in politischen Ideologien wie dem Nationalismus, Sozialismus, Liberalismus und Kommunismus zutage.

Menschen aus dem Nahen Osten, die sich im Westen aufhalten, um zu studieren, zu arbeiten oder sich vor dem Krieg in ihren Heimatländern zu retten, lernen hier westliche Verhaltensweisen und Werte kennen und spiegeln sie über Familienbesuche oder als Rückkehrende in ihre Herkunftsländer zurück.

Im Prozess der Globalisierung sind Kulturen und Religionen zu weltweiten Austauschgemeinschaften verschmolzen: Der „Orient“ ist in Europa unter anderem in Migrantengemein-

den und Spezialitätenrestaurants präsent. New Yorks Skyline erhält Konkurrenz von den Hochhäusern in Dubai, der saudischen Hauptstadt Riad oder von Doha, der Hauptstadt Katars. Nur im Bereich der Säkularisierung scheint der Nahe Osten einer westlich dominierten Modernisierung zu widerstehen: Religion prägt hier nach wie vor den Alltag, die Gesellschaften und teilweise auch die Politik der Region. Das gilt insbesondere für den Islam als die Mehrheitsreligion, die in jüngerer Zeit von vielen Gläubigen in die politisierte Form des Islamismus umgedeutet wird.

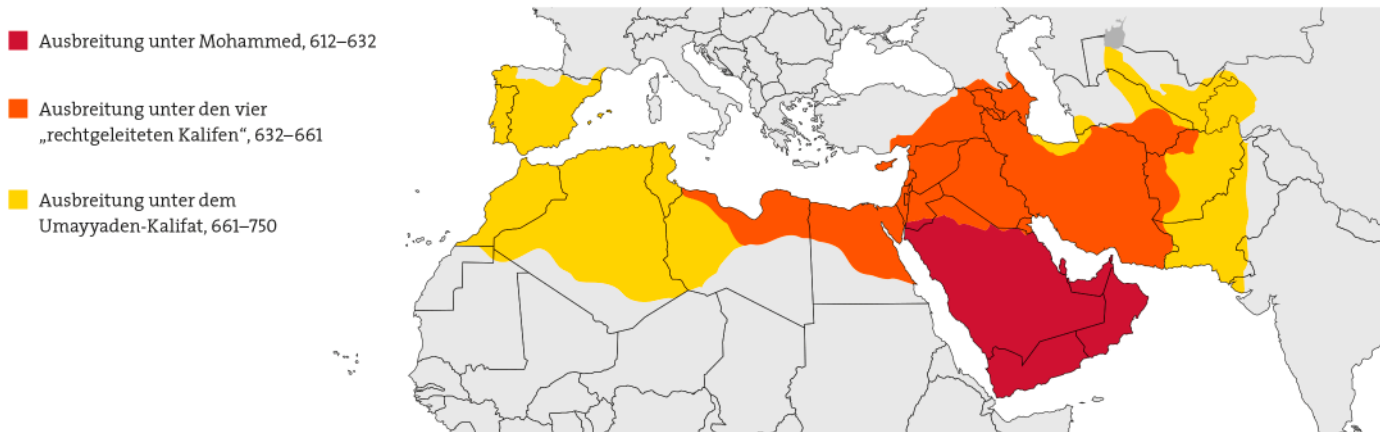
Die Religion des Islam

Vermutlich um 610 n. Chr., im Alter von 40 Jahren, hatte der islamische Prophet Mohammed sein erstes Offenbarungserlebnis. Er verkündete in den folgenden Jahren den Bewohnern seiner Heimatstadt Mekka, einer bedeutenden Handels- und Pilgerstadt auf der Arabischen Halbinsel, die neue Botschaft des Islam. Die frühe Gemeinde wurde jedoch von der etablierten Oberschicht abgelehnt, weshalb sie im Jahre 622 nach Medina auswanderte. Diese *Hidschra* (arab.; dt.: Auswanderung) markiert den Beginn der islamischen Zeitrechnung.

In der Oasenstadt Medina fand Mohammed mit seiner prophetischen Mission neue Anhänger. Er wirkte als Schiedsrichter untereinander verfeindeter Clans und gewann dadurch zunehmend politische Autorität. Dabei halfen ihm göttliche Offenbarungen, die seinen Aussagen und seinem Verhalten besonderes Gewicht verliehen. Er und seine Anhänger bauten ein staatsähnliches Gemeinwesen auf, in dem nicht mehr Stammesloyalität, sondern das gemeinsame religiöse Bekenntnis zählte. Durch militärische Eroberungen und den vertraglichen Beitritt weiterer Stämme weitete sich die frühislamische Gemeinde bereits zu Lebzeiten Mohammeds auf den Großteil der Arabischen Halbinsel aus.

Angetrieben vom neuen Glauben eroberten arabische Stämme bis zum Jahr 750 die gesamte heutige arabische Welt, dazu große Teile Spaniens und Portugals (das arabische *al-Andalus*) sowie Zentralasiens. Sie verbreiteten dabei nicht nur den Islam als Religion, sondern in unterschiedlicher Intensität auch eine durch ihn geprägte arabische Kultur. Der Koran, die Heilige Schrift der Muslime, setzte die Norm für die arabische Schriftform und Sprache. Sie diente den frühen islamischen Dynastien, dem in Damaskus residierenden Kalifat der Umayyaden (661–750) und dem Kalifat der Abbasiden in Bagdad

Ausbreitung des Islam bis zum Jahr 750



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Map_of_expansion_of_Caliphate.svg

Die Fünf Säulen des Islam

Die grundlegenden religiösen Pflichten der Muslime sind als die Fünf Säulen bekannt.

1. *Shahada* – das Glaubensbekenntnis nach der Formel: Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Gott gibt und dass Muhammad der Gesandte Gottes ist. Die shi'itische Minderheit fügt dem die Worte hinzu: ‚Ali ist der Freund Gottes‘.

2. *Salat* – Anbetung. Zuweilen auch als „Gebet“ übersetzt, nimmt *salat* die Form einer rituellen Prostration [sich niederwerfen, Anm. d. Red.] an, bei der die präzise Ausführung der Körperbewegungen genauso wichtig ist wie die begleitend stattfindende geistige Aktivität. Sunnitische Muslime sollen *salat* fünfmal am Tage verrichten: in der Morgendämmerung, am Mittag, mitten am Nachmittag, nach Sonnenuntergang sowie am Abend. Die Gläubigen müssen sich im Zustand ritueller Reinheit befinden [...]. *Salat* kann praktisch überall verrichtet werden, vorausgesetzt, der Betende wendet sich der *qibla* zu – der Richtung, in der die Ka'aba in Mekka liegt. Am Freitag wird mittags das Gebet in der Gemeinde verrichtet, zu dem sich alle erwachsenen männlichen Mitglieder der Gemeinde versammeln. Männer und Frauen bleiben für gewöhnlich getrennt; die Frauen nehmen hinter den Männern oder in einem abgeschirmten Teil der Moschee am Gottesdienst teil. In der Regel hält der Imam oder Vorbeter eine Predigt. [...]

3. *Zakat* – Almosengeben / obligatorische Wohlfahrts-spende. Diese Steuer ist einmal pro Jahr von allen erwachsenen Muslimen zu zahlen und wird auf 2,5 Prozent des Kapitalvermögens taxiert, über das jemand zusätzlich zu einem als *nisab* bekannten Minimum verfügt. *Nisab* umfasst für den Viehbestand zum Beispiel fünf Kamele, dreißig Kühe [...] oder vierzig Schafe oder Ziegen. *Zakat* ist für Bankguthaben, Edelmetalle, in den Verkehr gebrachte Handelsware (nicht aber für persönliche Besitztümer, wie Autos, Kleidung, Häuser und Schmuck), den Viehbestand und eingefahrene Ernte von bebautem Land zu leisten. Die Empfänger

sollten arm und bedürftig sein. In der Vergangenheit wurde *zakat* von der muslimischen Regierung eingezogen und nach althergebrachtem Schema verteilt. Heutzutage ist das Almosenspenden der Gewissensentscheidung des Gläubigen überlassen.

4. *Saum* – das Fasten während Ramadan. Gefastet wird im heiligen Monat Ramadan, dem neunten Monat des Mondkalenders, tagsüber, solange es hell ist. Das Fastengebot bezieht sich auf Essen, Trinken, Rauchen und Geschlechtsverkehr. Das Fasten beginnt mit dem Morgengrauen und endet mit Sonnenuntergang. [...] Der Ramadan bietet traditionell Gelegenheit für Familienzusammenkünfte wie auch für religiöse Besinnung. Es gilt als besonders verdienstvoll, während des heiligen Monats den gesamten Koran zu rezitieren. Nach der Überlieferung war es der 27. Ramadan, die „Nacht der Macht“, als der Koran „herabkam“.

5. *Hajj* – Pilgerfahrt nach Mekka. Die Erfüllung dieser sehr weitgehenden und anspruchsvollen religiösen Pflicht wird von jedem und jeder muslimischen Erwachsenen mindestens einmal im Leben gefordert. Die jährliche Pilgerfahrt oder *Hajj* findet während der letzten zehn Tage des zwölften Mondmonats (*Dhu'l al Hijja*) statt und erreicht ihren Höhepunkt mit dem Opferfest (*Id al-Adha*). [...] Die kleinere Wallfahrt oder *'Umra* kann zu jeder Zeit des Jahres verrichtet werden. [...] Die [...] zu verrichtenden Rituale beinhalten: *Tawaf*, das Umschreiten der Ka'ba; *Sa'i*, den siebenmaligen Lauf zwischen den beiden Hügeln Safa und Marwa; [...] das „Verweilen“ in der Ebene am Berg 'Arafat, einige Kilometer außerhalb von Mekka; der „Ansturm“ durch die enge Tal-schlucht von Muzdalifa; die „Steinigung“ der drei Pfeiler, die den Satan darstellen; das Schlachten eines Opfertiers in Mina [...].

Malise Ruthven, Der Islam. Eine kurze Einführung, Philipp Reclam jun. GmbH Stuttgart 2000, S. 193 ff.

(750–1258), als Verwaltungssprache und ist heute Amtssprache in allen arabischen Ländern. Die gemeinsame Sprache ermöglichte auch in jüngerer Zeit immer wieder überregionale intellektuelle und politische Bewegungen wie etwa die *Nahda*, eine säkulare Reformbewegung des 19. Jahrhunderts, den Arabischen Nationalismus Mitte des 20. Jahrhunderts oder die schnelle Ausbreitung des Arabischen Frühlings 2010/11, in dem gemeinsame politische Parolen und Protestlieder grenzüberschreitende Wirkung entfalteten.

Daneben haben Ethnien wie die Berber und Kurden ihre eigenen Sprachen bewahrt. Einige Religionsgemeinschaften pflegen teils uralte Liturgiesprachen, christliche Gemeinden beispielsweise das Koptische, das Aramäische und das Syrische sowie Juden das Hebräische, das 1948 in reformierter Form Staatssprache Israels wurde. Je weiter sich die arabisch-islamische Eroberung ausdehnte, desto schwächer wurde die kulturelle Arabisierung. Das osmanische Türkisch als Amts- und Literatursprache und das Persische übernahmen noch die arabischen Schriftzeichen, behielten aber weitgehend ihr Vokabular und ihre Grammatik. Auch islamische Regeln gingen eine Mischung mit lokalen Bräuchen ein, etwa

im Familienrecht, in den Bekleidungsregeln oder im Gräberkult. Der Islam wurde dadurch zum Bindeglied sozial und ethnisch äußerst unterschiedlicher Gemeinschaften und Kulturen.

Glaubensrichtungen

Mohammed hatte vor seinem Tod 632 keine klare Nachfolge-regelung zur Leitung seiner Gemeinde getroffen. Es kam deshalb zur grundlegenden Spaltung in den sunnitischen (arab.: *Sunna*; dt.: Brauch, Tradition) und den schiitischen Islam (arab.: *Shia*; dt.: Anhängerschaft, gemeint sind die Anhänger des Imam Ali). Der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten durchzieht seitdem die islamische Geschichte und beeinflusst gerade heute wieder die politische Auseinandersetzung im Nahen Osten. So konkurrieren der mehrheitlich schiitische Iran und das mehrheitlich sunnitische Saudi-Arabien um die regionale Führung am Persisch-Arabischen Golf (siehe auch S. 65 ff.).

Die von der Mehrheit vertretene, sunnitische Richtung hält die Kalifen für die rechtmäßigen Nachfolger des Propheten in der Leitung der Gemeinde. Auf die ersten vier „rechtgeleiteten Kalifen“ Abu Bakr, Omar, Uthman und Ali, den Cousin

Der Islam und seine Glaubensrichtungen

„Es gibt keinen Gott außer Gott, und Mohammed ist der Gesandte Gottes.“

Glaubensbekenntnis des Islam

Islam <ul style="list-style-type: none">→ arabisches Wort, bedeutet „Hingabe“→ entstand als jüngste Offenbarungsreligion im 7. Jh. n. Chr.	Prophet Mohammed <ul style="list-style-type: none">→ 570–632 n. Chr.→ erhielt die Offenbarungen Gottes	Muslime <ul style="list-style-type: none">→ Anhänger des Islam→ erkennen die Fünf Säulen als Pflichten an	Die Fünf Säulen <ul style="list-style-type: none">→ Glaubensbekenntnis→ rituelles Gebet→ Fasten im Monat Ramadan→ Pilgerfahrt nach Mekka→ Entrichtung von Almosen	Koran <ul style="list-style-type: none">→ heilige Offenbarungsschrift des Islam→ besteht aus 114 Suren (Kapiteln)
--	--	---	--	---

Sunniten ca. 1371 bis 1471 Mio. Gläubige <ul style="list-style-type: none">→ heute ca. 85–90% aller Muslime→ folgen der Hauptrichtung des Islam→ Grundsätze: Koran, Brauch (Sunna) und Überlieferung (Hadith)→ verschiedene Reformbewegungen→ Asien und Afrika	Schiiten ca. 154 bis 200 Mio. Gläubige <p>Entstanden durch Abspaltung der Parteigänger Alis (<i>Schiat Ali</i>) von der Mehrheit der Muslime ab 632. Ali war Mohammeds Schwiegersohn. Nur Nachkommen Mohammeds und Alis werden als Oberhaupt (Imam) anerkannt. Die verschiedenen Richtungen unterscheiden sich u. a. durch die Zahl der anerkannten Imame.</p>						Ibaditen dritte Glaubensgruppe neben Sunniten und Schiiten. Ca. 2 Mio. Gläubige leben in Algerien, Libyen, Oman, Tunesien und auf Sansibar.
Imamiten (Zwölfer-schiiten)	Aleviten	Zaiditen (Fünfer-schiiten)	Ismailiten (Siebener-schiiten)	Drusen	Alawiten		
heute rund 90% der Schiiten Bahrain, Iran, Irak, Aserbaidshan, Afghanistan, Pakistan, Libanon	Türkei	Jemen	Zentralasien, Jemen, Ostafrika, Indien	Israel, Libanon, Syrien	Syrien, Türkei		

© picture-alliance / dpa-infografik, Globus 5449; Quellen: bpb, The Pew Forum on Religion & Public Life, GIGA Institut; Stand: 2009

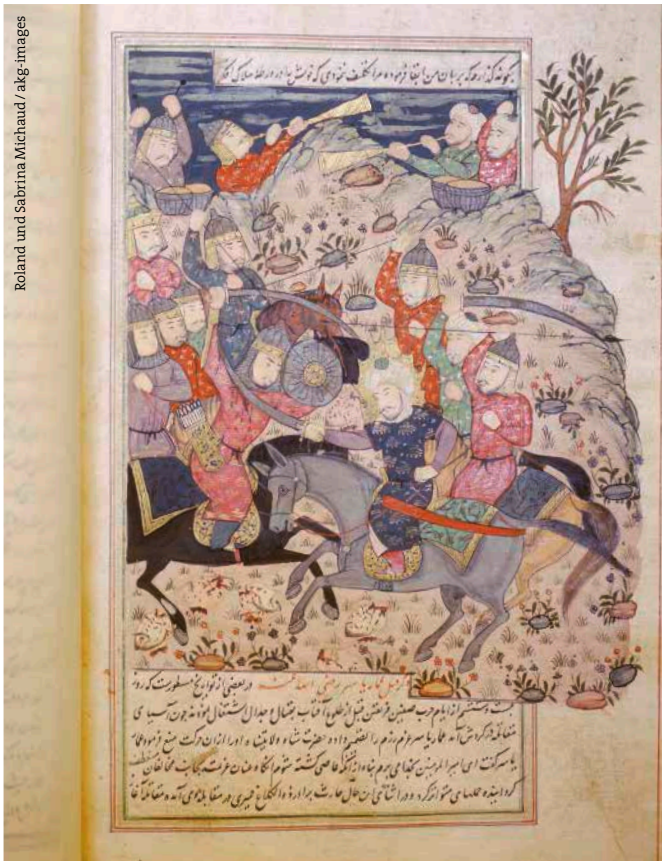
und Schwiegersohn Mohammeds, folgten als bedeutendste Kalifats-Dynastien die Umayyaden (661–750), die Abbasiden (750–1258) und die Osmanen (1517–1924). Die Sunniten sehen in den Kalifen vor allem die politischen Führer der Gemeinde. Eine verbindliche oberste religiöse Autorität gibt es für sie nicht.

Sie fühlen sich in besonderer Weise dem Leben und Wirken des Propheten in der sunnitischen Glaubensauslegung verpflichtet, die in den so genannten Hadith-Werken tradiert werden. Diese enthalten beispielhafte Aussprüche und Handlungen des Propheten Mohammed und seiner frühen Gefährten und haben deshalb neben dem Koran normative Bedeutung für die islamische Rechtsfindung (*Scharia*). Der sunnitische Islam zählt in der Gegenwart vier Rechtsschulen (arab.: *madhhab*), die sich in der Methodik der Rechtsableitung und geringfügig in ihrer religiösen Praxis unterscheiden. Daneben gibt es verschiedene Richtungen der islamischen Mystik, des Sufismus.

Die salafistische Richtung des sunnitischen Islam geht auf Ibn Taimiyya (1263–1328) zurück. Sie lehnt die Rechtsschulen als von Menschen erdachte Neuerungen ab und zeichnet sich durch

eine rigide Befolgung religiöser Rituale und Verhaltensregeln aus, beispielsweise in der Kleiderordnung und der Geschlechtertrennung. Salafisten verhalten sich meist intolerant gegenüber anderen Glaubensrichtungen und gegenüber Sunniten, die nicht ihrem eigenen engen Islamverständnis folgen.

Schiiten gehen davon aus, dass Gott Ali zum politischen und spirituellen Nachfolger des Propheten Mohammed und zum Oberhaupt (*Imam*) der Gemeinde bestimmt habe. Nur die aus der Ehe der Prophetentochter Fatima mit Ali hervorgegangenen Nachfahren seien legitimiert, die Gemeinde religiös zu leiten. Eine politische Autorität, die sie ebenfalls beanspruchten, konnten die schiitischen Imame gegen das sunnitische Kalifat hingegen nicht durchsetzen. Die sunnitischen Kalifen galten ihnen daher als unrechtmäßige Herrscher, die allerdings aus pragmatischen Gründen – Schiiten waren fast immer Bevölkerungsminderheiten – in der Regel akzeptiert wurden. In der Frühzeit des Islam rebellierten Schiiten jedoch immer wieder gegen allzu tyrannische Herrscher. Sie sehen im Enkel des Propheten, Imam al-Husain, der im Jahre 680 gegen den umayyadischen Kalifen Yazid rebellierte und in Kerbela den Tod fand, ein besonderes Vorbild. Sie begehen das



680 stirbt Imam al-Husain, der Enkel Mohammeds, in der Schlacht von Karbela. Sein aussichtsloser Kampf um das Kalifat gilt schiitischen Gläubigen als Martyrium, dessen sie alljährlich in den Aschura-Ritualen gedenken. Persische Miniatur, 17. Jh.

tragische Ereignis seines „Martyriums“ in den jährlich stattfindenden Aschura-Ritualen.

Als im 9. Jahrhundert der letzte einer Reihe von zwölf Imamen, der Imam al-Mahdi, im Kindesalter starb und im schiitischen Verständnis damit „in die Verborgenheit“ einging, brach der unmittelbare Kontakt zur göttlichen Rechtleitung durch die Imane ab. Religionsgelehrte (arab.: *ulama*) übernahmen stellvertretend diese Funktion bis zur erwarteten Rückkehr des Mahdi „aus der Verborgenheit“ als endzeitlichem Erlöser.

Der schiitische Islam hat einige Richtungen hervorgebracht. Sie unterscheiden sich in der Reihe der von ihnen anerkannten Imame als Nachfolger des Propheten, in ihrer Theologie, in der Frage religiöser Autorität und in religiösen Riten. Die zahlenmäßig größte Richtung ist die Zwölferschia. Daneben gibt es die Zaiditen im Jemen, die Ismailiten und Drusen, die Aleviten in der Türkei und die Alawiten in Syrien sowie viele weitere kleinere Gruppen (siehe Grafik S. 13). Schiiten bilden gegenwärtig ca. 10 bis 20 Prozent aller Muslime. In Iran, im Irak und in Bahrain stellen sie die Bevölkerungsmehrheit, im Libanon, in Saudi-Arabien, Jemen und Syrien bedeutende Minderheiten.

Der Sufismus zählt zwar mehrheitlich zum sunnitischen Islam, weist aber viele Gemeinsamkeiten mit dem schiitischen Islam auf. Wie in diesem suchen die Gläubigen spirituell die Nähe Gottes, vermittelt etwa über Heilige und den Besuch von deren Gräbern. Beide Richtungen, Schiiten und Sufis, werden daher von fundamentalistischen Salafisten kritisiert, die eine solche Heiligenverehrung als verbotenen Polytheismus (Vielgötterei) ablehnen. Religiöse Extremisten zerstören deshalb immer wieder heilige Stätten der Schiiten und Sufis, so im Irak, in Syrien, Libyen und im Jemen.

Der Islam als normative Ordnung

Der Islam ist mit der Gemeindegründung von Medina 622 und durch den frühen Erfolg der islamischen Expansion eine sehr diesseitsorientierte Religion geworden, die schon früh Verhaltensregeln für das zwischenmenschliche Zusammenleben, für Vertragsgestaltungen, politische Herrschaft und das Kriegswesen entwickelte. Muslime gehen davon aus, dass das „Reich Gottes“ bereits auf Erden zu verwirklichen sei. Dies prägte den Islam als eine Gesetzesreligion, die zahlreiche Aspekte des menschlichen Lebens festlegen will. Tatsächlich aber existierten zu allen Zeiten parallel zum religiösen Recht auch andere Rechtsvorstellungen, seien es lokale Gewohnheitsrechte und Bräuche oder von Herrschern erlassene Gesetze.

Die normative Ordnung der Scharia ist nach Ansicht der Gläubigen nicht von Menschen geschaffen, sondern göttlichen Ursprungs und daher „absolut gerecht“. Allerdings gibt es große Meinungsverschiedenheiten unter Muslimen, was genau die Scharia bedeutet, unter welchen Umständen sie gültig ist, angepasst und erneuert werden darf. Das hängt unter anderem mit Fragen zusammen, die im Kern jeder monotheistischen Religion stecken: Hat Gott als „Schöpfer“ alles vorherbestimmt und die Menschen zu bloßen Befehlsempfängern gemacht, oder hat er sie mit Verstand und der Freiheit ausgestattet, ihr Schicksal selbstständig zu gestalten? Gibt es ewige Wahrheiten und Regeln, die für alle Zeiten gültig sind, oder können bzw. müssen sie den veränderten Umständen sich wandelnder Gesellschaften angepasst werden?

Die jeweils erste Position vertreten etwa Salafisten, die fundamentalistisch und buchstabengetreu die überlieferten Regeln befolgen wollen. Auf der anderen Seite stehen reformorientierte Islamisten, wie etwa die Muslimbruderschaft, oder schiitische Gruppierungen, die mit Hilfe „selbstständiger Rechtsfindung“ (arab.: *idschtiḥad*) zeitangepasste Verhaltensregeln suchen. Säkular orientierten Gläubigen bietet die Religion eine moralische Orientierung, aber keine exakte Handlungsanweisung für ihr Leben. Daneben gibt es im Nahen Osten auch Atheisten, wenngleich sie sich durch den dominanten islamischen Diskurs derzeit nur selten offen zu erkennen geben.

Die arabisch-islamische Kultur

Obwohl nur rund ein Fünftel aller Muslime in arabischen Ländern leben, ist der Islam eine arabisch geprägte Religion geblieben. Für die arabischen und andere von Muslimen bewohnte Länder stellt die Religionsstiftung des Propheten Mohammed auf der Arabischen Halbinsel das Schlüsselereignis dar. Der Koran wurde in arabischer Sprache offenbart und niedergeschrieben, und Arabisch hat seine sakrale Bedeutung bis in die Gegenwart behalten. So vollziehen Muslime weltweit ihre Pflichtgebete in arabischer Sprache und beten in Richtung Mekka. Diese Stadt auf der Arabischen Halbinsel ist auch das Ziel der jährlich stattfindenden Pilgerfahrt (*Hadsch*), die jeder Muslim einmal im Leben vollziehen soll.

Religion und Kultur üben im Nahen Osten noch einen viel größeren Einfluss auf das tägliche Leben der Menschen aus als etwa in Europa. Im Westen sind durch die Aufklärung sowie durch die Liberalisierung und Individualisierung der modernen Gesellschaften viele Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben ohne den direkten Einfluss von religiösen und kulturellen Vorschriften entstanden. In vielen Regionen des Nahen Ostens dominiert hingegen noch eine patriarchalische Familienordnung, in der Frauen ihren Männern und Jugendliche ihren Eltern gehorchen müssen. Dies ist keine

Besonderheit des Islam, auch Christentum und Judentum entstanden ursprünglich in einem patriarchalischen Umfeld. Mittlerweile verändert sich das Verhältnis zwischen Frauen und Männern, der jungen Generation zu ihren Eltern aber auch im Nahen Osten rasant. Ein Mehr an Bildung, der Zugang zu neuen Medien oder Reisen ins Ausland erweitern den Horizont und wecken den Wunsch, das eigene Leben selbstbestimmter gestalten zu dürfen.

Trotz zunehmender Offenheit in vielen Bereichen orientieren sich viele Muslime in Fragen des Glaubens, aber auch in sozialen und politischen Fragen nach wie vor an Vorbildern aus der islamischen Geschichte und Tradition. In Phasen des gesellschaftlichen Umbruchs, wie die Region sie etwa zu Zeiten des Kolonialismus erlebte und aktuell angesichts der Globalisierung erlebt, sollen diese Vorbilder Halt gewähren.

Muslime können dabei fundamentalistisch eine buchstabengetreue Imitation der frühislamischen Gemeinde unter Mohammed anstreben oder sich im Sinne einer zeitgemäßen Anpassung der Religion kritisch mit den islamischen Quellen auseinandersetzen. So stellen muslimische Reformer, darunter auch einige Islamisten, Verhaltensweisen in Frage, die im Namen des Islam Jahrhunderte überdauert haben. Dies gilt etwa für den Bereich der sozialen Rollenzuschreibung zwischen Mann und Frau. Manche fortschrittliche Gelehrte und „islamische Feministinnen“ kritisieren die Regeln, die Frauen diskriminieren, und die patriarchalische Werteordnung als überholte Relikte der vorislamischen Stammeskultur. Andere verteidigen hingegen die konservativen Normen als unveränderbare göttliche Bestimmungen.

Kulturen und Religionen sind von Menschen geprägte und gelebte sinnstiftende Vorstellungen und Lebensentwürfe. Menschen ändern ihre Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und passen dabei – bewusst oder unbewusst – ihre Identitäten und Glaubensvorstellungen an veränderte Gegebenheiten an. In diesem gesellschaftlichen Prozess und in Konkurrenz zu anderen Kulturen und Religionen befinden sich kulturelle und religiöse Vorstellungen in einem steten Balanceakt zwischen der Bewahrung von „authentischen“ Besonderheiten sowie dem Wunsch nach Reformen und dem Anschluss an den globalen Fortschritt. Diese Auseinandersetzung kommt auch im Rahmen des Islamismus zum Tragen. Im Arabischen Frühling und seinen Folgen erlebt sie eine erneute Dynamik.

Politischer Islam (Islamismus)

Im 18. und 19. Jahrhundert reagierten islamische Religionsgelehrte und muslimische Denker auf europäische imperiale Bestrebungen im Nahen Osten. In einer Wiederbelebung des Islam sahen sie die Lösung politischer und gesellschaftlicher Probleme. Die unterschiedlichen Ideologien und politischen Bewegungen, die daraus im 20. Jahrhundert entstanden, werden heute zusammenfassend als Islamismus bezeichnet.

Auf der Arabischen Halbinsel belebte Muhammad Ibn Abd al-Wahhab (1702/03–1792) die fundamentalistische theologische Schule des Salafismus wieder. Sie sucht das Heil in einer exakten Imitation der frühislamischen Gemeinde, der buchstabengetreuen Befolgung islamischer Vorschriften und in der Ablehnung „unislamischer Neuerungen“, zu denen sie einige technologische Errungenschaften zählt. Dieser wahhabitische Salafismus ist die Staatsreligion in Saudi-Arabien geworden, das mit seinen enormen Öleinkünften seit den 1970er-Jahren die Verbreitung dieser Doktrin unterstützt.

Salafisten wollen das Vorbild der „frommen Altvorderen“ (*as-salaf as-salih*), der frühen islamischen Gemeinde, imitieren. Sie suchen deshalb Regeln und Lösungen für sämtliche Lebensbereiche in den schriftlichen Quellen des frühen Islam und lassen Neuerungen nur zögerlich zu. Allerdings können sie auch recht pragmatisch agieren. So haben einige Salafisten, um ihren wachsenden politischen Einfluss zu sichern, im Arabischen Frühling Parteien gegründet und sich an Wahlen beteiligt, die sie zuvor als „unislamische Neuerungen“ verdammt hatten.

Im bewaffneten Widerstand gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans (1979–1989) radikalisierte sich eine salafistische Gruppe und propagierte den Dschihadismus. Dessen bekannteste Vertreterin war die Terrororganisation *al-Qaida* (dt.: Basis, gegründet 1988) unter Osama bin Laden, deren Gewaltbereitschaft und Skrupellosigkeit mittlerweile vom „Islamischen Staat“ weit überholt wurde (siehe auch S. 18).

Dschihadisten verengen den *Dschihad* (arab.; wörtl.: Anstrengung) auf eine Gewaltstrategie, die auch vor dem Töten von Zivilisten und anderen Muslimen, die nicht ihrem Islambild folgen, nicht Halt macht. Im Islamverständnis der Dschihadisten gelten andere Richtungen im Islam, wie etwa die Schiiten, als „Abtrünnige“. Sie sehen sich selbst in einem „globalen Dschihad“, sozusagen in einem „heiligen Krieg“ ge-



Die Pilgerfahrt nach Mekka, Saudi-Arabien, zählt zu den Fünf Säulen des Islam. Gläubige Muslime aus der ganzen Welt umkreisen am 14. September 2016 die Kaaba an der Großen Moschee, ein Ritual, dem sich 2016 mehr als 1,8 Millionen Pilger unterzogen.



Für Islamisten ist der Koran nicht nur ein religiöses, sondern auch ein politisches Symbol. So wird das heilige Buch der Muslime auf einer Demonstration in Algier 2006 gegen die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in Dänemark mitgeführt.

Saudi-Arabien und der Wahhabismus

Auf viele Menschen, die sich für den Nahen Osten interessieren, übt das Königreich Saudi-Arabien eine eigenartige Faszination aus. Seine heiligen Stätten ziehen muslimische Pilger aus aller Welt an. Einerseits ist bekannt, dass das Land über große Erdölvorräte verfügt und aus deren Erlösen eine hochmoderne Wirtschaftsstruktur aufbaute. Andererseits gilt Saudi-Arabien als verschlossen, extrem konservativ und einer puritanischen Auslegung des Islam verpflichtet. Tatsächlich treffen beide Wahrnehmungen zu.

Auch 1932, als es der den Staatsnamen prägenden Familie Sa'ud unter ihrem Oberhaupt Abd al-Aziz (genannt Ibn Sa'ud) zum dritten Mal seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gelang, auf der Arabischen Halbinsel einen Zentralstaat unter ihrer Führung zu errichten, fußte die Gründung auf einem nahezu symbiotischen Verhältnis mit der Geistlichkeit. Die Allianz geht auf das Jahr 1744 zurück, als der Dynastiegründer Mohammed Ibn Sa'ud dem islamischen Reformator und Begründer des Wahhabismus Mohammed Ibn Abd al-Wahhab zusicherte, dessen Religionsauslegung nicht nur als die allein gültige anzunehmen, sondern sie auch zu schützen und zu verbreiten.

Die Lehre Abd al-Wahhabs, die von seinen Gegnern als Wahhabismus, von seinen Anhängern als Salafismus bezeichnet wird, beruht auf den streng konservativen Schriften des islamischen Gelehrten Ibn Taimiya (1263–1328). Dieser hatte eine Rückkehr der Gläubigen zu den originären Aussagen von Koran und Sunna gefordert. Abd al-Wahhab begriff sich als Sachwalter dieser Forderungen. Er unterstützte die Expansionsbestrebungen der Al Sa'ud, um wieder einen „reinen“ Islam in Mekka und Medina zu etablieren. Dafür versprach Abd al-Wahhab – auch für seine Nachfolger –, die Herrschaft der Al Sa'ud als einzig rechtmäßige zu proklamieren. Auf dieser Grundlage kann die Familie Sa'ud seit jeher auf die Unterstützung der hohen Geistlichen bauen, die zwar kaum Alltagspolitik betreiben, aber wichtige Inhalte der Gesetzgebung bestimmen und aufmerksam über die Einhaltung der wahhabitischen Normen wachen.

Die Verbindung begünstigte nicht nur eine außergewöhnliche „weltliche“, sondern auch geistliche Machtfülle des Königs; in einem Land, in dem Koran und Sunna offiziell als Verfassung gelten, verkörpert er als „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ Mekka und Medina die höchste religiöse Autorität. Als heilige Stätten des Islam gelten alle Orte, die Muslime besuchen oder zu denen sie pilgern, weil sie dort eine besondere Nähe zu ihrem Schöpfer verspüren. Da sich aus dem Anspruch, in Übereinstimmung mit der wahhabitischen Rechtsauslegung zu herrschen, ihre Legitimität ableitet, sind alle Könige letztlich darauf angewiesen, dass nicht nur die Geistlichen, sondern alle gläubigen Untertanen die Übereinstimmung bestätigen oder sie zumindest nicht in Frage stellen. Für den jeweiligen König bedeutet das

Fluch und Segen zugleich: Schon Staatsgründer Ibn Sa'ud hatte erkennen müssen, dass das wahhabitische Sendungsbewusstsein ihm zwar die Bildung seines Königreiches ermöglicht hatte, dass es dieses aber durch einen grenzenlosen Missionierungseifer wieder gefährdete. Folgerichtig löste er 1929 die Verbände seiner Glaubenskrieger (arab.: *Ikhwan*; dt.: „Brüder“, in Wehrdörfern sesshaft gemachte Beduinen) gewaltsam auf. Trotzdem blieb das Religionsverständnis, das sich an die Existenz der *Ikhwan* knüpfte, in Saudi-Arabien lebendig. Es behauptet sich bis heute in dem Teil der Gesellschaft, dem jegliche Veränderung der „reinen Lehre“ – auch in den Beziehungen zum Ausland – suspekt erscheint. Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel gibt der Erscheinung in der Gegenwart einen Namen. Immerhin waren neben Osama bin Laden auch 15 der 19 Attentäter des 11. Septembers 2001 Bürger Saudi-Arabiens.

Gleichzeitig meldeten sich mit der Ausformung des Staates und insbesondere seit dem Modernisierungsschub infolge der Entwicklung Saudi-Arabiens zum weltgrößten Erdölexporteur nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Akteure zu Wort, denen die Veränderungen der Gesellschaft viel zu langsam und halbherzig vorstättengingen: Privatunternehmer, Intellektuelle, Manager, Techniker und Spezialisten der Erdölwirtschaft. Sie forderten immer vernehmlicher einen modernen Staat inklusive bürgerlicher Freiheiten.

Die beschriebenen Widersprüche führten zu zahlreichen Eigenarten, die das Leben im gegenwärtigen Saudi-Arabien kennzeichnen. Eine Sittenpolizei (arab.: *mutauwa*) kontrolliert islamkonformes Verhalten in der Öffentlichkeit; nach ihrer Lesart schließt das auch ein, dass Frauen nicht Auto fahren dürfen. Auf der anderen Seite hat sich die saudische Gesellschaft wie selbstverständlich an die modernsten Errungenschaften heutiger Technik gewöhnt, etwa im Bereich der Kommunikation oder der Infrastruktur.

Die Bewältigung des Dauerspags zwischen den gegensätzlichen Ansprüchen von Modernisten und Traditionalisten stellt eine elementare Herausforderung für alle Nachfolger Ibn Sa'uds, inklusive des gegenwärtigen Königs Salman, dar. Setzte sein im Januar 2015 verstorbener Vorgänger Abdullah noch vorrangig auf Ausgleich und Dialog, so bevorzugt Salman die innen- und außenpolitische Offensive. Allein im Januar 2016 wurden Dutzende Regimegegner hingerichtet, 2011 und 2015 intervenierten die Al Sa'ud militärisch in den Nachbarstaaten Bahrain und Jemen. In Bahrain sollten schiitische Aufstände niedergeschlagen, im Jemen die schiitische Huthi-Miliz bekämpft werden, an deren Seite die Islamische Republik Iran vermutet wird. Somit konkurriert ein zunehmend selbstbewusster auftretendes Saudi-Arabien um eine regionale Führungsrolle mit Iran (siehe auch S. 63 ff.).

Henner Fürtig

gen die Ungläubigen. Obwohl sie zahlenmäßig eine kleine Gruppe innerhalb der Muslime und selbst innerhalb des Islamismus nur eine Minderheit darstellen, prägen sie aufgrund ihrer destruktiven Gewaltstrategien heute die negative Außenwahrnehmung des Islam und des Islamismus.

Diese Gewalt gegen Unschuldige im Namen der Religion lehnen die allermeisten Muslime und Islamisten strikt ab.

Gemäßigte Islamisten, wie etwa die 1928 gegründete ägyptische Muslimbruderschaft, wollen ihre eigenen Gesellschaften nicht durch Gewalt, sondern durch Bildung, Sozialeinrichtungen und Wirtschaftsförderung schrittweise reformieren. Sie unterhalten hierfür Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Institutionen der Wirtschaftsförderung, wie Genossenschaften oder Kleinkreditprogramme. Dies verstehen sie als

ihren *Dschihad*, ihre Anstrengung, ein gottgefälliges Leben zu führen, ihre Gesellschaften zu verbessern und sich individuell selbst zu perfektionieren. Sie sind aufgeschlossen gegenüber Aspekten der westlichen Moderne wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Bürgerrechten und Zivilgesellschaft, soweit diese nach ihrer Ansicht mit der Scharia, der islamischen normativen Ordnung, vereinbar sind.

Die ideellen Wurzeln dieses reformerischen Islamismus liegen im Islamischen Modernismus. Dessen Vertreter Jamal

ad-Din al-Afghani (1838/39–1897) und Mohammed Abduh (1849–1905) interpretierten die religiösen Quellen neu, den Gegebenheiten ihrer Zeit angepasst. Ihr Ziel war es, die Region gegen die ökonomisch, politisch und militärisch überlegenen europäischen Kolonialmächte zu stärken, indem sie westliche Errungenschaften wie Militärwesen, Demokratie und moderne Wissenschaften mit dem Islam versöhnen wollten (siehe S. 23).

Als europäische Mächte nach dem Ersten Weltkrieg auch noch die ostarabischen Staaten besetzten und die jüdische

Die Muslimbruderschaft

Vielen gilt die 1928 von Hassan al-Banna gegründete ägyptische Muslimbruderschaft als die Mutterorganisation der islamistischen Bewegung. Zunächst wurde die Gruppe als eine Wohlfahrtsorganisation gegründet. Sie wollte die Lebensbedingungen der ägyptischen Bevölkerung verbessern, die sich unter der britischen Vorherrschaft verschlechtert hatten. Dazu betrieb sie Schulen und Krankenhäuser und zielte gleichzeitig darauf, Erwachsene durch islamische Bildung zu besseren Muslimen zu erziehen und dem Verfall der Sitten entgegenzutreten, den al-Banna ebenfalls der Kolonialherrschaft der Briten zuschrieb. Ihn leitete die Vision einer auf „guten“ Muslimen basierenden idealen Gesellschaft, in der die ethischen Prinzipien der Scharia, vor allem soziale Gerechtigkeit, verwirklicht sein sollten.

Im Laufe der Jahrzehnte politisierte sich die Muslimbruderschaft. Den Rahmen hierfür boten in den 1940er-Jahren der Zweite Weltkrieg, die erstarkende ägyptische nationalistische Bewegung und die Gründung Israels 1948. Die Muslimbruderschaft, die stark gewachsen war, begann ihre Anhängerschaft auch für politische Zwecke zu mobilisieren, vor allem in Form von Demonstrationen, aber auch in Form gewalttätiger Aktionen. Sie gründete einen paramilitärischen Apparat, um gegen die Briten in der Suezkanalzone und gegen Zionisten im heutigen Israel vorzugehen. Einen tödlichen Anschlag auf den probritischen ägyptischen Premierminister 1948 beantwortete das Regime allerdings mit der Ermordung Hassan al-Bannas 1949.

Dies stürzte die Muslimbruderschaft in eine Krise, die sich verschärfte, als kurz darauf, 1952, die politischen Spannungen der 1940er-Jahre in den Putsch der „Freien Offiziere“ unter Gamal Abdel Nasser mündeten. Er schaffte die probritische Monarchie ab, wurde Präsident und verfolgte die Muslimbruderschaft unerbittlich. Die Organisation, die zu einem beachtlichen politischen Konkurrenten herangewachsen war, wurde fast gänzlich zerschlagen.

Erst nach Nassers Tod 1970, unter dessen Nachfolger Anwar al-Sadat, endete die Zeit der Verfolgung. Sie hinterließ die Muslimbruderschaft jedoch verändert: Sie lehnte nun Gewalt als Strategie ab und beschränkte sich auf Missionierungs- und Wohlfahrtsarbeit wie zu ihren Anfangszeiten. Doch schon bald wurde der unpolitische Kurs Gegenstand interner Kontroversen. Unter dem Eindruck der islamischen Revolution im Iran 1978/79 wollten einige Muslimbrüder gezielten Einfluss auf die ägyptische Politik nehmen. Der Richtungsstreit entschied sich nach der Ermordung Sadats 1981, als es der zunächst tolerante Kurs von Sadats Nachfolger, Hosni Mubarak, der Muslimbruderschaft erstmals ermöglichte, sich am formalen politischen

Prozess zu beteiligen. Seit 1984 nahm die Gruppe regelmäßig an Parlamentswahlen teil und entwickelte sich zu einem professionellen politischen Akteur. Voraussetzung für diese Duldung seitens des Regimes war jedoch die weiterhin konsequente Absage der Muslimbruderschaft an jegliche Gewalt.

Für die Gruppe begann nun ein rasanter Aufstieg, 2005 wurde sie größte Oppositionskraft im Parlament. Ihre Stärke gewann sie vor allem durch ihre Doppelfunktion als Wohlfahrts- und Missionierungsorganisation einerseits und als politische Gruppierung andererseits. Denn die Muslimbruderschaft konnte durch ihre soziale Arbeit nicht nur in den Städten, sondern bis in die kleinsten Dörfer hinein ein weites Netz an Unterstützern aufbauen.

Als im Zuge des Arabischen Frühlings Mubarak 2011 gestürzt wurde, konnte die Muslimbruderschaft von dieser Popularität profitieren. In der nächsten Parlamentswahl wurde sie die stärkste Kraft, und ihr Kandidat Mohammed Mursi gewann die Präsidentschaftswahl 2012. Die Gruppe trat für einen „zivilen (nicht theokratischen, bzw. durch den Klerus geführten) Staat mit islamischem Referenzrahmen“ ein. In diesem sollten demokratische Kernelemente wie Machtrotation durch regelmäßige Wahlen und Gewaltenteilung umgesetzt werden. Jedoch sahen die Muslimbrüder keinen freiheitlich-demokratischen Staat vor, da der „islamische Referenzrahmen“ auch bedeuten sollte, im Bereich der öffentlichen Moral und dem Verhältnis von Mann und Frau strikte Regeln der Scharia zu befolgen, in denen insbesondere Freiheitsrechte von Frauen hätten eingeschränkt werden können.

Die Regierungszeit der Muslimbrüder währte nur kurz und endete abrupt: Im Juni 2013 demonstrierten unzufriedene Bürger in Massen vor allem gegen das wirtschaftliche „Versagen“ der Muslimbrüder und forderten Mursis Rücktritt. Als dieser sich weigerte, stürzte ihn das Militär. Seither wird die Gruppe erneut massiv verfolgt und ist erstmals auch gesellschaftlich isoliert. Beides zeigt Konsequenzen: Kleine Muslimbrüder-Einheiten begehen Gewaltakte gegen Infrastruktur und den Sicherheitsapparat, und auch die Führung der Muslimbrüder ist zunehmend zwiespalten in der Frage, ob der Einsatz von Gewalt im Kampf gegen das neue ägyptische Regime legitim ist. Möglicherweise steht eine erneute Radikalisierung der Gruppe bevor.

Annette Ranko

Weiterführende Literatur: Annette Ranko, *Die Muslimbruderschaft – Porträt einer mächtigen Verbindung*. Hamburg: edition Körber-Stiftung 2013

Der „Islamische Staat“

Die Ursprünge des „Islamischen Staates“ (IS) lassen sich bis in den Afghanistan-Krieg (1979–1989) zurückverfolgen. Damals kämpften, von Saudi-Arabien, Pakistan und den USA unterstützt, arabische Freiwillige gegen die sowjetische Besatzungsmacht, die sich unter Führung Osama bin Ladens als „al-Qaida“ (arab.; dt.: die Basis) organisierten.

Vom Kampf gegen die „ungläubigen Kommunisten“ in Afghanistan gestärkt, kehrten sie in den 1990er-Jahren siegreich und ideologisch als Dschihadisten radikalisiert in ihre Heimatländer zurück. Dort zettelten sie bewaffnete Aufstände gegen die autoritären Regime an, so in Algerien und Ägypten, die mit westlicher Hilfe im Kampf gegen den „Terrorismus“ niedergeschlagen wurden.

Mit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 (9/11) wollte Osama bin Laden deshalb ein Zeichen gegen die „Kreuzritter“ der USA setzen. Sie sollten aus dem Nahen Osten verjagt werden, damit sie die dortigen Regime nicht mehr unterstützen konnten.

In Reaktion auf 9/11 rief der damalige US-Präsident George W. Bush einen „Krieg gegen den Terrorismus“ aus, und die USA intervenierten mit Verbündeten in Afghanistan (2001) und im Irak (2003). In beiden Ländern reagierten Dschihadisten mit bewaffneten Aufständen. In Afghanistan wurden die Taliban von der Macht vertrieben, operierten aber aus dem Untergrund heraus weiter, während im Irak „al-Qaida im Irak“ (AQI) unter dem Jordanier und Afghanistan-Veteran Abu Mus'ab az-Zarqawi kämpfte. AQI zeichnete sich durch extreme Gewalttaten aus, vor allem gegen die schiitischen Bewohner, die sie gemäß der salafistischen Ideologie als „Ablehner“ des frühen Kalifats (arab.: *rafida*) und somit zur Tötung freigegeben ansah.

AQI profitierte vom wachsenden sunnitisch-schiitischen Gegensatz im Irak und schürte diesen, indem sie sich als Schutzmacht der Sunniten präsentierte. Die Brutalität des „Islamischen Staates Irak“ (ISI), wie sich AQI seit 2006 nannte, schreckte indes auch viele Sunniten ab, und bis 2010 wurde die Gruppe durch US-Truppen und die sunnitisch-irakische „Erweckungsbewegung“ (arab.: *Sahwat al-Iraq*) stark dezimiert.

Auch in den sunnitischen Provinzen des Irak brachen 2011 Proteste im Zuge des Arabischen Frühlings aus. Die schiitisch dominierte Zentralregierung unter Ministerpräsident Nuri al-Maliki begegnete ihnen repressiv. In dieser Situation trat ISI erfolgreich als Beschützer der Sunniten auf und gewann wieder an Zulauf. Zeitgleich schickte Abu Bakr al-Baghdadi, der 2010 Befehlshaber von ISI geworden war, Kämpfer nach Syrien, wo im Sommer 2011 ebenfalls ein sunnitisch dominierter bewaffneter Aufstand ausgebrochen war.

Die „Nusra-Front“, wie sich der ISI-Ableger und syrische Zweig von al-Qaida nannte, gewann an Ansehen, weil ihre erfahrenen Kämpfer das alawitisch-schiitische Regime von Baschar al-Assad militärisch unter Druck setzten. Diese Popularität wollte sich ISI zu eigen machen, indem die Gruppe 2013 in Syrien intervenierte und den Zusammenschluss beider Milizen zum „Islamischen Staat im Irak und in Scham [Großsyrien]“ (ISIS) verkündete. Weder die Nusra-Front noch die al-Qaida-Mutterorganisation erkannten diese Zwangsvereinigung an – es kam 2014 zu innerdschihadistischen Kämpfen zwischen al-Qaida/Nusra und ISIS.

ISIS trat im Sommer 2014 die Flucht nach vorn an. In einem Überraschungsangriff überrannte er die syrisch-irakische Grenze, riss symbolisch die von Briten und Franzosen 1916 gezogene

koloniale Grenze von Sykes-Picot ein, stieß weit in den Irak vor und besetzte ein Territorium vom Umfang Großbritanniens. Am 29. Juni 2014, dem ersten Tag des islamischen Fastenmonats Ramadan, benannte sich ISIS in „Der Islamische Staat“ (IS) um.

Nunmehr ohne territoriale Begrenzung erhob er den Anspruch, Kern eines islamischen Weltreichs zu sein, das sich alle muslimischen und nichtmuslimischen Territorien einverleiben werde. Gleichzeitig ernannte der IS seinen Anführer Abu Bakr al-Baghdadi zum Kalifen, dem politischen und religiösen Oberhaupt der Muslime, dessen Befehlen sich alle Muslime fortan unterzuordnen hätten. Wer dies verweigere, sei automatisch ein Abtrünniger (arab.: *murtadd*). Der IS verschaffte sich dadurch eine „Lizenz zum Töten“ all seiner Gegner, so auch islamistischer und dschihadistischer Konkurrenten.

Die Vorstellung, die verfolgten sunnitischen Muslime verteidigen zu müssen, sprach Muslime weltweit an, die sich aus unterschiedlichen Gründen ebenfalls „entrechtet“ fühlten. Das Zusammengehörigkeitsgefühl fand in der Vorstellung seinen Ausdruck, einer von Gott auserwählten Avantgarde anzugehören. Je mehr Kämpfer aus der arabischen Welt, aus Europa und Zentralasien die vom Kalifen verlangte Auswanderung (arab.: *hidschra*) in den „Islamischen Staat“ vollzogen, desto erfolgreicher wurden dessen brutale Eroberungs- und Beutezüge.

In aufwändig produzierten Internetvideos und Hochglanzbroschüren verbreitete der IS seine militärischen Erfolge und seine martialische Propaganda. In diesen Botschaften vertrat er das religiöse Heilsnarrativ, dass Gott auf Seiten der Siegreichen sei, weshalb sich ständig neue Rekruten und dschihadistische Gruppen dem IS anschlossen. Die versprochene Kriegsbeute bot darüber hinaus einen ökonomischen Anreiz.

Allerdings hat sich der IS durch seine Brutalität auch mächtige Feinde geschaffen. Sein religiöser Alleinvertretungsanspruch wird weder im islamistischen Lager noch von muslimischen Staaten und religiösen Autoritäten anerkannt. Dutzende Staaten bekämpfen den IS, der seit Mai 2015 territorial nicht mehr expandierte, stattdessen eine militärische Niederlage nach der anderen erlebt. Seine auf Beute beruhende Ökonomie wurde dadurch geschwächt, und er musste ersatzweise Abgaben von seinen Untergebenen erheben, was wiederum seine Beliebtheit untergrub.

Viele Anhänger zweifeln mittlerweile am Heilsnarrativ des IS und versuchen zu fliehen. Von einst neun Millionen Einwohnern des „Islamischen Staates“ verblieben bis zum Sommer 2016 nur sechs Millionen. Deserteure gelten als „Verräter“ und werden auf öffentlichen Plätzen hingerichtet, um andere Ausstiegswillige abzuschrecken.

Terroranschläge wie am 13. November 2015 in Paris und 2016 in Brüssel, in Orlando, in Nizza und im Irak haben dem „Islamischen Staat“ wieder internationale Aufmerksamkeit beschert. Sie sind allerdings kein Beleg der Stärke, sondern eher Zeichen des Niedergangs. Sein euphorisches Versprechen eines permanent expandierenden Kalifats, das alle menschengeschaffenen Staatsgrenzen einreißen und die Muslime vereinigen werde, ist gescheitert. Aber als apokalyptische Endzeitsekte und als Terrororganisation kann der IS möglicherweise noch fortbestehen.

Stephan Rosiny

Weiterführende Literatur: Stephan Rosiny, „Des Kalifen neue Kleider“: Der Islamische Staat in Irak und Syrien, GIGA Focus Nahost, 06/2014
www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1406.pdf

Besiedlung Palästinas sowie die Staatsgründung Israels förderten, stieß dies in der einheimischen Bevölkerung auf breite Ablehnung, auf Gegenwehr sowohl arabisch-nationalistischer als auch islamistischer Bewegungen. Diese wollten den Islam zur Basis der Gesellschaftsordnung und des politischen Systems erheben, um der politischen Vorherrschaft und „kulturellen Invasion“ des Westens mit authentischen „islamischen Werten“ zu begegnen.

Als die meisten arabischen Staaten bis Mitte des 20. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangten, übernahmen zunächst säkulare nationalistische und sozialistische Regime die Macht. Sie verloren allerdings an Ansehen, weil sie zunehmend autoritär herrschten und weil es ihnen nicht gelang, ihre Gesellschaften nachhaltig zu entwickeln und die Versprechen von Freiheit, Gerechtigkeit, Fortschritt und wirtschaftlichem Aufstieg zu erfüllen.

Seit Ende der 1960er-Jahre – die arabische Niederlage gegen Israel im Nahostkrieg von 1967 (Dritter Nahostkrieg) gilt hier als Scheidepunkt – gewannen deshalb Islamisten an Zulauf. Unter der Parole „Der Islam ist die Lösung“ kritisieren sie seither die bestehenden „korrupten“ Regime und den Verfall moralischer Werte. Außenpolitisch wenden sie sich gegen die westliche (und bis zum Zerfall der Sowjetunion 1990 die östliche) Einflussnahme auf ihre Gesellschaften. „Weder West noch Ost“ lautete etwa eine Parole der Iranischen Revolution von 1979, in deren Folge erstmals in der Neuzeit ein islamisches politisches System, die „Islamische Republik Iran“ errichtet wurde. Der schiitische Islamismus, wie er in der „Islamischen Revolution“ in Iran und im „Islamischen Widerstand“ der Hisbollah im Libanon gegen die israelische Besatzung des Südlibanon (1978–2000) zum Tragen kam, greift das rebellisch-revolutionäre Element von Imam al-Husain, dem Enkel des Propheten, wieder auf.

Bis zum Arabischen Frühling im Jahr 2011 blieben sunnitisch-islamistische Bewegungen und Parteien in den meisten arabischen Ländern verboten oder unter Kontrolle der autoritären Regime. Reform-Islamisten, wie etwa die ägyptische Muslimbruderschaft, hatten sich bereits zuvor an Protesten

gegen die autokratischen Herrscher beteiligt, und viele Menschen erhofften sich von ihnen eine grundlegende Reform von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit den Umbrüchen des Arabischen Frühlings erlebten sie deshalb Aufwind und wurden bei ersten freien Wahlen in Tunesien, Ägypten und Marokko 2011 jeweils stärkste Partei. Die Ägypter bestimmten den Muslimbruder Mohammed Mursi im Juni 2012 zum ersten frei gewählten Präsidenten. Salafistische Bewegungen nutzten die neuen politischen Freiräume des Arabischen Frühlings, indem sie offen auf eine Islamisierung der Gesellschaften gemäß ihres ultra-konservativen Religionsverständnisses drängten.

Der politische Islam erlebt nach seinem größten Triumph im Arabischen Frühling mittlerweile eine tiefe Krise. Seine Anhänger sind entlang konfessioneller Identitäten in sunnitische und schiitische Bewegungen entzweit, das sunnitische Lager ist zusätzlich in Muslimbrüder, Salafisten und Dschihadisten gespalten. Diese Richtungen konkurrieren um Wahrheitsanspruch und Anhänger, und sie bekämpfen sich teilweise sogar mit Waffengewalt. Manche der gewählten islamistischen Parteien haben die hohen in sie gesteckten Erwartungen an politische Partizipation und wirtschaftlichen Aufschwung nicht erfüllen können. Als die Armee im Juli 2013 gegen die Muslimbruderschaft in Ägypten putschte, erntete sie dafür große Zustimmung in der Bevölkerung.

Werden konfessionelle und ideologische Gegensätze das islamistische Lager weiter spalten und schwächen, oder wird es moderaten Islamisten gelingen, ein pluralistisches Islamverständnis zu entwickeln, breite, inklusive, politische Koalitionen zu schmieden und eine optimistische Vision für eine bessere Zukunft ihrer Gesellschaften zu entwerfen? Welchen Einfluss werden Salafisten und Dschihadisten auf die nahöstliche Staatenwelt ausüben, und kann sich der historisch und in der Gegenwart kulturell vielfältig gelebte und theologisch mannigfaltig gedeutete Islam gegen diese fundamentalistischen Richtungen behaupten? Die weitere politische Entwicklung in der Region ist eng mit diesen Fragen verknüpft.



Die Ideologen des „Islamischen Staates“ sprechen Andersdenkenden die Existenzberechtigung ab. Trauer über den mit Plastikplanen verhüllten Opfern eines IS-Massakers in Tikrit, die 2015 aus einem Massengrab geborgen wurden.



Die gemäßigt-islamistische Ennahda-Bewegung Tunesiens beschreitet den Weg der parlamentarischen Auseinandersetzung, um die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Probleme des Landes zu lösen. Ihre Fraktion im Parlament in Tunis 2015

HENNER FÜRTIG

Zwischen Kolonialismus und Nationenbildung

Nach dem Ersten Weltkrieg teilen die Siegermächte den Nahen Osten unter sich auf. Nur nach und nach erlangen die arabischen Staaten ihre Unabhängigkeit, ein gemeinsames arabisches Nationalgefühl entsteht, kann aber die Einzelstaaten nicht überwinden. Erst der gemeinsame Feind, der neue Staat Israel, schweißt die arabischen Länder zusammen.

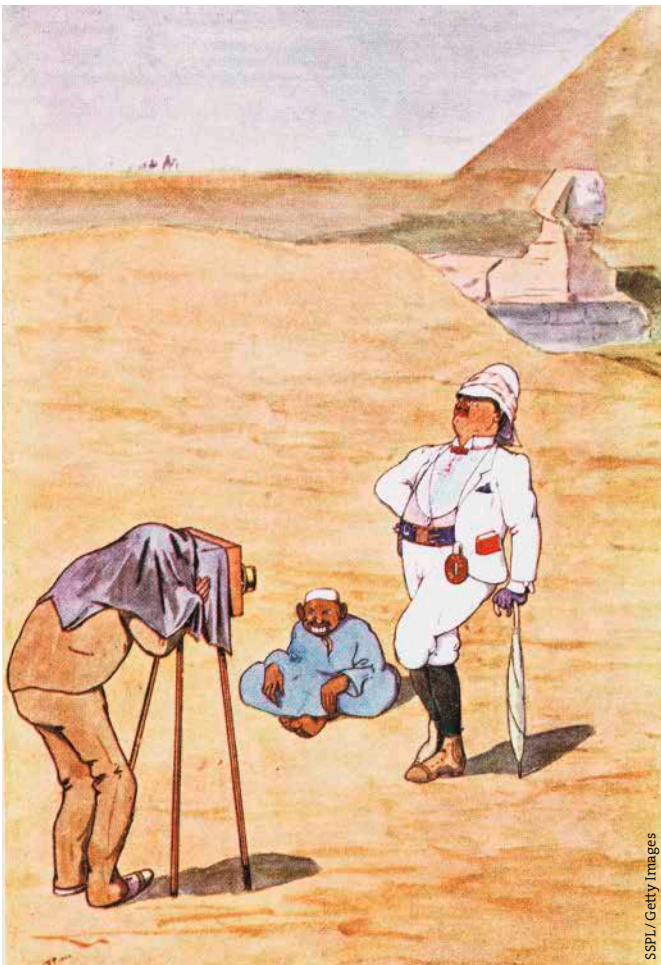
Zu Anfang des 20. Jahrhunderts waren die meisten Einwohner des Nahen Ostens und Nordafrikas Untertanen des osmanischen Sultans, der als Kalif für viele von ihnen gleichzeitig religiöses Oberhaupt war. Zwar entstand in dieser Zeit eine embryonale arabische Nationalbewegung, aber letztlich eher als Antwort auf den erstarkenden türkischen Nationalismus und ohne zentrale Führung. Arabischer Nationalismus äußerte sich anfänglich weniger in politischen Forderungen als in

dem Bestreben, das arabische kulturelle, speziell das literarische Erbe wieder zu beleben. „*Nahda*“ (dt.: Erwachen) war das Schlüsselwort dafür. Bis zum Ersten Weltkrieg forderten die frühen arabischen Nationalisten eher Gleichberechtigung bzw. eine Anerkennung ihrer Kultur – etwa durch die Zulassung des Arabischen als Amtssprache – als staatliche Souveränität für arabischsprachige Regionen.

Dies änderte sich erst, als der Erste Weltkrieg auf den Nahen Osten übergriff. Die grundlegende Konfrontation zwischen der *Entente* (Großbritannien, Frankreich, Russland) und den Mittelmächten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich) politisierte die Bewegung, denn ihren Emanzipationsbestrebungen bot sich jetzt die reale Möglichkeit der Unterstützung durch Großbritannien und Frankreich. Für die Entente wiederum wurden arabische Nationalinteressen aber erst in dem Moment interessant, als der Sultan in seiner Eigenschaft als osmanischer Kalif im November 1914 zum *Dschihad* gegen die ungläubigen Feinde, also die Entente, aufrief. London sah sich nun nach einer arabischen muslimischen Persönlichkeit um, die hinreichend renommiert war, um dem osmanischen Aufruf zum *Dschihad* die Gefolgschaft zu entziehen. Es war der Scherif Hussein von Mekka, aus der Prophetenfamilie der Bani Haschim (Haschimiten), der den britischen Vorschlag, das Kalifat wieder „in arabische Hände“ zu legen, bereitwillig aufnahm. Er wollte nicht nur arabischer Kalif, sondern auch Führer eines zukünftigen arabischen Einheitsstaates werden. Deshalb nahm er 1915 einen lebhaften Briefwechsel mit dem Hochkommissar des britischen Protektorats Ägypten, Henry McMahon, auf. Dieser schickte seinerseits Abgesandte, allen voran Thomas Edward Lawrence („Lawrence von Arabien“), um die Araber unter Führung des Scherifen zum offenen Aufstand gegen die Osmanen zu bewegen. Im Juni 1916 brach der „Aufstand in der Wüste“ tatsächlich aus und störte die Nachschub- und Verbindungslinien der Osmanen auf der arabischen Halbinsel empfindlich.

Als Gegenleistung für die militärische Unterstützung sicherte die britische Regierung zu, nach dem Sieg über das Osmanische Reich einen unabhängigen arabischen Staat zu gewähren. Nach der Kapitulation der Osmanen am 30. Oktober 1918 hatten die aufständischen Araber also allen Grund, von der Einlösung der britischen Versprechungen auszugehen. Sie konnten nicht wissen, dass London schon längst mit Paris anderslautende Abmachungen getroffen hatte. Am 16. Mai 1916 waren die britischen und französischen Diplomaten Mark Sykes und Georges Picot übereingekommen, die arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches in Form von „Einflusszonen“ untereinander aufzuteilen (Sykes-Picot-Abkommen). Ein gutes Jahr später, am 2. November 1917, hatte der britische Außenminister Arthur James Balfour zudem im Namen seiner Regierung erklärt, die Errichtung einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina zu unterstützen (Balfour-Deklaration). Damit waren schon vor der osmanischen Niederlage weitreichende Entscheidungen gefallen.

Als gutem Grund hielten Frankreich und insbesondere Großbritannien die Abkommen geheim, denn sie bedeuteten nichts



Gleichwertigkeit sieht anders aus. Eine Postkarte von 1905 karikiert das Missverhältnis zwischen der Selbstwahrnehmung europäischer Touristen in Ägypten und ihrer Sicht auf die einheimische Bevölkerung.

Brief Henry McMahons an den Sherifen Hussein von Mekka (1915)

Am 24. Oktober 1915 schrieb der britische Hochkommissar in Kairo, Sir Henry McMahon, an den Sherifen Hussein von Mekka:

Die beiden Distrikte von Mersina und Alexandretta sowie Teile Syriens, die westlich der Distrikte von Damaskus, Homs, Hama und Aleppo liegen, kann man nicht als rein arabisch bezeichnen. Daher sollten sie von den geforderten Staatsgrenzen ausgeschlossen werden. [...] Abgesehen von den genannten Änderungsvorschlägen ist Großbritannien bereit, die Unabhängigkeit der Araber in allen vom Sherifen von Mekka geforderten Gebieten anzuerkennen und zu unterstützen.

Ich bin davon überzeugt, daß diese Erklärung Sie zweifellos von der Sympathie überzeugt, die Großbritannien ihren arabischen Freunden entgegenbringt. Sie wird eine feste und dauerhafte Allianz begründen, deren sofortiges Ergebnis die Vertreibung der Türken aus arabischen Ländern und die Befreiung der arabischen Völker vom türkischen Joch sein wird, das so lange auf ihnen lastete.

Zitiert nach: Friedrich Schreiber / Michael Wolfssohn, Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, Opladen, 4. Auflage 1996, S. 22

Die Balfour-Deklaration (1917)

Ministerium des Äußeren, 2. November 1917

Mein lieber Lord Rothschild!

Zu meiner großen Genugtuung übermittle ich Ihnen namens S.M. Regierung die folgende Sympathie-Erklärung mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist:

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.

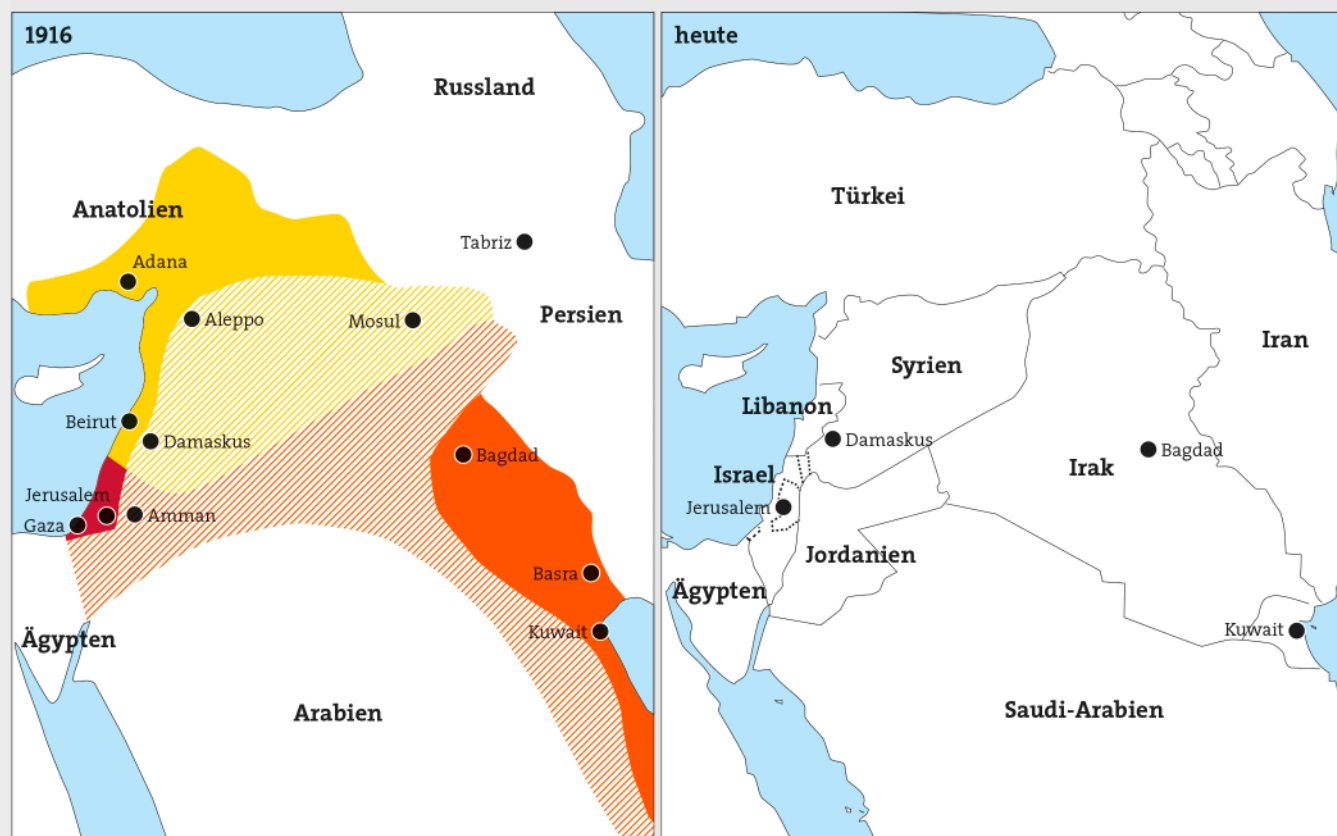
gez.: James Balfour

Zitiert nach: Ernst Marcus, Palästina – ein werdender Staat, Frankfurter Abhandlungen zum modernen Völkerrecht, Heft 16, Leipzig 1929, S. 261

Das Sykes-Picot-Abkommen (1916)

Am 16. Mai 1916 teilten **Großbritannien** und **Frankreich** große Teile des **Osmanischen Reiches** unter sich auf. Bis heute ringen die Staaten um eine nationale Identität.

■ unter franz. Herrschaft ■ unter britischer Herrschaft ■ unter gemeinsamer Verwaltung
▨ franz. Einflussgebiet ▨ britisches Einflussgebiet



Unterschiedlicher Detailgrad im Kartenmaterial aufgrund historischer Vorlage (z.B. Küstenlinien)

© picture-alliance / dpa-Grafik 24 066; Quelle: bpb, PASSIA



Scherif Hussein von Mekka kämpft vergeblich für ein unabhängiges Arabien.

weniger als den Bruch aller Zusagen gegenüber den Arabern, allen voran Hussein von Mekka. Bis zum Kriegsende war London somit an der Aufrechterhaltung der Fiktion von der britisch-arabischen Waffenbrüderschaft interessiert. Noch im Januar 1918 verfasste die britische Regierung, gemeinsam mit der französischen, eine Deklaration über die „Befreiungsmission“, die den „von den Türken unterdrückten Völkern“ die Souveränität nach dem „Sieg über den gemeinsamen Feind“ verhiess.

Die Deklaration kam möglicherweise auch unter Druck von dritter Stelle zustande: Im gleichen Monat hatte US-Präsident Woodrow Wilson einen 14-Punkte-Plan verkündet, der allen Völkern der Erde das Recht auf Selbstbestimmung zusprach. Ein Plan, der in London und Paris als Fehdehandschuh eines weiteren Mitbewerbers um die Neuordnung der Region mit ihren vermuteten reichen Erdölschätzen interpretiert wurde.

Letztlich sorgte die Oktoberrevolution in Russland 1917 dafür, dass die britisch-französischen Geheimpläne aufgedeckt wurden. In ihrem Bestreben, die „verbrecherischen“ Pläne des gestürzten Zaren und seiner „imperialistischen Helfershelfer“ zu enthüllen, öffneten die Bolschewiken die geheimen Staatsarchive. Im Januar 1918 kam so auch eine Kopie des Sykes-Picot-Abkommens ans Tageslicht; die Fiktion der „Befreiungsmission“ war nicht länger aufrechtzuerhalten.

Arabische Staatsbildung im Schatten des Verrats

Nachrichten verbreiteten sich bekanntlich vor einem Jahrhundert ungleich langsamer als in der Gegenwart. Als Faisal, der Sohn des Scherifen Hussein, Anfang Oktober 1918 an der Spitze der mit der britischen Orientarmee unter General Allenby verbündeten arabischen Truppen in Damaskus einmarschierte, waren ihm über das Sykes-Picot-Abkommen allenfalls Gerüchte zu Ohren gekommen. Deshalb schickte er sich umgehend an, die syrische Metropole zur Hauptstadt des nun zu errichtenden arabischen Reiches zu machen. Am 5. Oktober 1918 ernannte er einen „Direktorenrat“, quasi eine provisorische Regierung. Gemäß der Bestimmungen des Sykes-Picot-Abkommens, die Syrien Frankreich zugesprochen hatten, begann am 22. Oktober 1918 der britische Rückzug aus Syrien. Es folgte der Einzug französischer Truppen, der am 1. November 1919 abgeschlossen war. Nun

konnten Faisal und die arabische Nationalbewegung nicht länger die Augen vor der Tatsache verschließen, dass die britischen Verbündeten offensichtlich nicht gedachten, den während des Krieges geschlossenen Vertrag einzuhalten. Vielmehr deutete sich an, dass die osmanische Herrschaft durch eine neue, europäisch-westliche ersetzt werden sollte. Nicht nur in Syrien, sondern auch in anderen arabischen Regionen von Irak im Osten über Ägypten im Zentrum bis Marokko im Westen erhob sich daraufhin die Bevölkerung gegen diese Ausweitung und Vertiefung der kolonialen Unterdrückung. Britische und französische Truppen konnten die heftigen Aufstände in ihren jeweiligen Einflussgebieten zwar blutig niederschlagen, aber der Westen hatte das in ihn gesetzte Vertrauen endgültig verspielt.

Unter dem Eindruck der revolutionären Nachkriegsunruhen in Europa und im Nahen Osten, Lenins Machtübernahme in Russland sowie der Offerten von US-Präsident Wilson an anticoloniale Bewegungen veränderten London und Paris die Form ihrer Kolonialherrschaft. Am 20. April 1920 ließen sie sich in San Remo vom Völkerbund, den sie dominierten, „Mandate“ über die begehrten Gebiete erteilen. Ihre Fremdherrschaft bemäntelten sie mit dem Vorwand, die fraglichen Länder auf die Unabhängigkeit „vorzubereiten“. In leichter Abänderung des Sykes-Picot-Abkommens wurde Syrien nun in Palästina, Libanon und „Rest-Syrien“ aufgeteilt. Die beiden letztgenannten Regionen fielen unter französisches, Palästina – ebenso wie der östliche Nachbar Irak – unter britisches Mandat. In diesem Gefüge war für Faisal kein Platz mehr. Am 28. Juli 1920 unterlag er südlich von Damaskus französischen Truppen und floh ins italienische Exil.

Seine ehemaligen britischen Verbündeten fanden jedoch bald eine neue Verwendung für ihn, als sie ihn am 21. August 1921 zum König des Irak ernannten. Fast gleichzeitig bestätigten sie auch die Herrschaft seines Bruders Abdullah über Transjordanien. Ihr Vater, Scherif Hussein, musste hingegen 1924 vor Ibn Saud, dem Begründer des modernen Saudi-Arabien, kapitulieren. Letztlich war die Inthronisierung Faisals symptomatisch für die europäische Kolonialstrategie. Das Mandatssystem gewährte dem Hochkommissar im jeweiligen Mandatsgebiet in der Regel nahezu uneingeschränkte Vollmachten. Wurde der Widerstand der Einheimischen aber zu groß und standen hinreichend verlässliche Bündnispartner im Mandat zur Verfügung, wählten Großbritannien und Frankreich in der Folgezeit einen indirekteren Weg der Herrschaftssicherung, indem sie Marionettenregime einrichteten. So erreichten Staaten wie Ägypten oder Irak die formale Unabhängigkeit schon vor dem Zweiten Weltkrieg, die faktische aber – wie die meisten anderen auch – erst sehr viel später.



Stattdessen übernehmen die Mandatsmächte Frankreich und Großbritannien die Herrschaft. Parade in Syrien zum französischen Nationalfeiertag 1920

Islamismus oder Nationalismus

Während sich der arabische Nationalismus – mit wenigen Ausnahmen wie etwa dem algerischen Widerstand gegen die Annexionsbestrebungen Frankreichs im 19. Jahrhundert – zunächst nicht gegen europäische, sondern eher gegen osmanische Bevormundung wandte, riefen die Einflussnahmen westlicher Mächte im Nahen Osten bei zeitgenössischen islamischen Denkern weitaus heftigere Reaktionen hervor. Das Osmanische Reich hatte ihnen viele Jahrhunderte als sichere Bastion für die Überlegenheit ihres Glaubens gegolten. Nun mussten sie feststellen, dass es im 19. Jahrhundert gegenüber dem Westen wirtschaftlich, technisch, militärisch und wissenschaftlich offensichtlich ins Hintertreffen geraten war.

Zahlreiche Gelehrte erklärten diese Entwicklung mit der Abkehr der Gläubigen von den Wurzeln des Islam und der Übernahme islamfremder Elemente aus anderen Ideologien und Systemen. Die Schlussfolgerung, die Lösung des Problems liege in der Rückkehr zu den Grundlagen des Islam, war im Grunde nicht neu. Entsprechende Mahnungen hatte es in allen Jahrhunderten gegeben. Organisierte Dichte gewannen sie im ausgehenden 18. Jahrhundert mit dem Wahhabismus und im beginnenden 19. Jahrhundert mit der Bruderschaft, die der aus Algerien stammenden Pilger Mohammed as-Senussi 1837 in Mekka gegründet hatte und die seitdem den Islam in Libyen prägt. Beide Bewegungen forderten eine Rückkehr zur Praktizierung des Islam wie in Zeiten des Propheten und der ersten vier Kalifen und gehören so zu den Vorläufern des heutigen Salafismus (siehe auch S. 18).

Gelehrte wie Jamal ad-Din al-Afghani (1838/39–1897) und Mohammed Abduh (1849–1905) bauten auf diesen Vorstellungen auf. Statt einer ständigen unkritischen Wiederholung und Nachahmung des Gewohnten plädierten sie allerdings für eine vernunftgesteuerte Neuinterpretation der heiligen Texte. So teilten sie lediglich die Fokussierung auf die idealisierte Frühzeit des Islam mit heutigen Salafisten, die auf der wortwörtlichen Umsetzung der überlieferten Quellen beharren.

An der Schnittstelle des Reformislam und des ultrakonservativen Salafismus wirkte Raschid Rida (1865–1935). Durch seine direkten Erfahrungen mit dem westlichen Kolonialismus kam er zu dem Schluss, dass nur ein islamisches politisches System die Probleme der Muslime lösen könne. Mit dieser These ebnete er den Weg zum „politischen Islam“ oder Islamismus. Inspiriert von Rida gewannen immer mehr islamische Aktivisten die Überzeugung, dass die Errichtung einer „gerechten

islamischen Ordnung“ keine ferne Vision, sondern ein politischer Auftrag für das Hier und Jetzt sei. So war der ägyptische Grundschullehrer Hassan al-Banna davon überzeugt, dass der Islam die Lösung aller, theologischer wie irdischer Fragen beinhalte, als er 1928 in Ägypten die Muslimbruderschaft, die erste und bis in die Gegenwart wichtigste islamistische Organisation, gründete (siehe auch S. 17). Auch al-Banna wurde dabei von den täglichen Erfahrungen mit dem britischen Kolonialismus in seinem Wohnort Ismailiya beeinflusst.

Trotz der starken antiwestlichen und antikolonialistischen Ausrichtung des Islamismus war es allerdings der arabische Nationalismus, der in den kommenden Jahrzehnten den ideologischen Rahmen des antikolonialen Kampfes stellen sollte. Das ergab sich hauptsächlich aus der Tatsache, dass die Kolonialmächte in der arabischen „Erbmasse“ des Osmanischen Reiches – in der Regel außerordentlich willkürliche – Grenzen neuer Territorialstaaten gezogen hatten. Diese Grenzen bewirkten, dass Unabhängigkeit zunächst immer nur für das konkrete Mandat, Protektorat oder anderweitig abhängige Gebiet erzielt werden konnte. Obwohl die panarabische Vision eines gemeinsamen souveränen arabischen Staates weiterbestand, entwickelten sich aus dieser Konstellation der ägyptische, der syrische und der algerische Nationalismus. Gleichzeitig erstarkten lokale Eliten, die in Kollaboration mit den Kolonialmächten eigene Machtpositionen aufbauten, die sie nicht mehr zugunsten des Panarabismus aufgeben wollten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich zwischen den Weltkriegen zwei neue, doch grundlegende Veränderungen in der arabischen Welt ergaben: Erstens avancierte der Westen in Gestalt seiner prominenten Kolonialmächte zum Hauptgegner. Zweitens fand der Kampf der arabischen Nationalbewegung – ungeachtet aller gegenteiligen Beteuerungen – nicht mehr in einem gesamt-, d.h. panarabischen Kontext statt, sondern im Rahmen der von eben jenen Kolonialmächten gezogenen nationalstaatlichen Grenzen.

Antizionismus als Identitätsstifter

Für die 1897 in Basel gegründete „Zionistische Weltorganisation“ bedeutete die Balfour-Deklaration von 1917 einen großen Erfolg. Denn die Deklaration unterstützte deren zentrales Projekt, einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen. Dieser Erfolg war lange ungewiss: Politisch gehörte das spätere Man-



akg-images / Archive Photos



Gelehrte wie Jamal ad-Din al-Afghani (li.) und Mohammed Abduh sehen ein Mittel gegen die westliche Dominanz in der Rückbesinnung auf die Grundlagen des Islam.



akg-images

Der britische Politiker Arthur James Balfour, hier 1925 beim Besuch einer jüdischen Siedlung, unterstützt die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina.

das Gebiet Palästina 1917 noch zum Osmanischen Reich, das dem zionistischen Ansinnen ablehnend gegenüberstand. In den europäischen Hauptstädten stieß der Zionismus bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ebenfalls auf geringes Interesse; zwar fand er bei den Juden Osteuropas und Russlands, die unter Pogromen litten, einen gewissen Widerhall, aber die jüdische Bevölkerung Mittel- und Westeuropas verfolgte die Bewegung eher mit Desinteresse.

Das Eingehen der britischen Regierung auf die Ziele der „Zionistischen Weltorganisation“ lässt sich im Wesentlichen auf zwei Gründe zurückführen. Zum einen motivierte die ungünstige Kriegsentwicklung die britische Regierung schon seit 1916 zu verstärkten Anstrengungen, die USA zu einem Kriegseintritt auf Seiten der Entente zu bewegen. Die Balfour-Deklaration sollte die starke jüdische Gemeinde in den USA veranlassen, sich mit ihrem politischen Gewicht für diesen britischen Wunsch einzusetzen. Zum anderen und vor allem war die Deklaration aber dem strategischen Stellenwert des Nahen Ostens geschuldet. Als geografische Verbindung zwischen den ausgedehnten Besitzungen des Empires bis nach Indien und als Erdöllagerstätte war seine Bedeutung seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts stetig gewachsen, und daher hatte man sich bekanntlich bereits ein Jahr zuvor im Sykes-Picot-Abkommen mit Frankreich über die Aufteilung des Nahen Ostens nach dem Sieg über die Osmanen geeinigt. In diesem Zusammenhang erfuhr die

zionistische Bewegung eine strategische Neubewertung. Sie sollte nunmehr als „natürliche Verbündete“ bei der Durchsetzung britischer Interessen in der zukünftigen Einflusszone helfen. Die arabisch-muslimische Mehrheitsbevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina befürchtete deshalb von Beginn an eine einseitige Bevorzugung der jüdischen Mitbewohner durch die Mandatsmacht. Die Befürchtungen wurden seit Ende der 1920er-Jahre vor allem durch zwei Entwicklungen verstärkt:

Erstens hatte die Mandatsverwaltung ehemalige osmanische Staatsländereien großzügig an jüdische Siedler verteilt bzw. preisgünstig verkauft. Dadurch verringerte sich das Angebot an frei verfügbarem Ackerland, und die Bodenpreise stiegen an. Dies veranlasste zahlreiche arabische Grundbesitzer zum Verkauf an jüdische Siedler und verringerte damit das Angebot an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche für arabische Kleinbauern und -pächter.

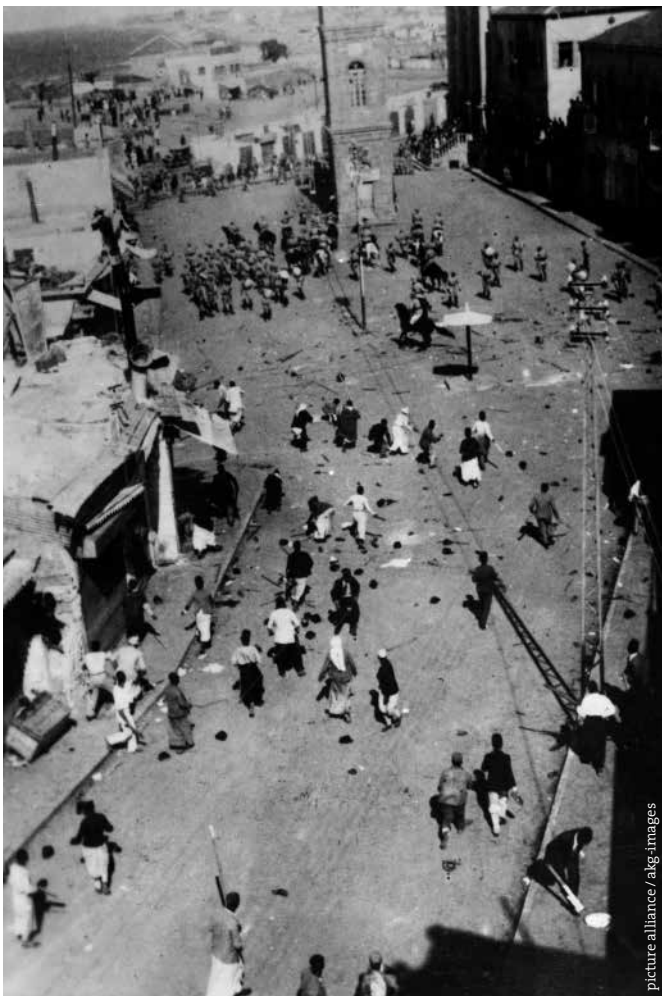
Zweitens stiegen infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland die jüdischen Einwanderungszahlen. Zwischen 1933 und 1939 wanderten offiziell 176 000 Juden nach Palästina ein, davon 50 000 allein aus Deutschland. Damit verschob sich die Zusammensetzung der Bevölkerung im Mandatsgebiet weiter zu Ungunsten der Araber. Hatte ihr Anteil 1922 noch bei 90 Prozent gelegen, so betrug er 1936 nur noch 70 Prozent.

Angesichts dieser Entwicklungen wurde Hadsch Amin al-Husseini, der Großmufti (also der oberste islamische Rechtsgelehrte) von Jerusalem zum radikalsten antizionistischen Führer in Palästina. Er stellte den Konflikt zwischen Juden und Arabern als religiösen Kampf dar und konnte so eine für die Zwischenkriegszeit eher ungewöhnliche Liaison zwischen Islamisten und Nationalisten bewirken. Bereits in den 1920er-Jahren kam es zu ersten blutigen Ausschreitungen und zunehmenden Übergriffen auf jüdische Siedlungen sowie auf zivile und militärische Einrichtungen der Briten.

Im November 1935 forderte al-Husseini von der britischen Mandatsmacht, sowohl die weitere jüdische Immigration als auch den Landverkauf an jüdische Siedler zu verbieten. Mitte April 1936 fügte er die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit hinzu und rief am 19. April einen sechsmonatigen Generalstreik aus. Die Streikleitung übernahm ein am 25. April 1936 gegründetes „Arabisches Hochkomitee“ unter al-Husseinis Führung. In der Folgezeit wandelte sich der Streik in einen Aufstand, arabische Freischärler verübten Anschläge gegen jüdische und britische Einrichtungen, britische Sicherheitskräfte und jüdische paramilitärische Verbände schlugen zurück. Am 30. Juli 1936 erklärten die Briten das Kriegsrecht. Aufständische wurden inhaftiert, teilweise hingerichtet, ihr Besitz beschlagnahmt oder zerstört.

Als verschiedene Vermittlungsversuche scheiterten, eskalierte Mitte 1937 der Aufstand erneut. Im September 1937 verboten die Mandatsbehörden das „Arabische Hochkomitee“, al-Husseini floh in den Libanon. Trotzdem hielten die Kämpfe an. Obwohl 20 000 zusätzliche britische Truppen und knapp 15 000 jüdische paramilitärische Kämpfer im Einsatz waren, dauerte es bis zum Herbst 1938, ehe die britische Kontrolle über das Mandatsgebiet weitgehend wiederhergestellt war.

Die britische Palästinapolitik und der „Arabische Aufstand“ radikalisierten die gesamte arabische Unabhängigkeitsbewegung. Die jungen arabischen Nationen, die sich gerade eigene Flaggen als Symbol ihres Selbstverständnisses zulegten, fanden in der Unterstützung der arabischen



Gegen die vermehrte Zuwanderung von Juden nach Palästina, insbesondere zwischen 1933 und 1939, erhebt sich die arabische Bevölkerung unter Führung des Großmuftis von Jerusalem, Amin al-Husseini. Straßenschlacht in Jaffa, 1930er-Jahre

Palästinenser und in der Ablehnung des zionistischen Staatsprojekts einen gemeinsamen Nenner. Je konturloser das Projekt eines gemeinsamen arabischen Staates wurde, desto stärker entfaltete sich die Wirkung von Symbolen und Parolen: Darunter war der Antizionismus die wirkmächtigste.

Der Zweite Weltkrieg als Wegscheide

Nicht zuletzt aus Kostengründen und angesichts begrenzter personeller Ressourcen hatte vor allem die britische Kolonialmacht schon seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in vielen ihrer Einflussgebiete eine indirekte Herrschaft bevorzugt, die ihre Macht kaum schmälerte, aber eine einheimische abhängige Elite als „Puffer“ zur Masse der unterdrückten Bevölkerung installierte. Diese Elite war an der Fortdauer des externen Einflusses interessiert und stand deshalb auch für Szenarien einer rein formalen Unabhängigkeit zur Verfügung. Obwohl die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges große Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens in Mitleidenschaft gezogen hatten, zeigten sich die längerfristigen Wirkungen des Krieges insbesondere in einer Schwächung der Kolonialmächte. Großbritannien und Frankreich konzentrierten sich nach 1945 auf ihre wirtschaftlich und strategisch wichtigsten Kolonien, Italiens Kolonialzeit in Libyen war bereits 1943 mit der Niederlage gegen die Briten zu Ende gegangen.

So waren es bereits sechs formal selbstständige Staaten (Ägypten, Irak, Transjordanien, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien), die am 22. März 1945 in Kairo die „Liga der Arabischen Staaten“ oder auch „Arabische Liga“ gründeten. Jemen trat im Mai 1945 bei. Die Charta der Liga sprach von einem Konsultations- und Nichtangriffspakt, der die einzelstaatliche Souveränität aller Mitglieder achtete. Damit bekräftigte sie den Trend der vergangenen beiden Jahrzehnte zu einer arabischen Staatenvielfalt. Lediglich am Rande wurde auf das Fernziel eines gesamtarabischen Staates verwiesen. Es war einmal mehr der Palästinakonflikt, der für einen starken inneren Zusammenhalt sorgte, denn ein kaum verheimlichter Zweck der Ligagründung bestand darin, die Gründung eines Staates Israel auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets Palästina zu verhindern.

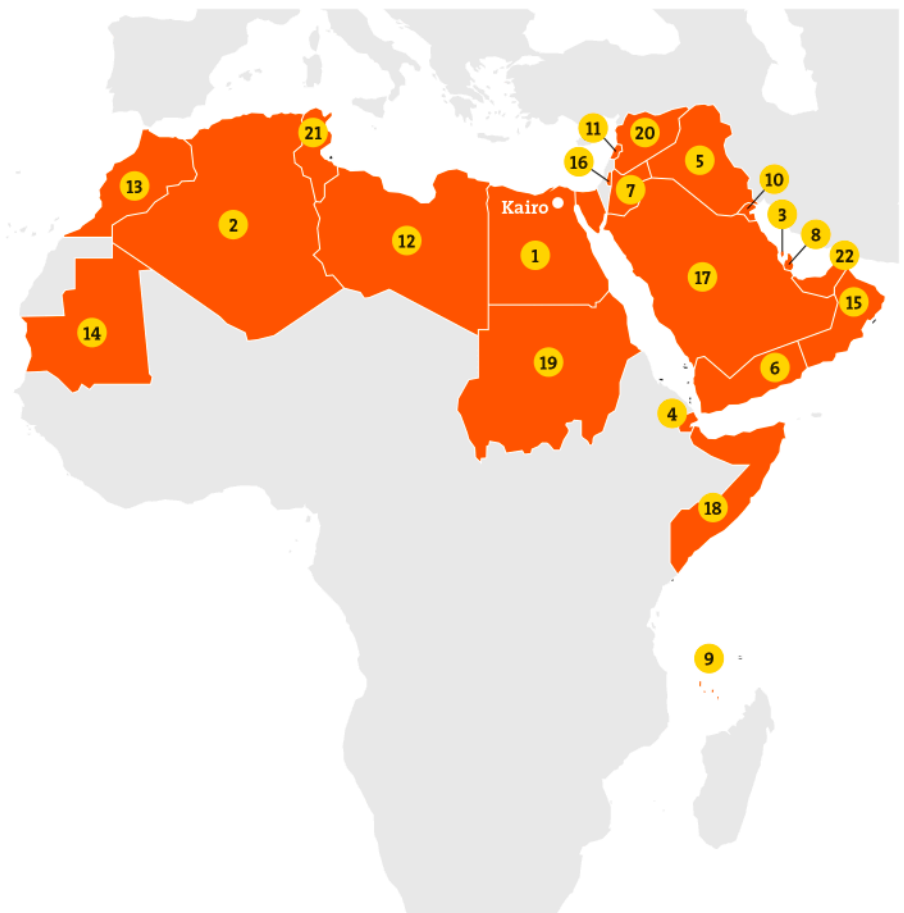
Nachdem die Briten unmittelbar nach Kriegsende zunächst versucht hatten, den USA das Mandat zu überantworten, delegierten sie es nach deren Absage an die Vereinten Nationen (*United Nations*=UN), die 1945 entstandene Nachfolgeorganisation des Völkerbunds. Am 29. November 1947 nahm die UN-Vollversammlung mit der Resolution 181 einen Plan für Palästina an, der Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufteilte. Der Großraum Jerusalem sollte unter internationale Kontrolle gestellt werden. Während die Mehrheit der jüdischen Bewohner den Plan akzeptierte, lehnte die arabische Seite ihn vehement ab. Daraufhin schuf Israel am 14. Mai 1948 mit seiner Staatsgrün-

Die Arabische Liga

- Internationale Organisation arabischer Staaten
- gegründet: 1945
- Sitz: Kairo (Ägypten)
- Mitglieder: 22 (21 arabische Staaten und Palästina, vertreten durch die PLO)
- Ziele: Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern, Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität der Mitgliedstaaten, Anerkennung Palästinas als unabhängiger Staat, Schlichtung innerarabischer Streitfälle

Mitglieder

- | | |
|-------------|---------------------------------|
| 1 Ägypten | 12 Libyen |
| 2 Algerien | 13 Marokko |
| 3 Bahrain | 14 Mauretanien |
| 4 Dschibuti | 15 Oman |
| 5 Irak | 16 Palästina |
| 6 Jemen | 17 Saudi-Arabien |
| 7 Jordanien | 18 Somalia |
| 8 Katar | 19 Sudan |
| 9 Komoren | 20 Syrien* |
| 10 Kuwait | 21 Tunesien |
| 11 Libanon | 22 Vereinigte Arabische Emirate |





Der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 folgt die Kriegserklärung der Arabischen Liga und das, was von Israel als Unabhängigkeitskrieg und von der Gegenseite als Katastrophe bezeichnet wird. Die Fahne als Symbol des neuen Staates (li.) und arabische Kämpfer nahe Jerusalem bei einem ausgebrannten israelischen Versorgungsfahrzeug



dung durch Israels ersten Premierminister David Ben Gurion vollendete Tatsachen. Die Arabische Liga erklärte dem neuen Staat einen Tag später den Krieg.

Unmittelbar danach begann der Einmarsch ägyptischer, syrischer, jordanischer, libanesischer und irakischer Truppen in Israel. Ihr unkoordiniertes Handeln, ihr Interesse, sich gegenseitig an der Besetzung Palästinas und damit am Machtzuwachs zu hindern, sowie die veralteten Strukturen ihrer Armeen ließen den Angriff jedoch schnell versanden.

Am 1. Juni 1948 trat ein auf Druck der UN vereinbarter Waffenstillstand in Kraft. Die Atempause nutzte insbesondere Israel, um sich für eine weitere Kriegsphase besser vorzubereiten. Schon in den Anfangstagen des Ersten Nahostkrieges hatten sich die israelischen Truppen als besser ausgebildet und bewaffnet erwiesen. Außerdem kam dem jungen Staat zugute, dass er trotz eines Waffenembargos der UN gegen die Kriegführenden mit Zustimmung der Sowjetunion Waffen aus Beständen von deren osteuropäischen Satellitenstaaten kaufen konnte.

Zwischen Oktober 1948 und Januar 1949 führten mehrere israelische Offensiven zu einer katastrophalen Niederlage der arabischen Angreifer. Am 24. Februar 1949 schloss Ägypten einen Waffenstillstand, dem sich die anderen kriegführenden arabischen Staaten bis Juli anschlossen. So kontrollierte Israel am Ende des Krieges ein weitaus größeres Gebiet, als es durch den UN-Teilungsplan von 1947 zugesprochen bekommen hatte. Im Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen und unter Vermittlung der UN wurden die Westbank der Verwaltung Jordaniens und der Gazastreifen Ägypten unterstellt. Die arabische Seite erkannte die neuen Grenzen zwar nicht an, doch die USA, Frankreich und Großbritannien traten als Garantiemächte zugunsten Israels auf.

Im kollektiven Gedächtnis der Kriegführenden hat der Erste Nahostkrieg einen völlig entgegengesetzten Stellenwert. Während die arabische Welt Israels Staatsgründung, die

Vertreibung großer Teile der palästinensischen Bevölkerung und die Niederlage im Krieg als „*Nakba*“, als Katastrophe wertet, wird der Waffengang von 1948/49 in Israel als „Unabhängigkeitskrieg“ überliefert (siehe auch S. 54 ff.).

Der Ausgang des Ersten Nahostkrieges verschärfte die Ausrichtung der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Die als einseitige Parteinahme zugunsten Israels wahrgenommene Politik der Westmächte führte zu einer erneuten Zuspitzung des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft Großbritanniens und Frankreichs. Das katastrophale Versagen der einheimischen Eliten im Nahostkrieg untergrub deren Legitimität. Sie wurden als unfähige Handlanger der Kolonialmächte und nunmehr auch Israels angesehen und folglich zu Feinden der Nationalbewegung erklärt.

Von der formalen zur realen Unabhängigkeit

Am 23. Juli 1952 stürzte eine Gruppe „Freier Offiziere“ den probritischen König Faruq in Kairo und leitete damit eine neue Runde des arabischen Kampfes um nationale Unabhängigkeit ein. Auch in vielen anderen arabischen Ländern bildeten fortan Vertreter der unteren Mittelschichten, zu meist des Militärs, das Rückgrat der Befreiungsbewegung und der republikanischen Regime, die aus ihr hervorgingen.

Oberst Gamal Abdel Nasser, der Gründer der „Freien Offiziere“ und der neue „starke Mann“ Ägyptens, erzwang 1954 den Rückzug britischer Truppen aus der Suezkanalzone und verstaatlichte am 26. Juli 1956 die von Großbritannien und Frankreich betriebene Suezkanalgesellschaft, das Symbol westlicher Beherrschung Ägyptens. Im verzweifelten Bestreben, die Einnahmen als Betreiber und die Kontrolle über den



Am 7. November 1956 fotografiert ein britisches Aufklärungsflugzeug, wie Schiffe versenkt werden, um den Suezkanal zu blockieren. Der erfolgreiche Kampf um die Kontrolle dieser wichtigen Wasserstraße beschert Ägypten in der arabischen Welt politisches Renommee.

strategisch wertvollen Transportweg über diese Wasserstraße vom Mittelmeer über das Rote Meer bis zum Indischen Ozean nicht zu verlieren, besetzten daraufhin französische und britische Truppen am 31. Oktober 1956 die Kanalzone. Bereits zwei Tage zuvor hatte Israel in Absprache mit London und Paris seinerseits Ägypten angegriffen (Suezkrise). Zwar eroberte Israel innerhalb weniger Tage die Sinaihalbinsel sowie den Gazastreifen, musste sich aber – genauso wie Großbritannien und Frankreich – zurückziehen, als die Sowjetunion drohte, zugunsten Ägyptens militärisch einzugreifen, und die USA und die UN klar gegen den Vorstoß votierten. Aus dem kurzfristigen militärischen Anfangserfolg Israels und der europäischen Kolonialmächte wurde ein langfristiger politischer Erfolg Ägyptens, das die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien aus dem Land drängen konnte und den Suezkanal unter seiner Kontrolle behielt. Fortan wurde die israelisch-ägyptische Grenze von bewaffneten UN-Friedenstruppen gesichert.

Nach 1948 hatte damit ein weiterer Nahostkrieg eine Zeitenwende in der Region markiert. Die „klassische“ Kolonial-epoche ging zu Ende, die neuen Kräfte in der Region waren die selbstbewusster gewordenen arabischen Nationalisten sowie die gegnerischen Großmächte USA und Sowjetunion. Ihr „Kalter Krieg“ bestimmte nun zu einem wesentlichen Teil die Geschichte des Nahen Ostens, er zwang die jeweiligen Regierungen zu einem „Balanceakt“ zwischen den Fronten und in den meisten Fällen auch zu einer Parteinahme. Durch die Lagerbildung wurde der weitere Dekolonisierungsprozess stark beeinträchtigt. Schon 1955 war beispielsweise der Irak zum Kern eines antikommunistischen Militärbündnisses (Bagdad-Pakt: Großbritannien, Irak, Iran, Pakistan, Türkei sowie die USA als Beobachterin) auserkoren worden, während die Sowjetunion als Schutzpatronin der arabischen Befreiungsbewegungen auftrat. Ihr wandte sich nach dem Machtwechsel 1958 auch der Irak zu.



Der Ost-West-Konflikt zwingt die arabischen Staaten zur Parteinahme. Während einige dem westlich orientierten Bagdadpakt beitreten (im Bild die Vertragsunterzeichnung, mit der die USA 1958 einen Beobachterstatus einnehmen) ...



... suchen die arabischen Befreiungsbewegungen Freundschaft und Schutz bei der Sowjetunion. Der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow (2. v. li.) mit den Präsidenten Iraks, Ägyptens und Jemens (v. li. n. re.) in Ägypten im Mai 1964



Im Mai 1951 demonstrieren Mitglieder der kommunistischen Tudeh-Partei für die Verstaatlichung der iranischen Erdölvorkommen und gegen deren Ausbeutung durch britische und US-amerikanische Konzerne. Ein durch die CIA mitorganisierter Putsch sorgt für den Fortbestand der Verhältnisse.

Durch ihr Votum zugunsten Ägyptens in der Suezkrise, dem Zweiten Nahostkrieg, war es den USA gelungen, ihre Weltkriegsalliierten Großbritannien und Frankreich im Nahen Osten als führende westliche Mächte abzulösen. Doch gleichzeitig eröffnete die Suezkrise der US-Administration auch einen neuen Blick auf die nahöstliche Konfliktlage. Hinter dem Bestreben nach nationaler Unabhängigkeit vermutete sie nun allzu oft den „langen Arm Moskaus“, was den politischen Spielraum der USA erheblich einschränkte und viele der arabischen Führer geradezu auf die Seite des Ostblocks trieb.

Als besonders signifikant gilt in diesem Zusammenhang die „Eisenhower-Doktrin“. Mit ihr erklärte der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower (reg. 1953–1961) am 5. Januar 1957, dass sein Land an jedem Ort und mit allen Mitteln (also auch Nuklearwaffen) prowestliche Regime vor kommunistischer Unterwanderung oder einer Bedrohung durch die Sowjetunion schützen werde. Die Doktrin wurde zweimal ausdrücklich angewendet: im April 1957, als eine US-Flotte den jordanischen König Hussein I. vor der Opposition schützte, und in der Libanonkrise 1958, als US-Truppen den Sturz des prowestlichen christlichen Staatspräsidenten Camille Chamoun verhinderten. Die aggressive und kontraproduktive Wirkung seiner Doktrin veranlasste Eisenhower jedoch 1959, anlässlich eines USA-Besuchs des damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow, die Doktrin zugunsten der Koexistenz beider Machtblöcke aufzugeben. In geänderter Form begleitete der Kalte Krieg die Entwicklung im Nahen Osten jedoch bis zu seinem Ende zu Beginn der 1990er-Jahre (siehe auch S. 54 ff.).

Der ägyptische Erfolg beflügelte die arabische Nationalbewegung in den Folgejahren in ihren Bestrebungen um vollständige Souveränität. Am 14. Juli 1958 folgten irakische „Freie Offiziere“ dem Beispiel ihrer ägyptischen Vorbilder, stürzten die probritische Monarchie, riefen die Republik aus und wiesen britische Militärs aus dem Land. In Nordafrika hatte Libyen schon 1951 die Unabhängigkeit erreicht, 1956 folgten Tunesien und Marokko. In Algerien tobte zu diesem Zeitpunkt allerdings schon seit zwei Jahren einer der längsten und blutigsten Kolonial- und Bürgerkriege im arabischen Raum, der erst nach acht Jahren im März 1962 mit der Souveränität Algeriens endete. Frankreich hatte Algerien als Siedlungskolonie, letztlich als Teil des „Mutterlandes“ betrachtet. Auf der Arabischen Halbinsel war Saudi-Arabien seit seiner Gründung 1932 souverän gewesen, von den dortigen britischen Domänen machte Kuwait 1961 den Anfang, während die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Arabischen Emirate am 2. Dezember 1971 den Schlusspunkt unter das Kapitel europäischer Kolonialgeschichte im Nahen Osten setzte.

Erdöl als historischer „Wirkstoff“

Die frühen 1970er-Jahre markierten auch das Ende eines weiteren Abhängigkeitsverhältnisses, das die Geschicke der Region seit Beginn des 20. Jahrhunderts entscheidend geprägt hatte: die Unterdrückung und Ausbeutung der Förderländer durch ausländische Erdölkonzerne.

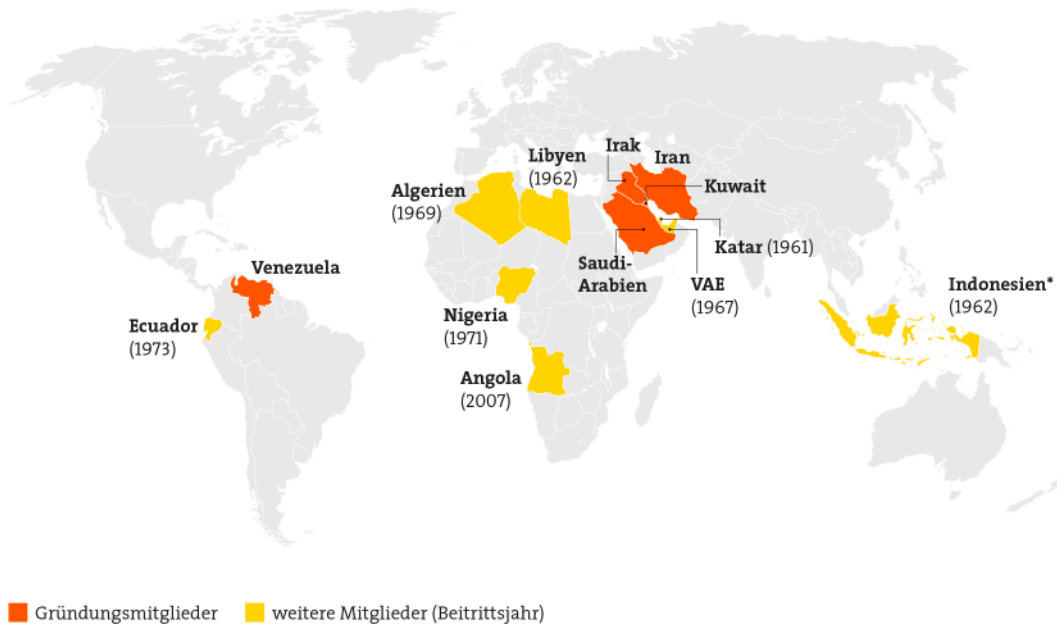
Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)

Organization of the Petroleum Exporting Countries

Gründung: 1960 in Bagdad, Irak

Ziel: gemeinsame Erdölpolitik zur Sicherung des Erdölmarktes sowie als Absicherung gegen einen Preisverfall

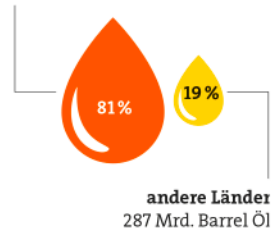
Sitz: Wien, Österreich



Anteil an den weltweiten Erdölreserven 2014

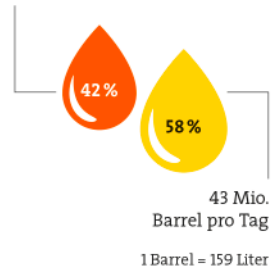
OPEC

1206 Mrd. Barrel Öl



Anteil an den weltweiten Erdölfördermengen 2014

31 Mio. Barrel pro Tag



© picture-alliance / dpa-infografik, Globus 10 505; Quelle: OPEC; Stand: September 2015

*seit Januar 2009 Mitgliedschaft unterbrochen

Nachdem 1908 in Südwestpersien (heute Iran) die ersten Erdölvorkommen im Nahen Osten gefunden worden waren, setzte der internationale Wettlauf um ihre Kontrolle ein. Der Erste Weltkrieg und die Nachkriegskrise unterbrachen den Wettlauf kurzzeitig, ehe er Ende der 1920er-Jahre mit erneuter Heftigkeit ausbrach. Mit der Entdeckung gewaltiger Erdölfelder auf der Arabischen Halbinsel kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Region endgültig zum ertragreichsten Fundort des wichtigsten Einzelrohstoffs für das 20. Jahrhundert. Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die wichtigsten internationalen Erdölunternehmen die Fördergebiete untereinander auf. In Widerspiegelung der politischen Machtverhältnisse dominierten dabei zunächst britische, später US-amerikanische Unternehmen, aber Dauerhaftigkeit herrschte auch mit französischen, niederländischen und italienischen Konkurrenten.

Einigkeit bestand lediglich in einem Punkt: den Herkunftsländern die Verfügungsgewalt über ihre wertvollste Ressource zu verweigern. Als der iranische Ministerpräsident Mohammed Mossadegh 1951 die Erdölproduktion seines Landes zu verstaatlichen suchte, setzten die westlichen Erdölunternehmen daraufhin bei ihren Regierungen einen nahezu lückenlosen Boykott iranischen Erdöls durch. Mossadegh wurde schließlich im August 1953 durch einen von der CIA mitorganisierten Putsch gestürzt. Das sicherte den Ölfluss zu den gewohnten Bedingungen, und den USA gelang es gleichzeitig, die Monopolkontrolle der Briten über das Öl zu brechen.

Vor diesem Hintergrund gestaltete es sich für die Förderländer außerordentlich mühsam, den westlichen Erd-

ölmultis nach und nach Zugeständnisse abzutrotzen und die eigenen Gewinnmargen schrittweise zu erhöhen. 1960 gründeten sie die Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC= *Organization of the Petroleum Exporting Countries*), der nahezu alle Nahostländer angehören. Der Zusammenschluss von Irak, Iran, Katar, Kuwait, Saudi Arabien, VAE markierte einen wichtigen Zwischenerfolg, der die Verhandlungsmacht der Förderländer gegenüber dem Westen erheblich stärkte. Es sollte allerdings noch ein gutes Jahrzehnt dauern, bis alle namhaften Förderländer uneingeschränkt über ihre Erdöl- und Erdgasressourcen verfügen konnten. Damit übernahmen sie allerdings auch die Aufgabe und die Kosten, die inzwischen veralteten Erdölförderanlagen nachzurüsten. Im Ergebnis hatten die Staaten des Nahen Ostens Mitte der 1970er-Jahre jedenfalls sowohl ihre politische als auch ihre wirtschaftliche Souveränität erreicht.

ANNETTE RANKO

Die Epoche der Autokraten

Nachdem die arabischen Staaten ihre tatsächliche – nicht mehr lediglich formale – Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten erlangt hatten, dominierten im Nahen Osten langlebige Autokratien von großer Stabilität. Doch die Protestbewegungen des Arabischen Frühlings stellten ihre Legitimität grundlegend in Frage.

Bevor der Nahe Osten um die Mitte des 20. Jahrhunderts seine reale Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten erlangte, hatte es dort mehrheitlich Monarchien gegeben. Republiken bestanden eher vereinzelt und vor allem in den französischen Mandatsgebieten, wie etwa im Libanon. Im Kampf um die Unabhängigkeit wurden viele Monarchen gestürzt und Republiken gegründet, sodass die Region heute fast zu gleichen Teilen aus Monarchien und Republiken besteht (siehe auch Ländertabelle I, S. 7). Mitunter bestimmte die Art und Weise, wie einzelne Staaten ihre vollständige Souveränität erreichten, die jeweils anschließende Staatsform.

Als die arabischen Staaten im ersten Nahostkrieg 1948 dem israelischen Militär unterlagen, löste dieser Schock eine Welle von Unruhen aus. Denn die Gründung des Staates Israel wurde als Versuch der Europäer gedeutet, ihre Einflussnahme in der

Region wieder zu beleben. Als Reaktion kam es zu einer Reihe von politischen Umstürzen durch das Militär, wie zum Beispiel 1952 in Ägypten oder 1958 im Irak. Die dortigen Könige wurden gestürzt, Republiken ausgerufen, und es wurde die vollständige Unabhängigkeit von den Kolonialmächten erlangt (siehe auch S. 26 ff.). Die neue politische Eigenständigkeit war mit großen Hoffnungen verbunden. Das Militär galt in der Bevölkerung als modernisierende Kraft, die neuen Wohlstand und politische Selbstbestimmung für die arabischen Staaten erreichen sollte.

Andere Staaten des Nahen Ostens wiederum erlangten ihre Souveränität ohne republikanische Umstürze und blieben Monarchien. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Bahrain beispielsweise wurden 1971 ohne eigenes Zutun von den Briten in die Unabhängigkeit entlassen. Dies geschah vor allem aus innenpolitischen Beweggründen: Großbritannien wäre mit einer Verteidigung seiner Protektorate am Golf im Ernstfall personell und finanziell überfordert gewesen.

Die Republiken

Die neuen Republiken begriffen sich als Avantgarde der arabischen Unabhängigkeitsbewegung, getragen von der Ideologie des arabischen Nationalismus. Vom Atlantik bis zum Golf versprach er Prosperität und Stärke für alle arabischen Staaten. Mit wirtschaftlicher Entwicklung und Modernisierung sollte die arabische Welt ihre Schwäche der Kolonialzeit überwinden und den Menschen ein höherer Lebensstandard geboten werden.

Populistischer Autoritarismus

Dementsprechend erklärten die neuen Republiken eine massive und schnelle wirtschaftliche Entwicklung zur obersten Priorität. Sie sollte durch eine staatlich gelenkte Industrialisierung erreicht werden. Für das politische System hatte dies zwei Konsequenzen: Zum einen wurden vorzugsweise Technokraten, beispielsweise Ingenieure oder Wirtschaftswissenschaftler, in die Regierung berufen, und auch die neuen Präsidenten – selbst wenn sie ursprünglich dem Militär entstammten – gaben sich fortan technokratisch und tauschten mit dem Amtsantritt ihre Uniformen gegen zivile Kleidung. Zum anderen entwickelte sich ein „starker Staat“, der auch die Wirtschaft und die Gesellschaft dominierte. Das Individuum und Vorstellungen von Bürgerrechten wurden als weniger bedeutsam angesehen – Faktoren, die die Grundlage für die Errichtung autoritärer Systeme schufen.

Diese autoritären Systeme unterschieden sich grundlegend von Demokratien: Letztere sind maßgeblich durch Gewaltenteilung gekennzeichnet. In Demokratien kontrollieren sich Exekutive (Regierung und die Bürokratie als ausübende Gewalt), Legislative (das Parlament als beschließende und gesetzgebende Gewalt) und Judikative (die Gerichte als rechtsprechende Gewalt) gegenseitig. Diese Gewaltenteilung soll Machtmissbrauch vorbeugen. In regelmäßigen freien Wahlen legitimiert das Volk das Parlament und den Regierungschef.



Panzerfahrt durch Bagdad nach dem Militärputsch im Irak am 14. Juli 1958. Am Fahrzeug Porträts der Leitfiguren: Brigadegeneral Abdel Karim Kassem, nun Premierminister des Irak (li.) und Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser (re.).

In den autoritären Regimen der arabischen Welt waren die Regierungen dagegen durch Putsche und nicht durch freie Wahlen zustande gekommen. Und auch dort, wo es Parlamente gab, waren deren Abgeordnete nicht vom Volk gewählt worden. Stattdessen wurden in den Republiken Einheitsparteien gegründet, die direkt dem Präsidenten unterstanden. Alternativen standen nicht zur Wahl, alle weiteren Parteien wurden verboten. Ins Parlament gelangten so nur regierungskonforme Abgeordnete.

Auch gab es keine wechselseitige Kontrolle der Gewalten. Vielmehr dominierte die Regierung, bestehend aus dem Staatspräsidenten und seinem Kabinett, massiv über Legislative und Judikative. Das Parlament war an der Gesetzgebung inhaltlich nicht beteiligt. Es hatte nur die Gesetzesentwürfe der Regierung „abzunicken“ und besaß kein Recht, sie zu kontrollieren. Auch das Gerichtswesen war ein loyaler Erfüllungsgehilfe des Regimes. Unabhängige bzw. nicht regimetreue Richter wurden entlassen und nicht selten verhaftet. In vielen Ländern sorgten Sondergerichtshöfe und Militärgerichte dafür, dass unliebsamen Zivilisten, politischen Aktivisten sowie nicht linientreuen Intellektuellen schnelle Verfahren drohten.

Hinzu kamen zwei Mechanismen der Herrschaftssicherung, die die Funktionsweisen der politischen Institutionen maßgeblich bestimmten: Kooptation und Repression.

Kooptation: Nach der Verstaatlichung der Wirtschaft bewirkte die staatlich gelenkte Industrialisierung in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren zunächst, wie erhofft, einen wirtschaftlichen Aufschwung. Er erlaubte es den Regimen, gestaltend in die gesellschaftlichen Strukturen einzugreifen und sich eine eigene Machtbasis in der Bevölkerung aufzubauen. Ehemals domi-

nante Bevölkerungsschichten, wie zum Beispiel einflussreiche Großgrundbesitzer, die mit den Kolonialmächten kollaboriert hatten, wurden zurückgedrängt und zu großen Teilen enteignet. Ihr Besitz wurde an eine breitere Schicht des Volkes umverteilt, namentlich an die Unterschicht und die unteren Mittelschichten, die als neue Machtbasis fungieren sollten. Großzügige staatliche Wohlfahrtsleistungen, wie massive Subventionen von Grundnahrungsmitteln und Energie oder niedrige Mieten, sollten auch ärmeren Menschen einen besseren Lebensstandard ermöglichen und dem Staat ihre Loyalität sichern. Diese Konzentration auf das Volk kann als staatlicher Populismus (lat.: *populus*; dt.: Volk) betrachtet werden. Da die neuen Regime die Besitzverhältnisse in der Gesellschaft änderten, können sie auch als sozialrevolutionär angesehen werden.

Zentrale Einrichtungen, wie das Parlament, die Bürokratie und die Einheitspartei, hatten in den populistisch-autoritären Republiken nun die Funktion, die Anbindung der Unter- und Mittelschichten an den Staat zu institutionalisieren und zu zementieren. Sie wurden massiv erweitert – insbesondere der bürokratische Apparat –, um immer mehr Menschen einbinden zu können. Letztere erhielten materielle Anreize in Form von Gehältern, Pensionen und allerlei Vergünstigungen und wurden dadurch vom Staat abhängig gemacht sowie zu politischer Loyalität verpflichtet. Dieser Mechanismus – der auch als Tauschhandel beschrieben werden kann, bei dem materielle Anreize gegen politische Loyalität eingetauscht werden – wird in der politikwissenschaftlichen Literatur oft als „Kooptation“ bezeichnet (so z.B. in Nazih N. Ayubi „*Over-stating the Arab State*“).

Repression: Personen oder Gruppen, die gegen die Tauschregeln der Kooptation verstießen und politische Kritik wagten oder einer dem Regime unliebsamen sozialen Gruppe angehörten (wie zum Beispiel ehemalige Eliten), begegnete der Staat mit direkter Unterdrückung (Repression). Dabei bediente er sich eines repressiven Apparates, der im Wesentlichen aus dem Militär und den Geheim- bzw. Sicherheitsdiensten bestand und kontinuierlich ausgebaut wurde. Schließlich entstanden Polizeistaaten, in denen die Geheimdienste und die Polizei das Alltagsleben der Menschen überwachten.

Klassische Beispiele für solch populistisch-autoritäre Republiken sind das Syrien der 1950er- sowie das Ägypten der 1960er-Jahre. In beiden Ländern fanden Militärputsche statt, und neue Republiken wurden gegründet. Diese neuen Regime griffen massiv in das gesellschaftliche und politische Leben ihres Landes ein, in Syrien noch radikaler als in Ägypten. Die Wirtschaft wurde verstaatlicht und eine staatlich gelenkte Industrialisierung auf den Weg gebracht. Der daraus anfänglich entstehende wirtschaftliche Erfolg rief in der Bevölkerung eine gewisse Bewunderung und Wertschätzung für die neuen Regime hervor, die durch das Charisma der jeweiligen Präsidenten noch erhöht wurde.

Insbesondere in Ägypten verehrte das Volk seinen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, der in mitreißenden Reden den Aufschwung, die Stärke und die Unabhängigkeit Ägyptens sowie der ganzen arabischen Welt beschwor. Viele Menschen brachten die Entstehung des Polizeistaats und die damit verbundene Unterdrückung zunächst nicht in direkten Zusammenhang mit dem Präsidenten und dem „neuen“ Regime, das dahinter stand. Zahlreiche politische Gefangene, die in den Gefängnissen unter menschenunwürdigen Bedingungen vegetierten und Folter ausgesetzt waren, glaubten nach eigenem Bekunden vielmehr, dass lediglich die unteren Bediensteten der Polizeiapparate diese Verbrechen zu verantworten hatten.



Gamal Abdel Nasser genießt in Ägypten lange große Popularität. Ende Oktober 1954, kurz nach einem gescheiterten, der Muslimbruderschaft zugeschriebenen Attentatsversuch, begrüßt ihn in Kairo eine begeisterte Menge.

Die populistischen Regime genossen somit, trotz der undemokratischen Systeme, die sie errichtet hatten, zunächst eine gewisse Legitimation und Glaubwürdigkeit im Volk. Dies galt jedoch nur bis in die 1970er-Jahre.

Post-Populismus

Im Verlauf der 1970er-Jahre brach der wirtschaftliche Anfangserfolg der staatlich gelenkten Volkswirtschaften ein. Damit waren die immensen Wohlfahrtsleistungen für das Volk, wie Subventionen für Grundnahrungsmittel, Strom und Gas, immer schwerer zu finanzieren, sie mussten somit für viele schmerzlich spürbar zurückgefahren werden. Der Tauschhandel „Wohlfahrt gegen Loyalität“ mit den Unterschichten und unteren Mittelschichten wurde schrittweise aufgegeben. Stattdessen suchten die autoritären Regime eine neue Machtbasis in gesellschaftlichen Gruppen, die über privates Kapital verfügten. Deren Anbindung wurde erreicht, indem man die verstaatlichte Wirtschaft allmählich wieder für private Unternehmer öffnete, eine Entwicklung, die auch auf Druck der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Kreditgeber für in Finanznot geratene Staaten, zustande kam.

Die wirtschaftliche Öffnung glied aber nicht einer Wirtschaftsliberalisierung im westlichen Sinne, in der zu großen Teilen der freie Markt die Wirtschaft lenken soll. Die Regime hielten diesen Prozess der Öffnung vielmehr fest in der Hand und kontrollierten ihn gemäß den eigenen Interessen. Wirtschaftlich tätig sein konnten nur Unternehmer, die das Wohlwollen der Machthaber besaßen und sich loyal verhielten. Wer besonders loyal und gut vernetzt war, bekam zum Beispiel die Möglichkeit, verstaatlichtes Land oder Fabriken aus staatlichem Besitz preiswert zu erwerben und gewinnbringend zu betreiben. Viele Geschäftsleute kamen so mithilfe des Staates zu erheblichem Wohlstand. Es entstand eine neue Schicht von privaten Unternehmern, die sich um

das jeweilige Regime gruppierte und von ihm abhängig war, indem sie materielle Bevorteilung in Anspruch nahm und somit dem Regime politische Loyalität schuldeten. Aber auch die Politiker, die an diesen Verteilungsprozessen beteiligt waren, konnten sich selbst bereichern und über das Verteilen von Marktzugängen an eigene, illegale Provisionen kommen. Die Folge war ein explosionsartiger Anstieg der Korruption.

Während eine kleine Schicht privater Unternehmer zu immer mehr Wohlstand gelangte, war die ehemalige Machtbasis der Regime – die Unterschichten und unteren Mittelschichten, die die Mehrheit der Bevölkerung bildeten – mit einer Verschlechterung ihrer Lebensumstände konfrontiert, denn der Staat zog sich aus sozialen Dienstleistungen immer weiter zurück. Stattdessen kontrollierten Polizei und Geheimdienste zunehmend das Alltagsleben der Menschen, und Polizeiwillkür nahm drastisch zu. Folter stand auf der Tagesordnung und



Staatliche Unterdrückung und Einschüchterung sichern den Machterhalt. Auf einem Plakat mit Menschen, die in den 1980er-Jahren im syrischen Gefängnis Tadmor inhaftiert waren und vermisst werden, erkennt ein Ex-Häftling einen Leidensgenossen.

Ort des Schreckens

[...] Tadmor, über 200 Kilometer nordöstlich von Damaskus in der syrischen Wüste gelegen, ist eine Stadt mit zwei Gesichtern. Die Welt kennt sie unter dem Namen Palmyra, ein Sehnsuchtsort aus römischen Zeiten, der vom „Islamischen Staat“ erobert wurde, um hier Massenexekutionen durchzuführen und Teile des Weltkulturerbes zu zerstören. Syrer und viele Libanesen kennen Palmyra unter dem Namen Tadmor, und das heißt: als einen Ort des Schreckens. Hier, in einem Militärgefängnis, richtete Hafis al-Assad 1971 das schlimmste Folterzentrum des Landes ein. [...]

[...] „Das Königreich des Todes und des Wahnsinns“ – so hat der syrische Dichter Faradsch Bairakdar das Gefängnis beschrieben, der ebenfalls mehrere Jahre dort einsaß. In Tadmor wurde nicht verhört, es gab nichts mehr zu gestehen. Es war ein Ort der Qualen. Neuankömmlinge wurden mit einer „Willkommensparty“ empfangen: 300, manchmal 500 Schlägen, meist auf die Fußsohlen. Manche starben wenig später an den Wunden. Die meisten Häftlinge wurden in Sammelzellen mit mehr als 200 Insassen eingepfercht. Es gab keine Bücher, nichts zu schreiben, keine Tische, kein Essgeschirr. Wärter anzusehen oder anzusprechen, nach oben durch das Gitter zu blicken, sich nachts zu bewegen oder aufs Klo zu gehen – all das war verboten.

Jeder tatsächliche oder vermeintliche Verstoß wurde bestraft: durch den Befehl, Kakerlaken zu essen, durch Peitschenschläge auf Kopf und Hände, und immer wieder mit dem „Reifen“. Der Häftling wurde mit Händen und Füßen in einen Autoreifen gezwungen, dann auf den Rücken gelegt, und musste die 200 oder 300 Schläge auf die Fußsohlen zählen. Entwich ihm ein Schmerzensschrei, begann die Tortur von vorn.

[...] Nach Recherchen von Amnesty International sind in Syrien seit Beginn der Proteste 2011 mehr als 17 000 Menschen in Haftanstalten an Folter, Krankheit und Unterernährung gestorben. Tadmor – oder Palmyra – ist [nach der Befreiung vom IS] seit dem März dieses Jahres wieder unter der Kontrolle von Assads Armee. Das Zentrum des Gefängnisapparates liegt inzwischen in Sednaya in der Nähe von Damaskus. Berichte ehemaliger Häftlinge von dort decken sich mit denen von Raymond Bouban, Moussa Saab oder Saad Saifeddine [ehemaligen Häftlingen in Tadmor]. Das „Königreich des Todes und des Wahnsinns“ besteht weiter. Es ist nur umgezogen.

Andrea Böhm, „Aus einem Trauma wird Kino“, in: Die Zeit Nr. 42 vom 6. Oktober 2016
www.zeit.de/2016/42/tadmor-film-palmyra-syrien-krieg-monika-borgmann-lokman-slim

wurde sogar bei minderen zivilen Vergehen angewendet. Oft wurde sie zur Einschüchterung der Bevölkerung genutzt. Ein Fall, der Aufsehen erregte, war die Folter und Vergewaltigung eines Minibusfahrers in einem Kairoer Gefängnis 2006. Er hatte bei einem Streit zwischen Polizisten und seinem Cousin interveniert und war unter dem Vorwurf des Widerstands gegen die Staatsgewalt inhaftiert worden.

Gepaart mit der wirtschaftlichen Öffnung für Privatunternehmer, die auch Investoren und Kapital aus dem westlichen Ausland anziehen sollte, wurden politische Reformen vorgenommen. Dies sollte westlichen Hilfgeldgebern, wie den USA, dem IWF und der Weltbank, sowie Investoren entgegenkommen, aber auch dem Legitimitätsverlust der Machthaber bei breiten Teilen der arabischen Bevölkerung entgegenwirken, die vermehrt unter Armut und verschärfter staatlicher Unterdrückung litten. Die Liberalisierung der politischen Strukturen fand allerdings nur vordergründig statt. So gestaltete man das Einparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem um, schränkte jedoch durch eine entsprechende Gesetzgebung alle Parteien außer der Regierungspartei stark in ihren Handlungsmöglichkeiten ein. Beispielsweise durften sie kaum auf kommunaler Ebene aktiv sein, damit sie möglichst keine Anhängerschaft in der Bevölkerung aufbauen konnten. Gruppierungen, die nicht als legale Parteien agierten, wie zum Beispiel die ägyptische Muslimbruderschaft, waren dagegen an diese Auflagen nicht gebunden. Ihr kommunales Engagement sicherte ihnen eine breite Basis in der Bevölkerung.

Die legalen Oppositionsparteien wurden zusätzlich geschwächt, indem die autokratischen Machthaber ihre Führungsleute kooptierten und korrumpierten. Somit verloren diese jegliche Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung und galten für viele „als Teil des autoritären Systems“. Bei den Parlamentswahlen sorgten Wahlfälschung und der Einsatz von Gewalt in Wahllokalen dafür, dass die Oppositionsparteien – aufgrund prozentual meist nur einstelliger Wahlergebnisse –

stets mit nur sehr wenigen Sitzen im Parlament vertreten blieben. Auch die Zivilgesellschaft ließen die Regime nur scheinbar gewähren: Nichtregierungsorganisationen/NRO (engl.: *Non-Governmental Organization/NGO*) zum Beispiel durften nur innerhalb eng gezogener Grenzen tätig werden, finanziell und thematisch blieben sie stark eingeschränkt. Interessenverbände wie Gewerkschaften und Berufsverbände wurden staatlich kontrolliert und konnten daher nur sehr begrenzt die Belange ihrer Mitglieder bündeln und vertreten. Und die Presse bekam ebenfalls nur vordergründig Spielraum: Die Oppositionsparteien durften zwar Parteiblätter herausgeben, und einige wenige andere, nicht regierungsnahe Zeitungen durften erscheinen. Jedoch sorgten Zensur, Einschüchterung und Inhaftierung von Journalisten dafür, dass die Pressefreiheit stark eingeschränkt blieb.

Die Rolle des Militärs

Nachdem das Militär sein Ansehen als Modernisierer mit dem Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs und den darauffolgenden Krisen spätestens zu Beginn der 1970er-Jahre eingebüßt hatte, begann es sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Hinter den Kulissen blieb es jedoch eine gewichtige Instanz. In Syrien, Iran und Ägypten konnte es Wirtschaftsimperien aufbauen, die sich bis heute jeglicher ziviler Kontrolle entziehen. Auch in politischer Hinsicht wahrte das Militär einen maßgeblichen Einfluss. So war der Hohe Militärrat in Ägypten, in dem die militärischen Führer des Landes vertreten sind, stets an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt, auch wenn er vor dem Sturz Hosni Mubaraks 2011 nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten war. Erst wenn die politischen und wirtschaftlichen Vorrechte, die sich das Militär in den verschiedenen arabischen Staaten hat aufbauen können, zurückgedrängt werden und der Einfluss des Militärs verändert werden kann, wird es möglich sein, den Autoritarismus in der Region zu überwinden.



In vielen arabischen Staaten hat das Militär großen Einfluss. In Ägypten spielt es auch wirtschaftlich eine wichtige Rolle. Der Ausbau des Suezkanals, dessen Neueröffnung hier am 6. August 2015 mit einem großen Fest gefeiert wird, wurde vom Militär durchgeführt.

Die Hüter ihres Staates: die Militärs und ihre Herrschaft in Ägypten

Unter Führung des charismatischen Leutnants Gamal Abdel Nasser putschte sich im Juli 1952 in Ägypten eine Gruppe „Freier Offiziere“ an die Macht. Ihre selbst ausgerufene Revolution, die sich gegen die Monarchie und die britische Fremdherrschaft richtete, führte indes nicht nur zur Ausrufung der Republik (1953). Der Staatsstreich begründete auch die Herrschaft des Militärs, das nicht zuletzt die Kriege gegen Israel nutzte, um sich als Hüter des Staates darzustellen und dabei einen eigenen Staat im Staate aufzubauen.

Nach der Übernahme des Präsidentenamtes 1956 verdrängte Nasser potenzielle Konkurrenten, wie die islamistische Muslimbruderschaft, aus dem politischen System und besetzte wichtige Posten in Ministerien und der öffentlichen Verwaltung mit Militärs. Durch eine Landreform und die Verstaatlichung der Wirtschaft erlangten die Streitkräfte zudem die Kontrolle über Grund und Boden sowie zahlreiche Unternehmen.

Nach Nassers Tod 1970 übernahm mit Anwar al-Sadat ein weiteres ehemaliges Mitglied der „Freien Offiziere“ das Präsidentenamt. Sadat leitete einen wirtschaftlichen Öffnungsprozess des Landes ein, ließ die ökonomischen Aktivitäten des Militärs aber unangetastet. Diese waren umso wichtiger geworden, da die Aufgabe der Landesverteidigung durch den 1979 erfolgten Friedensschluss mit Israel an Bedeutung verloren hatte und die Streitkräfte ein neues Betätigungsfeld brauchten.

Entsprechend expandierte auch in der 30-jährigen Amtszeit von Sadats Nachfolger, dem ehemaligen Luftwaffenchef Hosni Mubarak, das militärische Wirtschaftsimperium. Den Streitkräften kam hierbei die enge Sicherheitspartnerschaft mit den USA entgegen, die der ägyptisch-israelischen Annäherung gefolgt war. Seit den 1980er-Jahren wurden bis zu 80 Prozent der ägyptischen Rüstungsausgaben durch US-amerikanische Militärhilfen (jährlich ca. 1,3 Milliarden US-Dollar) finanziert, wodurch mehr Mittel zum Ausbau ziviler Wirtschaftsaktivitäten blieben.

Heute betreibt das Militär nicht nur Hühnerfarmen und produziert Konsumgüter wie Kühlschränke, sondern stellt auch landesweit Infrastruktur wie Straßen und Telefonleitungen bereit. Ein wichtiger Vorteil gegenüber der Privatwirtschaft besteht in der billigen Arbeitskraft von Wehrdienstleistenden. Die allgemeine Wehrpflicht ist allerdings nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung für die Streitkräfte. Durch sie kommt dem Militär auch eine wichtige Rolle bei der Sozialisierung junger Männer zu. Dabei ist für viele von ihnen das Militär auch nach dem Wehrdienst ein attraktiver Arbeitgeber.

So verspricht der Eintritt in die Streitkräfte noch immer ein finanziell abgesichertes Leben, das allerdings weitestgehend in einer auch wirtschaftlich geschlossenen Parallelwelt stattfindet. Militärangehörige leben in eigenen Städten, in denen sie Zugang zu vergünstigtem Wohnraum, Autos, Freizeit- und Urlaubseinrichtungen sowie Konsumgütern haben. Gleichzeitig sind die Streitkräfte durch ihre Nahrungsmittelproduktion auch an der Versorgung ärmerer Bevölkerungsschichten beteiligt und steigern hierüber ihr Ansehen innerhalb der ägyptischen Gesellschaft.

Die Popularität des Militärs in Teilen der Bevölkerung kam 2011 eindrücklich in dem während des Januar-Aufstandes skandierten Slogan „Die Armee und das Volk gehen Hand in Hand“ zum Ausdruck. Die Militärs, angeführt von dem als unpolitisch geltenden damaligen Verteidigungsminister Mohammed Tantawi, verhielten sich während der Massenproteste gegen Präsident Mubarak zunächst neutral. Sie

fürchteten nicht nur die internationalen Konsequenzen einer gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands; viele Offiziere sympathisierten sogar mit der Protestbewegung, da sie einen Vater-Sohn-Wechsel im Präsidentenamt ablehnten, der sich unter Mubarak angedeutet hatte.

Im Februar 2011 zwang die Militärführung Mubarak schließlich zum Rücktritt und leitete einen politischen Transformationsprozess ein. Proteste in den Folgemonaten wurden durch eine Mischung aus Zugeständnissen und brutaler Repression geschickt kontrolliert. Im Juni 2012 machten die Generäle schließlich den Weg für Präsidentschaftswahlen frei, die der Muslimbruder und Zivilist Mohammed Mursi gewann. Allerdings unterstützten sie die Bruderschaft in ihren Auseinandersetzungen mit Gegnern im Staatsapparat und in der Judikative nicht. Vielmehr nutzten sie, angeführt vom neuen Verteidigungsminister Abdel Fatah al-Sisi, im Juni 2013 abermals die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, um Mursi abzusetzen.

Seit dem Putsch 2013 ist das Militär darauf bedacht, seine Macht weiter zu festigen – und zwar mit allen Mitteln. In einer neuen Verfassung wurde die bis dahin eher informelle Rolle als Staat im Staate weitgehend formalisiert. Und mit der undemokratischen Wahl al-Sisis in das Präsidentenamt steht seit Juni 2014 wieder ein ehemaliger Militär an der Staatsspitze. Vor allem aber gehen die Streitkräfte mit aller Härte gegen Opposition und kritische Zivilgesellschaft vor. Militärgerichte urteilen Zivilisten in Schnellverfahren ab, und die Militärpolizei unterstützt Polizei und Staatssicherheit bei der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten. Ohne Rücksicht auf zivile Opfer führen die Streitkräfte zudem eine bislang wenig erfolgreiche Anti-Terror-Kampagne gegen dschihadistische Gruppierungen auf der Sinai-Halbinsel.

Auch die militärischen Wirtschaftsaktivitäten wurden weiter ausgebaut. Lukrative Aufträge, insbesondere für große Infrastrukturprojekte wie den Ausbau des Suezkanals, gingen an die Streitkräfte. Und während Ägypten seine Zahlungsfähigkeit nur durch Kredite und Zuwendungen aus den Golfstaaten aufrechterhalten konnte, wurden die Militärausgaben deutlich gesteigert. Dabei dürften die rund fünf Milliarden US-Dollar, die 2015 aus der Staatskasse überwiesen wurden, nur einen Teil des Militäraushalts ausmachen. Darauf deutet auch die kostspielige Aufrüstungspolitik hin, die unter Präsident al-Sisi betrieben wird.

Anders als in der Mubarak-Ära werden Rüstungsgüter nun nicht mehr weitgehend exklusiv über die USA gekauft. Vielmehr wurden seit 2014 Waffengeschäfte in Höhe von Milliarden US-Dollar auch mit anderen Staaten, allen voran Frankreich und Russland, getätigt. Offenkundig soll durch die Aufrüstung dem regionalen Bedeutungsverlust begegnet werden, den Ägypten trotz der Größe seiner Streitkräfte (rund 440 000 Soldaten und über 470 000 Reservisten) in den vergangenen Jahrzehnten erfahren hat. Zukünftig könnte das Militär daher nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch eine noch gewichtigere Rolle spielen. In jedem Fall sind Veränderungsprozesse in Ägypten gegen den Willen der Generäle kaum vorstellbar.

Stephan Roll / Jessica Noll

Dr. Stephan Roll ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Jessica Noll Forschungsassistentin in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (swp) in Berlin.

Die konservativen Monarchien

Als Mitte des 20. Jahrhunderts die ersten Staaten der arabischen Welt ihre Unabhängigkeit erlangten, galten diejenigen Staaten, die Monarchien blieben, als konservativ, ja „altmodisch“. Der anfänglichen Strahlkraft der neuen Republiken konnten die Monarchien nur drei zentrale Merkmale entgegensetzen, die ihre Herrschaft sichern und legitimieren sollten: Ölreichtum, „Stammesstrukturen“ und konservativer Islam. Doch auch auf dieser Basis bildeten sich schließlich dieselben Herrschaftsformen heraus wie in den Republiken: Kooptation und Repression.

Die meisten arabischen Monarchien, wie Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Kuwait oder Oman, befinden sich am Persischen Golf und verfügen über große Ölvorkommen. Ausnahmen sind lediglich Marokko und Jordanien. Mit der drastisch wachsenden Nachfrage nach Erdöl und dem rasanten Anstieg des Erdölpreises gelangten die Golfmonarchien zu großem Reichtum. Dieser wird – ähnlich wie zunächst in den populistischen autoritären Republiken – auch dazu verwendet, um breite Teile der Bevölkerung durch großzügige staatliche Wohlfahrtsleistungen an das Herrscherhaus zu binden.



Im Zentrum des omanischen Nationalgefühls steht der populäre Landesvater Sultan Qabus. Er regiert im Oman seit 1970.

Märchensultanat Oman

Das „Märchensultanat Oman“ hat seit 1970 eine atemberaubende Entwicklung vollzogen. Unter Sultan Qabus konnte sich das Land aus seiner fast vollständigen Isolation lösen und zu einer weithin geachteten, aufstrebenden Nation und zu einem verlässlichen internationalen Partner entwickeln. Die personalisierte Herrschaft des populären Sultans, der Aufstieg des Landes unter seiner Regierung und seine tolerante Religionspolitik gegenüber unterschiedlichen muslimischen und nichtmuslimischen Gruppen haben ein omanisches Nationalgefühl gefördert, in dessen Zentrum der Landesvater steht. Wirtschaftlich ist Oman mit seiner Versorgungspolitik und einem großen Anteil ausländischer Arbeiter ein typischer Rentierstaat der Golfregion, wenngleich in gemäßigerem Ausmaß als die kleineren Golfmonarchien Kuwait, Katar und Vereinigte Arabische Emirate.

Die Proteste des Arabischen Frühlings hat das Sultanat mit einer Kombination aus steigenden Wohlfahrtsausgaben, institutioneller Anpassung und Repression bewältigt. Zentrale strukturelle Probleme blieben dabei allerdings ungelöst: Der aktuelle Rückgang der Weltmarktpreise für Öl und Gas und die dadurch sinkenden Staatseinnahmen verdeutlichen die Abhängigkeit von diesen Sektoren. Oman war der erste Mitgliedstaat des Golfkooperationsrates, der 2015 Schulden aufnehmen musste, und die Eingliederung der Bevölkerung Omans in den Arbeitsmarkt ist ins Stocken geraten.

Das politische System bleibt weiterhin auf die Person des kinderlosen Sultans zugeschnitten, der gesundheitlich angeschlagen ist und wohl nur noch eine beschränkte Herrschaftszeit vor sich hat. Die Regelung seiner Nachfolge ist ungewöhnlich und muss im Kontext der spezifischen Gegebenheiten des Sultanats betrachtet werden. Im omanischen Grundgesetz, dem *Basic Law of the State*, ist in Artikel 5 bis 7 festgelegt, dass der königliche Familienrat innerhalb von drei Tagen nach dem Ableben des Sultans einen Nachfolger zu bestimmen hat. Wenn ihm das nicht gelingt, ist

der nationale Verteidigungsrat zusammen mit den Sprechern der beiden Parlamentskammern sowie dem Vorsitzenden und den beiden ältesten Mitgliedern des Obersten Gerichts beauftragt, einen neuen Sultan einzusetzen. Deswegen soll in einem bereits vor vielen Jahren von Qabus hinterlegten Brief stehen, den der Verteidigungsrat dann öffnen würde. Mit der seit fast 20 Jahren gültigen Regelung vermied es Qabus, einen Nachfolger öffentlich bekannt zu geben, der ihm irgendwann zum Rivalen hätte werden können. Gleichzeitig zwingt er die königliche Familie, im Falle seines Ablebens zügig eine Einigung herzustellen, da andernfalls Akteure außerhalb der Herrscherfamilie daran beteiligt wären, ein Familienmitglied zum nächsten Sultan zu küren.

Es ist davon auszugehen, dass sich der Nachfolger von Qabus zunächst eigene persönliche Legitimität erarbeiten muss. Für den Übergang wäre es daher vorteilhaft, wenn die politische Entscheidungsfindung bereits weiter institutionalisiert wäre und eine bessere Koordination der Verwaltungsabläufe im Staat bestünde. Denkbar wäre, dass der jetzige Sultan einen Premierminister ernennt, der hilft, die Machtübergabe abzusichern. Weiterhin müsste die Legislative gestärkt werden. Bislang ist nur das Unterhaus vom Volk gewählt, und die Parlamentarier beider Kammern verfügen nur über eingeschränkte Möglichkeiten, um eine von der Regierung unabhängige parlamentarische Arbeit durchzuführen.

Ohne Qabus gäbe es das Sultanat Oman in seiner heutigen Form nicht. Ein Fortbestehen des Landes ohne ihn ist daher für viele Omanis kaum vorstellbar. Andererseits scheinen die politischen Institutionen und Entscheidungsstrukturen sowie der omanische „*Way of Life*“ des multiethnischen Zusammenlebens größtenteils zu funktionieren. Der Test, ob sie auch ohne den Sultan nachhaltig stabil sein können, muss allerdings erst noch erbracht werden.

Thomas Richter
Vgl. für eine ausführlichere Darstellung: GIGA Focus Nahost, 10/2014



Die arabischen Stämme kennzeichnet ein starker innerer Zusammenhalt, ihre Stammesführer genießen absolute Loyalität. Unterstützt ein Monarch die Stammesführer und die althergebrachten Traditionen, ist ihm der politische Rückhalt des gesamten Stammes sicher. Der jordanische König Abdullah II zu Besuch in einem Beduinendorf 2011

Als Verteilungskanäle für diese Wohlfahrtsleistungen werden vor allem Stammesstrukturen genutzt. Arabische Stämme kennzeichnet ein starker innerer Zusammenhalt, jedes Mitglied des Stammes bringt dem Stammesführer absolute Loyalität entgegen. So müssen die Monarchen nur die Stammesführer kooptieren, ihnen und ihren Stämmen Zugang zu materiellen Werten bieten, um sich damit die politische Loyalität des gesamten Stammes zu sichern. Mit der Unterstützung des althergebrachten Stammeswesens geben sich die Monarchien darüber hinaus als „Bewahrer traditioneller Werte“.

Das weiterhin hohe Öleinkommen ermöglichte es ihnen, ihre Wohlfahrtsleistungen an das Volk bis in die Gegenwart aufrechtzuerhalten. Sie müssen deshalb tendenziell auch weniger oft und intensiv repressive Mittel einsetzen als die Republiken. Dennoch gibt es auch in den Monarchien Menschenrechtsverletzungen, Folter und Unterdrückung derjenigen, die ihre politische Loyalität verweigern und Kritik an der Regierung üben. Auch hier überwachen repressive Apparate mit gut ausgebauten Geheimdiensten die Bevölkerung.

Genauso verbreitet ist das Phänomen der Korruption, denn wo Kooptation besteht, können Personen mit besonderer politischer Position dieses Gewicht für die eigene Vorteilsnahme einsetzen und sich illegal bereichern.

Für die Legitimierung der Monarchen beim Volk spielt der Islam eine wichtige Rolle. Prinzipiell ist die Golfregion durch eine konservative Auslegung des Islam geprägt. Die Monarchien treten im öffentlichen Leben als seine Bewahrer auf. So müssen zum Beispiel Frauen Kopftuch, Gesichtsschleier und die traditionelle schwarze Abaya, ein dem orientalischen Obergewand des Kaftan ähnliches, bodenlanges Gewand, tra-

gen, obwohl es sich hierbei streng genommen um vorislamische Kleidungsstücke handelt, die zunehmend zu islamischen Symbolen stilisiert werden.

Der jordanische und der marokkanische König beanspruchen für sich, direkte Nachkommen des Propheten Mohammed zu sein, während das saudische Herrscherhaus seine islamische Legitimität und seine herausragende Stellung in der gesamten Region aus seiner Rolle als „Hüter der Heiligen Stätten Mekka und Medina“ und aus seiner Verbindung mit dem Wahhabismus bezieht. Eine Moral- und Sittenpolizei, die *mutawwa*, überwacht die Umsetzung strikter ultrakonservativer religiöser Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit: Es gibt eine strenge Trennung von Männern und Frauen im öffentlichen Leben, und die harten Körperstrafen der Scharia, die in kaum einem anderen muslimischen Land durchgesetzt werden, finden in Saudi-Arabien Anwendung. So kann Dieben beispielsweise die Hand abgehakt werden.

Was die formale Organisation der Macht betrifft, gibt es zwei verschiedene Formen von Monarchien: absolute und konstitutionelle (also mit einer Verfassung ausgestattete) Monarchien. In absoluten Monarchien verfügt der König über uneingeschränkte Macht. So regiert König Salman Ibn Abd al-Aziz Al Saud in Saudi-Arabien ohne eine Verfassung, die seine Herrschaft einschränken oder regulieren könnte. Gleichzeitig sind die zentralen politischen Ämter mit Mitgliedern aus der Königsfamilie besetzt.

In den konstitutionellen Monarchien hingegen, wie zum Beispiel in Marokko und Jordanien, existiert eine Verfassung, die ein gewähltes Parlament und neben dem König eine Regierung vorsieht, mit der dieser sich die Macht teilt. Es gibt unterschiedliche Parteien, die bei Parlamentswahlen um Stim-



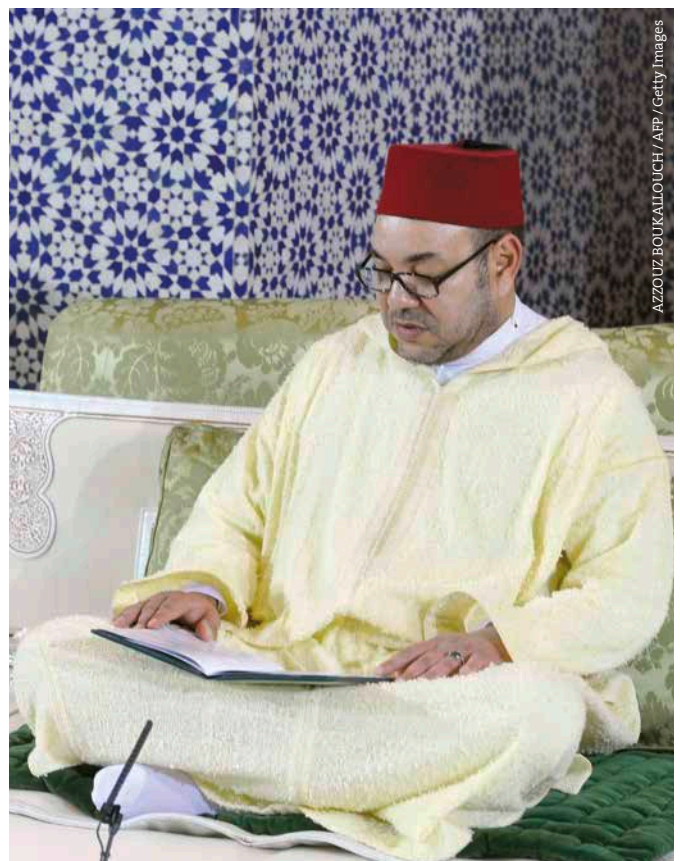
xinhua / FOTOFINDER.COM

Auch die Religion, der Islam, dient zur Legitimierung der Monarchien. Saudi-Arabiens Herrscherhaus beruft sich dabei auf seine Rolle als „Hüter der beiden heiligen Stätten Mekka und Medina“ und auf die Verbindung zum Wahhabismus. König Salman im September 2015, vor Beginn der alljährlichen Pilgerfahrt, in der Großen Moschee von Mekka

men werben. Obwohl konstitutionelle Monarchien prinzipiell mit freiheitlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar sein können – wie das Beispiel Großbritannien zeigt –, so sind doch alle Monarchien der arabischen Welt, unabhängig davon, ob absolut oder konstitutionell, von Autoritarismus gekennzeichnet. Auch hier dominieren, ebenso wie in den Republiken, das Staatsoberhaupt und seine engsten Verbündeten die anderen Staatsgewalten, Legislative und Judikative. Und auch hier ist Parteienpluralismus, wenn überhaupt, meist nur formell gegeben. De facto werden Oppositionsparteien in ihren Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Freie Meinungsäußerung und Kritik am Regime, ob in Presse oder Interessengruppen, sind nur begrenzt möglich. Gegen politische Kritiker werden Geheimdienste und Polizei eingesetzt.

Der Arabische Frühling im Jahr 2010/2011 hat den Autoritarismus im Nahen Osten erstmals ins Wanken gebracht. Tunesien, Ägypten, Syrien, Jemen, Libyen und auch Bahrain erlebten massive Proteste breiter Bevölkerungskreise. Die Besonderheit des Arabischen Frühlings war, dass er sich nicht nur gegen die eigentlichen Machthaber richtete, sondern darüber hinaus gegen ihre Prinzipien der Machtausübung – Kooptation und Repression – als solche. „Soziale Gerechtigkeit“ wurde gefordert, um der Korruption ein Ende zu bereiten. Und der im Arabischen Frühling oft vernommene Ruf nach „Würde“ wollte der willkürlichen Gewalt der Polizei und Geheimdienste ein Ende bereiten. Diese Forderungen finden bei den Bevölkerungen der meisten Länder der Region Widerhall.

Bisher scheint aber nur noch Tunesien Hoffnungsträger des Arabischen Frühlings zu sein, obwohl es auch hier Anfang 2016 zu Protesten gegen soziale Missstände kam (siehe auch S. 65 ff. und S. 69 ff.).



AZZOUZ BOUKALLOUCH / AFP / Getty Images

Der König von Marokko gilt vielen als direkter Nachkomme von Mohammed und als Anführer der Gläubigen. In der Großen Moschee von Sale nahe der Hauptstadt Rabat hält er 2011 eine religiöse Nachtwache zur Feier der Geburt des Propheten.

THOMAS RICHTER

Entwicklung und Struktur der Wirtschaft

Die Wirtschaftsstruktur der Länder des Nahen Ostens unterscheidet sich in vielen Bereichen von der Ökonomie europäischer Staaten. Neben historischen Besonderheiten bei der Staats- und Gesellschaftsentwicklung, unterschiedlichen Entwicklungspfaden nach dem Zweiten Weltkrieg und der Rolle des Tourismus spielen dabei die Einnahmen aus dem Export von Erdöl eine wichtige Rolle.

Beginnende Industrialisierung

Bis weit in das 17. Jahrhundert hinein war im Nahen Osten eine wirtschaftliche Organisationsform üblich, die als „tributgebundene Produktionsweise“ bezeichnet wird. Tributgebunden deswegen, weil die Bauern oder Kaufleute dabei Abgaben (Tribute) an den Herrscher bzw. den Staat leisten mussten. Dieser kontrollierte die Wirtschaftsprozesse mithilfe einer umfassenden Bürokratie und überließ das meiste agrarisch genutzte Land

Pächtern zur Bewirtschaftung gegen eine Gebühr, die Militärbeamte für den jeweiligen Landesherren einzogen. In diesem System konnte daher weder eine Schicht von Großgrundbesitzern entstehen noch eine unabhängig vom Staat existierende Schicht von Unternehmern. Interne Finanzprobleme, verursacht vor allem durch steigende Kosten für die Kriegsführung bei zurückgehenden Einnahmen, und die Expansion des europäischen Imperialismus hielten diese tributgebundene Produktionsweise bis Ende des 18. Jahrhunderts aus und führten letztendlich am Ende des 19. Jahrhunderts zu deren Zusammenbruch.

Die Einbindung des Nahen Ostens in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem erfolgte in den drei Subregionen des Nahen Ostens zu unterschiedlichen Zeiten und aus verschiedenen Gründen:

- Im geografischen Zentrum (der heutigen Türkei, den östlichen Mittelmeerrainern und Ägypten) dominierten seit Beginn des 19. Jahrhunderts der Anbau landwirtschaftlicher Produkte für den Export nach Europa und der Import europäischer Industriewaren.

























ulstein bild – A. & E. Frankl

In der Kolonialzeit bis in das 20. Jahrhundert hinein sind der Nahe Osten und Nordafrika vornehmlich durch den Export von landwirtschaftlichen Rohstoffen in das Weltwirtschaftssystem eingebunden. Ägypten exportiert unter anderem Zuckerrohr. Auf einem Markt in Ägypten bieten Bauern 1929 ihre Zuckerrohrernte an.

Nordafrika und Naher Osten in Zahlen II

Daten (geschätzt) von 2015, wenn nicht anders angegeben

Land Hauptstadt/ Regierungssitz		A BIP in Mrd. US-Dollar			BIP nach Sektoren (in %)			Arbeitslosenrate (2014, in %)*		
		B Wachstum (in %)	C pro Kopf in USD		A Landwirt- schaft	B Industrie	C Dienstleistung	B Jugendarbeits- losenrate (15–24 Jahre) (2014, in %)**		
Ägypten Kairo		A 1048	B 4,2	C 11800	A 11,2	B 36,3	C 52,5	A 13,2	B 42,0	
Algerien Algier		A 578,7	B 3,7	C 14500	A 13,1	B 39	C 47,9	A 9,5	B 20,0	
Bahrain Manama		A 64,8	B 3,2	C 50100	A 0,3	B 38,3	C 61,4	A 3,9	B 10,9	
Gazastreifen Gaza-Stadt		A s. Westjordanland	B -15,2 (2014)	C s. Westjordanland	A 4,7	B 13,7	C 81,6	A s. Westjordanland	B s. Westjordanland	
Irak Bagdad		A 544,1	B 2,4	C 15500	A 5,3	B 48,8	C 45,9	A 16,4	B 34,6	
Iran Teheran		A 1371	B 0,0	C 17300	A 9,3	B 38,4	C 52,3	A 12,8	B 29,4	
Israel Jerusalem		A 281,9	B 2,6	C 33700	A 2,5	B 27,3	C 70	A 6,1	B 11,0	
Jemen Sanaa		A 75,5	B -28,1	C 2700	A 19	B 10,6	C 70,4	A 17,4	B 29,9	
Jordanien Amman		A 82,7	B 2,5	C 12100	A 3,8	B 29,9	C 66,3	A 11,1	B 28,8	
Katar Doha		A 319,8	B 3,3	C 132100	A 0,1	B 55,7	C 44,1	A 0,3	B 1,3	
Kuwait Kuwait-City		A 288,4	B 0,9	C 70200	A 0,4	B 59,7	C 39,9	A 3,0	B 19,4	
Libanon Beirut		A 83,1	B 1	C 18200	A 5,6	B 24,9	C 69,5	A 6,4	B 20,7	
Libyen Tripolis		A 92,6	B -6,4	C 14600	A 1,9	B 43,1	C 54,9	A 19,2	B 48,9	
Marokko Rabat		A 273,5	B 4,5	C 8200	A 14,5	B 29,2	C 56,3	A 10,2	B 20,2	
Oman Maskat		A 171,4	B 4,1	C 44600	A 1,5	B 55,1	C 47,2	A 7,2	B 18,8	
Saudi-Arabien Riad		A 1683	B 3,4	C 53600	A 2,3	B 46	C 51,8	A 5,6	B 29,5	
Syrien Damaskus		A 55,8 (2014)	B -9,9	C 5100 (2011)	A 19,5	B 18,9	C 61,6	A 10,8	B 30,1	
Tunesien Tunis		A 127	B 0,8	C 11400	A 10,4	B 28,2	C 61,4	A 13,3	B 31,8	
Türkei Ankara		A 1589	B 3,8	C 20400	A 8,7	B 27	C 67,8	A 9,2	B 17,7	
VAE Abu Dhabi		A 647,8	B 3,9	C 67600	A 0,8	B 46,9	C 52,3	A 3,6	B 10,0	
Westjordan- land Ramallah		A 21,2	B 5,3	C 4300	A 3,5	B 25,2	C 71,4	A 26,2	B 42,7	(inkl. Gazastreifen)

(2014, inkl.
Gazastreifen)

(2014)

Quellen: CIA Factbook: <https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/>

* Weltbank: <http://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS>

** Weltbank: <http://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.1524.ZS>

Stand: Oktober 2016

- Im Maghreb, dem westlichen Teil Nordafrikas, kam es im Kontext des Konkurrenzkampfes der imperialistischen Großmächte (zunächst zwischen Frankreich und Großbritannien, später zwischen Frankreich und Deutschland) zu einer ersten wirtschaftlichen Einbindung. Als sich hier um die Wende zum 20. Jahrhundert französische – in Libyen italienische – Siedlerkolonien bildeten, intensivierte sich auch die landwirtschaftliche Nutzung. Der Export von Agrarprodukten bewirkte eine weiter zunehmende Integration in die Weltwirtschaft.
- Die Golfregion wurde zunächst allein aus politisch-strategischen Interessen Großbritanniens (Pax Britannica) und erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts, nach der beginnenden Erdölförderung, auch aus ökonomischen Gründen in die Weltwirtschaft eingebunden.

Die tributgebundene Produktionsweise und die Durchdringung durch den europäischen Imperialismus verhinderten, dass neben der traditionellen Kaufmannschaft – dem Basar – eine Unternehmerschicht und damit auch eine Arbeiterklasse entstanden. Erst ab den 1920er-Jahren trat in Ägypten im Umfeld der Bank Misr und unter Führung des Bankiers Tal'at Harb eine kleine Gruppe einheimischer Unternehmer hervor. Zuvor hatte sich Mohammed Ali (1805–1848 ägyptischer Vizekönig und osmanischer Pascha) an einer frühen Industrialisierung des Landes versucht.

Importsubstitution und Strukturreform

Da sich in der Türkei bereits 1923 ein vom europäischen Imperialismus unabhängiger Staat gründete, setzte die türkische Industrialisierung etwa 20 Jahre früher ein als im Rest des Nahen Ostens. Dort begann der Aufbau moderner industrieller Sektoren erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dabei lassen sich vier verschiedene Entwicklungspfade unterscheiden:

- In einer „Revolution von oben“ führten die Republiken Ägypten, Algerien, Irak, Syrien, Türkei und Tunesien eine staatliche Strategie der Importsubstitution durch, das heißt, dass die Eigenproduktion Auslandsimporte zunehmend ersetzen sollte, um die heimische Wirtschaft von den (westlichen) Wareneinfuhren unabhängig zu machen. Dazu wurden in ausländischem Besitz befindliche Unternehmen verstaatlicht und schlüsselfertige Industriekomplexe aufgebaut. Der Binnenmarkt wurde fast vollständig von der staatlichen Bürokratie kontrolliert, sie legte sämtliche Preise, Produktionsquoten und die Höhe der den Unternehmen gewährten Kredite fest. Gleichzeitig wurden die Importe von ausländischen Produkten durch die Einführung von hohen Zöllen eingeschränkt, um den heimischen Markt nach außen abzuschotten.
- Auch die relativ ressourcenarmen Monarchien Marokko und Jordanien stießen eine Importsubstitution an, allerdings gemeinsam mit den einheimischen Unternehmern des Privatsektors. Schutzzölle sorgten hier ebenfalls für eine Abschottung nach außen, die vor allem die neu entstehenden Industriesektoren vor ausländischer Konkurrenz bewahren sollte. Der Binnenmarkt wurde nur teilweise kontrolliert.
- In den Golfmonarchien entstand eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, die auf den Einnahmen aus Öllexporten

ten basierte und im Wesentlichen die Aufgabe hatte, diese Einnahmen an die Gesellschaft und die einheimischen Unternehmer des Privatsektors zu verteilen. Im Gegensatz zur Importsubstitution im übrigen Nahen Osten existierten hier aufgrund des Ölreichtums niedrige Außenwirtschaftsbarrieren, es wurden unbegrenzt Waren aus der industrialisierten Welt eingeführt. Investitionen gingen vor allem in die Infrastruktur, den Bau- und Dienstleistungssektor und teilweise in die Landwirtschaft. Eine Industrialisierung im engeren Sinne konzentrierte sich in dieser Phase weitgehend auf die Förderung und Weiterverarbeitung von Erdöl und später Erdgas.

- Der vierte und letzte Pfad wurde ausschließlich von Israel beschritten. Dort entwickelte sich, vollständig getrennt von den restlichen Ländern des Nahen Ostens, ein Wirtschaftssystem, das in vielen Aspekten vergleichbar mit dem Europas ist. Es basierte zwar ebenfalls auf staatlicher Kontrolle, auf Importsubstitution und hohen Außenhandelsbarrieren. Dazu kamen jedoch von Beginn an eine systematische Förderung der Landwirtschaft, die gezielte staatliche Unterstützung von Exportsektoren – zunächst landwirtschaftliche Produkte und Textilien – sowie seit den 1970er-Jahren eine zunehmende Spezialisierung auf Hochtechnologie und ein selektiver Abbau der Außenhandelsbarrieren. Dieses Alleinstellungsmerkmal beruhte maßgeblich auf der Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus Europa und später den USA sowie auf gezielten Investitionen aus dem Ausland.

Alle Länder der Region erreichten zwischen den 1950er- und 1970er-Jahren sehr hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und vollbrachten erstaunliche wirtschaftliche Leistungen, so zum Beispiel den Bau des Assuan-Hochdamms in Ägypten 1970 oder den Aufbau von schwerindustriellen Komplexen wie Stahl- und Zementwerken oder Raffinerien. Zwischen dem Ende der

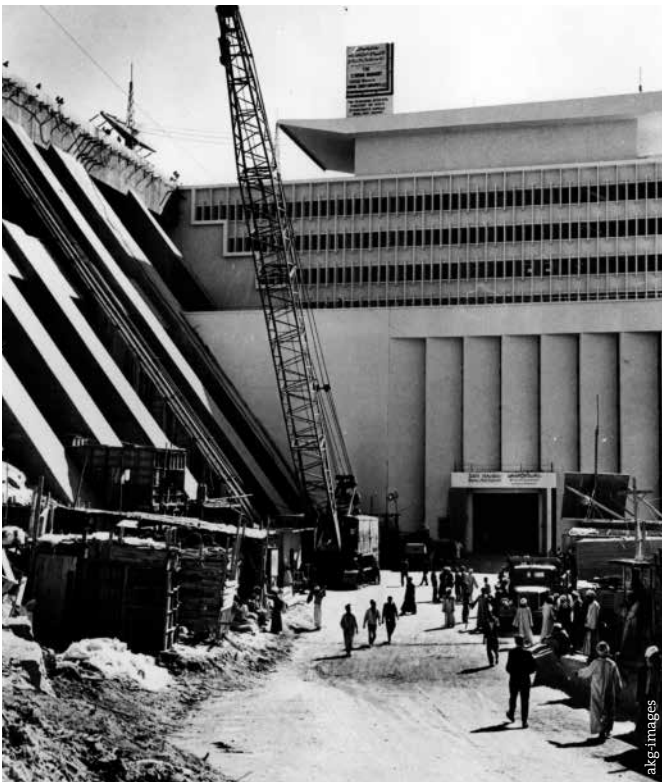
1970er- und der Mitte der 1980er-Jahre brachten jedoch interne und externe Faktoren die wirtschaftliche Dynamik in den importsostituierenden Ländern zum Erliegen: Zunächst litt die einheimische Wirtschaft unter einer ineffizienten Organisation der Binnenmärkte durch die vom Staat festgelegten Preise und Produktionsmengen. Dadurch sanken die Staatseinnahmen, und es kam zur Verschuldung durch die Kreditaufnahme bei nationalen und internationalen Banken. Diese Verschuldung wuchs, als das internationale Währungssystem fester Wechselkurse, das sogenannte Bretton-Woods-System, zusammenbrach und die internationalen Zinsen sich stark erhöhten. Viele Staaten konnten deswegen keine neuen Kredite aufnehmen oder waren nicht in der Lage, bestehende Kredite zurückzuzahlen.

Außer den kleinen Golfstaaten und Saudi-Arabien, die durch den einträglichen Export von Erdöl über ausreichend eigene finanzielle Mittel verfügten, sowie Irak und Syrien, die zusätzlich politische Vorbehalte hemmten, waren alle Länder seit Anfang der 1980er-Jahre auf die Hilfe externer Akteure angewiesen. Der IWF und die Weltbank waren dazu bereit, machten die Gewährung von Krediten allerdings von einer Strukturreform abhängig. Diese Strukturanpassung, exemplarisch zusammengefasst im sogenannten *Washington Consensus*, verlangte, dass der Staat die Kontrolle der Binnenmärkte reduzierte, Staatsunternehmen und staatliche Dienstleistungen, zum Beispiel Wasser- und Energieversorgung, privatisierte, Außenhandelsbarrieren abbaute sowie das Besteuerungssystem verbesserte. In den meisten Ländern führten diese Maßnahmen zunächst zu weiteren Problemen wie einer hohen Arbeitslosigkeit und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Erst in den 1990er-Jahren gab es wieder eine Phase ökonomischen Wachstums, die diesmal vor allem vom Privatsektor getragen war. Doch das größte der ökonomischen Probleme, die hohe Arbeitslosigkeit, ließ sich damit nicht beseitigen.

Abhängigkeit vom Erdöl und boomende Golfregion

Die Erdölfunde in Iran zu Beginn des 20. Jahrhunderts und auf der arabischen Halbinsel in den 1930er-Jahren prägten bis heute die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des gesamten Nahen Ostens. Der fossile Rohstoff Erdöl ist von höchster Bedeutung für die Weltwirtschaft. Einerseits ist Erdöl der wichtigste Energieträger weltweit und andererseits Ausgangsrohstoff für zahlreiche andere Produkte wie Kunststoffe, Kosmetika oder Medikamente. Der Anstieg der Weltölpreise in den 1970er-Jahren (Erdölpreisrevolution) bewirkte eine historisch bisher einmalige Umverteilung von Kapital aus Industrieländern in ölfreiche Entwicklungsländer. Seitdem gibt es im Nahen Osten Staaten mit einer sogenannten Rentierökonomie (Rentierstaaten): Die hohen Einnahmen aus dem Erdöllexport werden als eine Art Rente in Form von Löhnen und Gehältern, Subventionen und Krediten an die einheimische Bevölkerung verteilt. Zwei Staatengruppen lassen sich unterscheiden: zum einen die ölfreichen Monarchien Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Iran bis 1979 und zum anderen die ölfreichen Republiken Algerien, Libyen, Irak und Iran (seit 1979) (siehe auch S. 28 f.).

Eine Reihe von Merkmalen ist allen gemeinsam: Die Erdölpreisrevolution (1973/74) verschaffte den Ölstaaten über Nacht einen bisher ungekannten Reichtum. Es galt nun, die-



Ein Sinnbild für den wirtschaftlichen Fortschritt zwischen 1950 und 1970 ist der Assuan-Staudamm, der mit sowjetischer Unterstützung von 1960 bis 1970 erbaut wird. Das Bauwerk während der Entstehungsphase



Bis heute basiert der Wohlstand der Golfstaaten auf den Erdölvorkommen der Region und ihrem Wert für die Weltwirtschaft. Erdölpipelines und Erdölraffinerie im Königreich Bahrain 2015

sen Reichtum angemessen zu verwenden, ohne die eigene Ökonomie zu schädigen. Zunächst wurde massiv innerhalb des Landes, insbesondere in die staatliche Bürokratie, in die Infrastruktur, aber auch in das Militär, investiert. Zudem wurden die „Petrodollars“ (Erdöleinnahmen) eingesetzt, um Importe aus den Industriestaaten zu finanzieren („Petrodollar-Recycling“). Zusätzlich wurden Teile des Ölreichtums direkt über zwischenstaatliche Finanztransfers an ressourcenarme Staaten oder indirekt über Arbeitsmigration innerhalb der Region verteilt.

Dieses System der Verteilung von Öleinnahmen innerhalb des Nahen Ostens, das aus politischen und wirtschaftlichen Gründen entstand, wird als „Petrolismus“ bezeichnet. Im Namen des Panarabismus, der Idee einer einheitlichen arabischen Nation, forderten die ärmeren arabischen Staaten einen Anteil am Ölreichtum. Israel war von diesem System ausgenommen. Zudem sahen sich die reichen Ölstaaten in der Pflicht, die „Frontstaaten“ im arabisch-israelischen Konflikt zu unterstützen. Schließlich führten der Ölreichtum und die darauf aufbauende Wirtschaftsentwicklung in den Ölstaaten zu einer hohen Nachfrage nach Arbeitskräften in allen Sektoren. Aus sprachlichen und kulturellen Gründen wurde dieser Bedarf zwischen den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem aus den ärmeren arabischen Staaten gedeckt.

Trotz der sehr hohen Kapitaltransfers von Nord nach Süd kam es dort jedoch zu keiner breiten und nachhaltigen industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Obwohl die Ölstaaten gerade in den 1970er-Jahren sehr hohe Wachstumsraten verzeichneten, versäumten sie es, ihre Wirtschaftsstruktur ausreichend zu verbreitern. Alle wirtschaftlichen Aktivitäten blieben direkt oder indirekt über staatliche Subventionen von den Öleinnahmen abhängig. Davon profitierten in erster Linie der Dienstleistungssektor und die Immobilienwirtschaft, die sich überproportional entwickelten.

In den 1980er- und 1990er-Jahren offenbarte sich die Schwäche dieser einseitig von Öleinnahmen abhängigen Wirtschaftsentwicklung. Als der Weltmarktpreis für Öl deutlich zurückging und auf einem niedrigen Niveau verharrte, fehlten nachhaltige Industriesektoren zum Ausgleich der durch den Rückgang des Ölpreises entstandenen Einkommensverluste. Alle Staaten durchliefen in dieser Zeit schmerzhaft strukturelle Anpassungsprozesse, mussten Teile des Staatsapparats privatisieren, das Steuersystem reformieren und Außenhandelszölle reduzieren, um die Auflagen internationaler Kreditgeber zu erfüllen. Nur die relativ bevölkerungsarmen Golfmonarchien sowie Syrien und Irak konnten diese Anpassungen ohne die Hilfe und die Auflagen externer Akteure durchführen.

Mit Beginn der 2000er-Jahre stieg der Weltölpreis erneut an. Er leitete eine zweite Wachstumsphase in den Erdöl exportierenden Ländern der Region ein, die bis 2014 anhielt. Insbesondere die Golfstaaten investierten ihre Erdöleinnahmen erneut massiv in den Dienstleistungssektor und in die Immobilienwirtschaft. Viele der kleineren Golfstaaten bauten zudem ihre Tourismus- und Transportsektoren aus. Zusätzlich dazu wurde aber auch gerade in der boomenden Golfregion versucht, die bereits existierende petrochemische Industrie weiter zu entwickeln und neue Produktionsbetriebe innerhalb von exportorientierten Wirtschaftszonen anzusiedeln. Auch diesmal waren die lokalen Arbeitsmärkte nicht in der Lage, die für diese Expansion notwendige Anzahl an Arbeitskräften zur Verfügung zu stellen. Im Vergleich zu den 1970er-Jahren kam nun die Mehrheit der ausländischen Arbeitskräfte nicht mehr aus anderen arabischen Ländern, sondern aus Asien, zum Beispiel aus Indien, Pakistan und den Philippinen. Das lag vor allem daran, dass asiatischen Arbeitskräften geringere Löhne gezahlt werden konnten. Viele, wenn auch nicht alle ausländischen Arbeitskräfte arbeiten bis heute unter unzumutbaren Be-

Das Kafala-System

[...] Vor allem die wohlhabenden der arabischen Golfstaaten sind das primäre Ziel von Millionen pakistanischer Gastarbeiter [...], die als Bauarbeiter, Gärtner oder Chauffeure das Rückgrat für den saudischen Wirtschaftsboom bildeten.

Zugleich sind sie das Überlebenselexier der pakistanischen Wirtschaft: 15 Prozent der pakistanischen Arbeitnehmer leben im Ausland. Durch deren Rücküberweisungen an ihre Familien in der Heimat trugen sie 2015 mit 18,4 Milliarden US-Dollar 12 bis 15 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei: Gastarbeit ist somit die bedeutendste Einnahmequelle Pakistans, um das grassierende Haushaltsdefizit zu kontrollieren. Allein aus Saudi-Arabien wurden zwischen Juli 2014 und Juni 2015 5,6 Milliarden US-Dollar transferiert [...]. Ohne diese Einnahmen stünde das Land vor dem Staatsbankrott.

Seit den 1970er Jahren haben etwa 8,7 Millionen Pakistanner das Land als registrierte Auswanderer verlassen. Nach Saudi-Arabien gingen 4,4 Millionen, 520 000 allein im Jahr 2015. Heute leben dort offiziell 1,7 Millionen, doch Schätzungen gehen von 2,5 Millionen aus. Damit bilden die Pakistanner die zweitgrößte Gruppe nach den Indern.

[...] Viele Billiglohnarbeiter leihen sich bis zu 4000 Dollar, um [Vermittlungs-]Agenturen die Visa-Gebühren bezahlen zu können und einen Sponsor (arabisch: *kafil*) in Saudi-Arabien zu finden. Dieses Kafala-System wird von Menschenrechtsorganisationen immer wieder als Ursache für die katastrophale Lage von Arbeitsmigranten in den Golfländern angeführt: Der Kafil verfügt ähnlich wie ein mittelalterlicher Lehnsherr über die vollkommene Kontrolle über seinen Gastarbeiter. Wie moderne Sklaven sind sie auf das Wohlwollen ihrer Chefs angewiesen, dürfen ohne deren Erlaubnis weder innerhalb des Landes reisen noch in ihre Heimat zurückkehren. Da die Sponsoren die Reisepäs-

se einbehalten dürfen, ist auch die freie Arbeitgeberwahl nicht möglich.

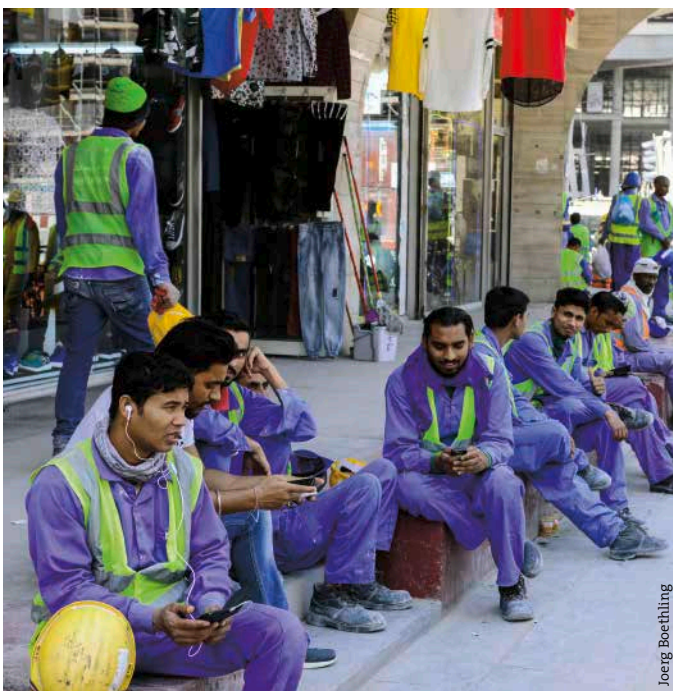
[...] [D]ie Gastarbeiter nehmen zum großen Teil ihre Misere in Kauf: Sie haben sich verschuldet und müssen diese Schulden zumeist bei Verwandten oder der Familie abtragen. Von ihnen wird darüber hinaus erwartet, dass sie das Leben aller verbessern. Immerhin gelten sie als Auserwählte, die das Glück haben, in Saudi-Arabien arbeiten zu dürfen.

Diese Wahrnehmung beruht auf der religiösen Bedeutung des Königreiches. Saudi-Arabien ist „Hüter der heiligen Stätten“ Mekka und Medina, die Pilgerfahrt dorthin ist eine der fünf Säulen des Islams. In ihren Familien werden sie [die Gastarbeiter] dafür geachtet, dass sie [...] auf heiligem Boden gelebt und gearbeitet haben. Dies macht sie zu Respektpersonen, wenn sie nach Jahren in ihre Heimat zurückkehren. [...]

[...] [A]uch wenn die Aufenthaltsgenehmigung [...] immer nur für drei Jahre ausgestellt wird und Gastarbeiter in der ständigen Unsicherheit leben, abgeschoben werden zu können, beträgt die durchschnittliche Verweildauer in Saudi-Arabien zwischen fünf und sechs Jahren, viele leben sogar Jahrzehnte im Ausland. [...]

Es ist allerdings fraglich, ob auch in Zukunft der Migrationsstrom in den Golf anhalten wird: Alle Golfstaaten wollen ihren Arbeitsmarkt reformieren, die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften und damit die hohe Arbeitslosigkeit reduzieren: Allein in Saudi-Arabien sind 30 Prozent der Jugend arbeitslos. In der Vergangenheit wurden deswegen immer wieder große Zahlen an Arbeitsmigranten ausgewiesen. Der fallende Ölpreis setzt das Königshaus zusätzlich unter Druck [...]. Die Leidtragenden könnten die Millionen Gastarbeiter sein. [...]

Sebastian Sons, „Generation Golf“, in *zenith* 02/2016 „Flucht“, S. 84 f.



Der Reichtum der Golfstaaten zieht ausländische Arbeitskräfte an. Sie werden vorwiegend im Privatsektor, im Bau und der Industrie beschäftigt. Bauarbeiter bei einer Pause in Doha, Katar 2016



Die einheimischen Arbeitskräfte sind überwiegend im öffentlichen Dienst tätig, der mehr Ansehen genießt und gute Einkommen bietet. Mittagspause in einer Shisha-Bar in Doha, Katar 2016



Joerg Boethling

Die Golfstaaten sind nicht nur für westliche Touristen, sondern auch für arabische Familien attraktiv, da sie hier westlich geprägten Konsum mit ihrer gewohnten Lebensweise verbinden können. Die klimatisierte Villaggio Mall in Doha, Katar, 2016, soll im Stil sowohl an Venedig als auch an ein italienisches Bergdorf erinnern.

dingungen: Sie bekommen sehr niedrige Löhne, haben nur befristete Arbeitsverträge und können jederzeit des Landes verwiesen werden.

Zwischen Juni 2014 und Januar 2015 sank der Rohölpreis von über 100 US-Dollar pro Barrel auf ein Niveau von etwa 50 US-Dollar. Dies hat in allen Ländern der Region, aber vor allem in den ölexportierenden Staaten, zu einer deutlichen Verlangsamung des ökonomischen Wachstums und zu steigenden Defiziten in den Staatshaushalten geführt. Länder ohne ausreichende Devisenreserven wie Bahrain und Oman mussten zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder Kredite auf den internationalen Finanzmärkten aufnehmen. Auch die seit 2011 zunehmenden Gewaltkonflikte hatten massive ökonomische Auswirkungen. Im Irak, in Syrien, Libyen und Jemen wurden so gut wie alle in den letzten Jahrzehnten erzielten ökonomischen Fortschritte durch kriegsähnliche Zerstörung zunichte gemacht. Ägypten, Bahrain und Tunesien erlebten massive wirtschaftliche Einschränkungen.

Tourismus und neue Technologien

Zu Beginn der 2010er-Jahre verfügte mit Ausnahme Israels und teilweise der Türkei und Marokkos kein Land des Nahen Ostens über Wirtschaftssektoren, die auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig waren. Die einzige Ausnahme bildete lange Zeit der Tourismus, der sich seit den 1990er-Jahren wegen der geografischen Lage und den klimatischen Bedingungen in der Region, aber auch aufgrund ihrer damaligen politischen Stabilität als ein konkurrenzfähiger und ständig wachsender Wirtschaftszweig etablierte. In vielen Ländern des Nahen Ostens ist der Tourismus seit Mitte der 1990er-Jahre

zur wichtigsten Einnahmequelle internationaler Zahlungsmittel geworden. Diese Devisen wurden zur Finanzierung von Importen für andere Wirtschaftssektoren benötigt. Die Länder mit den höchsten Einkommen aus dem Tourismus waren Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Libanon. In den fünf zuerst genannten dominiert ein von westlichen Touristen geprägter Bade- und Einkaufstourismus. Ägypten bietet eine zusätzliche Attraktion in Gestalt seiner archäologischen Stätten. Der Libanon und teilweise auch Jordanien werden eher von arabischen Touristen besucht. Der Tourismus in Saudi-Arabien konzentriert sich aufgrund der Einreisebestimmungen fast ausschließlich auf die jährlichen Pilgerreisen nach Mekka und Medina.

Trotz dieser Erfolge hat die Entwicklung des Tourismussektors im Nahen Osten bis zum Arabischen Frühling nur geringe Impulse in anderen Bereichen der Wirtschaft ausgelöst. Das liegt einerseits an der fehlenden Verzahnung mit der einheimischen Volkswirtschaft, die in der Mehrheit nur billige Arbeitskräfte, einfache Baustoffe oder Gegenstände des täglichen Bedarfs bereitstellt. Andererseits sind die Gewinne im Tourismussektor sehr ungleich verteilt. Neben ausländischen Investoren hat in der Vergangenheit nur ein geringer Teil der einheimischen Bevölkerung, darunter insbesondere einige wenige Privatunternehmer, Teile des Militärs und hohe Staatsbeamte, von diesem Erfolg profitiert. Als Folge der zunehmenden staatlichen Repression nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings und der daraus entstandenen Gewaltspirale ist die Bedeutung des Tourismus seit 2011 in allen Ländern der Region, mit Ausnahme der Golfstaaten, massiv zurückgegangen. Vor allem in Tunesien und Ägypten, aber auch in Syrien und Jordanien musste der Tourismussektor seit 2011 starke Einbußen hinnehmen.



Thomas Imo / photothek.net

Schon mehr als 40 Jahre engagiert sich die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Jordanien, seit 2001 konzentriert auf den Schwerpunkt Wasser. Ein Experte der GIZ 2016 im Gespräch mit einem Mitarbeiter der Wasserpumpstation Wala, die die auf einem Hochplateau gelegene Stadt Madaba über 460 Höhenmeter hinweg mit Wasser versorgt.

Für die künftige Wirtschaftsentwicklung ist die Eindämmung der Gewaltkonflikte von entscheidender Bedeutung. Die durch den gesunkenen Weltölpreis entstandenen Probleme der erdölexportierenden Länder haben zudem gezeigt, dass es für weite Teile der nahöstlichen Ökonomien, mit Ausnahme von Israel, keinen nachhaltigen Entwicklungsschub gegeben hat.

Vielversprechende Perspektiven ökonomischer Entwicklung zeigen sich allein in der Türkei, in Marokko und möglicherweise künftig in Iran. In der Türkei ist der Aufbau einer entwickelten Wirtschaft, abgesehen von Israel, am weitesten vorangeschritten. Ganze Wirtschaftssektoren wie die Textil- und Elektroindustrie, aber auch Unternehmen der Kfz-Zuliefererindustrie sind mit ihren Produkten seit einigen Jahren weltmarktfähig. Seit Mitte der 2000er-Jahre entstand im Norden Marokkos das Projekt „Tanger-Med“, das einen Tiefseewasserhafen und mehrere Freihandelszonen umfasst. Inzwischen sind dort vor allem durch die Ansiedlung von Standorten der Automobilindustrie mehrere zehntausend neue Arbeitsplätze entstanden – ein positiver Effekt für die wirtschaftliche Entwicklung im Norden Marokkos. Nachhaltige Wirkung wird er dann erzielen, wenn es gelingt, die in den Freihandelszonen produzierenden Unternehmen besser mit der einheimischen marokkanischen Industrie zu verknüpfen.

Einfluss der Entwicklungszusammenarbeit

Seit Beginn der 1970er-Jahre hat sich der Westen engagiert an der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens beteiligt. Insgesamt haben alle Industrieländer

und viele internationale Organisationen massiv in die Verbesserung der Lebensverhältnisse, in sozioökonomische Entwicklungsperspektiven und in wirtschaftliche Strukturreformen investiert. Im Vergleich zur Intensität dieses Engagements sind die Erfolge jedoch bescheiden geblieben. Das hat mehrere Gründe: Zunächst sind viele Erwartungen in Bezug auf die positiven Effekte von Entwicklungshilfe unrealistisch. Trotz einer verbesserten Grundversorgung oder der Bereitstellung von Bildungsangeboten können zentrale Entwicklungsprobleme wie die zu geringe Anzahl an Arbeitsplätzen, die Qualitätsmängel der Schulbildung, die fehlende berufliche Ausbildung und die zu geringe Wettbewerbsfähigkeit, nur sehr langfristig gelöst werden. Dazu kommt, dass Entwicklungshilfe aus historischen Gründen, vor allem um den Verdacht einer neuen Form von Kolonialismus zu vermeiden, sensibel und in Zusammenarbeit mit lokalen staatlichen und nicht staatlichen Partnern erfolgen muss.

Ein wichtiger Erklärungsfaktor für die in vielen Bereichen unzureichenden Erfolge ist die sicherheitspolitische Bedeutung der Region für den Westen. Viele entwicklungspolitische Zielsetzungen, wie beispielsweise die Stärkung von Teilhabeberechtigten oder die Bildung von nachhaltigen Institutionen, scheiterten an der Befürchtung, dass diese möglicherweise die politische Stabilität der autoritären Regime bedrohen könnten. Aktuelle Formen der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Arabischen Frühling konzentrieren sich auf eine Unterstützung der verbliebenen politischen Transitionsprozesse und in den Bürgerkriegsländern auf humanitäre Hilfe, den Wiederaufbau und die Etablierung politischer Institutionen. Daneben konzentriert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit für die Region des Nahen Ostens insgesamt auf die Schwerpunkte Wasser und Abwasser, erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie Berufs- und Hochschulausbildung.

Europas Versagen im Arabischen Frühling

Die EU und ihre südlichen Nachbarn sind historisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell eng miteinander verbunden. Ab Mitte der 1990er-Jahre fing man an, diese Verbindungen durch die Schaffung gemeinsamer Institutionen zu vertiefen: Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP 1995), die Nachbarschaftspolitik (ENP 2004) und die Union für das Mittelmeer (UfM 2008) ergänzen sich komplementär und enthalten rechtlich bindende Freihandels- und Assoziierungsabkommen.

Der Arabische Frühling kam für die EU trotzdem völlig unerwartet, hatte man doch – entgegen der proklamierten Förderung von Demokratie und Menschenrechten – auf eine enge Kooperation mit den arabischen Autokratien gesetzt. Die Stabilisierung der herrschenden Regime galt als verlässlichere Strategie zur Durchsetzung europäischer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen als der steinige und unberechenbare Weg politischer Reformen.

Vor diesem Hintergrund wird das Dilemma der EU bei Ausbruch des Arabischen Frühlings deutlich: Ganz offensichtlich hatte die EU weder Demokratie noch Stabilität gefördert, durch eine geradezu ostentative Demokratisierungsrhetorik jedoch eine enorme Glaubwürdigkeitslücke geschaffen. Der Arabische Frühling warf somit ein grelles Licht sowohl auf das realpolitische als auch das normative Versagen der EU-Mittelmeerpolitik. Als internationaler Akteur trat sie während des Arabischen Frühlings kaum in Erscheinung. Abgesehen von Maßnahmen der humanitären Hilfe und des Grenzschutzes war die EU schlichtweg nicht präsent, als sich in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ein politischer Umbruch von historischer Bedeutung vollzog.

Im Lichte dieser Ereignisse vollzog die EU jedoch einen erstaunlichen Lernprozess und entwickelte 2013 konstruktive Ansätze im Rahmen des ENP. Durch eine politikfeldübergreifende Demokratisierungspolitik wollte man nunmehr nachhaltige Stabilität im Nahen Osten und in Nordafrika stiften. Zum einen sollten autokratische Regime unter dem Motto *more for more* zur politischen Transformation ermutigt werden, zum anderen wollte man enger mit den arabischen Zivilgesellschaften in Kontakt treten und deren Einsatz für politischen Wandel aktiv fördern. Diese Vorhaben kamen allerdings über erste Ansätze nicht hinaus. Unter dem wachsenden Druck von Bürgerkrieg und Staatszerfall in Syrien und Libyen, verstärkt durch die

terroristischen Aktivitäten des IS, auch in Europa, – und nicht zuletzt in Reaktion auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen – wurden die Prioritäten der ENP 2015 erneut verschoben. Heute setzt die EU wieder auf eine enge (Sicherheits-)Kooperation mit ihren nach wie vor autoritär regierten Nachbarn, die durch Rücknahmeabkommen und andere Maßnahmen Flüchtlinge von Europas Küsten fernhalten sollen. Damit begibt sich die EU jedoch in ein Abhängigkeitsverhältnis, das wenig Spielraum für die Förderung von Transformationsprozessen lässt und, ganz im Gegenteil, zur Stabilisierung dieser Regime beiträgt.

Ernüchterung hat sich in Brüssel breit gemacht angesichts der eskalierenden Gewaltkonflikte einerseits und der wachsenden Konkurrenz anderer externer Akteure andererseits. Aufgrund ihrer schwindenden Handlungsspielräume, die die EU zumindest in Teilen selbst zu verantworten hat, kann sie heute kaum mehr politischen Einfluss auf die Nachbarregion nehmen. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob die EU in absehbarer Zeit den Willen und die Kraft zu einem grundsätzlichen Politikwechsel aufbringen wird, der die regionalen Probleme von ihrer Wurzel her angehen müsste. Parallel zu einem verbesserten akuten Krisenmanagement müsste ein solcher Ansatz langfristig auf politische Transformation in enger Kooperation mit den arabischen Zivilgesellschaften setzen, den Schutz der Menschenrechte fördern sowie eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unterstützen, von der nicht nur eine zahlenmäßig kleine Elite profitiert. Notwendig ist eine großzügige Öffnung des EU-Binnenmarktes auch für Arbeitnehmer, die legale Wege der Ein- und Ausreise nach Europa dringend benötigen. Da ein derart ganzheitlicher Ansatz derzeit jedoch nicht erkennbar ist, wird das Mittelmeer, einst gedacht als verbindendes Element einer EuroMed-Region des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands, mehr und mehr zu einem Massengrab und zugleich zu einer virtuellen Mauer, mit der sich die EU von ihren südlichen Nachbarn abzuschotten versucht. Konsequente Fluchtursachenbekämpfung und nachhaltige Regionalpolitik sehen anders aus.

Annette Jünemann

Annette Jünemann ist Professorin am Institut für Internationale Politik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg.



Thomas Plafmann / Baaske Cartoons

VIOLA LUCAS

Gesellschaftliche Herausforderungen

Die sozioökonomische Entwicklung im Nahen Osten hat Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche. Von besonderer Bedeutung für die Region sind die Themen demografische Entwicklung, Bildungsmisere, Jugendarbeitslosigkeit, Stadt-Land-Gegensatz, Wasserversorgung und Umweltpolitik sowie die Rolle der Frau.

Alters- und Bevölkerungsstruktur

In vielen Staaten des Nahen Ostens sind mehr als 60 Prozent der Bevölkerung unter 30 Jahre alt. Diese junge Bevölkerung stellt die Staaten vor große Herausforderungen. Sie müssen die öffentliche Infrastruktur der stetig wachsenden Bevölkerung anpassen und somit mehr Kindergärten, Schulen und Universitäten finanzieren. Aufgrund des hohen Anteils der Nicht-Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung fehlt es jedoch an Steuereinnahmen, die zum Ausbau und zur Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur benötigt werden. In den nahöstlichen Ländern ohne hohe Einnahmen aus Ölexporten verschärft die hohe Jugendarbeitslosigkeit das staatliche Finanzierungsproblem weiter. Im Zeitverlauf werden zahlenmäßig mehr Jugendliche das Erwachsenenalter erreichen, als

sich heute im Erwachsenenalter befinden: Sie werden auf den Arbeitsmarkt drängen und mehr Kinder auf die Welt bringen können, als dies momentan der Fall ist. Dieser Bevölkerungsanstieg zieht soziale, ökonomische, ökologische und damit politische Herausforderungen nach sich. Zukunftsszenarien sagen Konflikte um die begrenzte Ressource Wasser, einen zunehmenden Klimawandel und fortdauernde Landflucht der Jugend voraus. Negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit und die Versorgung der älteren Bevölkerung wären die Folgen.

Das Bevölkerungswachstum währt bereits seit Jahrzehnten. Ausschlaggebend war eine hohe Geburtenrate in den 1960er- und 1970er-Jahren von durchschnittlich sieben Kindern pro Frau. Gleichzeitig ging die Kindersterblichkeit im Zuge verbesserter medizinischer Versorgung zurück, Krankheiten wie Cholera und Typhus waren weitgehend ausgerottet und der Lebensstandard stieg. Erst ab Anfang der 1980er-Jahre setzte ein allmählicher Rückgang der Geburtenzahlen ein, durch den sich die durchschnittliche Geburtenrate bis auf 2,8 Kinder im Jahr 2013 reduzierte. Insgesamt wuchs die Bevölkerung im Nahen Osten nach Angaben der Weltbank zwischen 1960 und 2013 von 96 auf 409 Millionen. 2013 liegt das Bevölkerungswachstum bei zwei Prozent, während das Wachstum in Deutschland mit 0,3 Prozent dem Durchschnittswert der Europäischen Union entspricht.



Junge Libanesen bei einem Tanz in den Straßen von Beirut anlässlich eines Musikfestes am 21. Juni 2016. Die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas haben einen hohen Anteil junger Menschen. Sie brauchen Ausbildung, Arbeit und ein Auskommen, um selbstständig zu werden und eine Familie gründen zu können.

Abnehmende Geburtenraten werden in der Wissenschaft mit wirtschaftlicher Entwicklung verbunden, die bessere medizinische Versorgung, Bildung und eine veränderte Rolle der Frau mit sich bringt. Jedoch trifft dieses Muster nur bedingt auf den Nahen Osten zu. Heirat und Familienleben sind in der Region hoch angesehene Werte und damit von Einfluss auf die Geburtenrate. Während die Familie weiterhin eine viel zentralere Rolle für die Menschen in der Region spielt als beispielsweise in Deutschland, gibt es gleichzeitig, besonders in den Städten, einen Trend weg vom Leben in der Großfamilie hin zu Kleinfamilien. Darüber hinaus heiraten die Frauen zunehmend in höherem Alter, was dazu führt, dass weniger Kinder geboren werden – auch weil die Frauen inzwischen mehr über Familienplanung wissen und mehr Bildung genossen haben.

In den wirtschaftlich entwickelten Staaten Tunesien, Iran und Libanon hat mittlerweile ein starker Rückgang der Geburtenrate eingesetzt, was in Tunesien und Iran auf die erfolgreich durchgeführten Familienplanungskampagnen der letzten Jahrzehnte zurückzuführen ist. Seit einigen Jahren gibt es in Iran jedoch Bestrebungen, ausgehend unter anderem vom religiösen Führer des Landes, Ajatollah Ali Khamenei, den Zugang zu Verhütungsmitteln wieder zu beschränken, um das Bevölkerungswachstum zu erhöhen. Erste Gesetze hierzu sind 2014 und 2015 vom iranischen Parlament beschlossen worden.

In den wohlhabenden, ölreichen Staaten wie Oman und Saudi-Arabien ist die Geburtenrate nach wie vor vergleichsweise hoch. Die Gründe dafür werden in der Wissenschaft viel diskutiert. Möglicherweise zögern die hohen Einnahmen aus Ölexporten, die für ein hohes Bruttoinlandsprodukt sorgen, die soziale Transformation der Gesellschaft hinaus. Gleichzeitig bemüht sich Saudi-Arabien, die Kindersterblichkeit zu reduzieren und für eine bessere Gesundheit der gesamten Bevölkerung zu sorgen. Jemen, der ärmste Staat der Region, bestätigt hingegen mit einer Geburtenrate von vier Kindern pro Frau die Theorie eines Zusammenhangs von Armut und Kinderreichtum.

Die Lebenserwartung variiert zwischen den einzelnen Staaten, der regionale Durchschnitt lag im Jahr 2013 laut Angaben der Weltbank bei 73 Jahren. Aufgrund des höheren Wohlstands steigt die durchschnittliche Lebenserwartung für Neugeborene in den wohlhabenden Golfstaaten auf über 76 Jahre. Deutlich geringer bemessen ist diese in den ärmsten und ländlichsten Staaten wie Jemen mit 64 Jahren und Mauretanien mit 63 Jahren. Zum selben Zeitpunkt beträgt sie für die Europäische Union 80 Jahre (in Deutschland 81) und liegt in Afrika südlich der Sahara unterhalb des nahöstlichen Durchschnittes bei 58 Jahren.

Zustand des Bildungssystems

In der arabischen Welt wird die Gewährleistung flächendeckender schulischer Bildung seit der Unabhängigkeit als wichtige staatliche Aufgabe angesehen. Viele Staaten unternehmen große finanzielle Anstrengungen, um ihrer Bevölkerung den Zugang zu Primär-, Sekundär- und Hochschulbildung zu ermöglichen und die Analphabetenquote der älteren Bevölkerung zu senken. Entsprechende Maßnahmen waren die Einführung der Schulpflicht, die Befreiung von Schulgebühren und die Bereitstellung von Schulbüchern und -uniformen. Inzwischen reichen laut Weltbank die Einschulungsquoten für die Primärbildung von 73 Prozent im Jemen und 88 Prozent in Mauretanien bis nahe 100 Prozent in Iran und Tunesien, bei einem regionalen Durchschnitt von 94 Prozent



Schulbildung wird in allen arabischen Staaten als wichtige staatliche Aufgabe angesehen. Eine Grundschulklasse mit ihrer Lehrerin in Khan Yunis, Gazastreifen, 2016

für 2013. Die Statistiken belegen allerdings auch, dass mehr Jungen eingeschult werden als Mädchen und dass eine vollständige Unterrichtsversorgung besonders in den gebirgigen, schwer zugänglichen Gebieten Jemens, Mauretaniens und auch Marokkos nicht gewährleistet ist. Einer Weltbankstudie zufolge, die 2008 veröffentlicht wurde, weist vor allem der Sekundär- und Hochschulbereich hohe Abbrecherquoten auf. Es mangelt an Anreizen zum Weiterlernen, an qualitativ hochwertigem Unterricht und an beruflichen Perspektiven. Die hohe Analphabetenrate der erwachsenen Bevölkerung versuchen die Regierungen im Nahen Osten durch spezielle Alphabetisierungsprogramme zu verringern; dank dieser jahrzehntelangen Bemühungen ist die Analphabetenrate auf unter 20 Prozent in 2013 gesunken.

Neben dem Zugang zu Bildung ist auch die Qualität der Ausbildung entscheidend für den Erfolg im späteren Erwerbsleben. Wissenschaftliche Studien der Weltbank und der UN-Entwicklungsorganisation UNDP, wie zum Beispiel der *Human Development in the Middle East and North Africa*-Bericht 2010, weisen in diesem Zusammenhang auf Defizite in der Region hin. Bei TIMSS 2011, einer international vergleichenden Studie zu den Lernergebnissen der Schüler in Mathematik, schnitten die teilnehmenden 14 Nahost-Staaten – Bahrain, Iran, Jordanien, Kuwait, Libanon, Marokko, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Katar, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien, Türkei, Jemen – im Vergleich zur Vergleichsgruppe, zu denen auch die VAE gehörten, unterdurchschnittlich ab.

Vor diesem Hintergrund kritisieren internationale Organisationen wie die UN-Bildungsorganisation UNESCO oder die Weltbank die eingegrenzte Ausrichtung der Lehrpläne auf abfragbares Wissen zulasten von analytischem Denken und Kreativität. Auch die Qualität der Lehrerbildung leidet unter mangelhaften Strukturen wie Ausbildungsplänen mit wenig konkreten Lerninhalten und zu geringen Anforderungen. Dazu werden in einigen Staaten, beispielsweise in Ägypten, Lehrkräfte schlecht bezahlt. Das Bildungswesen konzentriert sich im Sekundär- und Hochschulbereich auf Geistes- und Sozialwissenschaften, die Naturwissenschaften werden eher vernachlässigt. Und ein Ausbildungssystem für Handwerks- und Lehrberufe gibt es nur in wenigen Staaten.

Mittlerweile erzeugte der Problemdruck in vielen Nahost-Staaten erste Reformansätze. Lehrpläne wurden reformiert



Modellvorhaben duale Ausbildung: In einer Berufsschule im jordanischen Irbid werden Frauen mithilfe der GIZ 2016 im Klempnerhandwerk ausgebildet. Ihnen ist der Zugang in Privathaushalte eher erlaubt als Männern.



Für die geburtenstarken Jahrgänge der letzten Jahrzehnte hält der Arbeitsmarkt zu wenig Stellen bereit. Dies trifft nicht nur Schulabbrecher und Geringqualifizierte, sondern auch viele Hochschulabsolventen. Protest vor dem Parlamentsgebäude in Kairo 2016

und durch die Einführung von Berufsschulen neue Wege mit dualer Ausbildung beschritten, wie etwa in Ägypten und Tunesien. Die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiven Organisationen verschiedener europäischer und anderer Staaten sowie internationale Organisationen wie UNDP und UNESCO unterstützen diese Vorhaben fachlich und materiell. So kooperiert beispielsweise die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in einem von 2010 bis 2016 angelegten Projekt mit Jordanien, Marokko, Tunesien und Ägypten zur Einrichtung von Berufsschulen, die speziell darauf ausgerichtet sind, Frauen in das Wirtschaftsleben zu integrieren.

Jugendarbeitslosigkeit

Die hohe, weit verbreitete Jugendarbeitslosigkeit stellt die Regierungen im Nahen Osten vor große Herausforderungen. Laut Schätzungen der ILO (*International Labour Organization* = Internationale Arbeitsorganisation) lag die Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen 2014 im Nahen Osten bei etwa 30 Prozent. Im Vergleich dazu betrug sie innerhalb der Europäischen Union 25 Prozent (in Deutschland unter 8 Prozent) und weltweit durchschnittlich knapp 13 Prozent. Erschwerend kommt hinzu, dass im Nahen Osten nicht nur Schulabbrecher und damit Geringqualifizierte von Erwerbslosigkeit betroffen sind, sondern auch Hochschulabsolventen, die erstmals nach einer Beschäftigung suchen. Für diese Situation gibt es vier wichtige Gründe:

Erstens hat sich in den vergangenen 20 Jahren der Arbeitsmarkt strukturell verändert. Während von den 1960er-, bis teilweise in die 1980er-Jahren hinein Hochschulabsolventen fast automatisch in den öffentlichen Dienst gelangten und diesen damit entsprechend vergrößerten, können sich viele Regierungen dieses Vorgehen inzwischen nicht mehr leisten. Nur noch wenige Absolventen kommen im öffentlichen Dienst unter, doch auch der Privatsektor kann, trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, nicht in ausreichendem Maß neue Stellen anbieten.

Zweitens drängen durch die geburtenstarken Jahrgänge der vergangenen Jahrzehnte zunehmend mehr junge Erwachsene auf den Arbeitsmarkt als diesen pensionierte Arbeitnehmer verlassen. Die oben beschriebene geringe Nachfrage nach Arbeitskräften sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor verschärft die Situation.

Drittens passt die tatsächliche Ausbildung der Berufsanfänger nicht zu den Anforderungen der Unternehmen. Viele Berufseinsteiger richten ihr Interesse und ihre Ausbildung immer noch vorrangig auf eine Anstellung im öffentlichen Dienst aus. In der Folge haben sie es schwer, eine Arbeitsstelle in der Privatwirtschaft zu finden. Zudem werden Berufseinsteiger während ihrer Schulzeit wenig praktische Kenntnisse vermittelt, wie sie zum Beispiel Bestandteil der dualen Berufsausbildung in Deutschland sind.

Viertens unterliegt auch die Arbeitsmigration in die wirtschaftlich wachsenden Golfstaaten oder nach Europa mittlerweile erschwerten Bedingungen. In den vergangenen Jahrzehnten stellte die Migration nach Europa, insbesondere aus den Maghrebstaaten nach Frankreich, eine beliebte Option dar. Inzwischen wurde die Einwanderung in allen europäischen Staaten gesetzlich reguliert und deutlich eingeschränkt. Aber auch die Golfstaaten, wie unter anderem Kuwait, Saudi-Arabien und die VAE, haben sogenannte Nationalisierungsprogramme eingeführt. Diese schreiben allen Unternehmen eine Beschäftigungsquote für Einheimische vor und verengen damit ausländischen Arbeitskräften den Zugang zum Arbeitsmarkt. Das 2011 eingeführte *Nataqet*-System in Saudi-Arabien legt für 300 000 ortsansässige Unternehmen in Abhängigkeit von ihrer Größe und ihrem Industriezweig fest, wie hoch der Anteil an einheimischen Arbeitskräften mindestens ausfallen sollte.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit wirkt sich darüber hinaus auch auf andere Gesellschaftsbereiche aus. Junge Menschen ohne Arbeit bleiben wirtschaftlich von ihren Eltern oder Familiennetzwerken abhängig, häufig leben die jungen Erwachsenen noch Zuhause. Mangelndes finanzielles Auskommen erschwert zudem Heirat und Familiengründung. Damit ist diesen Jugendlichen der Weg zum Erwachsenwerden in mehrfacher Hinsicht versperrt.

Arbeitsmarktpolitik im Golfkooperationsrat (GCC)

Die klassische Aufgabe eines Arbeitsmarktes ist es, Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften zu organisieren. Doch für die Länder des Golfkooperationsrates (GCC) – neben Saudi-Arabien auch Bahrain, Katar, Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate – erfüllen Arbeitsmärkte auch eine zentrale politische Funktion: Sie dienen dazu, die Einnahmen aus dem Export von Erdöl und Erdgas an die eigenen Staatsbürger zu verteilen. Dies soll dem jeweiligen Herrscherhaus die Loyalität der einheimischen Bevölkerung garantieren. Arbeitsmärkte stützen damit den ungeschriebenen, aber dennoch gültigen Gesellschaftsvertrag in diesen Staaten. Diese politische Funktion der Arbeitsmärkte zeigte sich beispielhaft während des Arabischen Frühlings: Kurz nachdem die Präsidenten in Tunesien und Ägypten Anfang 2011 gestürzt worden waren, begannen alle sechs Golfmonarchien, die Löhne im öffentlichen Sektor zu erhöhen und neue Arbeitsplätze in Aussicht zu stellen.

Seit den 2000er-Jahren sind für die GCC-Staaten drei arbeitsmarktpolitische Problemfelder entstanden:

- Der Arbeitsmarkt teilt sich in einheimische und ausländische Arbeitskräfte einerseits sowie in einen öffentlichen und einen Privatsektor andererseits;
- eine stark wachsende Bevölkerung mit einem hohen Anteil junger Menschen verbindet sich mit einer gesellschaftlichen Erwartungshaltung gegenüber dem Staat;
- das Bürgschaftssystem verhindert den flexiblen Einsatz ausländischer Arbeitsmigranten.

Insgesamt sind laut offiziellen Angaben 90,5 Prozent der im öffentlichen Sektor Beschäftigten in den GCC-Staaten Einheimische, während ihr Anteil im Privatsektor gerade einmal etwa 15 Prozent beträgt. Mit dieser doppelten Teilung (Segmentierung) sind unterschiedliche Lohnniveaus verbunden, die unterschiedliche Anreize an potenzielle Arbeitgeber und -nehmer aussenden. So war beispielsweise in Saudi-Arabien 2012 der monatliche Mindestlohn im öffentlichen Sektor auf circa 600 Euro festgesetzt, und im Fall von Arbeitslosigkeit wurde Staatsbürgern eine monatliche Unterstützung von circa 400 Euro gewährt. Der monatliche Durchschnittslohn im Privatsektor hingegen lag nur bei rund 200 Euro.

Darüber hinaus ist eine Anstellung bei einem Unternehmen des Privatsektors bei vielen Staatsbürgern deutlich weniger angesehen. Eine Beschäftigung beim Staat bietet dagegen neben einem höheren Verdienst eine Arbeitsplatzgarantie, regelmäßige Gehaltserhöhungen, feste Arbeitszeiten und diverse Sozialleistungen. Arbeitgeber des Privatsektors verweisen in diesem Zusammenhang auf eine höhere Arbeitsmoral und Produktivität ausländischer Arbeitskräfte. Auch sind diese – so die Argumentation – kaum durch gesetzliche Regelungen geschützt und können jederzeit entlassen werden, womit gleichzeitig ihre Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erlischt. Deshalb ermöglicht die Beschäftigung ausländischer statt nationaler Arbeitskräfte aus Arbeitgebersicht eine deutlich höhere Flexibilität. Solange große Teile der Arbeitskraftnachfrage durch Ausländer abgedeckt werden können, existieren kaum Anreize, eigene Staatsbürger im Privatsektor einzustellen.

Zudem haben die GCC-Staaten ein jahrzehntelanges, außerordentlich hohes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Daher drängen momentan mehr junge Menschen auf den Arbeitsmarkt, als diesen Beschäftigte verlassen. Trotz des hohen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahrzehnten – das Brutto-

inlandsprodukt (BIP) ist in den Golfstaaten zwischen 2001 und 2010 um rund sechs Prozent jährlich gewachsen –, entstanden dort für diesen Andrang zu wenig neue Arbeitsplätze. Das Resultat ist eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der jungen Menschen von Eltern und Familiennetzwerken verhindert. Heirat und Familiengründung werden durch fehlendes Einkommen erschwert. Daraus kann auch Unzufriedenheit mit den existierenden politischen Rahmenbedingungen erwachsen.

Ein weiteres Problem, das vornehmlich für den Privatsektor relevant ist, bezieht sich auf das Missverhältnis zwischen der Art der Ausbildung und den Qualifikationsanforderungen der Unternehmen. Aufgrund des geringen Ansehens einer Beschäftigung im Privatsektor richten viele Absolventen ihre Ausbildung auf eine spätere Anstellung im öffentlichen Dienst aus und studieren nur selten technische und naturwissenschaftliche Fächer.

Gut ausgebildete Frauen aus den sechs Golfstaaten streben vorzugsweise eine Beschäftigung im Bildungssektor oder auch im staatlichen Gesundheitssystem an. Obwohl die Beschäftigungsquote von Frauen von 1990 bis 2010 von 27 auf 37 Prozent gestiegen ist, sind erwerbsfähige Frauen auf den GCC-Arbeitsmärkten weiterhin unterrepräsentiert. Jedoch gibt es zwischen den sechs Golfstaaten in diesem Punkt deutliche Unterschiede. In Saudi-Arabien lag die Beschäftigungsrate von Frauen 2010 bei nur 17 Prozent, in Katar hingegen bei 52 Prozent.

Eine wichtige Erklärung für die allgemeine Zunahme der Beschäftigung von Frauen ist der bessere Zugang zum Bildungssystem für Mädchen und die inzwischen allgemein abnehmende Geburtenrate. Weiterhin verhindern aber nach wie vor sozial und religiös begründete Einschränkungen den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt. Da es Frauen in Saudi-Arabien verboten ist, ein Auto zu fahren, bleiben sie in der Mobilität, die für viele Arbeitsplätze nötig ist, stark eingeschränkt.

Die weltweit einmalige Dominanz ausländischer Arbeitskräfte auf den GCC-Arbeitsmärkten kann nur in Verbindung mit dem Bürgschaftssystem (*kafala*) verstanden werden. Dieser Rechtsstatus geht auf die Prinzipien der Gastfreundschaft der Beduinen zurück. Dabei ist der Gastgeber für die Sicherheit und den Schutz seiner Gäste verantwortlich.

Hieraus hat sich im Lauf der letzten Jahrzehnte ein rechtsverbindliches Prinzip entwickelt, nach dem eine ausländische Arbeitskraft nur mithilfe eines Bürgen, der sich um die Einreise- und Aufenthaltsformalitäten kümmert, eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis erhalten kann. Dieses System schränkt die Mobilität der ausländischen Arbeitskraft stark ein.

Gängige Praxis ist, dass der Bürge dem Arbeitsmigranten sämtliche (Einreise-)Dokumente abnimmt. So entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis zuungunsten des Arbeitnehmers, das sich unter anderem in extrem niedrigen Löhnen oder gänzlicher Entlohnungsverweigerung, deutlich längeren Arbeitszeiten, aber auch physischem und sexuellem Missbrauch auswirken kann. Durch die Anbindung an einen Bürgen und die Fixierung auf eine vorab definierte Arbeitsstelle werden eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und damit auch der Anstieg der Löhne im Privatsektor verhindert.

Viola Lucas und Thomas Richter

Vgl. für eine ausführlichere Darstellung: GIGA Focus Nahost, 12/2012

Urbanisierung

Mit seiner mindestens 5000 Jahre alten Stadtgeschichte finden sich im Nahen Osten die ältesten Stadtkulturen der Welt. In allen arabischen Staaten leben heute mehr Menschen in den Städten als in ländlichen Gebieten. In den ölreichen Golfstaaten Bahrain, Katar und Kuwait wohnt – bedingt durch die kleine Staatsfläche, die klimatische Lage und die wirtschaftliche Ausrichtung – nahezu jeder Einwohner in der Stadt. Jemen bildet das Gegenbeispiel mit der ländlichsten und zugleich ärmsten Bevölkerung der arabischen Welt. In der Gesamtregion hat sich die städtische Einwohnerschaft nach Angaben der Weltbank innerhalb der vergangenen 50 Jahre versechsfacht; zurzeit leben knapp zwei Drittel der Bevölkerungen (64 Prozent) in Städten.

Die sozioökonomische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte begünstigt die zunehmende Urbanisierung und das rasante Wachstum der Städte. Die Landflucht, der Zuzug aus ländlichen Gebieten, sorgt für einen verstärkten Zufluss von jungen Menschen in die Städte. Insbesondere junge Akademiker versprechen sich dort eine bessere Anstellung als auf dem Land. Da sich in der Landwirtschaft nur geringe Einkommen

verdienen lassen, verstärkte dies den Abwanderungstrend. In den 1970er- und 1980er-Jahren sorgte die Arbeitsmigration aus ärmeren arabischen Staaten wie Jemen, Ägypten und Jordanien in die Golfstaaten für einen weiteren Urbanisierungsschub. Die Zahl der Großstädte mit über einer Million Einwohnern stieg rapide an, und es bildeten sich Megastädte mit mehreren Millionen Einwohnern: Kairo verfügte 2014 über 7 Millionen, Teheran über 8 Millionen, Riad über 4 Millionen und der Großraum Istanbul über 14 Millionen Einwohner.

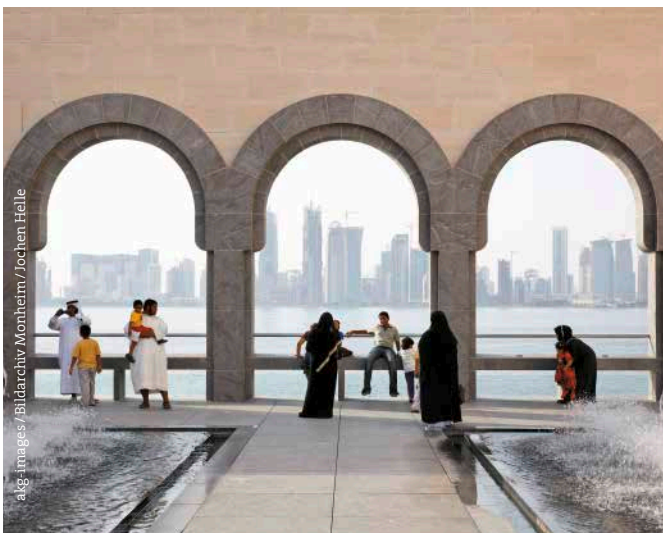
Die Entstehung von Slums und Trabantstädten ist eine weitere Folge dieses Wachstums. Viele Städte sind dem steigenden Bedarf an öffentlicher Infrastruktur inklusive Wohnungsbau, Straßen, Trinkwasserversorgung und Müllentsorgung nicht gewachsen. Doch längst nicht alle Zugezogenen finden in den Großstädten eine Anstellung. Zum einen ist die Nachfrage nach Arbeitskräften auch hier begrenzt, zum anderen können viele nicht die benötigten Qualifikationen vorweisen. Arbeitslosigkeit, kurzzeitige Anstellungen im informellen Sektor, das heißt in Arbeitsverhältnissen ohne staatliche Registrierung, und Armut sind die Konsequenzen.

Wasserversorgung und Umweltpolitik

Bedingt durch den Mangel daran, genießt das Thema Wasser im Nahen Osten besondere politische Priorität. Der UN-Definition von Wasserarmut folgend liegen 15 der 22 Nahost-Staaten unterhalb der Wasserarmutsgrenze von 1000 Kubikmeter erneuerbarem Trinkwasser pro Kopf und Jahr. Geschuldet ist dies dem vorwiegend trockenen Klima und geringen Frischwasservorkommen. Unterirdische Quellen und Wasserreservoir, aus denen Frischwasser gewonnen wird, können den durch Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung gestiegenen Bedarf nicht decken. Die über Jahrmillionen hinweg entstandenen unterirdischen Reservoirs füllen sich meist nur langsam wieder auf.

In den Golfstaaten Saudi-Arabien, Bahrain und Oman wird Trinkwasser deshalb auch durch die Entsalzung von Meerwasser erzeugt, die jedoch mit hohem technischem Aufwand und beträchtlichen Kosten verbunden ist. Verschärft wurde die Wasserknappheit am Golf durch den Ausbau der Landwirtschaft und den rasanten Bevölkerungsanstieg. Seit den 1970er-Jahren wurden Brachflächen urbar gemacht und umfangreich bewässert, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten oder diese zu exportieren, wie beispielsweise Weizen im Falle Saudi-Arabiens. Durch ihre hohen Einnahmen aus Öl- und Gasexporten konnten sich die Golfstaaten dieses kosten- und energieintensive Unterfangen leisten. Seit den 2000er-Jahren setzt aufgrund der zunehmend geringer werdenden Wasserressourcen jedoch ein politisches Umdenken ein und der wenig nachhaltige Ausbau der Landwirtschaft in Wüstengebieten wird schrittweise wieder zurückgenommen.

Die Wasserknappheit sorgt bereits für politische Konflikte zwischen Flussanrainerstaaten um die Entnahme von Flusswasser. Die größeren Flüsse Nil, Jordan, Euphrat und Tigris durchfließen mehrere Staaten, in denen jeweils Wasser für die Bewässerung der Felder entnommen wird. Die Euphrat-Anrainer Irak und Syrien befürchteten, dass die Türkei, der Staat am Oberlauf, dem Fluss zu viel Wasser entnehmen könnte und ihnen zu wenig davon zur Verfügung bliebe. Um einer solchen Situation zu begegnen, hat die Türkei mit Syrien und Irak Absprachen getroffen.



In den Golfstaaten wohnt bedingt durch Klima und wirtschaftliche Ausrichtung nahezu jeder Einwohner in der Stadt. Blick auf die Skyline von Doha, Katar



Die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte trägt zum Entstehen von Slums bei. Eine Ansiedlung nahe Gizeh, südlich von Kairo 2016

Ein weiterer Streitpunkt ist das Wasser des Jordans. Dieser fließt entlang der Grenze von Jordanien und Israel beziehungsweise des Westjordanlandes. Die Frage der Wasserentnahme hat in diesem Fall auch eine politische Dimension: Die drei Quellen des Jordans entspringen im Libanon (Hasbani), in Nordisrael (Dan) und in den nördlichen Golan-Höhen (Banjas), die im Zuge des Sechstagekrieges 1967 von Israel besetzt wurden. Während zwischen Israel und Jordanien seit 1994 ein Abkommen über das Jordanwasser besteht, wird von palästinensischer Seite, aber auch von internationalen Akteuren wie der EU Israels Wasserpolitik kritisiert. Der Vorwurf lautet, dass die Israelis in den Siedlungen ein Vielfaches mehr an Wasser zur Verfügung gestellt bekommen als die palästinensische Bevölkerung. Das Grundwasser im Westjordanland wird durch Israel kontrolliert: Die Palästinenser dürfen nur mit Genehmigung neue Brunnen bohren, und die Wasserentnahme aus bestehenden Brunnen ist durch Quoten geregelt.

Mit der Wasserknappheit im Nahen Osten stehen weitere Umweltprobleme in Verbindung. Seit Jahren schreitet in der Region eine Ausbreitung der Wüstengebiete – die Desertifikation – voran. Damit einhergehend nehmen die fruchtbaren Böden und die Artenvielfalt ab. Verursacht wird dies durch



Wegweisend für den Umweltschutz könnte Masdar-City sein, eine Ökostadt für 50 000 Einwohner in Abu Dhabi. Der Generaldirektor der Abu Dhabi Future Energy Company (li.) und der Präsident der VAE weihen 2013 ein Solarkraftwerk ein.

Wie lassen sich die Wasserprobleme lösen?

Nirgendwo ist Süßwasser knapper als in der arabischen Welt. In der Region sind die meisten der in puncto Wasservorkommen ärmsten Staaten oder Territorien der Welt angesiedelt. Dieser Wassermangel – verschärft durch explosionsartiges Bevölkerungswachstum, die Übernutzung und Zerstörung natürlicher Ökosysteme und Unzufriedenheit in der Bevölkerung – überschattet die Zukunft dieser Länder. [...]

Kaum jemand scheint zu erkennen, wie sehr Wasserknappheit zu diesem Kreislauf der Gewalt beiträgt. Ein entscheidender Auslöser des „arabischen Frühlings“ – steigende Lebensmittelpreise – stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der sich verschärfenden Wasserkrise in der Region. Zudem verstärkt die Wasserfrage Spannungen zwischen den Ländern. So liefern sich etwa Saudi-Arabien und Jordanien einen stillen Wettlauf um die Wasserentnahme aus dem Disi-Aquifer, einem unterirdischen Wasserreservoir in ihrem gemeinsamen Grenzgebiet. [...]

Es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Als Erstes müssen Länder aus der Produktion wasserintensiver Feldfrüchte aussteigen. Getreide, Ölsaaten und Rindfleisch sollten aus wasserreichen Ländern importiert werden, wo sie effizienter und nachhaltiger produziert werden können.

Bei Feldfrüchten, die weiterhin in arabischen Ländern angebaut werden, kann die Einführung fortschrittlicherer Technologien und bewährter Verfahren aus aller Welt dazu beitragen, den Wasserverbrauch zu reduzieren. Membran- und Destillationstechnologien können eingesetzt werden, um qualitativ schlechteres oder verunreinigtes Wasser zu reinigen, Abwasser aufzubereiten und Brack- oder Meerwasser zu entsalzen. Durch hocheffiziente Tröpfchenbewässerung kann die Obst- und Gemüseproduktion der Region gesteigert werden, ohne dass übermäßig viel Wasser verbraucht wird.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre der Ausbau und die Verbesserung der Wasserinfrastruktur, um jahreszeitlich bedingte Schwankungen der Wasserverfügbarkeit auszugleichen, die

Verteilung effizienter zu gestalten und Regenwasser aufzufangen und auf diese Weise eine zusätzliche Versorgungsquelle zu erschließen. Jordanien baut in Zusammenarbeit mit Israel und mit Unterstützung der Europäischen Union eine Pipeline vom Roten Meer zum Toten Meer. Dabei soll Wasser aus dem Roten Meer entsalzt werden, um Jordanien, Israel und die palästinensischen Gebiete mit Trinkwasser zu versorgen und die übrig bleibende Sole anschließend ins Tote Meer zu leiten.

Verbessertes Wassermanagement ist ebenso ausschlaggebend. Eine Möglichkeit, das zu erreichen, sind angemessene Preise für Wasser, die einen Anreiz schaffen würden, Verschwendung zu vermeiden und Vorkommen zu schonen. Subventionen müssen zwar nicht vollständig abgeschafft werden, sollten aber auf Kleinbauern oder andere Arbeiter mit hohem Subventionsbedarf abzielen und so umgestaltet werden, dass sie ebenfalls Anreize zum schonenden und effizienten Wasserverbrauch liefern.

Um den Zyklus der Gewalt und Unsicherheit zu durchbrechen, werden sich am Ende alle Länder stärker für die Verbesserung des Wassermanagements und den Schutz der Ökosysteme einsetzen müssen. Anderenfalls wird ihre Wassernot nur noch schlimmer – und die damit einhergehenden inneren Unruhen.

Brahma Chellaney, Arabien ohne Wasser, in: Die Welt vom 2. August 2016, S. 2

Brahma Chellaney ist Professor für Strategische Studien am Zentrum für Politikforschung in Neu-Delhi und Fellow an der Robert Bosch Academy in Berlin. Aus dem Englischen übersetzt von Sandra Pontow. Copyright: Project Syndicate/Mohammed Bin Rashid Global Initiatives, 2016.

Was kommt nach dem Erdöl?

[...] Das Zeitalter fossiler Brennstoffe wird irgendwann enden; Ölquellen in der Wüste werden versiegen. Die Ölnachfrage steigt weiter, doch die Bedeutung von Erdöl im weltweiten Energiemix geht seit Jahren zurück. [...] Für die arabischen Ölstaaten geht es darum, andere Wohlstandsquellen zu erschließen.

In Saudi-Arabien nimmt dieser Umbau jetzt Gestalt an. [...] Das Königshaus baut die Zivilgesellschaft um, es reformiert das Steuer- und Subventionssystem, es setzt Ministerien neu zusammen und verteilt Kompetenzen neu. Das bisherige Ministerium für Erdöl und mineralische Rohstoffe heißt künftig „Ministerium für Energie, Industrie und mineralischen Wohlstand“. Das hat mehr als nur symbolischen Charakter. Die industrielle Entwicklung, so hofft man in Riad, soll die Abhängigkeit von der Ölindustrie und zugleich die Arbeitslosigkeit reduzieren.

Im Mai stellte [d]er 30-jährige Vize-Kronprinz Mohammed Bin Salman die „Saudi Vision 2030“ vor, einen [...] Strategieplan zur Diversifikation der Wirtschaft. Dazu gehört die Entwicklung von Sektoren außerhalb der Ölförderung: Bergbau, Industrieproduktion, Handel, Tourismus und Gesundheitswirtschaft sollen gestärkt werden. Bis 2020 sollen 450 000 neue Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft entstehen. Kleine und mittlere Unternehmen, die in vielen westlichen Ländern einen Großteil zur Wirtschaftsleistung beitragen, sollen gezielt gefördert werden. In Saudi-Arabien unterhält der Staat die Wirtschaft, der Mittelstand trägt nur 20 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. [...]

Vor einigen Jahren hatte das Land angekündigt, bis 2030 umgerechnet 110 Milliarden Dollar in einen Solar-Kraftwerkspark mit einer Leistung von 41 Gigawatt zu investieren – das Äquivalent zu 41 mittelgroßen Atomkraftwerken. Bis 2030, so die damaligen Pläne, sollte die Hälfte des Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen stammen. Derzeit hat Erdöl noch einen Anteil von ca. 50 Prozent. Jetzt hat die Regierung ihren Plan überarbeitet: Man setzt stärker auf Erdgas als Stromquelle, die Sonne soll bis 2030 nur noch 10 Prozent zum Energiemix beitragen. [...] Die

Erdgasproduktion solle sich mittelfristig verdoppeln. Auf diese Weise könnte Saudi-Arabien mehr Erdöl exportieren, wenn es weniger im eigenen Land verbraucht. Bin Salman sagte in einem Interview mit dem Fernsehsender Al-Arabiya gar, die Strategie werde es dem Land ermöglichen, schon 2020 „ohne Öl zu leben“. Das ist zwar unwahrscheinlich, zeigt aber den Anspruch.

Mit derart ambitionierten Plänen ist Saudi-Arabien nicht allein. In welche Richtung die Ölexportureure der Region langfristig steuern, lässt sich an den Ausbauzielen für erneuerbare Energien ablesen. Katar will bis 2020 eine Kapazität von 1,8 Gigawatt Solarkraft installieren; bis 2030 sollen Erneuerbare 30 Prozent des Bedarfs decken. Der Staatsfonds von Abu Dhabi investiert etwa 15 Milliarden Dollar in Solarstrom. Kuwait peilt bis 2030 einen Anteil von 15 Prozent Erneuerbaren in seinem Strom-Mix an. Kleine Auszüge aus einer langen Liste, die eine ganze Weltregion verändern wird.

[...] Katar hat [...] vor acht Jahren zum ersten Mal eine Zukunftsstrategie veröffentlicht: „Katar Vision 2030“. Teil davon ist die so genannte Katarisierung: Bis 2030 sollen Katarer die Hälfte aller Beschäftigten im Industrie- und Energiesektor ausmachen. Immer mehr im Ausland geschulte Katarer besetzen einflussreiche Positionen im Staatssektor und in der Privatwirtschaft. Sie werden gezielt bevorzugt. Die Infrastruktur wird weiter ausgebaut. Die Öldollars fließen über den katarischen Staatsfonds in die Welt, in Immobilien oder in Konzerne wie VW. Wenn das Öl schwindet, bleiben immer noch die drittgrößten Gasreserven der Erde und der lukrative Düngemittelexport. Inzwischen ist Katar gemessen am Pro-Kopf-Einkommen (140 000 Dollar pro Jahr) das reichste Land der Erde. [...]

Die anderen Staaten des Golf-Kooperationsrats stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Für die Welt wird viel davon abhängen, ob die Energie- und Gesellschaftswende in der Region gelingt. [...]

Jan Willmroth, „Vergänglicher Reichtum“, in: IP Internationale Politik Juli/August 2016, S. 105 ff.

veränderte klimatische Bedingungen, eine intensivere landwirtschaftliche Nutzung der Böden, Bevölkerungswachstum und einen höheren Wasserverbrauch pro Kopf. Gerade die Landbevölkerung leidet unter den Folgen, da ihr die Lebensgrundlage entzogen wird und sie folglich unter erschwerten Bedingungen leben muss. Vermehrte Landflucht in die Städte ist die Folge.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser, die hohe Luftverschmutzung, die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs sowie Fragen der Abfallentsorgung stellen besonders in den Millionenstädten große Probleme dar. Erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie finden trotz bester klimatischer Bedingungen bisher wenig Verwendung, da viele Staaten zur Stromerzeugung auf ihre umfangreichen Öl- und/oder Gasvorkommen zurückgreifen. Zukunftsweisend könnte in diesem Zusammenhang Masdar City, ein städtebauliches Projekt in den Vereinigten Arabischen Emiraten, sein. Ziel des Vorhabens ist es, eine komplett emissionsfreie Stadt für 50 000 Einwohner zu erbauen, in der neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien auf energiesparende Gebäude und auf ein intelligentes öffentliches Nahverkehrssystem gesetzt wird. Doch lassen sich diese Konzepte nur bedingt auf bereits existierende Städte übertragen.

Die Rolle der Frau

Die Rolle der Frau in den arabischen Gesellschaften wird im Zusammenhang mit der sozioökonomischen Entwicklung viel diskutiert. Ein Vergleich der Kennzahlen zu Bildung, Arbeit, politischer Teilhabe und individuellen Rechten hilft, die je nach Land unterschiedliche Situation der Frauen in der Nahostregion zu verdeutlichen.

Als Indikator für das Bildungsniveau dient die Einschulungsrate in die Grundschule, die, nach Geschlechtern aufgeschlüsselt, eine unterschiedliche Verteilung aufzeigt. Auch wenn die Einschulungsraten der Mädchen stark angestiegen sind und sich denen der Jungen immer mehr angleichen, treten doch intraregionale Abweichungen auf. Während in Iran und in Tunesien die Einschulungsraten für Mädchen und Jungen 2014 laut Weltbank gleichauf lagen, wurden in Algerien und im Libanon etwa zehn Prozent weniger Mädchen als Jungen eingeschult, und im Jemen ist der Abstand am größten: Dort werden fast 20 Prozent weniger Mädchen als Jungen eingeschult. Insgesamt besuchten 2014 über 67 Prozent der jemenitischen Kinder im Einschulungsalter keine Grundschule, dies betrifft 1,23 Millionen Mädchen und 1,12 Millionen Jungen.

Zwar ist die Erwerbsquote der Frauen in der Region in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt angestiegen, doch offenbaren die Angaben von 22 Prozent bei Frauen im Vergleich zu 75 Prozent bei Männern, die die Weltbank für 2014 ermittelte, die geschlechtsspezifische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Neben einer niedrigen Beschäftigungsquote sind die Frauen auch von höherer Arbeitslosigkeit betroffen. Die Mehrzahl der Frauen ist im öffentlichen Sektor und dort vorwiegend im sozialen Bereich beschäftigt. Betrachtet man die Arbeitsverhältnisse genauer, zeigt sich, dass in den Golfstaaten nur eine kleine Gruppe hochqualifizierter Frauen eine Anstellung, meist im Privatsektor, gefunden hat. In den Maghrebstaaten Marokko und Tunesien geht die Mehrzahl der Frauen einer schlecht bezahlten Beschäftigung in der exportorientierten Textil- und Elektroindustrie nach.

Auch im politischen Raum sind Frauen im Nahen Osten weniger vertreten. 2015 waren dort bei einem weltweiten Durchschnitt von etwa 22 Prozent nur 13 Prozent aller Parlamentarier Frauen. In Katar und im Jemen gab es überhaupt keine weiblichen Abgeordneten und im Oman nur eine. Im 2014 gewählten Parlament Tunesiens sind unter den 217 Abgeordneten 68 Frauen. Mit einer Quote von 31 Prozent weist Tunesien neben Algerien somit die höchste Anzahl an weiblichen Parlamentariern auf.

Gesetzesreformen und Maßnahmen, um die Rechte von Frauen innerhalb der Familien zu stärken, stellen im gesamten Nahen Osten einen großen Streitpunkt dar. Dort herrscht traditionell das Prinzip des Patriarchats, das Männer und ältere Menschen gegenüber Frauen und jüngeren Menschen eine bevorzugte Stellung einräumt. Junge Frauen übersiedeln nach ihrer Heirat in die Familie ihres Mannes, die ihr Schwiegervater führt. Von ihnen wird erwartet, dass sie sich allen männlichen Familienmitgliedern unterordnen und auch den Anweisungen älterer weiblicher Familienmitglieder Folge leisten.

Allerdings wird dieses hierarchische Familienmodell von den jungen Leuten zunehmend in Frage gestellt zugunsten liberalerer, auf mehr Gleichheit bedachter Lebensformen. Am Familienrecht lassen sich zudem Unterschiede zwischen den verschiedenen Nahoststaaten aufzeigen. Im vorherrschenden Familienrecht ist es Frauen nicht erlaubt, eigene Entscheidungen zu Fragen wie Eheschließung, Scheidung oder Aufnahme einer Beschäftigung zu treffen. Hierzu bedarf es der Zustimmung eines männlichen Verwandten.

Historisch betrachtet, leitet sich dieses Familienrecht aus dem islamischen Recht (*Scharia*) ab. In welchem Umfang und in welcher Form die Scharia in den Gesetzen eines Landes Anwendung findet, hängt jedoch von dessen jeweiligen sozialen Normen sowie kulturellen, politischen und ökonomischen Bedingungen ab. So bestand lange Zeit eine Schleierpflicht in Iran und ein Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen der Türkei, die seit der Staatsgründung durch Kemal Atatürk im Jahr 1923 säkular ausgerichtet war. Ende 2013 wurde das Kopftuchverbot vom türkischen Präsident Recep Tayyip Erdogan im Zuge einer generell religiöseren Ausrichtung der Türkei aufgehoben. Das liberal geprägte Tunesien garantiert bereits seit 1956 gleiche Rechte für Frauen und Männer bei Bildung, Wahlrecht und auf dem Arbeitsmarkt. Im konservativ ausgerichteten Saudi-Arabien herrscht hingegen Geschlechtertrennung im öffentlichen Leben, und die Vormundschaft liegt beim Ehemann bzw. bei männlichen Verwandten, wenngleich der 2015 verstorbene König Abdullah in den vergangenen Jahren erste zaghafte Veränderungen einleitete. Im Dezember 2015 wurden Frauen erstmalig als Kandidatinnen und Wählerinnen bei den Kommunalwahlen zugelassen. Knapp 1000

weibliche und 6000 männliche Bewerber kandidierten für über 1000 Sitze, nur 17 Frauen wurden gewählt. Die Öffnung der Wahlen für Frauen kann somit als symbolischer Schritt angesehen werden. Des Weiteren führte König Abdullah ein staatliches Stipendienprogramm ein, das auch Frauen ein Hochschulstudium im Ausland ermöglicht. Auf der anderen Seite ist es Frauen in Saudi-Arabien nach wie vor verboten, ein Auto zu steuern.

Betrachtet man die Region insgesamt, zeigen sich einige positive, wenn auch zaghafte Entwicklungsansätze. Fünf Jahre nach dem Arabischen Frühling sind die erhofften großen Veränderungen jedoch nicht eingetreten und innerhalb der Bevölkerung greift zunehmend Ernüchterung um sich. Es bleibt zu hoffen, dass einige der in den letzten Jahren eingeleiteten kleinen Reformen eine nachhaltige Wirkung in der Region entfalten werden. In jedem Fall deuten rückläufige Geburtenraten, ein späteres Heiratsalter und der Anstieg des Bildungsniveaus von Mädchen auf eine graduelle Veränderung der Familien- und Geschlechterverhältnisse hin. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass beide Geschlechter vor Herausforderungen stehen. Die hohe Arbeitslosigkeit bedingt, dass sowohl Männer als auch Frauen Schwierigkeiten haben, ihre Lebensentwürfe zu realisieren.



Die Situation der Frauen in den Ländern des Nahen Ostens ist sehr unterschiedlich: In Tunis wird Ines Boubakri (Mi.li.), die als erste Afrikanerin 2016 eine olympische Bronzemedaille im Fechten gewonnen hat, von Fans empfangen.



In Dschiddah, Saudi-Arabien, mahnt ein Plakat Frauen, das Wahlbüro nur verschleiert zu betreten. 2015 durften sie erstmals bei Kommunalwahlen kandidieren und ihre Stimme abgeben.

ANDRÉ BANK

Regionales System und Machtbalance

Das regionalpolitische System des Nahen Ostens hat seit 1945 mehrere grundlegende Transformationen erfahren. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Arabischen Frühling lassen sich vier Phasen unterscheiden. Heute ist die regionale Ordnung durch eine komplexe Multipolarität gekennzeichnet.

Der Arabische Kalte Krieg 1945 bis 1967

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 wandelte sich die internationale Politik. Anstelle der Multipolarität, also der Konkurrenz einer Vielzahl von Großmächten, trat die Bipolarität der beiden neuen Supermächte USA und Sowjetunion. Die vormaligen Großmächte Großbritannien und Frankreich verloren an Einfluss. Das bedeutete leicht zeitversetzt auch das Ende des „britischen“ und „französischen Moments“ in der nahöstlichen Regionalpolitik (siehe S. 20 ff.).

In dieser Übergangsperiode veränderte insbesondere der israelisch-arabische Krieg von 1948/49, der als Reaktion auf die Staatsgründung Israels im Mai 1948 begonnen hatte, das regionale System des Nahen Ostens. Die arabische Niederlage im Ersten Nahostkrieg stärkte den neuen jüdischen Staat und bedeutete gleichzeitig eine „Katastrophe“ (arab.: *nakba*) für die palästinensische Bevölkerung. Die Palästinenser hatten auf einen eigenen Staat gehofft, und mussten nun Besatzung und Vertreibung erdulden. Als Folge des Krieges erweiterte sich das 1946 unabhängig gewordene Transjordanien, unterstützt durch die noch britisch kontrollierte, jordanische Armee, die sogenannte Arabische Legion, um das Westjordanland und Ostjerusalem und wurde so zum neuen, bevölkerungsmäßig fast doppelt so großen Haschemitischen Königreich Jordanien. Die Niederlage der ägyptischen Armee 1948 schwächte die bereits angeschlagene ägyptische Monarchie und ebnete den Weg für die Machtübernahme der „Freien Offiziere“ 1952.

Gamal Abdel Nasser, der 1954 neuer Präsident Ägyptens wurde, gab der nahöstlichen Regionalpolitik neue Impulse: Der Antikolonialismus und der Panarabismus, also die politische



Motorisierte israelische Einheiten während des Sechstagekrieges (Dritter Nahostkrieg) 1967: Bis heute beeinflusst der Ausgang dieser militärischen Auseinandersetzung die geopolitischen Machtverhältnisse in der Region.

Einheit der arabischen Nation unter ägyptischer Führung Nassers, rückten ins Zentrum seiner Außenpolitik. Der politische Erfolg in der Suezkrise 1956 (Zweiter Nahostkrieg), als er sich mit der Nationalisierung des Suezkanals politisch gegen Großbritannien, Frankreich und Israel durchsetzte, machte Ägypten zur führenden arabischen Macht im Nahen Osten. Mit dem ägyptischen Radiosender „Stimme der Araber“ (arab.: *Saut al-Arab*), dem zentralen Sprachrohr der Regierung in Kairo, gelang es, die arabischen Bevölkerungen des gesamten Nahen Ostens zu mobilisieren. Mehr noch als die militärische *hard power* ermöglichte die *soft power* ideologischer Überzeugung Ägypten in dieser Phase den Aufstieg zur Regionalmacht.

Die konservativen Regierungen in Saudi-Arabien, Jordanien, im Libanon und im Irak wollten sich Ägyptens Führungsanspruch jedoch nicht unterwerfen. Es bildete sich die regionale Machtkonstellation des „Arabischen Kalten Krieges“ heraus.

Dieser glich in seiner Zwei-Lager-Bildung zwar äußerlich der Konstellation der Ost-West-Konfrontation. Doch in der arabischen Variante der 1950er- und 1960er-Jahre ging es weniger um die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus als vielmehr um die Fragen, worin genau die „arabischen Interessen“ bestanden und wer sie in der Region repräsentieren sollte.

In den konservativ regierten Staaten entstanden um diese Fragen massive innenpolitische Kontroversen, denn die städtischen, gebildeten Schichten sowie weite Teile der politisierten Armeen hegten große Sympathien für panarabische Vorstellungen und die Führungsfigur Nasser. Im Irak trug dies zum gewaltsamen Ende der Monarchie und zur Ausrufung der Republik im Juli 1958 bei. In Jordanien 1957 und im Libanon 1958 wurden ähnliche Umsturzversuche nur durch die militärische Unterstützung der USA verhindert. Washingtons Nahostpolitik war in dieser Zeit geleitet durch die im Januar 1957 erlassene Eisenhower-Doktrin, die allen von der Sowjetunion „bedrohten“ Regierungen (Ägypten, Syrien, Irak, Jordanien 1956/57 und Libanon bis 1958), jegliche Form des Beistands zusicherte, auch den Einsatz von Atomwaffen.

Trotz der zahlreichen Konflikte im Nahen Osten eskalierte in den 1950er- und 1960er-Jahren lediglich die Situation im Jemen. Dort standen sich 1962 bis 1967 in einem innerarabischen Krieg ägyptische und saudi-arabische Truppen als externe Bündnispartner lokaler Akteure gegenüber. Im Sechstagekrieg vom Juni 1967 (Dritter Nahostkrieg) erreichte der von Nasser geprägte Panarabismus dann allerdings seinen Höhe- und Wendepunkt: Ab Mitte der 1960er-Jahre hatten sich Ägypten und die seit 1963 in Syrien herrschende Ba'th-Partei (arab.; dt.: Wiedergeburt, Erweckung), die eine gegenüber Nasser radikalere Form des arabischen Nationalismus vertrat, einen ideologischen „Überbietungswettbewerb“ in Drohungen gegen Israel geliefert. Israel reagierte auf diese Drohungen mit einem Überraschungsangriff: Binnen kürzester Zeit eroberte es die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, das Westjordanland und Ostjerusalem von Jordanien und die Golanhöhen von Syrien.

Vom Sechstagekrieg bis zum Ende des Kalten Krieges 1989/90

Der Sechstagekrieg 1967 war ein Debakel für die arabischen Regierungen, da sie sich Israel wiederum militärisch geschlagen geben mussten. Noch schwerer als 1948 wog im Bewusstsein vieler Araber jedoch, dass die nationalistischen Hoffnungsträger versagt hatten und Israel dadurch große arabische Gebiete er-



Eine selbstgebastelte weiße Fahne als Zeichen der Kapitulation – ägyptische Soldaten werden nach dem Ende der Kämpfe von der israelischen Armee durchsucht.



Die Niederlage im Sechstagekrieg beschädigt das Ansehen des ägyptischen Präsidenten Nasser und fördert den Aufstieg des Führers der Palästinensischen Freiheitsbewegung (PLO), Jassir Arafat. Treffen der beiden in Kairo 1969

obern konnte, die es mit Ausnahme des Sinai, des Gazastreifens sowie Teilen des Golan bis in die Gegenwart besetzt hält. Regionalpolitisch bedeutete der Krieg von 1967 den Aufstieg Israels zur überlegenen Militärmacht des Nahen Ostens – ein Status, der mit massiver militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung der USA und später auch der EU bis in die Gegenwart besteht.

Der Panarabismus unter Nasser erlitt durch die Niederlage von 1967 einen deutlichen Ansehensverlust, und auch König Hussein von Jordanien sowie die Ba'th-Regierung in Syrien gerieten innenpolitisch unter Druck. An ihrer Stelle entwickelte sich die 1964 gegründete, ab 1969 von Jassir Arafat geführte Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO) zur einflussreichsten Vertreterin des palästinensischen Nationalismus. Sie rief zum Kampf gegen Israel auf und wandte sich auch gegen die konservative Regierung in Jordanien, die sie vor allem für den Verlust Ostjerusalems und des Westjordanlands an Israel verantwortlich machte.

In Jordanien eskalierte der Konflikt im „Schwarzen September“ 1970 in einem Bürgerkrieg, nachdem PLO-Kämpfer Teile des Landes besetzt und die Monarchie politisch und militärisch herausgefordert hatten. König Hussein konnte sich letztlich durchsetzen, weil die neue syrische Ba'th-Regierung unter Präsident Hafiz al-Assad (seit September 1970) nicht auf Seiten der PLO eingriff und die Konfliktvermittlung Nassers misslang. Dieser starb überraschend Ende September 1970. Ihm folgte noch im selben Jahr Mohammed Anwar al-Sadat ins ägyptische Präsidentenamt nach, der bis 1981 regierte.



Ein Positionswechsel Ägyptens ermöglicht 1978/79 Friedensverhandlungen zwischen Israel (Menachem Begin, li.) und Ägypten (Anwar al-Sadat, re.) in Camp David, ein Erfolg auch für US-Präsident Jimmy Carter (M.).

Im Oktober 1973 wurde Israel erneut von Ägypten und Syrien angegriffen. Der Zeitpunkt dieses Angriffs trug dem nun folgenden Vierten Nahostkrieg in Israel den Namen Jom-Kippur-Krieg (Jom Kippur=Versöhnungstag, höchster jüdischer Feiertag) ein, während er auf arabischer Seite als Ramadan-Krieg (Ramadan=islamischer Fastenmonat) bekannt ist. Dieser Krieg führte zwar militärisch nicht zum Rückgewinn aller besetzten Gebiete, brachte aber den neuen Präsidenten al-Assad in Syrien und al-Sadat in Ägypten sowie dem ägyptischen Luftwaffengeneral und späteren Präsidenten Mohammed Hosni Mubarak (reg. 1981–2011) einen regionalpolitischen Legitimitätsgewinn.

Fast zeitgleich begann sich das regionale Schwergewicht von Ägypten nach Osten zu verschieben: Die Erdölpreisrevolution von 1973/74 verzehnfachte die Weltmarktpreise und spülte binnen kürzester Zeit immense Einnahmen in die Staatskassen der Erdöl produzierenden Länder, vor allem am Persischen Golf. Infolgedessen stieg Saudi-Arabien, das erdölreichste Land der Region, in den 1970er-Jahren zur neuen Wirtschaftsmacht des Nahen Ostens auf. Aber auch die Staaten ohne Erdölvorkommen profitierten von den Erdöleinnahmen. Sie entsandten Arbeitskräfte an den Golf und erhielten von dort finanzielle Unterstützung. Dieses regionale Verteilungssystem der Erdölgelder – „Petroliumismus“ genannt – stabilisierte die Anfang der 1970er-Jahre autoritär herrschenden Regierungen im Nahen Osten und bewirkte eine grenzüberschreitende Mobilisierung der arabischen Gesellschaften, wie sie bis zum Arabischen Frühling nicht mehr stattfand.

Regionalpolitische Sogwirkung entfaltete noch der grundlegende Positionswechsel Ägyptens unter Sadat: Nach dem Prestigegewinn von 1973 näherte sich Ägypten den USA unter Jimmy Carter (reg. 1977–1981) an und unterzeichnete 1978/79 in Camp David einen bilateralen Friedensvertrag mit Israel unter Ministerpräsident Menachem Begin. Der Friedensvertrag sicherte Ägypten zwar die Rückgabe des Sinai. Doch die Anerkennung Israels und die fehlende Rücksprache mit den arabischen Nachbarn isolierten das Land im nahöstlichen Regionalsystem und führten zum zeitweiligen Ausschluss Ägyptens aus der Arabischen Liga, der 1945 gegründeten Regionalorganisation der arabischen Staaten (siehe S. 25).

Am 6. Juni 1982 intervenierte Israel im Libanon (Fünfter Nahostkrieg) mit dem Ziel, die dort residierende PLO zu zerschlagen und den syrischen Einfluss im Libanon zu schwächen. Diese Intervention und die Massaker von Sabra und Schatila

radikalisierten den bereits seit 1975 andauernden libanesischen Bürgerkrieg. In Sabra und Schatila, zwei hauptsächlich von Palästinensern bewohnten Beiruter Stadtteilen, tötete die christliche Phalange-Miliz vom 16. bis 18. September 1982 vor den Augen des israelischen Militärs nach Schätzungen 800 bis 3300 Menschen, vor allem Zivilisten. Die libanesische *Hisbollah* (arab.; dt.: Partei Gottes), die 1982 als schiitisch-islamistische Untergrundbewegung gegründet wurde, leistete bis zum israelischen Truppenabzug im Mai 2000 erbitterten militärischen Widerstand gegen die israelische Besatzung des Südlibanons, die sogenannte Sicherheitszone, in die sich die israelische Armee nach der Libanon-Invasion von 1985 bis 2000 zurückgezogen hatte.

Ein weiteres Ereignis, das die regionalpolitische Machtbalance im Nahen Osten nachhaltig erschütterte, war die iranische Revolution von 1978/79. Das Ende der prowestlichen Herrschaft des Pahlavi-Schahs weckte bei vielen arabischen Regierungen Befürchtungen vor einer revolutionären, diesmal islamistischen Dynamik in der Region. Deshalb unterstützten mit Ausnahme Syriens alle arabischen Regierungen den Angriff des Irak auf Iran im September 1980. Dieser Angriff leitete den acht Jahre andauernden Ersten Golfkrieg ein, der bis 1988 hunderttausende Todesopfer kostete und massive Verwerfungen auf beiden Seiten nach sich zog. Als Sicherheitsbündnis gegen den revolutionären Iran unter Ajatollah Khomeini, aber auch gegen die Expansionsbestrebungen des Irak unter Saddam Hussein gründeten 1981 unter der Führung Saudi-Arabien die arabischen Golfmonarchien den Golfkooperationsrat (*Gulf Cooperation Council*=GCC).

Ende der 1980er-Jahre war das regionale System des Nahen Ostens stark zersplittert: Israel war zwar die eindeutig stärkste Militärmacht, blieb aber trotz des Friedensvertrags mit Ägypten regionalpolitisch isoliert; auch zu Jordanien und dem späteren militärischen Kooperationspartner Türkei blieben die israelischen Beziehungen distanziert. Ägypten gelang es unter dem neuen Präsidenten Hosni Mubarak, der dem 1981 von radikalen Islamisten getöteten Sadat nachgefolgt war, nur langsam, wieder im Nahen Osten akzeptiert zu werden. Die Erdölmacht Saudi-Arabien blieb in erster Linie konservativ an der Bewahrung des politischen Status quo interessiert. Die Islamische Republik Iran schließlich überstand ihren postrevolutionären Überlebenskampf nur deutlich geschwächt.



Die islamische Revolution in Iran ist auch ein Protest gegen den westlichen und speziell amerikanischen Einfluss. Massendemonstration mit dem Bildnis Ajatollah Khomeinis auf dem Platz vor dem Shahad-Denkmal in Teheran, Dezember 1978

Iran: Gottessouveränität versus Volkssouveränität

Mit dem Sieg der Revolution von 1979 schickte sich die aus ihr hervorgegangene Islamische Republik Iran an, in der Gegenwart ein Gesellschaftsmodell umzusetzen, das sich an der idealisierten Herrschaftszeit des Propheten Mohammed und des vierten Kalifen Ali orientiert. Da dieser Modellversuch mit einer aggressiven, antiwestlichen und antiisraelischen Außenpolitik einherging, war ihm die dauerhafte Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit sicher.

Allerdings begleitet die Islamische Republik Iran seit ihrer Gründung ein Grundwiderspruch, der schon im Staatsnamen zum Ausdruck kommt. Der Mehrzahl ihrer zahlreichen Konflikte und Richtungskämpfe liegt der bisher unüberbrückbare Gegensatz zwischen „islamischem“ und „republikanischem“ Staatsverständnis zugrunde. Gottessouveränität steht gegen Volkssouveränität. Auf der einen Seite befindet sich ein Staat, dessen höchste Institution der „Oberste Rechtsgelehrte“ ist, ein Theologe, der laut Verfassung auch als Oberbefehlshaber aller Streitkräfte fungiert und der alle gewählten Instanzen, einschließlich des Präsidenten, entlassen kann. Er stützt seine Macht auf spezifische Institutionen, wie die einflussreichen Freitagsprediger, die wirtschaftsmächtigen islamischen Stiftungen und – nicht zuletzt – die Revolutionsgarden (*Pasdaran*).

Auf der anderen Seite besteht eine republikanische Staatsform mit einem gewählten Präsidenten, einem gewählten Parlament, einer dem Parlament rechenschaftspflichtigen Regierung und allen nachgeordneten staatlichen Organisationsebenen. Da in Iran keine modernen Parteien existieren, werden Kandidaten für Wahlfunktionen von Interessengruppen benannt oder stellen sich individuell zur Wahl. Ein „Wächterrat“ kontrolliert die Kandidaten auf ihre „revolutionäre, islamische Gesinnung“. Das schränkt die tatsächliche Auswahl an alternativen Programmangeboten und deren Vertretern naturgemäß stark ein.

Den Revolutionären von 1979 war der experimentelle Charakter ihres Staatsbildungsversuchs bewusst. Wie soll ein islamischer Staat in der Gegenwart aussehen, wenn über dessen konkretes Wesen anhand der historischen Quellen nur gemutmaßt werden kann? Andererseits ist die Islamische Republik Iran ein souveräner Staat, Mitglied der Vereinten Nationen und zahlreicher anderer internationaler Organisationen, mithin also dem jetzt geltenden Völkerrecht verpflichtet. In der Folgezeit ergab sich daraus ein ständiger Widerstreit zwischen „islamischen“ und „republikanischen“ Maßgaben. Je nach Vorherrschen der einen oder der anderen Maxime erklärt dieser Grundwiderspruch die klar voneinander unterscheidbaren Entwicklungsetappen, die die Islamische Republik Iran seit 1979 durchlaufen hat.

So folgte auf eine sich unmittelbar an die Revolution anschließende visionäre Phase, in der die Revolution – auch mit Hilfe ihres charismatischen Führers, Ajatollah Chomeini (1902–1989) – in alle Welt exportiert werden sollte, ein eher pragmatischer Entwicklungsabschnitt, der nach den verheerenden Schäden des achtjährigen Krieges mit Irak (1980–1988) die Fortexistenz des revolutionären Staates als solchen gewährleisten sollte. Der Machteinfluss der pragmatischen „Republikaner“ um Präsident Rafsandschâni (reg. 1989–1997) schwand aber, sobald die unmittelbare Existenzbedrohung Irans gebannt schien. Sie befanden sich bald auf dem stetigen Rückzug vor der „islamischen“ Seite in Gestalt von Chomeinis Nachfolger als Revolutionsführer, Ajatollah Chamene'i (seit 1989). Dieser blockierte alle Regie-

rungsentscheidungen, die ihm als „Verrat“ an den Idealen der Revolution galten. Die Lähmung bereitete 1997 den Weg für den zweimaligen Erfolg Mohammed Châtamis (reg. 1997–2005) bei Präsidentschaftswahlen, weil er – vor anderen im Regime – unmittelbaren Reformbedarf erkannt hatte. Besonderen Zuspruch fand Châtami bei jugendlichen und weiblichen Wählern mit seinem Versprechen, Menschen- und Frauenrechte zu achten sowie den Menschen mehr und bessere Möglichkeiten der Mitbestimmung zu verschaffen.

Allerdings musste auch Châtami, der exemplarisch für die Reformphase stand, ähnliche Erfahrungen machen wie Rafsandschâni: Jede einzelne Maßnahme musste gegen den Widerstand der geistlichen Führung durchgesetzt werden, zumal die Öffnung bald auch Kritik an der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ ermutigte. Weil auch Châtami das Prinzip nicht in Frage stellte, verlor er seinen Status als politischer Hoffnungsträger und machte den Weg frei für eine Restaurationsphase unter Mahmud Ahmadinedschad, der zwei Amtsperioden (2005–2013) regierte. Nun herrschten wieder, wie in den frühen 1980er-Jahren, egalitärer Populismus im Inneren und missionarisches Sendungsbewusstsein in den Außenbeziehungen, vor allem hinsichtlich der USA und Israels.

Ahmadinedschads unberechenbare Politik führte innenpolitisch zu schweren Zerwürfnissen. Die Inflationsrate „explodierte“, die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich. Das leitete die bisher schwerste Legitimitätskrise der Republik ein, die in den Protesten nach den Präsidentschaftswahlen von 2009 ihren Ausdruck fand. Große Teile der Wählerschaft bezweifelten den erneuten Wahlsieg Ahmadinedschads und protestierten gegen das Wahlergebnis. Aus den Protesten erwuchs mit der „Grünen Bewegung“ ein breiter Widerstand. Mit dieser Bewegung musste sich das Regime 30 Jahre nach dem Sturz des Schahs zum ersten Mal wieder auf einen Gegner einstellen, der seine Macht grundsätzlich in Zweifel zog. Es reagierte mit massiver Unterdrückung. Tausende Oppositionelle wurden verhaftet, viele gefoltert und getötet.

Außenpolitisch stand die Präsidentschaft Ahmadinedschads im Zeichen der Abwehr eines immer härter werdenden internationalen Sanktionsregimes, das sich gegen den Verdacht richtete, Iran betreibe ein militärisches Nuklearprogramm.

Die durch den internationalen Handelsboykott verschärfte ökonomische Krise erleichterte 2013 den Sieg des Reformers Hassan Rohani bei den Präsidentschaftswahlen. Getragen durch ein starkes Mandat der Bevölkerung und ermutigt von Revolutionsführer Chamene'i gelang Rohanis Verhandlungsführern am 14. Juli 2015 die Unterzeichnung eines Atomabkommens (*Joint Comprehensive Plan of Action* – JCPOA) mit der von den ständigen UNO-Sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland repräsentierten internationalen Gemeinschaft. Es beendete das Sanktionsregime stufenweise und wurde deshalb von der iranischen Bevölkerung enthusiastisch gefeiert. Die Zustimmung zum Reformkurs bestätigte sich bei den Parlamentswahlen vom Februar 2016, bei der die Reformkandidaten die Stimmenmehrheit erzielten. Für viele Beobachter befindet sich die Islamische Republik Iran damit an der Schwelle von der „Revolution“ zum „Staat“.

Henner Fürtig



Nach Ende des Ost-West-Konflikts begreifen sich die USA, die einzig verbliebene Supermacht, auch als Ordnungsmacht für den Nahen Osten: 500 000 US-Soldaten beteiligten sich an der Befreiung Kuwaits von der Annexion durch den Irak 1990/91. Durch Vermittlung US-Präsident Clintons wird am 13. September 1993 in Washington die israelisch-palästinensische Prinzipienerklärung unterzeichnet.



Zweiter Golfkrieg 1990/91 und Nahost-Friedensprozess

Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 wurden die USA zur einzig verbliebenen Supermacht in der Weltpolitik. Dieser „unipolare Moment“ wirkte sich auch unmittelbar auf die Machtbalance im Nahen Osten aus: Als der Irak im August 1990 Kuwait besetzte und dadurch das regionale Gleichgewicht sowie die globale Energieversorgung bedrohte, intervenierte im Januar 1991 eine breite, US-geführte Koalition mit ihren regionalen Unterstützern Ägypten, Saudi-Arabien sowie dem traditionell antiwestlichen, aber eben auch antiirakischen Syrien. Der Zweite Golfkrieg stellte mit einer halben Million US-Soldaten eine der weltweit größten Militärinterventionen eines externen Staates seit Ende des Zweiten Weltkrieges dar. Nach dem Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait verstärkte sich die sicherheitspolitische Abhängigkeit der arabischen Golfmonarchien von den USA. Saddam Hussein war zwar deutlich geschwächt, doch es gelang ihm, sich trotz massiver UN-Sanktionen im Irak an der Macht zu halten. Die USA wurden durch den Zweiten Golfkrieg gewissermaßen zu einer „regionalen“ Macht im Nahen Osten, weil sie dort massiv mit Truppen präsent blieben. In der Folge richteten sich alle nahöstlichen Akteure stark an den USA aus – auch und gerade, wenn sie sich wie der Irak, Iran oder Libyen unter Muammar al-Gaddafi gegen Washington positionierten.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die direkte Intervention der USA im Nahen Osten beförderten den israelisch-arabischen Friedensprozess. Washington hatte seinen arabischen Koalitionspartnern im Zweiten Golfkrieg – namentlich Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien – zugesagt, eine umfangreiche Initiative zur Lösung des Nahostkonflikts anzustoßen. Bereits seit Ende der 1980er-Jahre war der innenpolitische Druck auf die israelische Regierung ebenso wie auf die PLO-Führung stetig gewachsen. Im Dezember 1987 hatte die erste *Intifada* (arab.; dt.: „Abschüttelung“, Erhebung) begonnen, ein ziviler, palästinensischer Aufstand gegen die israelische Besatzung in Ostjerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen. Während der ersten *Intifada* entstand die „Islamische Widerstandsbewegung“ (arab. abgekürzt: Hamas), die sich für einen islamischen Staat in ganz Palästina – inklusive Israel – einsetzte und als national-religiöse Organisation in Opposition zur säkularen PLO trat. Die PLO stand ihrerseits 1990/91 kurz vor dem finanziellen Bankrott, weil durch ihre allzu Irak-freundliche Haltung im Zweiten Golf-

krieg die Budgetüberweisungen der Ölmonarchien ausgeblieben waren und als Strafmaßnahme hunderttausende palästinensische Arbeitsmigranten die Golfstaaten verlassen mussten.

Vor diesem Hintergrund begann im Oktober 1991 die Nahostkonferenz von Madrid, zu der die USA neben den nahöstlichen Konfliktparteien auch Russland, die EU und den damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, einluden. Ziel von „Madrid“ war es, multilaterale Lösungen in Problembereichen wie der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wasserverteilung oder Abrüstung zu erzielen. Daran anknüpfend sollte sich Israel in bilateralen Verhandlungen mit den Palästinensern, Jordanien, Libanon und Syrien den schwierigen, territorialen Konfliktfragen zuwenden. Diese scheiterten, weil Israel unter der rechten Likud-Regierung von Jitzhak Schamir kein wirkliches Interesse an einer Lösung hatte und auch die arabischen Staaten zurückhaltend blieben. Der Status der Palästinenser, die in Madrid lediglich als Teil der jordanischen Delegation teilnehmen durften, blieb unbefriedigend.

Der politische Durchbruch im Friedensprozess gelang erst infolge mehrmonatiger Geheimverhandlungen in Oslo. Am 9. September 1993 akzeptierte die PLO-Führung unter Jassir Arafat Israels Recht auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit; im Gegenzug erkannte die israelische Regierung unter Jitzhak Rabin (Arbeitspartei) die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Auf die gegenseitige Anerkennung folgte am 13. September 1993 die israelisch-palästinensische Prinzipienerklärung. Diese war kein Friedensvertrag, sondern sah als „Rahmenwerk“ einen Fahrplan für zukünftige Verhandlungen vor: Als Übergangsregelung wurde eine, wenn auch deutlich begrenzte, palästinensische Selbstverwaltung über bestimmte Gebiete vereinbart und 1994 die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als proto-staatliches Gemeinwesen geschaffen. Während der israelisch-palästinensischen Verhandlungen kam es am 26. Oktober 1994 auch zur Unterzeichnung des israelisch-jordanischen Friedensvertrags, während die Verhandlungen zwischen Israel und Syrien allerdings stockten. Ein zentraler Streitpunkt war Israels Weigerung, die seit dem Sechstagekrieg von 1967 völkerrechtswidrig okkupierten Golanhöhen an Syrien zurückzugeben.

Der Oslo-Prozess enttäuschte in der Folge die in ihn gesetzten Hoffnungen: Die palästinensische Seite ging davon aus, dass die Einrichtung der PA 1994 eine wirkliche Autonomie bedeutete und zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen werde. Doch auch wenn die EU die PA

Der palästinensische Kampf um Selbstbestimmung

Die verheerende arabische Niederlage im Junikrieg 1967 zerstörte die Vision einer panarabischen „Lösung“ des Nahostkonflikts, ermöglichte aber zugleich die Emanzipation der 1964 unter Gamal Abdel Nassers Vormundschaft gegründeten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Unter ihrem Vorsitzenden Jassir Arafat gelang es der PLO 1974, von der Arabischen Liga als „einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes“ anerkannt zu werden und über einen Beobachterstatus Aufnahme in die Vereinten Nationen zu finden. Zwar hatte die PLO keine Chance, auf israelischem Territorium Fuß zu fassen, sie verstand es aber, Schwächen der Regime in den besetzten Gebieten und den Nachbarstaaten Jordanien und Libanon zu nutzen.

Bei Lokalwahlen in den besetzten Gebieten hatten die mit Israel kooperierenden Mitglieder der Oberschicht (Notablen) 1976 keine Chance gegen Vertreter eines modernen Nationalismus, die sich zur PLO bekannten. Gestützt auf legitimatorischen Rückhalt bei palästinensischen Flüchtlingen schuf die PLO in Jordanien (bis 1970) und im Libanon (bis 1982) Herrschaftssysteme, die als Staat im Staate wirkten. Vor allem im Globalen Süden, teilweise aber auch in Europa erwarb sich die PLO hohes Ansehen. Obwohl keine der in der PLO agierenden Organisationen je militärische Bedeutung erlangte, vermochten sie unter anderem durch Flugzeugentführungen und Geiselnahmen international sicherheitspolitische Aufmerksamkeit zu erregen.

Der auf eine Zerschlagung der PLO zielende israelische Libanonfeldzug 1982 zwang die PLO-Führung ins Exil nach Tunis. Auf diese existenzielle Krise reagierte die PLO offensiv: Sie vertiefte ihre organisatorische Verankerung in den besetzten Gebieten und konnte die dortige Bevölkerung dergestalt organisieren, dass ein spontaner Aufstand im Dezember 1987 sich in wenigen Wochen als *Intifada* („Abschüttelung“) institutionalisierte. Dabei erwuchs der PLO-Führung allerdings Konkurrenz durch lokale PLO-Eliten und die Hamas.

Zudem setzte Arafat gegen erhebliche Widerstände innerhalb seiner Organisation 1988 eine Staatsproklamation durch, in deren Rahmen Israel in den Grenzen von 1949 anerkannt wurde. So wurde der Weg für von den USA unterstützte israelisch-palästinensische Verhandlungen in Madrid 1991 geebnet. Da die palästinensische Delegation aus Repräsentantinnen und Repräsentanten der besetzten Gebiete bestand, drohte der Exil-PLO allerdings ein Kontrollverlust. Doch in den Osloer Geheimverhandlungen 1993 und dem aus ihnen resultierenden Verhandlungsprozess übernahm Arafat wieder klar die politische Führung der Palästinenserinnen und Palästinenser, die davon aber kaum profitierten. Die Osloer Vereinbarungen verpflichteten Israel lediglich, sein Militär aus den palästinensischen Bevölkerungszentren abzurufen. Jenseits dieses Zugeständnisses wurde die israelische Besatzung keinen wesentlichen Einschränkungen unterworfen, sodass die jüdische Besiedlung des Westjordanlandes und Ostjerusalems, das vollständig unter staatlicher Kontrolle Israels verblieb, fortgeführt werden konnte. Darüber hinaus kontrollierte Israel die Mobilität von Menschen und Waren innerhalb der besetzten Gebiete und an deren Außengrenzen.

Als sich die sozioökonomischen und politischen Lebensbedingungen in den besetzten Gebieten kontinuierlich verschlechterten, schwand die ursprünglich hohe Legitimität Arafats, während die wichtigste Oppositionspartei, die Hamas, an Rückhalt gewann. Schließlich wurde der Osloer Prozess „von unten“ durch die *al-Aqsa-Intifada* im Jahre 2000 aufgeköndigt. Um seinen innenpolitischen Niedergang zu bremsen, ließ

Arafat die Teilnahme der von ihm geführten PLO-Fraktion Fatah an der *Intifada* teilweise zu und setzte die im Osloer Vertragswerk geschaffenen Institutionen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) nur halbherzig ein, um den Aufstand niederzuschlagen. Damit verlor er aus israelischer und amerikanischer Sicht jedoch seine Funktion und wurde durch israelische Militäroperationen und die Belagerung seines Amtssitzes weitgehend entmachtet.

Erst nach seinem Tod 2004 erlebte die PA eine Renaissance: Arafats Nachfolger Mahmud Abbas akzeptierte die Rolle eines Juniorpartners der Besatzung. Er dämmte die Hamas ein, die seit der „Schlacht von Gaza“ 2007 den Gazastreifen innenpolitisch beherrscht, und verfuhr ebenso mit anderen Gruppierungen im Westjordanland, die keinen einseitigen Gewaltverzicht gegenüber Israel mitzutragen bereit waren.

In einigen Politikfeldern erzielte Abbas' Ansatz Vorteile für die Bevölkerung des Westjordanlandes: Während Israel eine sozioökonomische Entwicklung des Gazastreifens durch eine kompromisslose Abriegelung blockierte und Gewaltakten mit massiven Kampagnen begegnete, wurden die Mobilitätsbeschränkungen im Westjordanland ungeachtet der Errichtung einer Sperranlage flexibler gehandhabt und ließen begrenzte ökonomische und politische Entwicklungen zu. Die Grundstrukturen der Besatzung – Kontrolle der Außengrenzen, Besiedlung des besetzten Landes und konsequente Verweigerung einer strukturellen Transformation des Besatzungsregimes zugunsten höherer Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung – blieben allerdings unberührt.

Alle von den USA im 21. Jahrhundert initiierten israelisch-palästinensischen Verhandlungen waren zum Scheitern verurteilt: Israel ließ sich von der in bilateralen Verhandlungen hoffnungslos unterlegenen PLO keine innenpolitisch unpopulären Kompromisse abringen. Die von Abbas seit 2011 verfolgte Strategie einer unilateralen Staatsbildung brachte der PLO zwar Verbesserungen ihres diplomatischen Status im internationalen System ein, von der virtuellen Staatlichkeit profitierte aber nur die politische und diplomatische Klasse. Die Chancen, dass das palästinensische Volk in absehbarer Zeit das Recht auf Selbstbestimmung erhält, stehen hingegen schlecht.

Israel hat seine Macht effektiv eingesetzt, um ein Besatzungsregime zu konsolidieren. Die Fatah und die PA unter Führung Mahmud Abbas', andere PLO-Fraktionen und die Hamas haben es angesichts der Machtfülle Israels nicht vermocht, realistische Alternativen zu entwickeln. Gleichzeitig erscheinen die Erfolgchancen gesellschaftlichen Widerstandes gering: Die von Exilpalästinensern und -palästinenserinnen getragene und von Teilen der globalen Linken unterstützte BDS-Bewegung (*Boycott, Divestment, Sanctions*) ist dem mit den USA und weiten Teilen Europas gut vernetzten Israel machtpolitisch ebenso unterlegen wie die durch den „Arabischen Frühling“ inspirierten, sporadisch aktiven sozialen Bewegungen im Westjordanland. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Bewegungen sich der Gegnerschaft der etablierten palästinensischen Organisationen ausgesetzt sehen. Ein halbes Jahrhundert nach Beginn der Besatzung verwehrt diese den Palästinenserinnen und Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung effektiver als zu Beginn.

Martin Beck

Martin Beck ist Professor am Centre for Contemporary Middle East Studies der Süd-dänischen Universität Odense.



Trauma 9/11: Die islamistischen Anschläge auf das World Trade Center in New York beantwortet die Bush-Administration mit dem War on Terror; dieser prägt die kommenden Jahre – bis zum heutigen Tag.

substanziell unterstützte, blieb es dabei, dass Israel Ostjerusalem, das Westjordanland und den Gazastreifen politisch und militärisch kontrollierte. Am schärfsten kritisierten die Palästinenser den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, der unter den israelischen Regierungen des Likud von Benjamin Netanjahu (reg. 1996–99 und seit 2009) sowie der Arbeitspartei von Ehud Barak (reg. 1999–2001) weiter vorangetrieben wurde. Die israelische Seite beanstandete ihrerseits, dass der Friedensprozess nicht die erhoffte Entspannung und Sicherheit gebracht habe. In der Sichtweise vieler Israelis beförderte „Oslo“ dagegen geradezu das Aufkommen gewaltbereiter palästinensischer Gruppen. Als Beleg dafür führten sie die Zunahme von Selbstmordattentaten im Laufe der 1990er-Jahre an. Diese Attentate wurden nicht nur von Oslo-Gegnern wie der Hamas durchgeführt, sondern auch von Teilen der Fatah, der größten PLO-Fraktion, der Arafat selbst angehörte.

Ende der 1990er-Jahre dominierten auf beiden Seiten die Gegner von „Oslo“. So scheiterten auch die Verhandlungen über einen israelisch-palästinensischen „Endstatus“, die im Juli 2000 unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton (reg. 1993–2001) zwischen Barak und Arafat in Camp David stattfanden und im ägyptischen Taba im Januar 2001 nochmals kurz wiederbelebt wurden. In Camp David wurden noch nicht einmal Teilergebnisse erzielt, doch kamen wenigstens alle strittigen Konfliktfragen – Siedlungen, genauer Grenzverlauf, Status von Jerusalem und Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge – erstmals zur Sprache.

Kurz nach dem Scheitern von Camp David provozierte der israelische Likud-Politiker Ariel Sharon (reg. 2001–2006) die palästinensische Seite mit einem medienwirksamen Besuch des auch für Muslime heiligen Tempelbergs im September 2000. Die Folge war die zweite, sogenannte *al-Aqsa-Intifada*, benannt nach der Jerusalemer al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg, der nach Mekka und Medina drittichtigsten

heiligen Stätte im Islam. Die Zweite *Intifada* bedeutete die Rückkehr der Gewalt und eine Verhärtung der israelisch-palästinensischen Beziehungen, die auch über 15 Jahre später noch nicht wieder aufgebrochen ist.

Regionalpolitisch hatten der schnelle Aufstieg und schrittweise Niedergang des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses in den 1990er-Jahren die Folge, dass sich das Verhältnis der nahöstlichen Regierungen und der arabischen Öffentlichkeit gegenüber Israel erneut verhärtete. Insbesondere der Siedlungsbau sowie die Fortdauer von Besatzung und militärischer Kontrolle der palästinensischen Gebiete festigten seither die Wahrnehmung Israels als das Feindbild schlechthin. Auch das arabische „Friedenslager“ mit Ägypten unter Mubarak, Jordanien unter Hussein, dem 1999 sein Sohn Abdullah nachfolgte, und Saudi-Arabien, das 2002 eine weitere arabische Friedensinitiative anführte, wurde durch den Niedergang von „Oslo“ regionalpolitisch geschwächt. Die USA waren zwar in Folge des Zweiten Golfkrieges 1990/91 zum eigenständigen Akteur im regionalen System des Nahen Ostens geworden, sie sahen sich jedoch durch ihre aus arabischer Sicht einseitige Parteinahme für Israel ebenfalls starken Widerständen ausgesetzt.

Der 11. September 2001 und folgende nahöstliche Kriege

Die vierte und bis zum Arabischen Frühling 2011 letzte Phase in der nahöstlichen Regionalpolitik seit 1945 begann mit den Terroranschlägen auf das Pentagon in Washington D.C. und auf das *World Trade Center* in New York am 11. September 2001 – später in der öffentlichen Berichterstattung kurz „9/11“ (*Nine-Eleven*) genannt. Zu den Anschlägen, denen etwa 3000 Menschen zum Opfer fielen, bekannte sich al-Qaida. US-Präsident George W. Bush (reg. 2001–2009) rief daraufhin den „globalen Kampf gegen den Terrorismus“ aus, und nach der unmittelbaren Intervention in Afghanistan im Oktober 2001 machte er den Nahen Osten zum zentralen Operationsfeld der US-Außenpolitik.

Die Antiterrorismus-Perspektive führte nach 9/11 zu einer nie dagewesenen sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den USA, der EU und den arabischen Regierungen in Ägypten, Jordanien, Marokko und Syrien. Sie erlaubte es den zuvor genannten autoritär herrschenden Regierungen im Nahen Osten in diesem Zusammenhang, unliebsame Oppositionelle und insbesondere Vertreter islamistischer Bewegungen per se als „Terroristen“ zu bezeichnen und zu verfolgen, ohne dafür von Seiten westlicher Regierungen kritisiert zu werden.

Die Antiterrorismus-Perspektive bildete auch den Hintergrund für den US-Krieg gegen den Irak ab März 2003. Die USA unterstellten dem Irak Verbindungen zu al-Qaida. Nachdem Bagdad aber keine direkte Unterstützung islamistischer Terroristen nachgewiesen werden konnte, wurde die Bedrohung durch vermeintliche irakische Massenvernichtungswaffen zum Kriegsgrund erhoben. Auf den Sturz Saddam Husseins sollte eine externe Demokratisierung des Irak erfolgen und ihn zum positiven Beispiel für den gesamten Nahen Osten erheben. Innerhalb der EU führten die US-Kriegspläne zu einer Spaltung in Befürworter und Beteiligte wie Großbritannien und Polen einerseits und Skeptiker wie Deutschland und Frankreich andererseits. Der Dritte Golfkrieg führte binnen



Nach nur wenigen Wochen beendet der Militäreinsatz der USA und ihrer Verbündeten 2003 die Herrschaft des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, dessen Statue in Bagdad symbolträchtig niedergeworfen wird. Doch es gelingt nicht, dem Land Stabilität und Sicherheit zu bringen.

weniger Wochen zum Ende der Herrschaft von Präsident Saddam Hussein, die durch die UN-Sanktionen und die regionalpolitische Isolation seit 1991 ohnehin bereits geschwächt war. Der US-Besatzung gelang es jedoch nicht, im Irak umfassend für Sicherheit zu sorgen und einen nachhaltigen politischen und sozioökonomischen Wiederaufbau einzuleiten.

Stattdessen geriet der Irak durch Selbstmordanschläge von Dschihadisten und eine repressive Aufstandsbekämpfung seitens des US-Militärs in einen Bürgerkrieg, der 2005/06 entlang der innerislamischen Trennlinie von Sunniten und Schiiten ausgetragen wurde. Aus regionalpolitischer Sicht verhalfen das Ende der Herrschaft Saddam Husseins und insbesondere der zunehmende Legitimitätsverlust der USA als Besatzungsmacht der Islamischen Republik Iran zum Aufstieg. Sie wurde zur neuen, einflussreichen Akteurin im Irak und – durch ihre Allianz mit Syrien, der libanesischen Hisbollah und der palästinensischen Hamas – auch im weiteren arabischen Raum.

Der Libanonkrieg im Juli/August 2006 trug ebenfalls zu einer Verschiebung der Machtkonstellation im Nahen Osten bei. In dem auch als „Sommer-Krieg“ bezeichneten Waffengang eskalierten die seit 2000 anhaltenden Spannungen zwischen Israel und der schiitisch-islamistischen Hisbollah. Die israelischen Militärschläge kosteten weit über 1000 Zivilisten im Libanon das Leben, und große Teile der Infrastruktur des Landes wurden zerstört. Dennoch gewann die Hisbollah aufgrund ihres fortwährenden militärischen Widerstands immenses regionalpolitisches Ansehen in der arabischen Öffentlichkeit und konnte so einen politischen Sieg davontragen. Viele Araber sahen im Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, gar eine neue charismatische regionale Führungsfigur in Nachfolge des ehemaligen ägyptischen Präsidenten Nasser.

Auf den Dritten Golfkrieg 2003 und den Libanonkrieg 2006 folgte der Gazakrieg. Er begann am 27. Dezember 2008 mit einer massiven Offensive der israelischen Armee, die diese

mit dem jahrelangen Raketenbeschuss israelischen Territoriums aus dem Gazastreifen rechtfertigte, und endete gut drei Wochen später am 18. Januar 2009. Ähnlich wie im Libanonkrieg starben auch im Gazakrieg weit über 1000 Menschen – vornehmlich palästinensische Zivilisten. Neben der hohen Anzahl an Toten und Verletzten brachte der Krieg zudem die Zerstörung der zivilen Infrastruktur im Gazastreifen mit sich. Innerpalästinensisch führte der Gazakrieg zu einer Stärkung der islamistischen Hamas, die im Januar 2006 die Parlamentswahlen gewonnen und im Juni 2007 gewaltsam die alleinige Kontrolle über den Gazastreifen übernommen hatte. Zur gleichen Zeit übernahm die Fatah mit Waffengewalt das Gebiet des Westjordanlands. Regionalpolitisch brachten der Gazakrieg 2008/09 sowie der Waffengang vom November 2014 der Hamas einen weiteren, mit der Hisbollah 2006 vergleichbaren Prestigegewinn.

Diese Kriege sowie der Einflussverlust der USA im Nahen Osten und ihr weitgehender Rückzug aus der Regionalpolitik führten nach 2005/06 zu einer Erstarkung regionalpolitischer Akteure. Neben Iran betraten neue Kräfte die nahöstliche Arena, wie etwa die Türkei oder das kleine Golfemirat Katar. Unter der seit 2003 regierenden, moderat-islamistischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) konnte die Türkei ihren diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss im Nahen Osten deutlich ausweiten. So vermittelte sie von Mai bis Dezember 2008 in den letztlich gescheiterten israelisch-syrischen Geheimverhandlungen. Ihre offen pro-palästinensische Haltung während und nach dem Gazakrieg 2008/09 und in der Krise um die sogenannte Gaza-Hilfsflotte brachte ihr große Sympathien in der arabischen Bevölkerung ein. Im Mai 2010 hatten Schiffe mit Hilfsgütern von der Türkei aus Gaza angesteuert und waren durch das israelische Militär, das versteckte Waffenlieferungen befürchtete, gewaltsam gestoppt worden.

Die Fußballweltmeisterschaft in Katar

Im Jahr 2022 findet erstmals eine Fußballweltmeisterschaft (WM) im Nahen Osten statt. Ausgerechnet Katar, das gerade einmal halb so groß wie Hessen ist, wird der Gastgeber des neben den Olympischen Spielen wichtigsten internationalen Sportevents sein. Diese Entscheidung der FIFA, des Weltfußballverbandes, ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert: Hauptkonkurrent Katars waren die USA als aufstrebende Fußballnation mit einem wachsenden hispanischen Bevölkerungsanteil und einem großen Absatzmarkt. Zwar gibt es den generellen Trend, die Welt der Sport-Großveranstaltungen auf neue, bis dahin unerschlossene Gebiete auszuweiten, allerdings unterscheidet sich Katar von Ländern wie China (Gastgeber der Olympischen Spiele 2008), Südafrika (Fußballweltmeisterschaft 2010) und Brasilien (Fußballweltmeisterschaft 2014, Olympische Spiele 2016) erheblich: Während in Katar nur zwei Millionen Menschen leben, wovon gerade einmal elf Prozent mit einem katarischen Pass ausgestattet sind, leben in China mehr als 1,3 Milliarden, in Südafrika über 50 Millionen und in Brasilien mehr als 200 Millionen Menschen. Brasilien, China und Südafrika sind führende Regionalmächte. Diese Rolle haben im Nahen Osten die unmittelbaren katarischen Nachbarländer Saudi-Arabien und der Iran inne.

Zwar ist Katar wohlhabend und seine Staatsbürger haben eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Welt, doch ist der Einfluss des kleinen Emirats trotz seines Wohlstandes begrenzt. Einige Fachleute schließen daraus, dass es Katar bei der Ausrichtung der Weltmeisterschaft um mehr als Fußball geht: Es möchte gute Beziehungen zu Ländern außerhalb des Nahen Ostens aufbauen, um im Fall von Spannungen mit seinen mächtigen Nachbarn Iran und Saudi-Arabien Unterstützung zu bekommen. Als mahnendes Beispiel gilt dabei der Fall Kuwaits, das im Golfkrieg 1990–1991 vom größeren Nachbarn Irak annektiert und erst mit Unterstützung einer von den USA angeführten Koalition befreit wurde.

Die Vergabe der Fußball-WM an Katar traf in westlichen Medien auf Kritik. Dabei wurde unter anderem auf die Situation der Gastarbeiter verwiesen, die nach Ansicht von *Amnesty International* und anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Sklaven behandelt werden. So wird ihnen der Pass abgenommen, sie arbeiten bei brütender Hitze und kommen dabei teilweise zu Tode. Ferner müssen sie in überfüllten Unterkünften leben.

Ein anderes Problem, die für den Leistungssport ungünstige, extreme Hitze im Sommer, ist insofern entschärft worden, als die Fußball-WM erstmals am Jahresende statt wie sonst üblich im Juni/Juli ausgetragen wird. Das Eröffnungsspiel 2022 soll am 21. November in der katarischen Hauptstadt Doha stattfinden, das Endspiel kurz vor Weihnachten am 18. Dezember 2022.

Eine weitere, viel diskutierte Frage lautet, inwiefern die Fußballweltmeisterschaft Katar verändern wird. Es zeichnet sich bereits ab, dass der Golfstaat, dessen Delegation bei den Olympischen Spielen 2012 in London erstmals auch weibliche Athleten angehörten, inzwischen sehr viel stärker Frauensport fördert als andere Golfstaaten wie Saudi-Arabien. Unter anderem gibt es jetzt eine Frauen-Fußballnationalmannschaft, und Schulsport für Mädchen ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden – wenngleich auch mit Geschlechtertrennung. Ein anderes Beispiel für mögliche gesellschaftliche Veränderungen dank der Fußball-WM be-



Die Golfmonarchie Katar sucht eine neue Rolle im regionalen Machtgefüge. Die Entscheidung der FIFA von 2010, dort die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 auszutragen, sichert dem Land verstärkte internationale Aufmerksamkeit.



Die Stadien werden bereits gebaut. Doch die Wahl Katars als Austragungsort der Fußball-WM ist stark umstritten.

trifft den arabischen Boykott von Israel. Katar hat bereits im Zusammenhang mit seiner WM-Bewerbung versichert, dass Israel im Fall der Qualifikation zur WM 2022 im Land willkommen wäre. Bereits in der jüngeren Vergangenheit haben israelische Sportler an Wettkämpfen in Katar teilgenommen. Ein Beispiel sind die Kurzbahnweltmeisterschaften im Schwimmen im Dezember 2014 in Doha, an denen vier israelische Athleten und eine Athletin teilnahmen.

Deutschland ist an guten Beziehungen mit Katar gelegen. Unter anderem hält das Emirat 17 Prozent der Anteile am größten deutschen Automobilhersteller Volkswagen. Das Verbot der Homosexualität, die Todesstrafe (unter anderem für Gotteslästerung) und die oft unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeitsmigranten treten jedoch in Gegensatz zu gemeinhin akzeptierten Werten in Deutschland und der westlichen Welt. Daher muss die deutsche Außenpolitik eine Balance finden zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Ziel, zur Verbreitung von Menschenrechten beizutragen.

Danyel Reiche

Dr. Danyel Reiche ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Amerikanischen Universität Beirut (AUB)


Unterdessen gewann auch die Golfmonarchie Katar unter Scheich Hamad Al Thani regionalpolitisch an Statur. Ein Beispiel dafür ist Katars erfolgreiche Vermittlung im Libanon, wo es den Kompromisskandidaten Michel Sulaiman als neuen libanesischen Präsidenten und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit im Mai 2008 durchzusetzen half. Damit sah sich Saudi-Arabien erstmals von einem anderen arabischen Golfstaat in seinem Status als dominanter *player and payer* in der regionalen Konfliktbearbeitung herausgefordert.

Neben diesen staatlichen Akteuren traten in den 2000er-Jahren eine ganze Reihe nichtstaatlicher, „neuer“ Akteure wie die Hisbollah und die Hamas auf den Plan. Was die Struktur des regionalen Systems anbelangt, so entwickelte sich zum Ende der 2000er-Jahre eine Art „Neuer Arabischer Kalter Krieg“: die klare Blockbildung zwischen einem prowestlichen Lager mit Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien einerseits und einer antiwestlichen „Achse des Widerstands“, bestehend aus Iran, Syrien, der libanesischen Hisbollah und der palästinensischen Hamas, andererseits. Lediglich die Türkei und Katar nahmen als regionalpolitische Neulinge eine Mittelposition ein. Diese Zwei-Lager-Konstellation, die sich auch aus dem Einfluss- und Vertrauensverlust der USA und zentraler EU-Staaten ergab, war das zentrale Merkmal des regionalen Systems im Nahen Osten bis zum Beginn des Arabischen Frühlings 2011.

Regionale Dynamik

Die Wandlungsprozesse des regionalen Systems im Nahen Osten seit 1945 lassen sich anhand der vier, zu unterschiedlichen Zeitpunkten einflussreichsten regionalen Staaten Ägypten, Saudi-Arabien, Iran und Israel veranschaulichen. Denn sie weisen Potenziale und Defizite auf, die dem jeweiligen Land zu einem bestimmten Zeitpunkt einen Status als Regionalmacht im Nahen Osten ermöglichten oder zu anderen Zeiten verwehrt.

Ägypten

 Lange Zeit strebte Ägypten nach einer regionalen Führungsrolle im Nahen Osten: In den 1950er- und 1960er-Jahren war das Land der Repräsentant des Panarabismus, in den 1980er-Jahren und danach präsentierte es sich als Anführer des prowestlichen „Friedenslagers“. Ägyptens Führungsanspruch stützt sich darauf, das mit Abstand bevölkerungsreichste arabische Land zu sein und über eine große und gut ausgestattete Armee zu verfügen. Die lange Geschichte eines zentralisierten, relativ effektiven Staatswesens und einer starken nationalen Identität verhinderten bislang Versuche externer Staaten und politischer Bewegungen, das Land „von außen“ zu destabilisieren. Die zentrale Lage in der Region sowie seine Nähe zu Israel unterstreichen Ägyptens geostrategische Bedeutung.

Ägyptens regionaler Einfluss schwand jedoch de facto mit der Niederlage im Sechstagekrieg gegen Israel 1967 sowie der Verlagerung des regionalpolitischen Gravitationszentrums hin zu den Golfstaaten als Folge der Erdölpreisrevolution 1973/74. Ägyptens Allianzwechsel unter Präsident Sadat hin zu den USA, der im bilateralen Friedensvertrag mit Israel 1978/79 seinen Ausdruck fand, resultierte auch aus der dringenden Suche nach einer neuen Finanzquelle für die geschwächte Wirtschaft. Der weitere ökonomische Niedergang

Ägyptens unter Präsident Mubarak sowie seine Haltung als US-Alliiertes und „Friedenspartner“ Israels, die ihn in den Augen der arabischen Welt delegitimierten, unterstrichen den zunehmenden regionalen Bedeutungsverlust des Landes seit Ende der 1990er- und während der 2000er-Jahre.


Saudi-Arabien

 Saudi-Arabien's Aufstieg als regionale Führungsmacht geht auf seine immensen ökonomischen Ressourcen zurück. Es setzte seinen mit keinem anderen Flächenstaat in der Region vergleichbaren Wohlstand dazu ein, hochentwickelte Waffensysteme zu erwerben, nicht zuletzt von Deutschland, und – im Sinne einer wahrhaften Scheckbuchdiplomatie – eine Vielzahl von politisch einflussreichen Akteuren direkt oder indirekt zu unterstützen. Spätestens ab den 1970er-Jahren entwickelte sich Saudi-Arabien so vom *payer* immer mehr zum regionalpolitischen *player*. Außerdem setzten die saudische Regierung und die Vielzahl religiöser Stiftungen, die sie finanzierte, ihren Reichtum auch ein, um ihre besonders konservative Version des Islam zu propagieren. Zu diesem Zweck finanzierten sie im Nahen Osten und darüber hinaus in West- und Zentralasien, dem Balkan, Europa und Ostafrika Moscheen, islamistische Vereine sowie Veröffentlichungen des Koran und anderer religiöser Schriften. Saudi-Arabien leitet seinen Führungsanspruch auch aus seiner Rolle als Hüterin der heiligen Stätten von Mekka und Medina ab.

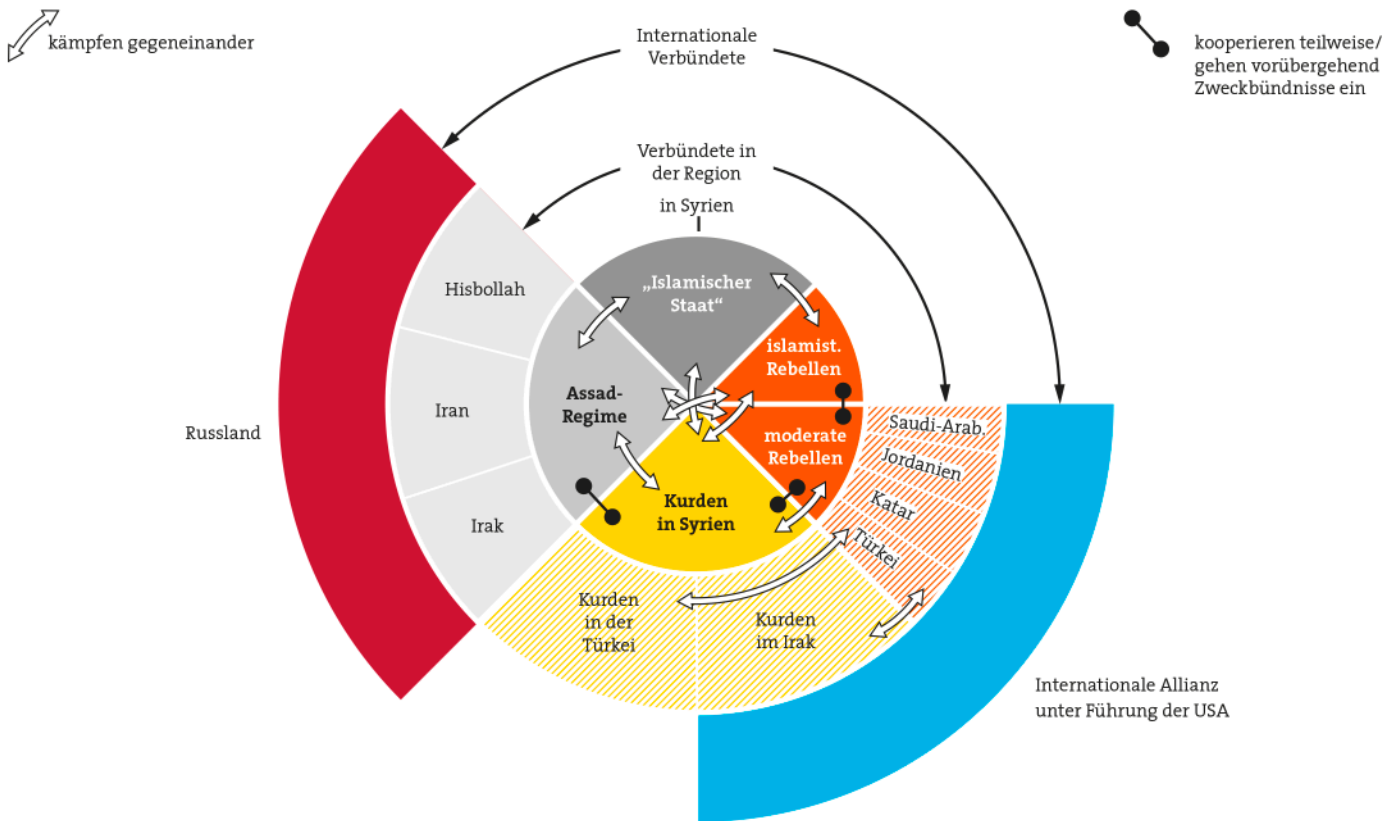
Doch gibt es eine Reihe von Defiziten, die Saudi-Arabien eine Führungsrolle als Regionalmacht erschweren. Das saudische politische System ist in hohem Maße autoritär; es basiert auf einer strengen Kontrolle der Gesellschaft, bei der dem religiös-wahhabistischen Establishment eine zentrale Rolle zukommt. Sein umfassendes System der Patronage und der sozialen Wohlfahrt, das saudischen Staatsbürgern eine freie Gesundheitsversorgung und Bildungszugang verspricht, setzt einen kontinuierlich hohen Erdölpreis voraus. Wenn der Ölpreis fällt, bedeutet dies eine potenzielle innenpolitische Destabilisierung.

Saudi-Arabien sah und sieht sich beständig ideologisch herausgefordert, da seine außenpolitische Allianz mit den USA und säkularen arabischen Regierungen immer wieder der selbst propagierten, puristisch-konservativen Islam-Interpretation widerspricht. Innerhalb Saudi-Arabien fanden im Laufe der vergangenen Jahrzehnte wiederholt radikale, systemoppositionelle Ideologien Gehör und Unterstützung: In den 1950er-Jahren stellte der säkulare Panarabismus Nassers den „Feudalismus“ und „religiösen Traditionalismus“ des Königshauses infrage. Bereits seit 1979 und dann vermehrt ab den 1990er-Jahren warfen ihm radikal-islamistische Gruppierungen seinen „Abfall“ vom Islam vor. Schließlich blieb Saudi-Arabien trotz seiner hohen Ausgaben aufgrund der mangelhaften Ausbildung seiner Truppen lange Zeit ein militärisches „Leichtgewicht“, wie sich besonders deutlich im Kontext der irakischen Invasion Kuwaits 1990 zeigte. Damals musste die Regierung in Riad Washington um militärische Unterstützung bitten, und US-Truppen operierten von 1990 bis 2003 von saudischem Territorium aus.

Iran

 Iran gilt aufgrund seiner räumlichen Ausdehnung, seiner Bevölkerungsgröße, seiner militärischen Fähigkeiten sowie seiner ökonomischen Kapazitäten als weltweit drittgrößter Erdöl- und zweitgrößter Erdgasexporteur als po-

Konfliktparteien und Allianzen in Syrien



© picture-alliance / dpa-infografik 23 259; Quelle: dpa, APA, LeMonde

Stand: Ende September 2016

tenzielle Regionalmacht im Nahen Osten. Nichtsdestotrotz hat es das Land bislang nicht geschafft, seine Machtpotenziale in tatsächliche regionalpolitische Dominanz zu verwandeln. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Iran von den arabischen Regierungen und der Öffentlichkeit gleichermaßen als nicht-arabische, gewissermaßen „fremde Macht“ angesehen wird.

In den arabischen Ländern, die über eine große schiitische Gemeinschaft verfügen, aber von sunnitisch dominierten Regierungen geführt werden – wie Bahrain, Irak bis 2003, Kuwait und Saudi-Arabien –, wird Iran vielmehr als Bedrohung wahrgenommen. Dies war sowohl vor als auch nach der Islamischen Revolution von 1979 in Iran der Fall. Vor der Revolution war der iranische Pahlavi-Schah ein wichtiger Allierter der USA und Israels sowie eine der zentralen Stützen der US-Strategie im Kalten Krieg. Sein Bündnis mit den konservativen Kräften im „Arabischen Kalten Krieg“ schränkte die Einflussmöglichkeiten Irans in weiten Teilen der arabischen Staaten ein. Nach der Revolution 1979 fürchteten vor allem die autoritären Regime in den arabischen Staaten, von Iran könne eine islamistische Mobilisierung und der Export der Revolution ausgehen. Im Kontext des Ersten Golfkrieges in den 1980er-Jahren betrieb der Irak unter Saddam Hussein eine von den konservativen Golfmonarchien unterstützte antiiranische und antischiitische Kampagne gegen Iran.

Israel



Seit seiner Staatsgründung 1948 bestimmt die ideologische Auseinandersetzung über Identität und Legitimität Israels Position im Nahen Osten. Ebenso wie Iran gelang es auch Israel nicht, seine immense militärische und

wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber seinen arabischen Nachbarn in eine nachhaltige und anerkannte regionale Führungsrolle umzumünzen. Seine militärischen Fähigkeiten sind unzweifelhaft; sie reichen vom Besitz modernster Waffensysteme bis hin zu Atomwaffen, auch wenn deren Besitz offiziell nie bestätigt wurde. Israels Wirtschaft ist hoch entwickelt, und es besitzt unter allen nahöstlichen Staaten die bei weitem engsten Beziehungen zu den USA, die Israel fast immer unterstützen. Allerdings bestärkten die Kriege, die es in der Region geführt hat, und die Besetzung der palästinensischen Gebiete in Ostjerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen sowie der syrischen Golanhöhen die Einstellung weiter Teile der arabischen Öffentlichkeit und die Mehrzahl arabischer Regierungen, Israel nicht als legitimen Staat anzuerkennen.

Fazit: Abschließend lässt sich festhalten, dass es nach 1945 keinem einzigen nahöstlichen Staat gelang, das regionale System allein zu dominieren. Vielmehr haben sich in den vier Phasen bis zum Beginn des Arabischen Frühlings 2011 immer wieder neue Machtkonstellationen ergeben: Ägypten hatte die Führung im Arabischen Kalten Krieg der 1950er- und frühen 1960er-Jahre inne. Israel dominiert die Region seit 1967 militärisch, Saudi-Arabien seit der Erdölpreisrevolution 1973/74 wirtschaftlich. Wie in den vorherigen Epochen blieb auch Irans Aufstieg seit 2003 regionalpolitisch höchst umstritten. Als wichtigster Gradmesser des regionalpolitischen Einflusses hat sich der israelisch-palästinensische „Zentralkonflikt“ seit dem ersten Krieg 1948/49 gehalten. Wer im regionalen System des Nahen Ostens eine dominante Rolle spielen möchte, muss deshalb auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine klare Haltung zur „Palästinafrage“ entwickeln.



Der Syrische Bürgerkrieg ist zu einem Stellvertreterkrieg regionaler und auswärtiger Mächte geworden, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leidet. Bombenabwürfe aus der Luft, wie hier am 4. Oktober 2016, zerstören die Stadt Aleppo und töten die schutzlosen Bewohner.

Die Entwicklungen nach dem Arabischen Frühling

Der Arabische Frühling hat nicht nur die Innenpolitik in zentralen arabischen Staaten verändert, er hat auch zur Neugestaltung der regionalen Ordnung im Nahen Osten beigetragen. War die Regionalpolitik vor 2011 noch durch eine klare Blockbildung zwischen einem prowestlichen Lager (Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Israel) und einer antiwestlichen „Achse des Widerstands“ (Iran, Syrien, libanesische Hisbollah und palästinensische Hamas) gekennzeichnet, so haben die Rückkehr zu einem autoritären Regime in Ägypten und die Kriege in Libyen, im Jemen und insbesondere in Syrien zu einer unübersichtlichen Multipolarität geführt. Entsprechend lassen sich einige regionalpolitische „Verlierer“, aber nur wenige „Gewinner“ identifizieren.

Eindeutige Verlierer nach dem Arabischen Frühling sind Syrien, Ägypten und die Türkei. Syrien ist vom Akteur zur Arena regionalpolitischer Konkurrenz geworden. Der internationalisierte Bürgerkrieg hat hier zu einer humanitären Katastrophe mit circa einer halben Million Toten, über zwölf Millionen Flüchtlingen und der weitgehenden Zerstörung des Landes geführt. Für sein Überleben ist das autoritäre Regime unter Baschar al-Assad essenziell auf die regionale Unterstützung durch Iran, die Hisbollah und, außerregional, durch Russland angewiesen. Als zentrale Unterstützer oppositioneller, weithin sunnitisch-islamistischer Milizen treten Saudi-Arabien, die Türkei, Katar und, außerregional, die USA auf. Beim Syrienkonflikt handelt es sich folglich um einen doppelten Stellvertreterkrieg: Erstens geht es um die regio-

nale Hegemonie im Nahen Osten, zweitens um die globale Vorherrschaft zwischen den einflussreichsten Staaten außerhalb der Region.

Ägypten hat regionalpolitisch ebenfalls an Einfluss verloren. Auf den Sturz von Präsident Husni Mubarak im Februar 2011 folgte eine Phase der innenpolitischen Unsicherheit. Präsident Muhammad Mursi (reg. Juli 2012 bis Juli 2013) von der Muslimbruderschaft erzielte mit der ägyptischen Vermittlung im Gazakonflikt im November 2012 zwar einen diplomatischen Erfolg. Die massive finanzielle Außenabhängigkeit Ägyptens änderte dies jedoch nicht. Sie verringerte sich auch nicht in Folge des Militärputsches unter General Abdel-Fattah al-Sisi im Juli 2013, als Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Katar und die Türkei als regionale Hauptfinanziers ablösten. Als finanziell abhängige, innenpolitisch repressive Militärdiktatur dürfte Ägypten auf absehbare Zeit keine Vorreiterrolle mehr im Nahen Osten spielen.

Aufgrund ihrer *soft power* – außenpolitische Unabhängigkeit, Konservatismus der Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), Parteienpluralismus und wirtschaftlicher Erfolg – galt die Türkei zu Beginn des Arabischen Frühlings als aufstrebende Regionalmacht. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan (reg. seit 2002, Präsident seit August 2014) unterstützte in Tunesien, Ägypten und Marokko offen die moderat-islamistische Opposition, was ihm kurzfristig Ansehen verschaffte. Durch den Putsch in Ägypten 2013 verlor die Türkei allerdings nicht nur einen Partner im bevölkerungsreichsten arabischen Land, sondern auch die Beziehungen zu Saudi-Arabien und den VAE verschlechterten sich. Der Hauptgrund für den regionalen Niedergang

der Türkei nach 2011 ergab sich jedoch durch den Syrienkrieg: Zum einen trug die grenzüberschreitende Verflechtung mit der Kurdenfrage dazu bei, dass der Syrienkonflikt Teil der türkischen Innenpolitik wurde. Zum zweiten verlor Erdogan regional an Glaubwürdigkeit, als er sehr schnell einen *regime change* in Syrien forderte, obwohl er noch kurz zuvor gutnachbarschaft-



Die Außenminister der USA und Russlands sowie in den Konflikt involvierter Nachbarländer Syriens können im Oktober 2016 in Lausanne, Schweiz, kein Einvernehmen erzielen.

liche Beziehungen zum Assad-Regime gepflegt hatte. Im Herbst 2016 hat die türkische Regierung unter Recep Tayyip Erdogan durch ihre Annäherung an Russland die Forderung nach einem Sturz Assads aufgegeben.

Diesen „Verlierern“ stehen mit den kleinen Golfstaaten Oman oder den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zwei regionalpolitische „Gewinner“ gegenüber. Beiden gelang es, auf unterschiedliche Weise wichtige diplomatische und sicherheitspolitische Nischen auszufüllen. Oman spielte als Vermittler in den Atomverhandlungen zwischen Iran und den P5+1 (fünf UN-Sicherheitsratsmitglieder plus Deutschland) sowie im Syrienkonflikt eine wichtige Rolle. Die VAE unterstützen durch ihre Finanzkraft wesentlich die Opposition in Libyen sowie das Militärregime in Ägypten. Zudem gelang es ihnen, den regionalpolitischen Einfluss ihres Nachbarn am Golf, Katar, der den Muslimbrüdern gegenüber freundlich eingestellt ist, zu begrenzen.

Saudi-Arabien Position in der regionalen Ordnung ist zwiespältig. Einerseits ist es Riad gelungen, trotz massiver Unruhen in Bahrain alle acht arabischen Monarchien gegen Umsturzversuche zu verteidigen. Auch in Ägypten hat es mit Präsident Sisi seit 2013 wieder einen abhängigen Verbündeten – nach dem Schock über den Sturz des vormaligen ägyptischen Partners Mubarak im Februar 2011. Andererseits konnte Saudi-Arabien nicht verhindern, dass der zentrale Gegenspieler Iran mit den

Kulturelle Zerstörung im Jemen

[...] [Jemen,] [d]as Armenhaus der Arabischen Welt, steht vor einer humanitären Katastrophe – und einer kulturellen.

Felix – „glückliches Arabien“ nannten die Römer einst diese Region. Seit Beginn des Krieges im März 2015 aber überschlugen sich die Berichte über Bombenschäden, Plünderungen und Raubgrabungen. Unesco-Chefin Irina Bokova geißelte öffentlich „die sinnlose Zerstörung einer der reichsten Kulturen der arabischen Welt.“ Europäische Antikenspezialisten registrierten bei Auktionen einen dubiosen Anstieg von „südarabischen Objekten aus alten Sammlungen“.

Die Liste der Verluste durch saudische Luftangriffe und Jihadisten-Attentate wird lang und länger. Eine einzige Rakete vernichtete das Museum von Dhamar im Hochland, welches 12500 Objekte beherbergte. Das gleiche Schicksal erlitten die beiden antiken Ausgrabungsstätten Baraqisch und Sirwah aus vorislamischer Zeit, wo deutsche Forscher eine große Tempelanlage freilegten. Fünf Häuser der Altstadt von Sanaa, die zum Unesco-Welterbe gehören, fielen den Bomben des superreichen Nachbarn zum Opfer. Auch die beiden antiken Großschleusen am ältesten Staudamm der Menschheit in Marib, der bereits im Koran erwähnt ist, wurden beschädigt.

Die aus dem 3. Jahrhundert stammende Stadtmauer von Saada, der Hochburg der Houthis, liegt in Trümmern genauso wie die tausend Jahre alte Zitadelle von Taizz. Das örtliche Museum, was wertvolle Manuskripte und vorislamische Exponate besaß, brannte aus.

Schibam im Hadramaut, das ebenfalls zum kulturellen Welterbe gehört und mehr als zehn Jahre lang von deutschen Spezialisten restauriert wurde, erlebte ein Bombenattentat des IS. Stadtmauer und Häuser wurden teils stark beschädigt. Das „Manhattan der Wüste“ ist berühmt für die ersten Wolkenkratzer der Menschheit, nicht aus Stahl und Beton, sondern aus Lehmziegeln und Holz. Die größten der 500 Exemplare erreichen mit neun Stockwerken fast zwanzig Meter.

Nach dem Urteil von Mohannad ai-Sayan, dem Antikenchef des Jemen, erleidet seine Heimat derzeit die gleiche ideologisch-religiös getriebene Kulturzerstörung wie Syrien und Irak. [...]

Martin Gehlen, „Bomben gegen eine Hochkultur“, in: Frankfurter Rundschau vom 22. August 2016 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.



Weithin unbeobachtet von der Weltöffentlichkeit bekriegt eine von Saudi-Arabien geführte Militärallianz die schiitischen Huthi-Rebellen im Jemen. Suche nach Überlebenden nach einem Luftangriff auf die Altstadt Sanaas

P5+1 im Juli 2015 ein Atomabkommen abschloss und somit politisch aufgewertet wurde. Ähnlich sieht es im Syrienkrieg aus, wo das verfeindete Assad-Regime, unterstützt durch Russland und Iran, militärische Fortschritte erzielen konnte. Der Angriffskrieg Saudi-Arabiens im benachbarten Jemen im März 2015, der kurz nach dem Thronwechsel von König Abdullah auf König Salman (reg. seit Januar 2015) begann, hat bislang keine nachhaltigen regionalpolitischen Erfolge gezeitigt.

Ähnlich wie Saudi-Arabien ist auch die Stellung Irans in der nahöstlichen Regionalpolitik seit 2011 widersprüchlich. Einerseits sind vormalige Kontrahenten wie Mubarak in Ägypten beseitigt und Erdogan in der Türkei deutlich geschwächt. Der wichtigste arabische Partner, das Assad-Regime in Syrien, hat nicht zuletzt wegen des finanziellen und militärischen Engagements Irans überlebt. Schließlich hat das Atomabkommen Iran regional und global aufgewertet. Andererseits hat der Arabische Frühling nach gut fünf Jahren nicht zum von Iran erwarteten „islamischen Erwachen“ moderater Islamisten geführt, sondern antischiitische Salafisten und Dschihadisten wie die des „Islamischen Staats“ gestärkt und allgemein bewirkt, dass sich die Glaubensrichtungen im Nahen Osten zunehmend feindseliger und radikaler gegenüberstehen. Das Assad-Regime ist massiv geschwächt und regionalpolitisch isoliert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die nahöstliche Regionalordnung nach dem Arabischen Frühling durch eine

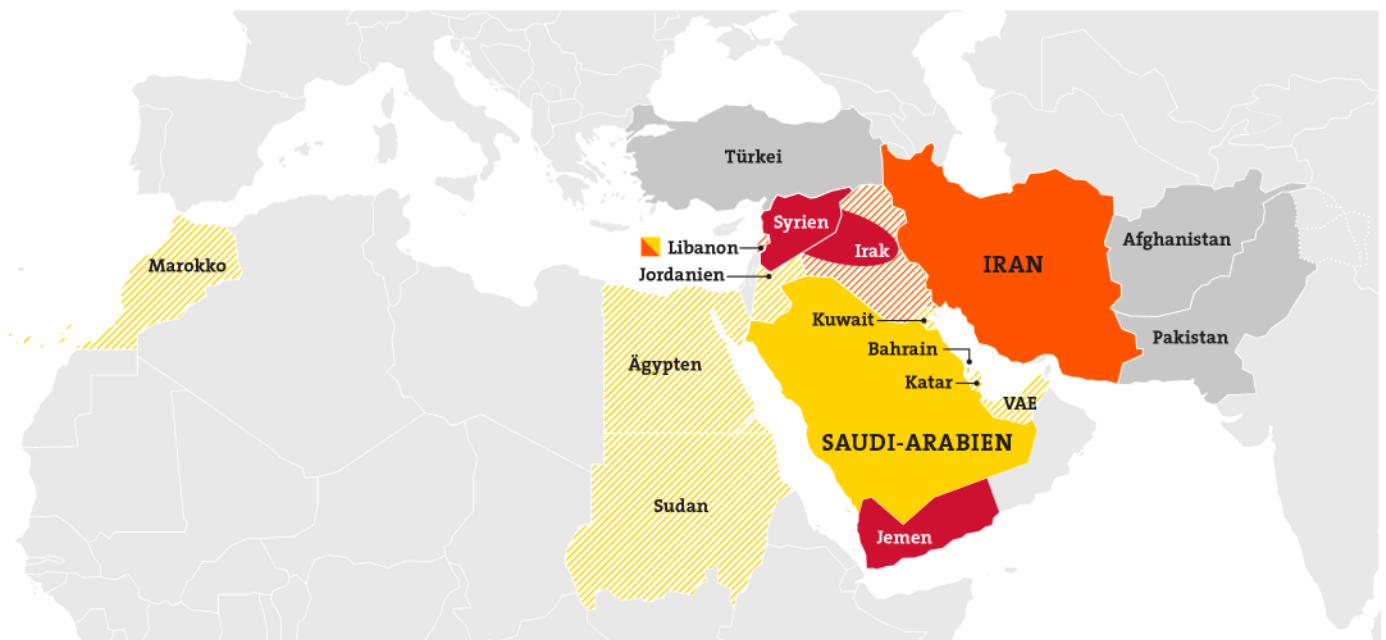
komplexe Multipolarität gekennzeichnet ist. Während Saudi-Arabien und Iran ihre regionalen Führungsansprüche aufrechterhalten konnten, ist der Einfluss der Türkei, Ägyptens und Syriens deutlich zurückgegangen. Israel bleibt weithin isoliert. Die Allianzbildung ist wechselhaft und oftmals eine Reaktion auf dynamische Veränderungen in den zentralen regionalen Arenen, vor allem im Syrienkrieg.



Im Juli 2015 wird in Wien ein Abkommen über das Atomprogramm des Iran erzielt. Es weckt Hoffnungen auf friedliche Annäherung und Wiederaufnahme der ausgesetzten Handelsbeziehungen.

Einflusszonen des Iran und Saudi-Arabiens

Saudi-Arabien nahe Staaten (sunnitisch geprägt)
Iran nahe Staaten (schiitisch geprägt)
nicht arabische, sunnitische Staaten
Konfliktgebiete



Konfliktpositionen in ...

■ Syrien	unterstützt Rebellen, um Staatsoberhaupt Assad zu stürzen
■ Irak	unterstützt sunnitische Minderheit
■ Libanon	fördert christliche und sunnitische Parteien
■ Jemen	fliegt Luftangriffe gegen schiitische Huthi-Rebellen

Iran

unterstützt das Assad-Regime
unterstützt Regierung und schiitische Milizen im Kampf gegen den IS
fördert und finanziert die schiitische Hisbollah-Miliz
unterstützt Huthi-Rebellen



Ausdruck von Stolz und Hoffnung: Eine Wandmalerei im libyschen Tripolis, aufgenommen am 16. März 2012, zeigt Läufer mit den Flaggen Libyens, Ägyptens und Tunesiens. Sie bringen die „Flamme der Freiheit“ auf ausgestreckte Arme zu, die nach der Beschriftung Syrien und den Jemen versinnbildlichen.

STEPHAN ROSINY / THOMAS RICHTER

Der Arabische Frühling und seine Folgen

Fünf Jahre nach Ausbruch des Arabischen Frühlings ist die Bilanz ernüchternd: Die Hoffnungen auf eine politische Zeitenwende sind vorerst gescheitert, stattdessen prägen Repression, Bürgerkriege und Dschihadismus viele Länder des Nahen Ostens. Dennoch markieren die Proteste eine historische Zäsur, die Perspektiven für die Zukunft eröffnet.

Anfang des Jahres 2011 erfasste eine breite Protestwelle, die als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wird, den Nahen Osten. In fast allen Ländern der Region kam es zu spontanen Demonstrationen, die sich in einigen Staaten zu breiten Protestbewegungen gegen die jeweiligen Regime ausweiteten und die autoritär herrschenden Präsidenten in Tunesien, Ägypten, Libyen und im Jemen stürzten. In den meisten Ländern wurden in der Folge – wenn auch oft nur kosmetische – Reformen durchgeführt.

Über fünf Jahre später lässt sich leider nur eine ernüchternde Bilanz des Arabischen Frühlings ziehen, denn kaum eine mit ihm verbundene Erwartung erfüllte sich. Weder kam es zu einer breiten Demokratisierung in der Region, noch gelang es – mit Ausnahme Tunesiens –, verfassungsmäßig garantierte

und staatlich geschützte Freiheitsrechte durchzusetzen. Die soziale und wirtschaftliche Lage hat sich in den meisten Ländern weiter verschlechtert, und fast alle autoritären Regime konnten ihre Herrschaft nach einer Phase der Unsicherheit erneut festigen. Mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche, aus partiellen Reformen, finanziellen Vergünstigungen, dem Einsatz von Überwachungstechnologie und staatlicher Repression bis hin zu gewaltsamer Unterdrückung gelang es den Autokraten, die heterogenen Oppositionsbewegungen zu kooptieren, zu spalten, einzuschüchtern und zu unterwerfen. Einzig in Tunesien kam es zu einem Regimewechsel, der in einen anhaltenden, aber keineswegs unumkehrbaren Demokratisierungsprozess mündete.

In Syrien, Libyen, im Jemen und im Irak eskalierten oppositionelle Proteste und gewaltsame staatliche Repression in Bürgerkriege, die durch die Intervention regionaler und internationaler Akteure zusätzlich angeheizt wurden und bis heute anhalten. Die Folge waren schwere regionale Verwerfungen, deren Auswirkungen bis nach Europa reichen: Im Machtvakuum zerfallender Staaten haben sich die Dschihadisten von al-Qaida und vom „Islamischen Staat“ (IS) ausgebreitet, die

Gestrandet in Libyen

[...] Kutobo lebt [...] in einem Klassenraum. Die Behörden von Misrata haben eine Schule am Rand der Stadt in ein Auffanglager für illegale Migranten umgewandelt. Am Ende des Flures, an dem sich die Unterrichtsräume reihen, ist nun eine schwere Gittertür montiert. Die Räume [...] sind voller junger Männer, die darauf warten, dass die Zeit verstreicht. Sie sehen müde aus, mancher ist gezeichnet von Hautausschlägen, Hunger, Schlägen. [...]

„Wir wissen nicht, was wir tun sollen“, sagt Kutobo, Anfang zwanzig, aus Senegal. Mechaniker von Beruf, wie er auf Französisch erklärt. Er schaut verstohlen auf den uniformierten Wärter [...]. „Sie schlagen uns einfach immer weiter.“ Da treten mehrere der jungen Männer dazu, ziehen im Schutz der Gruppe ihre T-Shirts hoch, entblößen ihre Oberkörper, auf denen sich lange Striemen aneinanderreihen. [...]

Es würde ihnen wohl kaum etwas nützen, ihre Botschaften zu informieren. Von Vertretern der örtlichen Sicherheitskräfte heißt es, dass die Diplomaten keinen Finger krumm machten, um die Rückführung zu unterstützen. [...] „Sie scheren sich einen Dreck um ihre Landsleute“, sagt [Muhammad] Kahousch [ein Polizeioffizier, der das Auffangzentrum von Misrata leitet]. So sei es unmöglich, die afrikanischen Migranten wieder abzuschieben. Er fühlt sich allein gelassen. Von den Herkunftsstaaten, von Europa, auch von den Politikern in der Hauptstadt [...]

Zwei Stunden Autofahrt von seinem Büro entfernt toben in der Stadt Sirte blutige Kämpfe gegen die Dschihadisten des „Islamischen Staates“. Libyen ist zerrissen, verstrickt in einen Machtkampf um die Ressourcen des Staates, der Hunderttausende zur Flucht in eigenen Land gezwungen hat. Die Wirtschaft ist im Niedergang, der Wert der Landeswährung im freien Fall. Die Behörden haben ebenso wenig Geld wie die Bevölkerung, die sich für die Ausgabe des streng rationierten Bargeldes durch lange Schlangen quälen muss. Und dann auch noch die Menschen, die zu Tausenden über die offenen Südgrenzen auf dem Weg nach Europa nach Libyen strömen. Gerade ist wieder Saison, und immer wieder werden in diesen Tagen die Leichname derer, die die Überfahrt nicht überleben, an die Strände gespült.

„Es sind zu viele“, sagt der Offizier Muhammad Kahousch. Ihm fehlten die Mittel, die Lage zu bewältigen. Gäbe es nicht ein paar Geschäftsleute mit gutem Herz – er wäre aufgeschmissen, sagt er. [...]

Mancher der Aufgegriffenen, die jetzt unter seiner Führung in der Schule von Misrata einsitzen, hatte weiterziehen wollen, sobald er das Geld für die Überfahrt beisammen gehabt hätte. Andere sagen, sie wollten in Libyen bleiben und die Familie oder das Dorf in der Heimat mit dem Geld versorgen, das sie hier verdienen. Wie in den anderen Städten Libyens gehören die afrikanischen Tagelöhner auch in Misrata zum Straßenbild. Sie warten an Kreuzungen und Kreisverkehren in der Hitze darauf, dass jemand anhält und sie für eine Handvoll Dinar beschäftigt. [...]

[...] Die Flucht nach Europa erfolgt in Wellenbewegungen. Zunächst geht es in den Süden Libyens, in die Stadt Sabha. [...] Von dort aus geht es nach einer Zeit dann aufs Meer und weiter nach Europa – wenn das nötige Geld aufgetrieben wurde.

„Die Schmugglerbanden üben großen Druck auf uns aus“, berichtet eine junge Frau von der Elfenbeinküste, die ebenfalls in Misrata aufgegriffen wurde und jetzt im Frauentrakt des Auffangzentrums sitzt. Sie erzählt von Schlägen, auch von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen, denen Frauen während der Reise ausgesetzt sind. Und sie sagt wie auch die Männer ein Stockwerk weiter unten: Die Fahrt übers Mittelmeer sei nichts im Vergleich zu der langen Reise durch die Wüste. „Wer vom Lastwagen fällt, wird zurückgelassen. Das ist der sichere Tod“.

[...] [D]ie Gründe für die Bewegungsfreiheit der Menschenhändler sind vor allem die Abwesenheit der Staatsmacht, Rechtlosigkeit und das Chaos. Milizen nehmen Recht in eigene Hände. Oft verfolgen sie Eigeninteressen und sind in den Schmuggel von Benzin, Menschen oder Waffen verstrickt. In Sabha und Umgebung bekämpfen sich die Stämme und Bevölkerungsgruppen seit Jahren untereinander. Inzwischen haben sich die Fehden politisch aufgeladen, indem sie sich den verfeindeten Lagern des innerlibyschen Machtkampfes angeschlossen haben. Und inmitten des Chaos ringt die unter UN-Vermittlung aufgestellte Regierung der nationalen Einheit darum, Fuß zu fassen.

Aber überall sind die Stammesbande wichtiger als das Interesse des Landes. Kriminelle werden nicht ausgeliefert, weil sie Söhne einer Stadt oder eines Clans sind. Vierorts profitieren auch Dschihadistengruppen, die mit den Schmugglern gemeinsame Sache machen. Die Schleuserbanden haben leichtes Spiel, weil sie gedeckt werden oder unter dem Schutz der Milizen und korrupter Funktionäre agieren. Also bleibt nur eine Möglichkeit: die Flüchtlinge festzusetzen, die dann in den überlasteten Auffanglagern ausharren müssen. Wenn die Lager zu voll werden, dann werden Migranten freigelassen. Und auch korrupte Wärter eröffnen manchem Insassen einen Ausweg.

„Das alles ist ein Riesengeschäft, das sicher einige Milizionäre zu Millionären gemacht hat“, sagt der junge Helfer im Auffangzentrum von Misrata. „Wenn du ein paar Boote kaufen kannst und ein paar Cousins mit Kalaschnikows hast, dann bist du dabei“, sagt er. Schmuggel sei eben eine relativ sichere Erwerbsquelle in Zeiten der Wirtschaftskrise und der Rechtlosigkeit. [...]

Christoph Ehrhardt, „Warten auf das Boot“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. August 2016. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.



Einst eine Schule, dann ein Auffanglager für Flüchtlinge. In der libyschen Stadt Misrata stranden Menschen, die die Hoffnung auf Besserung in ihrem eigenen Land aufgegeben haben und nach Europa wollen.

weltweit Terroranschläge verüben. Millionen von Menschen fliehen vor den Kriegen, viele von ihnen nach Europa. Doch wie konnte es dazu kommen, dass der mit so viel Hoffnung begonnene Arabische Frühling zur Rückkehr der Autokraten und zum Ausbruch von Bürgerkriegen führte?

Ein epochaler Einschnitt

Der Arabische Frühling begann mitten im Winter 2010/2011 mit einem unter den damaligen autoritären Regimen fast bedeutungslosen Ereignis; vergleichbar mit dem aus der Chaostheorie stammenden sprichwörtlichen „Flügel Schlag eines Schmetterlings, der einen Orkan auslöst“. Am 17. Dezember 2010 beschlagnahmten in der kleinen tunesischen Provinzstadt Sidi Bouzid lokale Ordnungskräfte den Verkaufswagen des Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi, weil er keine Verkaufslizenz besaß. Sie folgten damit einer üblichen Praxis, wobei dem jungen Händler vermutlich vor allem „Beziehungen“ zu einer einflussreichen Person oder das nötige Kleingeld für eine Bestechung fehlten. Im Handgemenge soll ihn zudem eine Polizistin geohrfeigt haben. Sein bei einer höheren Stelle eingereichter Protest wurde abgelehnt. Eine Mischung aus Demütigung und Ohnmacht trieb ihn vermutlich dazu, sich anschließend vor dem örtlichen Verwaltungsgebäude öffentlich selbst zu verbrennen.

In den darauf folgenden Stunden und Tagen kam es zu zunächst spontanen, lokal begrenzten und später zu landesweiten Solidaritätskundgebungen. Die tunesischen Sicherheitskräfte reagierten anfangs der üblichen Praxis entsprechend, indem sie versuchten, die Proteste gewaltsam niederzuschlagen; dabei kam es zu ersten Toten. Doch diesmal lief alles anders: Im Nachrichtenkanal *al-Jazeera*, der in Katar seinen Sitz hat, weite Teile der arabischen Bevölkerung erreicht und sich zum wichtigsten Mobilisierungsmedium des Arabischen Frühlings entwickeln sollte, erschienen mit Handy-Kameras aufgenommene Filme der Selbstverbrennung und der anschließenden Proteste. Bei der lokalen Verbreitung von Information und der Mobilisie-

rung landesweiter Proteste spielten zusätzlich soziale Medien wie etwa *Facebook* eine Rolle. Schnell erreichte die Empörungswelle die tunesische Hauptstadt Tunis, verbreitete sich von dort weiter in benachbarte Länder und löste dort neue Protestwellen aus, über die dann abermals *al-Jazeera* berichtete. In den ersten Tagen und Wochen des Arabischen Frühlings schlug die jahrzehntelang angestaute Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit in offene Wut gegen die autoritären Regime um, die sich durch die routinemäßige staatliche Repression nur noch steigerte. Immer mehr Menschen schlossen sich den Protesten an und durchbrachen gemeinsam die Mauer der Angst. Innerhalb von nur acht Wochen wurden zwei der vermeintlich stabilsten Autokraten des Nahen Ostens, Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien am 14. Januar 2011, und Hosni Mubarak in Ägypten am 11. Februar, gestürzt, und in fast allen arabischen Ländern brachen Unruhen aus.

Proteste und ihre Folgen

Viele lokale Bezeichnungen für die Protestbewegungen – in Tunesien Jasminrevolution und in Ägypten Lotusblütenrevolution – haben sich nicht durchgesetzt. Diese Namen beziehen sich auf Vorgängerbewegungen wie die Nelkenrevolution in Portugal 1974, die Rosenrevolution in Georgien 2003 oder die Zedern-Revolution im Libanon 2005. Die botanischen Bezüge weisen zudem Nähe zu den osteuropäischen Farbrevolutionen der 2000er-Jahre und zur Grünen Revolution 2009 im Iran auf.

Der in westlichen Medien seit Beginn des Jahres 2011 aufgekommene Begriff des Arabischen Frühlings verbindet damit das Bild eines Tauwetters, welches die autoritären politischen Regime im Nahen Osten und Nordafrika dahinschmelzen lassen sollte. Bei vielen arabischen Kommentatoren stößt die Frühlings-Metapher eher auf Skepsis, weil sie ihrer Ansicht nach zu einseitig auf eine Demokratisierung nach westlichem Vorbild abzielt. So sprach man in arabischen Medien eher von „der Tunesischen“, „der Ägyptischen“ oder allgemein „der Arabischen Revolution“ (*ath-Thaura al-Arabiyya*).

Die Protestbewegungen des Arabischen Frühlings bestanden aus einer breiten Koalition aller sozialen Schichten, die ganz unterschiedliche Motive hatten. Viele außerhalb der Hauptstädte Lebende beklagten die Diskriminierung und Unterentwicklung ihrer ländlichen Gebiete oder peripheren Städte. Hohe Arbeitslosigkeit und die allgemeine Perspektivlosigkeit mobilisierten besonders junge Menschen. Seit 2007 rasant gestiegene Weltmarktpreise für Lebensmittel verschärften die Notlage vieler Menschen zusätzlich. Liberale verlangten nach politischer Freiheit und einem Ende der autoritären Eiszeit. Sie wollten sich politisch, kulturell oder ganz persönlich entfalten können und stießen dabei überall auf die Mauern repressiver Staaten und konservativer Gesellschaften.

Die sehr heterogenen Protestgruppen verband eine grenzüberschreitende Symbolik, die eine sich wechselseitig bestärkende und verstärkende Welle der regionalen Mobilisierung ermöglichte. Die einheitliche Namensgebung von Protesttagen, Parolen und Songs schufen eine gemeinsame Protestkultur. Eine wichtige Rolle spielten dabei soziale Medien wie *Facebook*, *Twitter* sowie Mobiltelefone, die zu den wichtigsten Mitteln der Kommunikation und Mobilisierung wurden. Satellitensender wie *al-Jazeera* und *al-Arabiya*, die in der gesamten Region verbreitet sind, strahlten Meldungen live aus. Zudem stellten sie ein Bindeglied zu westlichen Medien her: Von Demonstranten



Gemeinsam die Mauer der Angst durchbrechen – besonders junge Menschen beteiligen sich an den Protesten gegen autoritäre Staatsführungen und die eigene Perspektivlosigkeit, hier in Tunesien – der Wiege des Arabischen Frühlings.



„Sie lügen“ – so die arabischen Lettern auf dem Plakat, die Militärmütze weist darauf hin, wer gemeint ist. Stattdessen wird für die Plattform Kazeboon der jungen Revolutionäre geworben.



Ein zentrales Mobilisierungsmedium im Arabischen Frühling ist der TV-Sender al-Jazeera. Berichterstattung über die Niederschlagung der Proteste in Bahrain, Februar 2011



Der Stadtteil Gorji, Tripolis, so der in den Nationalfarben Libyens gehaltene arabisches Schriftzug der Wandmalerei im Mai 2012, verpasst dem Diktator Gaddafi mit dem von ihm verfassten „Grünen Buch“ einen Fußtritt.

gezeigte arabische und englischsprachige Plakate, gefilmt mit Handkameras, ins Internet gestellt, zunächst in arabischen Satellitensendern gezeigt, dann von westlichen Fernsehkanälen wie BBC oder CNN übernommen, richteten sich an eine globale Öffentlichkeit.

Demonstrationstage erhielten Eigennamen, wie etwa der Tag des Zorns (*Yaum al-Ghadab*), mit dem die Proteste in Ägypten, Palästina, Bahrain, Libyen, Jordanien, Jemen und Saudi-Arabien begannen. Dies schuf eine unmittelbare Verbundenheit der Demonstrierenden über Landesgrenzen hinweg. Die Verwendung weiterer Namenstage verstetigte die Proteste.

Die Besetzung zentraler Straßen und Plätze wurde zu einem weiteren Erkennungsmerkmal des Arabischen Frühlings. In Tunesien war es die *Place de la Kasbah* in Tunis, auf dem Protestierende campierten und ihre Forderungen erhoben. In Rabat fanden Kundgebungen auf dem Boulevard Mohammed V. statt. Zum allgemeinen Kennzeichen des Arabischen Frühlings wurde aber der Befreiungsplatz (*Midan at-Tahrir*) in Kairo, auf dem seit dem 25. Januar 2011 alle wesentlichen Großkundgebungen stattfanden. Im Herzen Kairos gelegen, in der Nähe symbolträchtiger Gebäude wie der Geheimdienstzentrale, des Innenministeriums, der Parteizentrale der damals herrschenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) und des Ägyptischen Nationalmuseums, gelangten die Bilder der Proteste über *al-Jazeera* und viele andere Medien in die ganze Welt. Auch die brutalen Übergriffe von Sicherheitskräften und Schlägertrupps des Mubarak-Regimes spielten sich vor laufenden Kameras auf dem Tahrir-Platz ab.

Die regionale Protestdynamik des Arabischen Frühlings war ein bisher einzigartiges, epochales Ereignis. Neu waren dabei die sich wellenartig steigernden Proteste, ihre länderübergreifenden Wechselwirkungen, die durch die gemeinsam gesprochene Sprache, das Arabische, erst ermöglicht wurden, und der erstaunlich ideologiefreie Diskurs der Teilnehmenden. Die Mobilisierung richtete sich nicht mehr gegen äußere Feinde wie die USA und Israel, sondern setzte sich für ein authentisches, nationales Anliegen ein: den Sturz oder die Reform des jeweiligen autoritären Herrschaftssystems.

Die Reaktion der Autokraten

Die Regime wurden von der Spontaneität, der breiten Solidarisierung fast aller Gesellschaftsgruppen und der weitgehenden Führungslosigkeit der Protestbewegungen überrumpelt. Bisher verwendete Repressionsmaßnahmen, wie zum Beispiel politische Anführer zu verhaften, wurden dadurch untergraben. Die anfängliche Gewaltfreiheit verlieh den Protestierenden eine moralische Überlegenheit und Legitimität, die den zunehmend repressiv reagierenden Regimen umgekehrt immer mehr abhanden kam.

Aber die Hoffnung, dass nach dem Sturz von Ben Ali in Tunesien und von Mubarak in Ägypten ein autokratischer Herrscher nach dem anderen wie in einem Dominospiel fallen würde, bewahrheitete sich nicht. Denn nicht nur die Demonstranten, sondern auch die Regime begannen, voneinander zu lernen. Seit etwa März 2011 stellten sich die Autokraten zunehmend auf die neue Situation ein und griffen dabei – mit unterschiedlichem

Marokko während des Arabischen Frühlings

Mit Ende des Kalten Krieges 1989/90 musste Hassan II. sein Land auf Druck des damaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand umgestalten und zusichern, nun grundlegende Menschenrechte einzuhalten. Langsam entfaltete sich eine Zivilgesellschaft mit einer Vielzahl von Bürgerrechtsgruppen. 1995 wurde ein nationaler Ableger der weltweiten Anti-Korruptionsinitiative *Transparency International* in Casablanca gegründet. Auch *Amnesty International* konnte, nachdem ihr dies zeitweise unter Hassan II. verboten war, wieder einreisen und kooperierte mit lokalen Menschenrechtsvereinigungen. Darüber hinaus wurden in den 1990er-Jahren, einmalig für die arabische Welt, Initiativen gegen AIDS, Opferverbände ehemaliger politischer Häftlinge wie auch ein Verein arbeitsloser Universitätsabsolventen gegründet. Diese *Association nationale des diplômés chômeurs au Maroc* gewann erst im Arabischen Frühling breitere Aufmerksamkeit außerhalb des Landes.

Die marokkanische Monarchie gilt als Meister der „weichen“ Inkorporation gesellschaftlicher Forderungen. Dies bedeutet, dass es – im Gegensatz zu vielen anderen arabischen Staaten – durchaus funktionierende Kommunikationskanäle zwischen Staat und Gesellschaft gibt. Zwar bleibt Marokko ein autoritärer Staat, in dem grundlegende Bürgerrechte wie Reise- und Meinungsfreiheit verletzt werden. Aber gesellschaftliche Forderungen münden durchaus in politischen Veränderungen. Die rechtliche Gleichstellung der Frau hat sich nach langjähriger Lobbyarbeit vieler Vereinigungen verbessert, und Forderungen der Opferverbände führten 2004 zur Einrichtung einer Wahrheitskommission durch Mohammed VI., Sohn und Nachfolger von Hassan II.

Wieso konnte sich die marokkanische Monarchie im Zuge des Arabischen Frühlings halten? Und warum konnte eine prompte Verfassungsänderung den Druck der Straße mindern, während ähnliche Maßnahmen in anderen arabischen Ländern als Scheinreform bewertet wurden? Ein Grund liegt in der hier kurz angerissenen Entwicklung der vorangegangenen zwei Jahrzehnte. Ein weiterer Grund bestand darin, dass sich die alawidische Dynastie über die letzten 300 Jahre als „authentische“ Monarchie etablieren konnte. Mohammed VI. stellt sich erfolgreich sowohl als Bewahrer eines marokkanischen Sonderwegs wie auch als Reform- und Modernisierer des Landes dar. Diese Verbindung von Authentizität und Moderne wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Errungenschaft betrachtet. Zwar gibt es öffentliche Kritik am undurchsichtigen Wirtschaftsimperium des Monarchen und an der Unterentwicklung großer Teile des Landes sowie an der anhaltenden Repression und Zensur. Trotzdem forderte kaum jemand die Absetzung des Königs. Wo solche Forderungen gestellt wurden, fühlten sich Teile der Demonstranten brüskiert und blieben den Protestaktionen fern.

Die Protestbewegung (*Mouvement du 20 février* oder M20 genannt) verlangte neben Würde, Freiheit und Demokratie den Rücktritt der Regierung, die Auflösung des Parlaments und ein Ende der Despotie. In erster Linie richteten sich die Aktivisten gegen die Repräsentanten der Monarchie, wie Fouad Ali Himma, einen Vertrauten des Königs, der 2009 die *Parti Authenticité et Modernité* (PAM) gründete, oder Mounir Majidi, Geschäftsmann und persönlicher Sekretär des Königs.

Es wäre schon ein Erfolg, wenn sich Marokko tatsächlich zu einer „konstitutionellen, demokratischen und sozialen Monarchie“, wie in der Verfassung vorgegeben, entwickeln würde. Mit diesem Ziel schlossen sich Aktivisten 2011 unter dem Slogan „Für

eine parlamentarische Monarchie“ zusammen. Allerdings wurde auch dieser Begriff umgehend in die neue Verfassung übernommen. Dies zeigt erneut, wie schnell staatliche Institutionen in der Lage sind, gesellschaftliche Forderungen zu erkennen und zu inkorporieren. Auch formierten sich starke Gegenbewegungen gegen die reformorientierten Aktivisten in Marokko wie das *Mouvement du 9 mars* oder *Contre le mouvement du 20 février*.

Als Reaktion auf die Demonstrationen und den Sturz der Präsidenten Ben Ali und Mubarak kündigte Mohammed VI. weitere Dezentralisierungsschritte sowie eine Verfassungsreform an, die 2011 per Referendum angenommen wurde. Ihre wichtigsten Neuerungen betreffen die Einführung der Berbersprache Tamazight als zweite Amtssprache, die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit von Judikative, Legislative und Exekutive, die Aufwertung der Position des Premierministers und das Recht des Parlaments, mit den Stimmen eines Fünftels der Abgeordneten eine Untersuchungskommission zu beantragen. Mit der Reform wird der König nicht mehr als „heilig“ bezeichnet, aber seine Person ist weiterhin „unantastbar“. Dies mögen geringe semantische Veränderungen sein, sie waren jedoch ein wichtiger Schritt in der Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Herrscher und Bürgern.

In den anschließend vorgezogenen Parlamentswahlen konnte die gemäßigte islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Parti de la Justice et du Développement*, PJD) ihre Sitze von 46 auf 107 erhöhen. In Anwendung der neuen Verfassung musste der König nun den Kandidaten der PJD, Abdelilah Benkirane, zum Ministerpräsidenten ernennen. Zuvor konnte der Monarch diesen Posten unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament bestimmen oder auch einen Parteilosen in das Amt berufen.

Obwohl die neue PJD-geführte Regierung eindeutig ein Ergebnis der Umbrüche in Nordafrika ist, stellte sich Benkirane explizit gegen die Protestbewegung. Kaum im Amt, verkündete er, die Proteste nicht zu unterstützen, da „die Monarchie in Gefahr sei“ und die Jugendbewegung sich nichts auf ihre politische Stärke einbilden solle. 2007 hatte die islamistische, außerparlamentarische Oppositionsbewegung „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ ihre Anhänger noch zur Stimmabgabe für die PJD aufgerufen, 2011 empfahl sie dies nicht mehr. Die PJD galt ihnen als königstreue Opposition. Trotzdem wurde sie in den Parlamentswahlen 2016 erneut zur stärksten Partei mit 125 von 395 Sitzen.

Weiterhin entwickelte sich in der Folge des Arabischen Frühlings aus den verschiedenen Protestgruppen eine Reihe von kleineren, themenbezogenen Zusammenschlüssen, etwa zur Reform des Hochschulwesens. Die graduellen Reformen in Marokko werden von vielen Bürgern – insbesondere mit Blick auf Algerien in den 1990er-Jahren und das heutige Syrien – als positiv bewertet. Andere verwerfen sie jedoch als Scheinreformen. Laut dem marokkanischen Kulturwissenschaftler Moha Ennaji glaubt die Opposition nicht, dass die Veränderungen ausreichen, damit sich Marokko zu einer konstitutionellen Monarchie nach europäischem Vorbild entwickelt. Der ungelöste Widerspruch zwischen den Verfassungszielen und der politischen Realität sowie die extremen sozialen Ungleichheiten im Land bergen weiterhin gesellschaftliche Sprengkraft.

Sonja Hegasy

Dr. Sonja Hegasy ist Islamwissenschaftlerin und stellvertretende Direktorin des Zentrums Moderner Orient in Berlin.

Erfolg – auf angepasste Instrumente der Herrschaftsstabilisierung zurück: Sie kamen zunächst einigen Forderungen der Demonstrierenden entgegen, etwa indem sie unbeliebte Minister oder ganze Regierungen als die mutmaßlichen Sündenböcke austauschten, Verfassungsreformen versprachen und teilweise auch umsetzten. Zusätzlich versuchten sie, sich Wohlverhalten zu erkaufen, indem sie Kürzungen staatlicher Subventionen auf Grundnahrungsmittel und Energieträger zurücknahmen, neue Subventionen einführten, kurzfristig Arbeitsplätze in der Bürokratie und im Sicherheitsapparat schufen und die Löhne im Staatssektor erhöhten.

Die Autokraten bemühten sich zudem, die Opposition zu spalten und zu diskreditieren. Sie beschimpften sie als „Agenten“ ausländischer Mächte (so in Bahrain und Saudi-Arabien), als „Saboteure“ und „Terroristen“ (Syrien) und als „Ratten und Kakerlaken“ (Muammar al-Gaddafi in Libyen), oder sie entwarfen die Drohkulisse ethnisch-konfessioneller Bürgerkriege (Bahrain und Syrien). Eine politische Liberalisierung, so warnten sie den besorgten Westen, werde zum Machtgewinn fundamentalistischer Islamisten und zu dschihadistischem Terrorismus führen. Wo alles nicht mehr half, verfielen die Regime in blanke Repression. Den Präzedenzfall setzte Bahrain, das mit Hilfe von Truppen aus Saudi-Arabien und den VAE am 14. März 2011 der friedlichen Besetzung des Perlenplatzes durch die Demonstranten gewaltsam ein Ende bereitete. Es folgten Jemen, Libyen und dann mit aller Wucht Syrien. In den drei letztgenannten Ländern griffen Teile der Opposition ihrerseits zu den Waffen, was zu bis heute anhaltenden Bürgerkriegen unter starker Beteiligung externer Mächte führte (Stand September 2016).

Die Monarchen verhielten sich insgesamt geschickter als die politischen Eliten der republikanischen Regime. König Mohammed VI. von Marokko beispielsweise setzte sich an die Spitze der Reformbewegung, indem er eine Verfassungsreform anstieß und hierdurch seine Monarchie stabilisierte. Der Emir von Katar, Hamad bin Khalifa Al Thani, trat sogar als Vorkämpfer der revolutionären Umgestaltung auf, indem er den Satellitensender *al-Jazeera* finanzierte, der die frühe Protestdynamik in der Region bekannt gemacht und damit indirekt gefördert hatte. Er beteiligte sich an der Militäroperation gegen das Gaddafi-Regime, bereitete maßgeblich die Sanktionen gegen das syrische Regime vor und gehört zu den Hauptfinanziers der syrischen Rebellen.

Die Beständigkeit aller acht Monarchien – der sechs Golfmonarchien, Marokkos und Jordaniens – lässt sich durch ein Zusammenspiel von vier Faktoren erklären, die sie von den meisten Republiken unterscheiden: ihre traditionell bzw. religiös legitimierte Herrschaft, eine effektive Eliteneinbindung und Familienherrschaft, eine großzügige Distributionspolitik sowie westliche und regionale Unterstützung. Gewaltsame Repression hingegen, wie beispielsweise durch die bahrainische Monarchie, stellt die letzte Möglichkeit monarchischer Herrschaftsstabilisierung dar.

Bürgerkriege, Konfessionalismus und Dschihadismus

Neben der Frage von republikanischer oder monarchischer Herrschaft spielte die ethnisch-konfessionelle Zusammensetzung der Gesellschaften eine wichtige Rolle im Protest- und Konfliktverlauf des Arabischen Frühlings. In den weitgehend homogenen sunnitischen Gesellschaften Nordafrikas ging es bei den Protesten vor allem um die Machtverteilung im Staat, während in den stärker nach Ethnien, Stämmen und Glaubensrichtungen gespaltenen Gesellschaften des ostarabischen Raums (Bahrain, Irak, Saudi-Arabien, Syrien und Jemen) und in Libyen verschiedene Identitätsgemeinschaften um die Kontrolle und das Selbst-

verständnis des Staates konkurrieren. Einzig im Libanon war es bereits zu einem früheren Zeitpunkt gelungen, durch ein Machtteilungsarrangement alle Gemeinschaften weitgehend gleichberechtigt in den Staat einzubinden.

In Syrien führten die massive Repression des (alawitisch dominierten) Regimes von Baschar al-Assad und der seit Sommer 2011 zunehmend gewalttätige, überwiegend von Sunniten getragene Aufstand zu einer verheerenden Gewaltdynamik. Bis Mitte 2016 kamen schätzungsweise zwischen einer viertel und einer halben Million Menschen ums Leben, fünf Millionen flohen ins Ausland, acht Millionen innerhalb des Landes. Zusammen ist dies mehr als die Hälfte der ehemals 23 Millionen Einwohner. Zwischen 1000 und 2000 verschiedene Milizen kämpften in der zerstrittenen Opposition, die finanziell und militärisch von Saudi-Arabien, Katar, der Türkei, den USA und vielen weiteren Ländern Hilfe erhält. Das Regime wird unterdessen massiv von Iran und Russland sowie verschiedenen schiitischen Milizen wie der libanesischen Hisbollah unterstützt. Das Kriegsgeschehen schwankte mehrfach hin und her, doch gelang keiner Seite ein grundlegender militärischer Sieg.

Im Machtvakuum zwischen Regimetruppen und Rebellen erstarkten salafistische und dschihadistische Milizen, die Syrien – genauer Großsyrien (arab.: *Bilad asch-Scham*), das auch den Libanon, Jordanien und Palästina/Israel umfasst – als Territorium einer apokalyptischen Endzeitschlacht zwischen Gläubigen und Ungläubigen ansehen. Sie wollen es durch die Einführung einer rigiden Interpretation des islamischen Rechts, der Scharia, zu einem islamischen Musterstaat umwandeln.

Die radikalste dieser Gruppierungen ist die aus al-Qaida im Irak hervorgegangene Terrormiliz IS (siehe S. 18). Sie drang 2013 nach Syrien ein, eroberte dort weite Gebiete und gewann neue Anhänger, darunter Tausende ausländische Kämpfer aus arabischen Ländern, Europa und Kleinasien. Im Sommer 2014 kehrte sie in den Irak zurück, besetzte dort große Territorien und rief im Juni des Jahres ein Kalifat aus. Dieses wollte alle menschengeschaffenen Grenzen einreißen, einen universalen „Islamischen Staat“ errichten und alle Muslime weltweit in seinem Territorium vereinen, um von dort aus die Endzeitschlacht zwischen Gläubigen und Ungläubigen zu führen. Diese apokalyptische Vision ist gescheitert, und der IS verliert rapide an Territorium und Anhängern. Allerdings hat er lokale Zellen weit über die arabische Welt hinaus gegründet, die mit einer Terrorkampagne die Region und Europa destabilisieren wollen.

Der IS hat den Konfessionshass zwischen Sunniten und Schiiten geschürt und profitiert nun von seiner Eskalation, indem er sich als Schutzmacht der Sunniten aufführt. Aber



Ein Nutznießer der Bürgerkriege in Irak und Syrien ist die Terrormiliz des IS. Anhänger fahren im Juni 2014 durch die syrische Stadt Rakka, die Hochburg des IS.

Das libanesische Mosaik

Mit seinen rund 10 000 Quadratkilometern und vier Millionen Einwohnern gehört der Libanon zu den kleineren arabischen Ländern. Achtzehn Religionsgemeinschaften sind offiziell anerkannt: zwölf christliche und fünf muslimische Konfessionen sowie eine kleine jüdische Gemeinde. Ferner leben im Libanon mehr als zwei Millionen Flüchtlinge wie Armenier, Kurden, Palästinenser, Iraker und Syrer.

Im 19. Jahrhundert hatten sich europäische Mächte als Schirmherren einzelner Religionsgemeinschaften im Osmanischen Reich etabliert, um über Stellvertreter in dem zerfallenden Großreich Fuß zu fassen. Dadurch wuchs den Religionsgemeinschaften eine politische Bedeutung zu, soziale Revolten schlugen immer wieder in konfessionelle Bürgerkriege um. Zu deren Entschärfung wurde im 19. Jahrhundert ein Arrangement eingeführt, in dem die Religionsgemeinschaften sich die Macht teilen und proportional zu ihrer jeweiligen Stärke hohe Staatsämter bekleiden.

1920 übernahm Frankreich das Völkerbund-Mandat über Syrien und Libanon. Es schuf den heutigen Großlibanon, indem es dem vorwiegend von Christen bewohnten Libanongebirge den mehrheitlich muslimisch bewohnten Küstenstreifen mit den Städten Beirut, Saida und Tripoli sowie Territorien im Norden, Osten und Süden zuschlug. Christen behielten eine knappe Bevölkerungsmehrheit von 52 Prozent und dank französischer Protektion einige sicherheitsrelevante Posten wie beispielsweise das Oberkommando der Armee und des Geheimdienstes.

Als der Libanon 1943 unabhängig wurde, übernahm man dieses Prinzip der Machtteilung im Parlament, in der Regierung und in gehobenen Verwaltungsposten. Der Verteilungsschlüssel dieses „politischen Konfessionalismus“ orientiert sich dabei mit geringfügigen Änderungen bis heute an der letzten offiziellen Volkszählung von 1932.

Ein komplexes Wahlrecht mit gemischtkonfessionellen Wahlbezirken sowie verschiedene Mechanismen der wechselseitigen Kontrolle von Verfassungsorganen sollen die Vertreter der Konfessionen zu Zusammenarbeit statt zu Konkurrenz bewegen. Dies verhinderte eine Machtkonzentration in den Händen Weniger oder einer einzelnen ethnisch-konfessionellen Gemeinschaft, wie sie in den übrigen arabischen Ländern ansonsten üblich war. Im ungeschriebenen Nationalpakt von 1943 wurde die politische Rollenzuschreibung der Konfessionen weiterhin gefestigt: Maroniten stellen seither den Staatspräsidenten, Sunniten den Ministerpräsidenten und Schiiten den seinerzeit eher protokollarischen Parlamentspräsidenten.

Darüber hinaus genießen die Religionsgemeinschaften Autonomie im Familienrecht, im Bildungssystem und in der Organisation sozialer Dienste. Ihre Eliten üben weitreichende Kontrolle über das Leben ihrer Glaubensmitglieder aus. Diese wenden sich für Dienstleistungen meist nicht an den Staat, sondern an die Vertreter ihrer Gemeinschaften. So ist eine zivile Eheschließung im Libanon erst seit kurzem und nur unter Schwierigkeiten möglich, was Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Religionen hemmt und die Grenzen zwischen den Konfessionen zementiert. Auch Parteien, Medien, ja selbst staatliche Sicherheitsdienste sind meistens einer Konfessionsgemeinschaft zuzuordnen.

Die Verteilung politischer Ämter nach Religionszugehörigkeit und die „Mentalität des Konfessionalismus“ sind maßgeblich verantwortlich für die Zersplitterung der Ge-

sellschaft, für einen hohen Grad an Klientelismus und Korruption sowie für die Schwäche des libanesischen Staats.

Unterschiedliche Geburten- und Abwanderungsraten der Gemeinschaften führten zu einer Verzerrung der Machtverhältnisse. Christen bilden heute nur noch eine Bevölkerungsminderheit, sie hielten aber bis zum Bürgerkrieg 1975 – 1990 die Mehrheit der Parlaments- und Kabinettsitze sowie viele Führungsämter. Der Bürgerkrieg war kein eigentlicher Religionskrieg, dennoch spielte die ethnisch-konfessionelle Zugehörigkeit häufig eine größere Rolle bei der Bildung von Allianzen als politische Überzeugungen. Milizen verübten immer wieder Massaker an Angehörigen anderer Gemeinschaften, und in einigen Regionen entstanden durch Flucht und Vertreibung einzelner Gemeinschaften relativ homogene christliche und muslimische Siedlungsgebiete.

Auch heute, ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Bürgerkrieges, geraten fast alle politischen Kontroversen ins Fahrwasser konfessioneller Konkurrenz, selbst wenn sie fern jeder religiösen Bedeutung sind wie etwa die Versorgung mit Elektrizität, die Müllentsorgung oder die Landesverteidigung. Externe Mächte nutzten diese Uneinigkeit wiederholt aus und nahmen über lokale Stellvertreter Einfluss. So mischen Iran und Saudi-Arabien, Israel und Syrien, die USA, Frankreich und viele weitere Länder im Kräftespiel des Landes mit. Syrien hatte von 1976 bis 2005 Truppen im Land stationiert und massiv die libanesische Innenpolitik beeinflusst. Israel besetzte 1978 mit Hilfe christlicher Milizen Teile des Südlibanon als „Sicherheitszone“, nach libanesischer Lesart hat es sich bis heute nicht vom gesamten libanesischen Territorium zurückgezogen. Gegen diese Besatzung kämpften zunächst linke und nationalistische, palästinensische und libanesische Milizen. Seit 1982 engagiert sich in diesem Konflikt die schiitische Hisbollah.

Zahlreiche politische Morde und bewaffnete Auseinandersetzungen halten das Land seit 2005 in Atem. Der im März 2011 ausgebrochene und zum Bürgerkrieg eskalierte Aufstand in Syrien führte auch im Libanon vereinzelt zu Kämpfen zwischen Verbündeten und Gegnern des syrischen Regimes sowie zu einer Reihe von Bombenanschlägen. Libanesische sunnitische Salafisten kämpfen in Syrien auf Seiten der Rebellen, während die schiitische Hisbollah massiv auf Seiten des Assad-Regimes interveniert. Der Libanon ist mit weit über einer Million Syrienflüchtlingen das Land mit der weltweit höchsten Flüchtlingsquote pro Kopf.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat sich der Libanon eine erstaunliche politische und kulturelle Offenheit, Freiheit und Vielfalt bewahrt. Bis zum Arabischen Frühling war er die einzige Demokratie im arabischen Raum, in der bei regelmäßig stattfindenden, vergleichsweise freien Wahlen zahlreiche Kandidaten und Parteien gegeneinander antreten können, in der sich Regierungen, Staats- und Ministerpräsidenten abwechseln und in deren Parlament meist sehr kontrovers diskutiert wird. Die meisten Libanesen haben gelernt, wie in einem Mosaik mit den vielen verschiedenen Formen von Religion(en) und Kultur(en) auf engem Raum zusammenzuleben. Nicht zuletzt deshalb wird das libanesische Modell neuerdings als politische Lösung für Syrien und andere konfessionell heterogene Gesellschaften diskutiert.

Stephan Rosiny

auch die konservativen sunnitischen Regime, allen voran Saudi-Arabien, fördern das Ressentiment gegen die schiitische Minderheit in der Region, indem sie diese als mutmaßliche Agenten des iranischen Expansionismus in die arabische Welt darstellen. Durch die Konstruktion dieses Bedrohungsszenarios versuchen sie, die Unzufriedenheit der eigenen Bevölkerung gegen den gemeinsamen Feind umzulenken. Von der militärischen Eskalation und konfessionellen Polarisierung profitieren momentan am meisten die Dschihadisten. Tausende arabische Freiwillige sind im Kampf in Syrien und Irak ideologisch radikalisiert und militärisch geschult

worden. Wenn sie eines Tages in ihre Heimatländer nach Tunesien, Marokko, Saudi-Arabien, Bahrain oder in andere Länder der Region, nach Europa, Asien und Afrika zurückkehren werden, könnten sie dort den Kampf gegen ihre „gottlosen“ Regime aufnehmen, so wie einst nach dem Afghanistankrieg (1979–1989), aus dem unter anderem al-Qaida hervorgegangen war.

Warum ist der Arabische Frühling gescheitert?

Die Wiederherstellung vieler Autokratien, Bürgerkriege und politische Gewalt sowie die Ausbreitung radikal-islamistischer Ideologien haben das hoffnungsvolle Bild des Arabischen Frühlings im Nachhinein stark getrübt. Der Wunsch nach Sicherheit, Stabilität sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation haben die Forderungen nach Gerechtigkeit und Freiheit hintangestellt. Waren die Bedingungen für eine grundlegende politische Reform der Region noch nicht gegeben? Oder war die von außen herangetragene Erwartung an eine Demokratisierung nach westlichem Vorbild von Anfang an unrealistisch? An vier Fragen lassen sich wesentliche Missverständnisse über den Arabischen Frühling festhalten.

Wie überraschend war der Arabische Frühling?

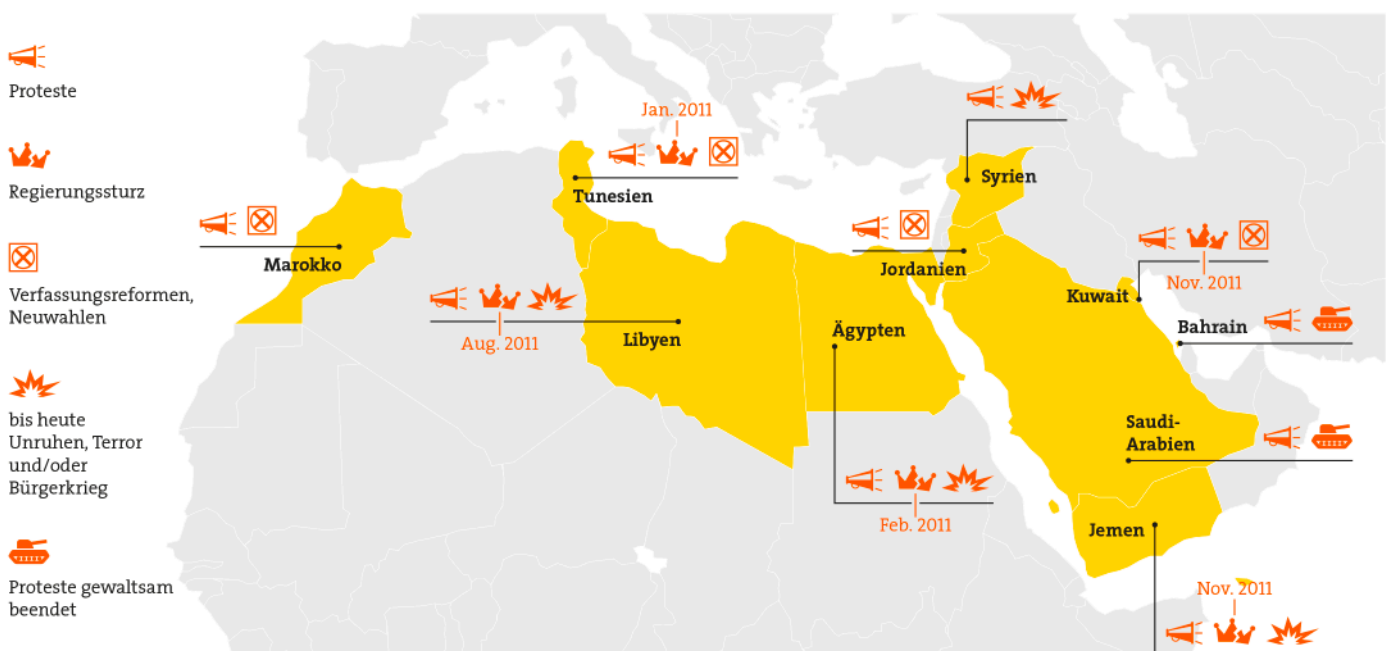
Im Verlauf des Jahres 2011 konnte man in vielen Kommentaren lesen, dass sich der Arabische Frühling aus heiterem Himmel entwickelt habe und nicht vorhersehbar gewesen sei. Einer genauen Prüfung hält dieser Eindruck allerdings nicht stand.






















Gerhard Mohr / Baaske Cartoons

Der Arabische Frühling und seine Folgen

Massenproteste und Rebellionen erschütterten ab Dezember 2010 die autokratischen Regierungen in diesen Ländern in Nordafrika und im Nahen Osten.



Land	Proteste und Forderungen im Arabischen Frühling	Regime-Reaktionen und Folgen der Proteste
Ägypten 	Am 25.1.2011 einsetzende Proteste führen dazu, dass Hosni Mubarak am 11.2. als Präsident zurücktritt. Bei Parlamentswahlen (11.2011 bis 1.2012) und Präsidentschaftswahlen (6.2012) siegt die Muslimbruderschaft.	Im Juli 2013 putscht das Militär gegen die Muslimbruderschaft und errichtet unter General Sisi eine autoritäre Präsidialherrschaft.
Algerien 	Proteste gegen Wohnungsnot und gestiegene Nahrungsmittelpreise	Die Regierung hebt am 22.2.2011 den seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustand auf und subventioniert Grundnahrungsmittel.
Bahrain 	Vor allem von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit getragene Proteste fordern eine konstitutionelle Monarchie.	Gewaltsames Vorgehen des Regimes, am 14.3.2011 intervenieren Truppen des Golfkooperationsrats unter saudischer Führung und unterstützen die gewaltsame Niederschlagung der Proteste. Schiiten protestieren bis heute gegen ihre Diskriminierung, die sunnitische Monarchie reagiert weiterhin repressiv.
Djibouti 	Proteste gegen Arbeitslosigkeit und Korruption	Kosmetische Reformen
Irak 	Demonstrationen von Schiiten, Sunniten und Kurden gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und soziale Missstände. Seit 2012 demonstrieren Sunniten gegen ihre Diskriminierung durch die schiitisch dominierte Zentralregierung.	Die Regierung Maliki geht gewaltsam gegen sunnitische Proteste vor. Der IS gewinnt an Zulauf, intensiviert seine Terrorkampagne gegen vorwiegend schiitische Ziele und erobert 2014 weite Gebiete in Syrien und im Irak. Bis Sommer 2016 verliert er große Teile seines Herrschaftsgebiets, setzt aber seine Terroranschläge fort.
Jemen 	Proteste gegen Korruption und Machtmissbrauch seit 27.1.2011	Präsident Salih reagiert gewaltsam auf Proteste, tritt erst im November 2011 zugunsten von Vizepräsident Hadi ab. Der wird im Februar 2012 für zwei Jahre zum Übergangspräsidenten gewählt, tritt danach aber nicht ab. Huthi-Milizen sowie Anhänger Salis rebellieren und erobern im September 2014 die Hauptstadt Sanaa. Im März 2015 wiederum greift eine von Saudi-Arabien geführte Militärallianz ein, um Hadi zurück an die Macht zu bringen. Separatisten im Süden, al-Qaida und der IS profitieren vom Machtvakuum. Das Land versinkt im Bürgerkrieg.
Jordanien 	Seit 7.1.2011 Proteste gegen die Regierung, aber nicht gegen den König	Regierungsumbildungen durch den König (1.2.2011 und 17.10.2011), kosmetische institutionelle Reformen
Katar 	Keine öffentlichen Proteste	Der Emir erhöht die Löhne.
Kuwait 	Mehrere Demonstrationen in 2011 gegen Korruption und den Ministerpräsidenten	Im November 2011 Regierungsumbildung durch den Emir
Libanon 	Proteste gegen die konfessionalistische Machtverteilung	Während des Arabischen Frühlings ist das Land ohne Regierung, das heißt, es existiert kein wirklicher Adressat für die Proteste.
Libyen 	Seit 17.2.2011 Proteste in verschiedenen Landesteilen	Das Regime geht mit massiver Repression dagegen vor, was zu einem bewaffneten Aufstand und – nach UN-Resolution 1973 vom 17.3.2011 – zu einer internationalen Militärintervention unter NATO-Kommando führt. Weite Teile des Landes werden von Milizen der Opposition erobert. Am 20.10.2011 Tod von Gaddafi. Der Demokratisierungsprozess stockt. Im Sommer 2016 kämpfen drei konkurrierende Regierungen und verschiedene Milizen, darunter auch der IS, um die Kontrolle unterschiedlicher Landesteile.
Marokko 	Proteste gegen Korruption und Arbeitslosigkeit	Mohammed VI. erlaubt eine Verfassungsreform, freie Wahlen und die Stärkung der Regierung gegenüber dem König, der allerdings die wichtigsten politischen Kompetenzen behält.
Mauretanien 	Proteste gegen Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Sklaverei	Minimale Zugeständnisse
Oman 	Seit 17.1.2011 Proteste in verschiedenen Landesteilen gegen Korruption und Machtmissbrauch, für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, aber nicht gegen den Sultan	Der Sultan erhöht die Löhne, verspricht die Schaffung neuer Arbeitsplätze, entlässt Minister und erweitert die Kompetenzen des Parlaments.
Palästinensische Gebiete 	Forderungen nach einer Einheitsregierung	Bemühungen um Versöhnung bleiben erfolglos. Zweiter Gazakrieg im Juli-August 2014
Saudi-Arabien 	Lokale Proteste verschiedener Gruppen (Liberale, Frauen, Schiiten, Salafisten) fordern unterschiedliche Reformen. Keine landesweite Protestbewegung	Das Königshaus reagiert mit massiver Erhöhung der Löhne und zielgerichteter Repression, insbesondere gegen Schiiten und Liberale.
Syrien 	Seit dem 18.3.2011 weiten sich lokale Proteste angesichts massiver staatlicher Repression zu landesweiten Protesten aus.	Regimekräfte, abgespaltene Armeeteile, lokale und ausländische Kämpfer führen seit Sommer 2011 einen Bürgerkrieg mit massiver externer Beteiligung (Iran und Russland direkt; USA, Türkei, Saudi-Arabien, Katar und andere indirekt). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist auf der Flucht, über 300 000 Tote.
Tunesien 	Am 17.12.2010 beginnt mit landesweiten Protesten der Arabische Frühling.	Präsident Zine el-Abidine Ben Ali tritt zurück und verlässt am 14.1.2011 das Land. Eine neue Verfassung wird erarbeitet, es kommt zu demokratischen Parlamentswahlen und einer Machtteilung zwischen säkularen Parteien und gemäßigten Islamisten. Salafisten und Dschihadisten bedrohen die friedliche Transformation.
Vereinigte Arabische Emirate (VAE) 	Keine öffentlichen Proteste	Lohnerhöhungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor

Denn in den meisten Ländern der Region gab es bereits seit vielen Jahren Demonstrationen und Streiks gegen Korruption, soziale Not, wirtschaftliche Ungleichheit und staatliche Willkür. Die meisten dieser Proteste blieben lokal und erreichten keine regionale oder gar globale Aufmerksamkeit. Dies änderte sich erst in den 2000er-Jahren, in denen es vermehrt zu länderübergreifenden Protesten kam. Der Ausbruch der Zweiten *Intifada* in den Palästinensergebieten 2000, der von den USA angeführte Irakkrieg zum Sturz Saddam Husseins 2003 und die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen 2005 führten zu Protesten gegen westliche und israelische Angriffe und zu Solidaritätskundgebungen für deren Opfer. Diese richteten sich allerdings nur indirekt gegen die autoritären Regime selbst.

Viele der im Arabischen Frühling kritisierten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Defizite sind seit Jahren wohl bekannt. Der seit Anfang der 2000er-Jahre von arabischen Wissenschaftlern verfasste *Arab Human Development Report* dokumentiert diese klar und deutlich. Wirtschaftliche Unterentwicklung und enorme Wohlstandsgefälle innerhalb einzelner Länder und zwischen diesen gehen einher mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit in Gesellschaften, in denen die überwiegende Mehrheit sehr jung ist (siehe Tabelle S. 39). Bessere Bildung und globalisierte Medien haben in dieser Jugend Erwartungen geweckt, die aufgrund wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und staatlicher Gängelung enttäuscht wurden.

Die Veröffentlichung von vorher geheimen US-Regierungsdokumenten über die Onlineplattform *Wikileaks* hat kurz vor Ausbruch des Arabischen Frühlings Belege für die Korruption der arabischen Regime bereitgestellt und damit schwarz auf weiß dokumentiert, was die Menschen in der Region längst geahnt hatten.

Insbesondere Frauen erleben die vielfältigen Ungleichbehandlungen wegen ihrer geschwächten Rollenzuschreibung in konservativen Gesellschaften noch intensiver. Im Arabischen Frühling beteiligten gerade sie sich besonders zahlreich an den öffentlichen Kundgebungen. Repression seitens der Regime und der Ausbruch von Bürgerkriegen

machten diese emanzipative Entwicklung jedoch zunichte. Denn Frauen wurden Opfer sexistischer Demütigungen bei Demonstrationen und sexueller Gewalt im Kontext von Kampfhandlungen.

Es war deshalb nicht die Frage ob, sondern bestenfalls wann sich die massive Unzufriedenheit in der arabischen Welt Luft machen würde. Da die Probleme bis heute fortbestehen, sie sich vielfach sogar weiter verschärft haben und sich die politischen Eliten eher mit der Stabilisierung ihrer Herrschaft als mit notwendigen Reformen befassen, ist davon auszugehen, dass es in Zukunft zu weiteren Protesten und gewaltsamen Aufständen kommen wird.

Ging es beim Arabischen Frühling um eine Demokratisierung?

Zunächst beschrieben viele Beobachter die Demonstrationen des Arabischen Frühlings in der Zählweise des renommierten US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel Huntington als Nachzügler der „Dritten Welle der Demokratisierung“, die mit der Nelkenrevolution von 1974 in Portugal begann. Andere sehen seit 1989 eine „Vierte Welle der Demokratisierung“, zu der der Arabische Frühling verspätet gehöre, während einige sogar von einer „fünftenden Demokratisierungswelle“ sprechen, die den Nahen Osten erfasst habe.

Im Nachhinein lässt sich feststellen, dass diese Beschreibungen falsch und bestenfalls verfrüht waren. Eine liberale Demokratie, die vom Westen hoffnungsvoll erwartet wurde, blieb selbst in Tunesien, dem Vorzeigeland des Arabischen Frühlings, krisenanfällig. In Ägypten wurde eine solche Entwicklungsperspektive im Sommer 2013 durch die Armee hinweggeputscht. In allen anderen Ländern konnte sie sich erst gar nicht entwickeln.

Einerseits kann man dies als Scheitern einer Demokratisierung betrachten. Andererseits liegt dieser Beschreibung eine falsche Wunschvorstellung vor allem westlicher Betrachter zu Grunde. Die Protestierenden jedenfalls hatten zuvorderst soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Würde gefordert, und sie protestierten gegen Despotismus, Korruption und Klientelis-



mus der existierenden Regime. In einigen Ländern wurde der „Sturz des Systems“ verlangt; aber in keinem einzigen Land die Einführung einer liberalen Demokratie.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die Menschen in der Region kein Interesse an Demokratie hätten oder dass Muslime grundsätzlich keine Demokraten sein können; die Gründe sind vielschichtiger: Die Protestierenden kamen aus nahezu allen Segmenten der Gesellschaft, und sie waren unzufrieden mit der autoritären Herrschaft, den massiven wirtschaftlichen Missständen und der alltäglichen Korruption. Jedoch fand die sozial und politisch zwischen Säkularen sowie Islamisten und innerhalb dieser Lager gespaltene Opposition zu keiner gemeinsamen Vision einer alternativen Ordnung. Sie verstanden die Verteilung der Macht im Staat zu oft als Nullsummenspiel und fanden – mit Ausnahme Tunesiens – zu keiner neuen Form politischer Machtteilung. Dies lässt sich im Wesentlichen durch drei Faktoren erklären:

- Die autoritären Regime haben in den vergangenen Jahrzehnten die säkulare Opposition mit dem Argument unterdrückt, politische Meinungsverschiedenheiten würden die nationale Einheit gefährden. Dadurch konnte sich keine Kultur gewaltfreier, kritischer Auseinandersetzung etablieren.
- Die autoritären Herrscher überzeugten den Westen davon, dass angesichts einer Bedrohung durch Islamisten ihre Form der „gelenkten Demokratie“ die bessere Alternative sei. Nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 und im gemeinsamen „Krieg gegen den Terrorismus“ erhielten sie daher westliche Rückendeckung bei der Unterdrückung von Protesten und wurden zudem großzügig mit Waffen beliefert.
- Schließlich wurde „Demokratie“ in der Region als ein westliches Konzept skeptisch betrachtet, weil die Einführung von Demokratie den USA 2003 als Legitimation ihrer völkerrechtswidrigen Invasion in den Irak gedient hatte. Auch hatte der Westen Militärputsche gegen von Islamisten gewonnene Wahlen in Algerien 1992 und gegen die gewählte Regierung der Muslimbruderschaft in Ägypten 2013 unterstützt sowie die 2006 im Gazastreifen und in der Westbank gewählte Hamas-Regierung boykottiert. Dies hat bei vielen oppositionellen Akteuren zu großen Vorbehalten in Bezug auf das aufrichtige Interesse des Westens an Demokratie im Nahen Osten geführt.

War der Arabische Frühling eine homogene Bewegung?

Ein weiteres Missverständnis besteht darin, den Arabischen Frühling als eine homogene, regionale Protestbewegung zu betrachten. Obwohl sich die Ursachen der Unzufriedenheit, die Formen der Mobilisierung und in manchen Ländern auch das Wechselspiel aus Protest, Repression und Reform ähnelten, gab es immense regionale Unterschiede, etwa in der sozialen Zusammensetzung und den Forderungen der Demonstranten. Regionale und innerstaatliche Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen – besonders drastisch zwischen den Golfmonarchien VAE, Katar und Kuwait auf der einen sowie Jemen, Ägypten und Syrien auf der anderen Seite –, im Bildungsniveau, in der sozialen Schichtung, dem Grad der Industrialisierung und Urbanisierung spiegeln sich auch in einer unterschiedlichen Zusammensetzung der Protestbewegungen wider.

Zu Beginn der Proteste gab es zwei unterschiedliche Konstellationen: In einigen Ländern riefen gebildete junge Erwachsene über soziale Netzwerke wie *Twitter* und *Facebook* in den urba-

nen Zentren zu Kundgebungen für mehr Freiheit und gegen staatliche Willkür auf. Solche „Happenings“ hatte es in Ägypten, Bahrain, Libanon, Marokko, Oman und Tunesien bereits zuvor gelegentlich gegeben. Aufgrund der nationsübergreifenden Proteste durch moderne Medien beteiligten sich unerwartet viele Menschen an den Demonstrationen, und staatliche Repression führte nicht zur Beendigung, sondern zur weiteren Mobilisierung und Ausweitung der Proteste.

In anderen Ländern begannen Kundgebungen zunächst an der Peripherie, bei sozioökonomisch, konfessionell, ethnisch oder regional diskriminierten Gruppen, etwa in Tunesien, Jordanien, Bahrain, Syrien und Saudi-Arabien. In einigen der genannten Länder blieben die Proteste dabei auf einzelne Gruppen beschränkt, sodass sich kein breiter, nationaler Widerstand bildete. In Saudi-Arabien spaltete sich die Opposition auf in Schiiten, die bereits seit Jahrzehnten eine Gleichberechtigung als Staatsbürger fordern; in Frauen, die für ihre Emanzipation im öffentlichen Raum – symbolisiert im Recht, ein Auto zu steuern – demonstrierten; in Liberale, die eine Lockerung rigider religiöser und sozialer Normen verlangten, und in Salafisten, denen die bestehende moralische Lockerung bereits zu weit ging.

Eine Verstärkung und Ausweitung des Widerstands fand vor allem in jenen Ländern statt, in denen sich der lokale und der urbane Trend zu einer nationalen Bewegung vereinten, so vor allem in Tunesien, Marokko, Syrien und Libyen. Die Forderungen waren entsprechend umfangreich. Sie umfassten materielle Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung, bezahlbaren Wohnraum und Energie, verbesserte Dienstleistungen und mehr Arbeitsplätze sowie schlussendlich institutionelle Reformen des Staatswesens: politische Partizipation, Gewaltenteilung und zuverlässige, nicht korrupte Institutionen.

Diese Forderungen passten sich lokalen Gegebenheiten an. Eine Aufhebung der Notstandsgesetzgebung wurde in Ägypten und Syrien verlangt, der Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen im Irak. Palästinenser forderten die Fatah-Regierung in der Westbank und die Hamas-Regierung im Gazastreifen auf, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden und die Spaltung der Palästinensischen Autorität (PA) zu beenden. Im Libanon demonstrierte eine zivilgesellschaftliche Bewegung gegen die Verteilung politischer Ämter nach Religionszugehörigkeit. Aus Sorge vor einer innergesellschaftlichen Polarisierung und Gewalteskalation blieben die Forderungen der Protestbewegungen in Ländern mit Bürgerkriegserfahrung wie dem Libanon und Sudan, in Algerien und Palästina in ihren Forderungen moderater.

Das verbindende und übergeordnete Element der sozial heterogenen Proteste waren moralisch-ethische Prinzipien, vor allem das Verlangen nach Gerechtigkeit (*adala*), Freiheit (*hurriya*), Würde (*karama*) und Respekt (*ihthiram*). Demonstranten verlangten von den staatlichen Autoritäten respektiert statt paternalistisch bevormundet zu werden, ein Leben in Würde an Stelle demütigender Gängelung und Unterdrückung durch Sicherheitskräfte und Behörden, Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen und Chancen statt klientelistischer Belohnung für Wohlverhalten sowie Rechtsstaatlichkeit als Ersatz für despotische Willkürherrschaft und privilegierte Freiräume der Eliten. Schließlich wollten sie an der globalen Entwicklung zu mehr Wohlstand, Fortschritt, Bildung und Mitbestimmung teilhaben.

Die weitreichendste Forderung nach einem Systemsturz entwickelte sich interessanterweise erst in Situationen der Gewalteskalation seitens der Regime, wenn schrittweise Reformen

unter der Herrschaft der bisherigen Eliten nicht mehr möglich erschienen. Dies geschah in Tunesien, Ägypten, Jemen, Libyen und Syrien, wobei einzelne Akteure auch in Bahrain und Jordanien die Forderung „Das Volk will den Sturz des Systems“ (arab.: *asch-scha'b yurid isqat an-nizam*) erhoben.

Das Militär und die Sicherheitskräfte reagierten in den einzelnen Ländern höchst unterschiedlich auf die Proteste. In Tunesien verweigerten sie den Befehl, auf Demonstranten zu schießen, während die Polizei dazu in Ägypten zunächst bereit war. In Syrien kam es zwar zu vielen Desertionen aus der Armee, aber nicht zu deren Spaltung, und der Sicherheitsapparat bekämpfte den Aufstand und dessen ideelle Grundlagen bis heute mit äußerster Brutalität. Auch in der Erfahrung früherer Proteste und Aufstände unterscheiden sich die Länder, was das wechselseitige Verhalten von Regime und Opposition im und nach dem Arabischen Frühling jeweils länderspezifisch prägte. Als ein weiterer entscheidender Faktor hat sich der Einfluss der Ereignisse in den Nachbarstaaten erwiesen. Dies zeigt sich beispielsweise in Jordanien, wo der eskalierende Bürgerkrieg im benachbarten Syrien die Protestbereitschaft aus Furcht vor einem Übergreifen der Gewalt dämpfte.

Wurde der Arabische Frühling durch einen islamischen Winter abgelöst?

Zahlreiche westliche Beobachter waren enttäuscht oder sogar schockiert, als die Muslimbrüder in Ägypten bei den ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den Jahren 2011 und 2012 gewannen. Für Regionalexperten war

dies allerdings keine wirkliche Überraschung: Viele moderate Islamisten kritisierten bereits seit Jahrzehnten die autoritären Herrscher und genossen deshalb gerade im Kontext der vorherigen Proteste gegen die Autokraten Glaubwürdigkeit als politische Akteure. Sie engagierten sich außerdem auf lokaler Ebene sozial und wirtschaftlich, indem sie Wohlfahrtsleistungen, Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten bereitstellten und eigene Wirtschaftsunternehmen betrieben, in denen sie tausende von Arbeitsplätzen geschaffen hatten.

Auf der anderen Seite haben Enttäuschungen in Bezug auf konkrete Regierungsleistungen und wirtschaftliche Verbesserungen durch Islamisten mit zum Putsch in Ägypten im Juli 2013 und einer Wahlniederlage in Tunesien im Oktober 2014 beigetragen. Salafistische Akteure fordern als Konsequenz auf den nur mäßigen Erfolg moderater Islamisten eine Intensivierung religiöser Prinzipien, ohne aber konkrete Lösungen für die grundlegenden Herausforderungen in der Region anzubieten.

Der Aufstieg des IS und die Ausrufung des Kalifats in Syrien und im Irak haben zudem zu einer massiven Krise in der religiösen Selbstdarstellung des sunnitischen Islam geführt, dem sowohl Salafisten und Dschihadisten als auch die Muslimbrüder angehören. Ob sich moderate Islamisten in einem Klima von Repression und Gewalt selbst radikalisieren oder ob sie ein tolerantes und pluralistisches Gegenmodell zur radikalen Version von al-Qaida und IS entwickeln können, ist eine der größten Unsicherheiten für die zukünftige Entwicklung in der Region.

Egyptian Revolution ↻



© Chappatte in NZZ am Sonntag, Switzerland, July 07, 2013

Repression in Ägypten

Die Aufgabe war äußerst undankbar: In den ersten beiden Wochen ihrer Amtszeit Anfang Januar hatten Ägyptens neu gewählte Parlamentarier nicht viel Anderes zu tun, als fast 300 Dekreten ihre Zustimmung zu erteilen, die Militärmachthaber Abd al-Fattah as-Sisi seit seinem Amtsantritt Mitte 2014 verhängt hatte. Auszusetzen hatten sie an den präsidentiellen Erlassen wenig. Bis auf das umstrittene Zivildienstgesetz, das Angestellten im öffentlichen Dienst Gehaltseinbußen beschert hätte, nickten die Abgeordneten vor Auslaufen der Frist am 25. Januar alles ab, was der Staatschef mit seinen legislativen und exekutiven Vollmachten zuvor im Alleingang beschlossen hatte.

[...] Der neue Herrscher am Nil setzt nicht auf Partizipation, sondern auf Unterdrückung weiter Teile der Bevölkerung. Während der Revolution 2011 war Sisi als Militärgesamtdienstchef entscheidend daran beteiligt, die Proteste einzudämmen. Als absehbar war, dass Mubarak nicht zu halten sein würde, avancierte das jüngste Mitglied des Hohen Militärrats zum Mittelsmann zu den Muslimbrüdern. Mit deren Aufstieg arrangierten sich die Generäle nur widerwillig – auch nach der Wahl Mohammed Mursis zum Präsidenten im Juni 2012.

Als der Islamist fünf Monate später die Verfassung außer Kraft setzte, begann der inzwischen zum Armeeführer beförderte Sisi an dessen Absetzung zu arbeiten. Diese erfolgte im Juli 2013 mit Unterstützung von Massendemonstrationen in einem Staatsstreich, den konterrevolutionäre Justiz-, Armee-, Polizei- und Geheimdienstkreise mehr als ein halbes Jahr lang vorbereitet hatten.

[...] Richter und Staatsanwälte gehören neben den Beamten des Innenministeriums zu den entscheidenden Stützen des sogenannten „tiefen Staates“, der inzwischen wieder ungehindert die Strippen in Ägypten zieht. Stärker noch als der Armeeführung war der reaktionären Justiz die Vormacht der Muslimbrüder und ihrer damaligen islamistischen Verbündeten – der von Saudi-Arabien unterstützten salafistischen *Nur*-Partei – ein Dorn im Auge. Den Beschluss, das Unterhaus wegen vermeintlicher Verfahrensfehler bei der Parlamentswahl für illegitim zu erklären, setzte noch Sisis Vorgänger an der Spitze des Armeerats, Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi, gegen die Proteste der Abgeordneten durch.

Über zwei Jahre blieb Ägypten deshalb ohne Legislative, regiert per Dekret zunächst von Mursi und dem nach dessen

Sturz eingesetzten Interimsstaatschef Adli Mansur sowie – nach Sisis Sieg bei der Präsidentenwahl im Mai 2014 – vom heutigen Machthaber. Eine neue Volksvertretung wurde erst Ende 2015 gewählt – diesmal jedoch ohne Beteiligung der Partei der Muslimbrüder, die nach dem Putsch 2013 zunächst verboten und dann zur terroristischen Organisation erklärt worden war. Selbst die Marionettenparlamente Mubarak hatten der Bewegung mehr Freiräume gewährt als das neue Regime, sodass im Parlament zum ersten Mal seit anderthalb Jahrzehnten keine nennenswerte islamistische Opposition mehr vertreten ist.

Im Jahr 2000 hatten die Muslimbrüder mit unabhängigen Kandidaten 17 Sitze errungen, darunter Mursi; 2005 waren es bereits 88. Doch die Kompromisslosigkeit der einst für Bürgerrechte eintretenden Kräfte wie die „Partei der freien Ägypter“, die sich vor der Wahl im Herbst mit ehemaligen Offizieren, Wirtschaftsoligarchen und Angehörigen der inzwischen aufgelösten Nationalen Demokratischen Partei Mubarak zum Block „Aus Liebe zu Ägypten“ zusammengeschlossen haben, lässt eine Rückkehr zu diesem System vorerst ausgeschlossen erscheinen.

Ebenso wie die erfolgreichen Kandidaten von der *Wafd*-Partei und der „Zukunft des Vaterlands“ führten die „Freien Ägypter“ des Multimilliardärs Naguib Sawiris einen dezidiert antiislamistischen Wahlkampf; eine Versöhnung mit moderaten Kräften der Muslimbruderschaft lehnen sie ab. [...]

„Aus unserer Sicht waren die vergangenen beiden Jahre nicht von Repression geprägt, sondern von Befreiung“, sagt der Sprecher der „Freien Ägypter“ heute. 40 000 politische Gefangene, wie sie die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* nennt, und das nun auch vom Parlament angenommene restriktive Versammlungsgesetz, das jede unangemeldete öffentliche Zusammenkunft unter Strafe stellt, sprechen allerdings eine andere Sprache.

[...] In den Wochen vor dem Jahrestag des Sturzes Mubarak im Februar ließ die Regierung Hunderte Verhaftungen vornehmen. Ins Visier des Sicherheitsapparats geraten längst nicht mehr nur Islamisten, sondern ebenso die versprengten Überbleibsel der liberalen, auf eine pluralistischere Gesellschaftsordnung setzenden Protestbewegung von 2011. [...]

Markus Bickel „Säkulare Extremisten“, in: Internationale Politik 2, März/April 2016, S. 82 ff.



alex majidi / Magnum Photos / Agentur Focus

Streben nach Freiheit: Der Arabische Frühling hat insbesondere der jungen Bevölkerung vor Augen geführt, dass sie vereint und ohne Waffengewalt Reformen einfordern oder gar autoritäre Regime stürzen können. Diese Erfahrungen und Erwartungen werden auch künftig die politischen Auseinandersetzungen prägen.

Perspektiven nach dem Arabischen Frühling

Es war kein zufälliger Flügelschlag eines Schmetterlings, der den Arabischen Frühling verursachte, sondern es waren tiefgreifende, strukturelle Konflikte, die das Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten, zwischen Wohlhabenden und Armen, Islamisten und Säkularen, Sunniten und Schiiten und zwischen verschiedenen konkurrierenden Regionalmächten bis heute schwer belasten. Korrupte autoritäre Regime haben institutionell unterentwickelte Staaten, massive Wohlstandsgefälle, wirtschaftliche Unterentwicklung und tief gesplante Gesellschaften hinterlassen oder stehen immer noch an deren Spitze. Keines dieser Probleme wurde bislang gelöst: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf, ein Machtkampf um die regionale Führung lässt lokale Konflikte zu regionalen Stellvertreterkriegen eskalieren.

Und wieder warnen autoritäre Regime, unter Hinweis auf die aktuelle Lage in Syrien, Libyen, Irak oder Jemen, dass die Alternativen zu ihrer „stabilen“ Herrschaft nicht politische Freiheit, sondern Bürgerkrieg und Terrorismus seien. Sie polarisieren die politische Rhetorik und warnen vor vermeintlichen externen Verschwörungen. Sie präsentieren sich als „Beschützer des Volks“ und rechtfertigen die Verfolgung unliebsamer Kritiker.

Der Arabische Frühling stellt eine historische Zäsur dar, welche die politische Entwicklung in den betroffenen Ländern wie auch die nahöstliche regionale Ordnung dauerhaft prägen wird. Die Bevölkerungen haben gelernt, dass sie vereint und ohne Waffengewalt autoritäre Regime stürzen können. Die breiten Protestbewegungen haben gezeigt, dass die au-

tokratischen Regime entgegen ihrem Selbstverständnis über keine gefestigte Legitimität mehr verfügen. Viele Regime waren gezwungen, sich auf politische Reformen wie Wahlen, Parteienvielfalt, einen öffentlichen Diskurs über Politik und Verfassungsreformen einzulassen. Diese Veränderungen haben die Freiräume für Kritik – wenn auch nur geringfügig – erweitert und das politische Klima insgesamt verändert. Insbesondere junge Menschen lassen sich heute nicht mehr alles gefallen.

Vor allem die wohlhabenden Regime haben versucht, den Unmut ihrer Bevölkerung durch Geldgeschenke zu besänftigen. Angesichts des derzeitigen Ölpreisverfalls müssen viele Subventionen allerdings wieder rückgängig gemacht werden. Selbst die Golfmonarchien, die ihre Staatsbürger bislang mit Steuerfreiheit und subventionierten Preisen für Wasser, Strom, Öl und viele andere Dienstleistungen verwöhnten, sind gezwungen, nach neuen Staatseinnahmen zu suchen und hierfür Steuern und Abgaben einzuführen bzw. zu erhöhen. Solche Maßnahmen lassen sich allerdings nur dauerhaft durchsetzen, wenn die Bevölkerung umgekehrt an politischen Entscheidungen mitwirken darf und ihr mehr Freiräume zur individuellen Selbstentfaltung zur Verfügung stehen.

Der Arabische Frühling weckte die Hoffnung auf politische Reformen. Diese Erwartung lässt sich nicht mehr ungeschehen machen und wird die politischen Debatten und Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte in der Region prägen. Obwohl in vielen Ländern durch die Rückkehr der Autokraten gelähmt oder aufgrund des Gefechtslärms der Milizen verstummt, werden die Menschen nach dem Ende der Kämpfe oder angesichts einer deutlichen Verschärfung der Wirtschaftskrise sehr wahrscheinlich erneut auf die Straße gehen. Es ist davon auszugehen, dass sie dabei wieder Gerechtigkeit, Freiheit, Würde und Respekt fordern werden.

Literaturhinweise

- Aders, Thomas: Allah ist groß, die Hoffnung klein. Begegnungen im Nahen Osten (bpb-Schriftenreihe Bd. 1586), Hamburg 2015, 256 S.
- Al-Khalili, Jim: Im Haus der Weisheit. Die arabischen Wissenschaften als Fundament unserer Kultur, Frankfurt a.M. 2011, 443 S.
- Armbruster, Jörg: Der Arabische Frühling, Frankfurt a.M. 2011, 239 S.
- Asseburg, Muriel: Moderate Islamisten als Reformakteure? (bpb-Schriftenreihe Bd. 716), Bonn 2008, 169 S.
- Dies. (Hg.): Proteste, Aufstände und Regimewandel in der arabischen Welt. Berlin 2011, 67 S. (Online: www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/arabischer_umbruch.html)
- Bank, André / Richter, Thomas: Autoritäre Monarchien im Nahen Osten. Bedingungen für Überleben und Zusammenbruch seit 1945, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft „Autokratien im Vergleich“, Baden-Baden 2013, 33 S.
- Bender, Larissa (Hg.): Syrien. Der schwierige Weg in die Freiheit, Bonn 2012, 201 S.
- Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Arabische Zeitenwende (APuZ 39/2011), 64 S.; Syrien (APuZ 8/2013), 64 S., Saudi-Arabien (APuZ 46/2014), 55 S., Maghreb (APuZ 33–34/2016), 56 S., Syrien, Irak und Region (APuZ 8/2016), 56 S.
- Croitoru, Joseph: Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007, 254 S.
- Dachs, Gisela (Hg.): Länderbericht Israel (bpb-Schriftenreihe Bd. 10 000), Bonn 2016, 768 S.
- El-Gawhary, Karim: Tagebuch der arabischen Revolution, Wien 2011, 237 S.
- Ende, Werner u.a. (Hg.): Der Islam in der Gegenwart, München 2005, 1015 S.
- Faath, Sigrid (Hg.): Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost, Berlin 2010, 252 S. (Online: <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/buchpublikationen/rivalitaeten-und-konflikt>)
- Fawcett, Louise (Hg.): International Relations of the Middle East, Oxford 2009, 400 S.
- Fürtig, Henner (Hg.): Islamische Welt und Globalisierung. Aneignung, Abgrenzung, Gegenentwürfe, Würzburg 2001, 321 S.
- Ders.: Geschichte des Irak. Von der Gründung 1921 bis heute, 3. Überarbeitete und aktual. Aufl., München 2016, 224 S.
- Ders.: Großmacht Iran. Der Gottesstaat wird Global Player, Köln 2016, 300 S.
- Gerlach, Daniel: Herrschaft über Syrien. Macht und Manipulation unter Assad (bpb-Schriftenreihe Bd. 1630), Hamburg 2015, 388 S.
- Gerlach, Daniel u.a.: Atlas des Arabischen Frühlings. Eine Region im Umbruch, Bonn 2016 (bpb-Zeitbilder), 336 S.
- Ders./Meier, Christian (Hg.): Der Nahe Osten in hundert Köpfen (bpb-Schriftenreihe Bd. 1287), Bonn 2012, 211 S.
- Gerlach, Julia: Wir wollen Freiheit! Der Aufstand in der arabischen Jugend, Freiburg i. Br. 2011, 200 S.
- Dies.: Der verpasste Frühling. Woran die Arabellion gescheitert ist (bpb-Schriftenreihe Bd. 1675), Berlin 2016, 248 S.
- Ginslo, Hedwig: Daesh and the terrorist threat: from the Middle East to Europe, Brussels 2015, 184 S. (Online: www.feps-europe.eu/assets/ood1937d-9556-4527-a5e9-fof94d30a46b/volume-completpdf.pdf)
- Großbongardt, Annette/Pötzl, Norbert: Die neue arabische Welt. Geschichte und politischer Aufbruch, München 2011, 315 S.
- Halm, Heinz: Die Araber. Von der vorislamischen Zeit bis zur Gegenwart, München 2010, 128 S.
- Helberg, Kristin: Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land, Freiburg i. Br. 2012, 272 S.
- Hourani, Albert: Die Geschichte der arabischen Völker. Frankfurt a.M. 2016, 704 S.
- Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt, Wiesbaden 2011, 175 S.
- Kerr, Malcolm: The Arab Cold War, Oxford 1971, 174 S.
- Krämer, Gudrun.: Geschichte des Islam, München 2005, 334 S.
- Dies.: Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt, München 2011, 220 S.
- Dies.: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel (bpb-Schriftenreihe Bd. 1633), München 2015, 446 S.
- Le Monde diplomatique: Arabische Welt. Ölscheichs, Blogger, Muslimbrüder. Edition Le Monde diplomatique Nr. 11, Berlin 2011, 112 S.
- Lotem, Itay / Seitz, Judith: Israel – Nah im Osten (bpb-Schriftenreihe Bd. 1358), München 2013, 160 S.
- Lust, Ellen (Hg.): The Middle East, Washington D.C. 2010, 685 S.
- Neumann, Peter R.: Die Neuen Dschihadisten: IS, Europa und die nächste Welle des Terrors, Berlin 2015, 256 S.
- Nordhausen, Frank / Schmid, Thomas (Hg.): Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf, Berlin 2011, 224 S.
- Pappé, Ilan: The Modern Middle East, 3. Aufl., London 2013, 384 S.
- Perthes, Volker.: Iran. Eine politische Herausforderung, Frankfurt a.M. 2008, 160 S.
- Ders.: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen, München 2011, 224 S.
- Ders.: Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen. Ein Essay (bpb-Schriftenreihe Bd. 1702), Berlin 2015, 156 S.
- Reuter, Christoph: Die schwarze Macht : der „Islamische Staat“ und die Strategien des Terrors, München 2015, 350 S.
- Richter, Thomas: Autoritäre Herrschaft, materielle Ressourcen und Außenwirtschaftsreformen. Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien im Vergleich, Wiesbaden 2011, 385 S.
- Rogan, Eugene: Die Araber. Eine Geschichte von Unterdrückung und Aufbruch, Berlin 2012, 736 S.
- Rosiny, Stephan: Religionsgemeinschaften als Verfassungssubjekte: Libanon als Modell für Nahost? GIGA Focus Nahost 4, Hamburg 2011, 8 S. (Online: www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1104.pdf)
- Ders.: Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven, GIGA Focus Nahost 12, Hamburg 2011, 8 S. (Online: www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1112.pdf)
- Ders.: Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime, GIGA Focus Nahost 2, Hamburg 2012, 8 S. (Online: www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1202.pdf)
- Schmid, Bernhard: Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten, Münster 2011, 118 S.
- Schulze, Reinhard: Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 2003, 469 S.
- Schwedler, Jillian / Gerner, Deborah (Hg.): Understanding the Contemporary Middle East, 4. Aufl., Boulder 2013, 480 S.
- Stewart, Donald: The Middle East Today. Political, Geographical and Cultural Perspectives, 2. Aufl., London 2012, 304 S.
- Sumait, Fahed Al- u.a. (Hg.): The Arab Uprising: catalysts, dynamics and trajectories, Lanham 2015, 303 S.
- Ulrichsen, K.: The First World War in the Middle East, London 2015, 263 S.
- Wippel, Steffen (Hg.): Wirtschaft im Vorderen Orient. Interdisziplinäre Perspektiven, Berlin 2005, 298 S.

Internetadressen

www.bpb.de/195321

Sicherheitspolitische Presseschau Naher und Mittlerer Osten, Maghreb

www.bpb.de/203492

Dossier Innerstaatliche Konflikte/Arabischer Raum

www.dgap.org/de/think-tank/schwerpunkte/naher-und-mittlerer-osten

www.giga-hamburg.de/imes

www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/umbruch-in-der-arabischen-welt.html

Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Henner Fürtig ist Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien und Professor für Nahost-Studien an der Universität Hamburg. Er absolvierte mehrjährige Aufenthalte in Iran und Ägypten. Danach war er Leiter eines Forschungsteams am Zentrum Moderner Orient in Berlin, bevor er 2002 an das Deutsche Orient-Institut, ab 2007 GIGA Institut für Nahoststudien in Hamburg wechselte. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind die Neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients. Dazu erschienen zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland. Herr Professor Fürtig hat die Koordination dieser Heftausgabe übernommen.

Kontakt: henner.fuertig@giga-hamburg.de

Dr. André Bank ist Politikwissenschaftler und seit 2010 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien in Hamburg tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Autoritarismus und politische Transformation, Kriegs- und Friedensprozesse sowie der Wandel regionaler Ordnung im Nahen Osten.

Kontakt: andre.bank@giga-hamburg.de

Dr. Viola Lucas, Volkswirtin und Politikwissenschaftlerin, war wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien zwischen 2011 und 2015. Derzeit ist sie in einem Forschungsprojekt für die Universität Konstanz tätig und zugleich assoziierte Wissenschaftlerin am GIGA. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Analyse der politischen Institutionen, Untersuchung der Fiskalpolitik in nicht demokratischen Staaten und Fragen der sozioökonomischen Entwicklung.

Dr. Annette Ranko, Historikerin und Politikwissenschaftlerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören der politische Islam und seine Ideengeschichte, die ägyptische Muslimbruderschaft sowie die transnationale salafistische Bewegung.

Kontakt: annette.ranko@giga-hamburg.de

Dr. Thomas Richter ist Politikwissenschaftler und seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind: Stabilität und Wandel autoritärer Regime, Rentierstaatstheorie, Politikdiffusion und die arabischen Golfstaaten.

Kontakt: thomas.richter@giga-hamburg.de

Dr. Stephan Rosiny ist Politik- und Islamwissenschaftler. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zuvor war er als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Islamwissenschaft der FU Berlin tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Machtteilung in multiethnischen Gesellschaften; politischer Islam/Islamismus, Sunna-Schia-Verhältnis sowie das Verhältnis von Religion und Gewalt.

Kontakt: rosinys@hotmail.com

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Peter Schuller (Volontär)

Redaktionelle Mitarbeit:

Martina Bauer, Regensburg; Jonas Sell, Münster

Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von Fotolia (alefbet26, ayazad, badahos, Ded Pixto, mariemlulu, misterbike, wbo-rodin); photothek.net (Michael Gottschalk); picture alliance (abaca, Ton Koene, ZUMA Press)

Kartenteil:

mr-kartographie, 99867 Gotha

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 500 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

November 2016

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



Anforderungen

bitte schriftlich an

Publikationsversand der Bundeszentrale für

politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock

Fax: 03 82 04/66-273 oder direkt bestellen unter www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnement-modalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (bitte keine Bestellungen) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Weltregion im Umbruch

Online bestellen unter
www.bpb.de/213578

